

RASSISMUS UND GESCHLECHT

Bulletin de la Commission fédérale contre le racisme

# INHALTSVERZEICHNIS

# TABLE DES MATIÈRES

Rassismus und Geschlecht Femmes et hommes face au racisme Donne e uomini di fronte al razzismo

	<b>Editorial</b> Cécile Bühlmann Cécile Bühlmann	Rassismus und Geschlecht Femmes et hommes face au racisme	3
	Thema		
	Simone Prodolliet	Genre et racisme – Les liens qui existent entre la discrimination raciale	
	D' '. D 1 1	et le fait d'être femme ou homme	9
	Birgit Rommelspacher	Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus	16
	Edgar J. Forster	Die Beweglichkeit des Rassismus	22
	Miryam Eser Davolio	Rechtsextreme Einstellungen: Untersuchungsergebnisse zum Faktor «Geschlecht»	25
	Maritza Le Breton,	Ontersachangsergesmose zum Faktor «Gesemeent»	ر ـ
	Ursula Fiechter	Frauenhandel im Kontext gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse	30
	Brigit Zuppinger,		,
	Christine Kopp	Wenn aus «MigrantInnen» Migrantinnen werden – HIV/Aids-Prävention bei der afrikanischen Bevölkerung in der Schweiz	33
	Annemarie Sancar,		
	Rania Bahnan Büechi	Antirassistische feministische Öffentlichkeitsarbeit von Migrantinnen – für Migrantinnen und «Einheimische»	36
	Stefanie Brander	«Women and Human development»: Martha Nussbaums Beitrag zur Gender-Debatte im internationalen entwicklungspolitischen Kontext	40
	Christine Rinderknecht	«Ohne Grund» – Ein Musiktheater für Jugendliche zum Thema «Gewalt»	42
	Annemarie Käppeli	La reine de Saba	45
7	Interna		
		Tätigkeitsbericht 2000 der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus	48
		Rapport d'activité 2000 de la Commission fédérale contre le racisme	54
		Rapporto d'attività 2000 della Commissione federale contro il razzismo	60
		Stellungnahme der EKR zur aktuellen Rechtsextremismus-Debatte	66
		Position de la CFR sur les débats actuels autour de l'extrême droite	71
		Parere della CFR in merito al dibattito in corso sulle attività	
		dei gruppi di estrema destra	77
	Pressemeldung	Die EKR fordert transparente, faire und menschenwürdige	0
	Communicati	Einbürgerungsverfahren	82
	Communiqué	La CFR demande des procédures de naturalisation transparentes, justes et respectueuses de la dignité humaine	Q 2
	Communicato	La CFR chiede procedure di naturalizzazione chiare, eque e dignitose	83 84
	Pressemeldung EKA,	La OTA emede procedure di nacuranizzazione emare, eque è digintose	04
	EKF, EKR Gutachten des Bundes-	Kommissionen erfreut über Ablehnung der 18%-Initiative	84
	amtes für Justiz	Begrenzung von Volksrechten durch übergeordnete Rechtssätze	85
	Georg Kreis	«Rassismus und Satire» – ein Satyrspiel	92

.....

	Media		
	Lisa Schmuckli	Antirassistische Öffentlichkeit – feministische Perspektiven	93
	Helene Schär	Mädchen und Jungen, Männer und Frauen in Kinder- und Jugendbüchern	95
	Widerspruch	Heft 39: Rechtspopulismus – Arbeit und Solidarität	97
	Jürg Stolz	Soziologie der Fremdenfeindlichkeit. Theoretische und empirische Analysen	98
		Pressespiegel Rassismus, 2. Halbjahr 2000	99
		Revue de presse sur le racisme, 2 <sup>e</sup> semestre de 2000	105
Δ	Forum		
	Franz Kohler	Gutachten zu rechtsextremistischen Tendenzen unter schweizerischen	
		Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt	112
	Edith Tschopp	Race&Gender – Kurse und Forschung zum Thema	
		«Rassismus und Geschlecht»	115
	Kent Lindahl	Das schwedische EXIT-Projekt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus	116
	Daniel Altenbach	Rassismus erkennen, um Rassismus zu bekämpfen	118
7	Schlusspunkt/Point fi	inal	
	Mike van Audenhove		120
4	Aktuelles/Actualité		
_		Erste Tagung schwarzer Gemeinschaften der Schweiz gegen Rassismus	121
		Seminar: Grenzen der Meinungsäusserungsfreiheit?	122
		Conférence mondiale contre le racisme, la discrimination raciale,	
		la xénophobie et l'intolérance qui y est associée	122
		Internationaler Handlungsplan gegen Rassismus	123
		Drei neue Publikationen zu den schweizerischen Einbürgerungsverfahren	125
		Impressum	126
	Bestellung/Command	ło/Ordinaziono	T.C.
-14	Destellang/ tollinging	ic/ of anidatoric	127

### **EDITORIAL**



### Rassismus und Geschlecht

CÉCILE BÜHLMANN, VIZEPRÄSIDENTIN DER EKR

Im Herbst, kurz vor der Abstimmung zur 18%-Initiative, meldeten einige Medien, dass laut Meinungsumfragen die Frauen dieser Initiative mehr zustimmen würden als die Männer. Dieser Befund liess aufhorchen, war es doch bisher immer umgekehrt gewesen: Die Frauen hatten bei ausländerpolitischen Vorlagen durchwegs ausländerfreundlicher gestimmt als die Männer. Bei der Antirassismus-Strafnorm, welche 1995 zur Abstimmung kam, betrug der Unterschied sagenhafte 17%, das war mit Ausnahme der Tabak-Werbeverbots-Initiative der höchste je festgestellte Unterschied im Stimmverhalten zwischen den Geschlechtern. Während bei den Männern nur 47 % der Antirassismus-Strafnorm zustimmten, waren es bei den Frauen 64 %. Nur dank diesem deutlichen Ja der Frauen wurde die Vorlage überhaupt angenommen.

Und jetzt sollte das alles umgekehrt sein? Die Medien begannen auch gleich über die Gründe für diese Trendwende zu spekulieren. Im Gefolge rechtsbürgerlicher Politiker, die, «frauenfreundliche» mit fremdenfeindlichen Argumenten verknüpfend, versuchten, die 18%-Initiative zu einem Anliegen von und für Frauen zu machen, mutmassten sie, es könnte die Erfahrung der Anmache durch ausländi-

Verhalten motiviere (vgl. Rommelspacher in dieser Ausgabe von Tangram). Die Vox-Analyse der 18%-Initiative widerlegte dann allerdings derartige Spekulationen. Auch diesmal haben die Frauen deutlich anders gestimmt als die Männer: 29% Ja-Stimmen von Frauen standen 41% Ja-Stimmen von Männern gegenüber, was immer noch einen beachtlichen Unterschied von 12% ergibt.

Beweisen diese Tatsachen, dass Frauen generell weniger anfällig für rassistisches Denken und Handeln sind? Heisst das, dass es einen nachweisbaren gender gap in der Frage des Rassismus gibt? Was wissen wir überhaupt zum Zusammenhang zwischen Geschlecht und Rassismus?

Diesen Fragen gehen wir im vorliegenden TANGRAM nach. Auffallend dabei ist, dass es, mit einer Ausnahme, ausschliesslich Frauen sind, die sich äussern. Das ist wohl kein Zufall, gibt es doch Ähnlichkeiten zwischen antirassistischer und feministischer Arbeit. Es gibt nicht nur viele Parallelen, was die potenziellen Opfer, sondern auch was den Kampf gegen die Diskriminierungen betrifft. Es ist aber wichtig zu betonen, dass Frauen, die von

Rassismus betroffen sind, nicht nur zweifach diskriminiert sind, sondern dass die Diskriminierungen auch als sich multiplizierend gesehen werden können. Andererseits, und auch das muss beachtet werden, gibt es privilegierte (weisse) Frauen, die vom Rassismus profitieren. So zahlreich die Parallelen auch sind,

Frau zu sein und Ziel rassistischer Diskriminierung zu sein decken sich nicht ganz.

Die EKR orientiert sich in ihrem Engagement oft an Methoden und Erklärungsansätzen, die in der feministi-

schen Arbeit erarbeitet worden sind. Da diese Diskussionen schon seit mehr als 15 Jahren laufen, kann sie immer wieder von diesen Erfahrungen profitieren. Gemeinsam ist beiden Bewegungen, dass sie sich gegen die Diskriminierung einer «Minderheit» wehren. Auch wenn die Frauen zahlenmässig keine Minderheit sind, so sind sie es soziologisch, nämlich was Definitionsmacht und Einfluss anbelangen. Sowohl der antirassistischen wie der feministischen Bewegung geht es darum, Ungleichheiten und Gewalt zu vermindern, und beide haben zum Ziel, nicht nur die rechtliche, sondern auch die faktische Gleichstellung der «Minderheit» zu erlangen. Das geht nicht ohne Analyse und Abbau der Privilegien der «Mehrheit».

Um all dies geht es in dieser Ausgabe von TANGRAM. Die Vorbereitungen für dieses Heft zeigten, dass im französischen Sprachraum in den Auseinandersetzun-

> gen über Rassismus die Geschlechterfrage kaum ausdrückthematisiert lich wird. Nicht zuletzt mit dem Hintergedanken, einen Anstoss zur Diskussion zu liefern, haben wir einführenden Beitrag von Simone Prodolliet übersetzt. Sie liefert einen chronologischen Überblick zur Diskussion



um Rassismus und Gender im englischen und deutschen Sprachraum. Dabei erörtert sie vier Fragen:

- 1. Hat Rassismus eine geschlechtsspezifische Komponente?
- 2. Sind Frauen weltweit auf dieselbe Weise diskriminiert?
- 3. Gibt es innerhalb der Frauenbewegung Tendenzen, die bestimmte Gruppen von Frauen benachteiligen?
- 4. Verhalten sich Frauen und Männer im rassistischen Diskurs unterschiedlich?

Diese letzte und ganz zentrale Frage wird auch in den Beiträgen von Edgar J. Forster, Birgit Rommelspacher und Miryam Eser Davolio aufgenommen. Im Beitrag von Edgar J. Forster, der sich eng an den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs hält, wird die identitätsstiftende Wirkung von Rassismus insbesondere auch für junge Männer thematisiert. Der Artikel von Birgit Rommelspacher, in dem die Situation der Frauen im Rechtsextremismus untersucht wird, kann als Einführung in die Thematik gelesen werden. Miryam Eser Davolio hat empirische Untersuchungen in der Schweiz durchgeführt. In ihrem Beitrag vergleicht sie Forschungsresultate aus Deutschland und der Schweiz und stellt Unterschiede zwischen jungen Frauen und Männern bezüglich ihrer Haltung gegenüber Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt zur Diskussion. Annemarie Sancar vom Christlichen Friedensdienst (cfd) macht sich Gedanken über feministische antirassistische Öffentlichkeitsarbeit: Statt von einem Defizit auszugehen, sollen die vorhandenen Ressourcen gefördert werden. Sie betont aber auch, dass auch dieser Ansatz Gefahr läuft, die bestehende (postkoloniale) Hierarchie zu zementieren. Diese theoretischen Überlegungen werden von

Rania Bahnan Büchi anhand der Erfahrungen der Fachfrauengruppe wisdonna illustriert. Weitere Artikel berichten über konkrete Projekte, in denen die Thematik «Rassismus und Geschlecht» eine zentrale Rolle spielt (Maritza Le Breton/Ursula Fiechter, Brigit Zuppinger/ Christine Kopp) und rezensieren (Stefanie Brander, Lisa Schmuckli) theoretische Grundlagenliteratur. Stefanie Branders Rezension des neuen Buches der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum «Women and Human development» weist uns wieder darauf hin, wie sehr wir von der feministischen Diskussion profitieren können, etwa bei der Suche nach Antworten auf die hochaktuelle Frage, wie heute Integrationsmassnahmen zu konzipieren sind, die nicht in einem multikulturellen Jekami enden: Nussbaum nimmt eine dezidierte, aber dennoch differenzierte Gegenposition zum Kulturrelativismus ein und argumentiert universalistisch im Sinne der Menschenrechte.

Lassen Sie sich von dieser Vielfalt der Gedanken inspirieren!



### Femmes et hommes face au racisme

CÉCILE BÜHLMANN, VICE-PRÉSIDENTE DE LA CFR

A l'automne dernier, juste avant la votation sur l'initiative des 18%, certains médias faisaient état de sondages selon lesquels les femmes allaient être plus nombreuses que les hommes à voter en faveur de l'initiative. Constatation d'autant plus étonnante que jusqu'ici, les rôles avaient été inversés: les votes des femmes sur les projets touchant la politique des étrangers avaient toujours exprimé une plus grande tolérance. En 1995, lors de la votation sur la norme contre la discrimination raciale, un énorme écart, 17%, séparait les femmes des hommes. A l'exception de l'initiative sur l'interdiction de la publicité pour le tabac, femmes et hommes n'avaient jamais montré une telle divergence d'opinion: 47% hommes seulement contre 64% femmes avaient approuvé le projet. Ce n'est que grâce au oui massif des femmes que le nouvel article du code pénal contre la discrimination raciale a pu être adopté.

Comment un tel revirement pouvait-il se produire? Les médias se mirent immédiatement à spéculer sur ses causes. Dans le sillage de la droite conservatrice qui, en amalgamant arguments en faveur des femmes et arguments xénophobes, tentait de faire de l'initiative des 18 % une cause des femmes et pour les femmes, ils attribuèrent les motivations de celles-ci au fait

qu'elles s'estimaient importunées par le comportement des étrangers de sexe masculin. L'analyse Vox sur l'initiative des 18% devait démentir ces spéculations. Une fois de plus, les femmes avaient voté autrement: elles avaient été 29% à voter oui, contre 41% des hommes — ce qui donnait une différence encore considérable de 12%.

Ces chiffres prouvent-ils que les femmes, dans leurs actes et leurs pensées, sont moins racistes que les hommes? Un fossé sépare-t-il les sexes dans ce domaine? Que savons-nous au juste du rapport entre sexe et racisme?

Autant de questions que nous allons aborder dans le présent numéro de TANGRAM. Une chose vous frappera sûrement: à une exception près, ce sont uniquement des femmes qui se sont exprimées. Ce n'est pas là le fruit du hasard. En effet, les similitudes ne manquent pas entre revendications féministes et lutte contre le racisme. Les nombreux parallèles ne concernent pas seulement les victimes potentielles des discriminations, mais aussi la lutte contre ces discriminations. Il est néanmoins important de souligner que les femmes victimes de racisme ne sont pas seulement discriminées à double titre, mais qu'il y a véritablement multiplication des discriminations. Par ailleurs, c'est également là un fait non négligeable, il y a des femmes privilégiées, de race blanche, qui profitent du racisme. Les pa-

rallèles femmes/ objet de discrimination raciste ne se recoupent donc pas entièrement.

Dans son engagement contre le racisme, la **CFR** s'inspire souvent des méthodes et des hypothèses élaborées par le

courant féministe. Le débat datant maintenant d'au moins quinze ans, la commission ne peut que profiter des expériences acquises. Les deux mouvements, antiraciste et féministe, ont un point en commun: la lutte contre la discrimination dont est victime une «minorité». Même si les femmes ne sont numériquement pas minoritaires, elles le sont sociologiquement quant au pouvoir de définir les choses et à l'influence qu'elles exercent. Le mouvement féministe et le mouvement antiraciste visent l'élimination des inégalités et de la violence, tous deux ont pour but de parvenir non seulement à l'égalité juridique, mais aussi à une égalité de fait pour la «minorité». Ce qui suppose analyse et destruction des privilèges de la «majorité».

Voilà ce que vous découvrirez dans ce numéro de TANGRAM. Sa préparation a montré qu'au sein de l'espace francophone, l'appartenance au sexe n'était pas un élé-

> ment majeur dans le débat sur le racisme. Désirant lancer la discussion à ce sujet, nous avons placé en introduction l'article de Simone Prodolliet qui donne une vue d'ensemble chronologique du débat sur les rapports entre racisme et sexe dans les pays anglo-saxons et les pays germanophones. Elle



- 1. Le racisme a-t-il des composantes à connotation sexuelle?
- 2. Les femmes souffrent-elles de la même discrimination dans le monde entier?
- 3. Existe-t-il au sein du mouvement féministe des tendances défavorisant certains groupes de femmes?
- 4. Les femmes et les hommes tiennent-ils un discours raciste différent?

Cette dernière question, d'importance majeure, est reprise dans les articles d'Edgar J. Forster, de Birgit Rommelspacher et de Miryam Eser Davolio. L'article d'Edgar J. Forster, qui s'appuie essentiellement sur le discours scientifique actuel, a pour thème l'effet constitutif de l'identité attaché au racisme, notamment pour

les hommes jeunes. L'article de Birgit Rommelspacher peut être considéré comme une introduction à la situation des femmes au sein des mouvements extrémistes de droite. Miryam Eser Davolio, pour sa part, a mené des enquêtes empiriques en Suisse. Dans son article, elle compare les résultats de la recherche en Allemagne et en Suisse et examine les différences entre jeunes femmes et jeunes hommes dans leur attitude face au racisme, à l'extrémisme de droite et à la violence. Annemarie Sancar, du Mouvement Chrétien pour la paix (cfd) se penche sur l'information féministe antiraciste: au lieu de considérer qu'il y a déficit, elle estime nécessaire d'exploiter les ressources disponibles. Mais, souligne-t-elle par ailleurs, cette tentative risque aussi de cimenter la hiérarchie existante (post-coloniale). Ces réflexions théoriques sont illustrées par Rania Bahnan Büchi à partir des expériences du groupe d'expertes wisdonna. D'autres articles présentent des projets concrets dans lesquels le thème racisme/sexe occupe une place prépondérante (Maritza Le Breton/Ursula Fiechter, Brigit Zuppinger/Christine Kopp) et étudient sous un angle critique (Stefanie Brander, Lisa Schmuckli) des ouvrages théoriques fondamentaux. Enfin, compte-rendu de Stefanie Brander, consacré au nouvel ouvrage de la philosophe Martha Nussbaum «Women and Human development», montre une fois encore à quel point nous pouvons tirer profit du débat féministe, par exemple lorsqu'il s'agit de répondre à une question tout à fait d'actualité: quelle forme donner aujourd'hui aux mesures d'intégration pour éviter qu'elles ne se perdent dans un amalgame multiculturel. Nussbaum prend le contre-pied, de manière claire mais néanmoins différenciée, du relativisme culturel et argumente de manière universaliste dans l'esprit des droits de l'homme.

Puissent ces multiples considérations nourrir vos propres réflexions!

### THEMA



## Genre et racisme – Les liens qui existent entre la discrimination raciale et le fait d'être femme ou homme

SIMONE PRODOLLIET

«Femmes blanches, vous êtes racistes!» Ce cri de révolte, adressé par les féministes noires à leurs consœurs occidentales au milieu des années quatre-vingt, avait fortement ébranlé l'ensemble du mouvement féministe: le coup était d'autant plus rude qu'il était asséné de l'intérieur. Y avait-il malentendu?

«Oui, il y en a un, répondirent les femmes noires: nous ne sommes pas prises en considération, nos problèmes ne sont pas reconnus comme tels et de toute façon notre vie est entièrement différente de la vôtre.»

Septembre 2000, Montreux. Conférence AISO «Statistique, développement et droits de l'homme». Première table ronde: six hommes, connus et respectés, avec un poste élevé et une carrière exemplaire. Six hommes blancs, en costume sombre et cravate d'une élégance discrète. Avec eux sur le podium: Madame le Rapporteur spécial des Nations Unies sur les exécutions extrajudiciaires, sommaires ou arbitraires. Pakistanaise. Costume sombre très sobre pour elle aussi, cheveux courts. Un châle brodé d'or, qu'elle porte négligemment jeté sur les épaules, apporte une touche exotique. C'est elle qui mène les débats. Je me surprends à spéculer sur le parcours de cette femme: «Typique, me dis-je: famille aisée, classe sociale privilégiée, a fréquenté un lycée huppé à Lahore, puis probablement étudié le droit aux Etats-Unis avant de faire carrière à l'ONU.» Mme J. joue de son irrésistible sourire. Les hommes sont à ses pieds. On sent en elle l'assurance et la détermination d'une longue habitude. Elle met un terme aux interminables énumérations d'un statisticien, fait ressortir les contradictions et résume les points clefs du débat en quelques phrases percutantes. La voilà, la nouvelle femme idéale venue du Sud: cultivée, sûre d'elle, charmante. Lorsqu'elle fait passer le micro dans la salle, elle fait en sorte de donner d'abord la parole aux femmes, de préférence à celles qui viennent du Sud. Pour faire contrepoids, en quelque sorte, à ces messieurs les maîtres de l'univers. La salle applaudit à tout rompre. Enfin, surtout les femmes. Les hommes rient, un peu embarrassés.

Surprise par la tournure que prennent les événements, j'applaudis à mon tour. «C'est impressionnant, ce que cette femme peut se permettre», me disje. Et je me demande si une féministe blanche aurait reçu la même ovation. Je songe aux interminables débats sur la question de la solidarité: entre qui et qui? Je pense aux discussions sur la différence, à la colère

de celles qui réclamaient que les femmes blanches laissent enfin les femmes noires exprimer leurs propres préoccupations. Et voilà que devant moi, l'une d'entre elles a pris la parole pour parler en son nom propre et en celui de ses semblables. Pendant que je me demande si cela aurait été possible il y a même dix ans, je me rends compte que tous les stéréotypes associés à mes réflexions sur le racisme et le genre défilent comme un film devant mes yeux. Personnages, décor, tout y est: la femme noire, l'homme blanc, la femme blanche, et tous les rapports de force qui s'instaurent dans ce contexte.

Le débat sur les liens entre genre et racisme trouve son origine dans les critiques des femmes noires à l'encontre du féminisme «à l'occidentale» prôné aux Etats-Unis dans les années 60–70. Limité dans un premier temps à l'espace anglophone, le débat a ensuite gagné les régions germanophones dès le milieu des années 80. Les milieux francophones, en revanche, y sont restés relativement imperméables, du fait en particulier de la pensée universaliste qui prévaut notamment en France et qui imprègne toutes les mentalités. Or celle-ci privilégie l'idée d'égalité plutôt que de la différence.

Dans cette réflexion sur le racisme et le genre, plusieurs pistes d'analyse sociopolitique s'offrent à l'esprit. Il est possible de les condenser en quatre questions fondamentales se succédant en ordre plus ou moins chronologique à partir du milieu des années 60 jusqu'à nos jours. Ces questions, issues principalement des débats qui agitent les milieux anglophones et germanophones, ont fourni la structure du présent document, divisé en quatre chapitres:

- 1. Existe-t-il dans le racisme une composante séxuée? En d'autres termes: le racisme s'exprime-t-il différemment selon que l'on est un homme ou une femme?
- 2. Quelles sont les influences sociales qui déterminent le racisme envers les femmes? En d'autres termes: les femmes souffrent-elles du même type de discrimination partout dans le monde?
- 3. Existe-t-il, au sein des mouvements féministes (de racine occidentale), des courants qui défavorisent certains groupes de femmes?
- 4. Hommes et femmes ont-ils une façon différente d'exprimer le racisme? En d'autres termes: pourquoi les auteurs d'actes de violence à motivation raciste sontils en majorité des hommes?

#### Eléments specifiques du genre dans la lutte contre le colonialisme et l'impérialisme

Très tôt, les mouvements de lutte contre le colonialisme et l'impérialisme ont évoqué l'existence d'une composante sexuée dans les comportements racistes. Mais ce n'est que bien plus tard qu'on en a tiré les conséquences, si tant est qu'on l'ait fait. La lutte contre le colonialisme et l'impérialisme s'est, en effet, intéressée tout d'abord aux souffrances des peuples et des groupes opprimés pris chacun comme une entité globale. On a ainsi constaté que les femmes souffraient d'un type de discrimination spécifique de la part des colonisateurs. Les indépendantistes étaient cependant convaincus que cette question se résoudrait d'elle-même une fois le colonisateur chassé, quand ils ne l'estimaient pas secondaire face à l'urgence de la lutte pour la libération. Il faudrait selon eux s'y attaquer une fois l'indépendance acquise.

Les femmes furent nombreuses à participer activement à cette lutte pour l'indépendance. L'importance de leur contribution a été reconnue, soutenue et encouragée par les meneurs (et meneuses) des mouvements de décolonisation. De ce fait, les voix qui auraient pu s'élever contre les structures patriarcales et réclamer plus de droits pour les femmes, tant au sein de la société concernée que des mouvements de libération, sont restées discrètes. Pas question notamment de passer pour des rétrogrades et primitifs aux yeux de l'ennemi. Dans les pays du Sud, tout mouvement de libération visant à changer la société pour améliorer le statut de la femme s'est donc confondu avec le mouvement de lutte pour le droit à l'autodétermination de toute une nation, d'un groupe ou d'une minorité ethnique. Il semblait que l'accès à l'autonomie contienne en soi la promesse d'un plus grand respect des femmes et de leur contribution à la société, donc d'une amélioration de leur statut. L'idéologie socialiste, en particulier, promettait l'avènement d'un ordre nouveau qui mettrait fin à la subjugation de la femme.

Les chercheuses occidentales engagées vinrent du reste étayer cette théorie. Elles etablissaient un lien entre l'oppression et l'assujettissement des minorités et des pays du Sud et le racisme et le sexisme exercés à l'encontre des opprimés. Racisme et sexisme étant les deux facettes de la même médaille, il était possible et logique de les combattre ensemble, dans un même élan de libération de la tutelle impérialiste.

Une fois atteint l'objectif de décolonisation et, parfois, de reconnaissance des minorités, comme ce fut le cas pour les noirs aux Etats-Unis, il fallut toutefois déchanter: à de rares exceptions près, la cause des femmes n'avait pas progressé, sauf en ce qui concerne le droit de vote. La nouvelle société se souciait comme d'une guigne de faire table rase des structures patriarcales du passé pour accorder enfin aux femmes la place et la considération qu'elles méritaient. Souvent, leur contribution au mouvement de libération fut même minimisée par rapport à celle des hommes, voire totalement ignorée. Les revendications égalitaires des femmes et leur combat contre les traditions discriminatoires furent considérés comme des préoccupations annexes, ou relégués au second plan derrière des tâches considérées comme plus urgentes.

Avec le recul, les femmes ont appris à considérer la période coloniale avec d'autres yeux et à y apporter une interprétation différente: il n'est certes pas faux de considérer racisme et sexisme comme les deux faces d'une même médaille, mais les répercussions sont totalement différentes pour les hommes et pour les femmes. Chez elles, les deux effets se conjuguent pour aboutir à une surenchère dans l'oppression. Le racisme des impérialistes européens et américains envers les femmes des populations indigènes et des minorités nationales comportait à cet égard un élément très clairement sexiste, qui s'exprimait d'une façon particulièrement méprisante et avilissante. Ce racisme mâtiné de sexisme avait sur les victimes des effets aussi nombreux que complexes. Les femmes avaient à subir non seulement le mépris et la domination de «l'homme blanc», mais aussi leur prolongement dans le fonctionnement patriarcal de la société dont elles étaient elles-mêmes issues. D'innombrables traditions misogynes, alliées à des codes de conduite extrêmement rigides, avaient pour résultat d'assigner aux femmes certains rôles spécifiques ou pour le moins d'entraver leur liberté d'action.

# Sexisme et racisme comme instruments de la société patriarcale

L'analyse de ce double assujettissement (racisme et sexisme) auquel les femmes sont soumises appelle l'interrogation suivante: en matière de racisme, pourquoi les femmes sont-elles une cible de choix et pourquoi ont-elles à subir des formes spécifiques de discrimination? La question des mécanismes sociaux qui entrent en jeu a été posée en particulier dans la foulée des critiques envers le regard occidental et masculin sur la différence. A cet égard, l'homme calque son comportement envers les femmes sur sa façon de percevoir et de comprendre tout ce qui lui est étranger: «l'autre» est vu comme un objet, dont l'homme (blanc) est légitimement en droit d'entrer en possession, et traité comme tel. Dans ce contexte, la situation de dépendance ou les structures d'oppression dans lesquelles se trouvent la majorité des femmes est honteusement exploitée.

Le raisonnement, dont les fondements théoriques sont la nouvelle recherche en psychanalyse et la critique de l'orientalisme par Edward Said, est le suivant: le regard porté sur l'autre, l'étranger, l'exotique et le «sauvage» doit être considéré comme la contrepartie de l'identification de l'Occident à son propre besoin de domination. L'autre est perçu comme le reflet inverse de soi. Par conséquent la femme «exo-

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■

tique», doublement étrangère, est à double titre réifiée. Et «l'homme blanc», dans sa «mission civilisatrice» a donc tout naturellement le droit, voire le devoir de s'approprier cet objet. D'une part pour renforcer son pouvoir, d'autre part pour s'approprier et domestiquer cet être considéré comme non civilisé, sorte de sauvage gouverné par ses seuls instincts. Les critiques féministes ont souligné en particulier le comportement dominateur patriarcal du colonisateur blanc, qui se perpétue encore aujourd'hui et constitue une forme particulièrement perfide de domination de la part des occidentaux vis-à-vis du reste du monde. L'assujettissement et l'exploitation sexuelle de la femme noire constituent donc une agression contre les femmes elles-mêmes, mais aussi contre les hommes de son peuple ou de sa société. Les comportements de ce type s'exacerbent d'ailleurs lorsque

surgissent guerre ou conflits. Le comportement raciste de l'homme blanc assoiffé de pouvoir s'exprime d'innombrables façons: viol, maîtresses multiples, institutionnalisation de la prostitution, traite des femmes et autres pratiques visant à réduire la femme au statut d'objet sexuel. Contrairement à la femme blanche, la femme du Sud était (est) considérée comme un être sauvage à la sexualité débridée, qui demande quasiment à être civilisé. En dernier ressort, toute forme de racisme sexiste n'était et n'est encore possible que dans un contexte de mépris et de dévalorisation de la femme, une attitude qui prévaut dans presque toutes les sociétés du monde. Les comportements racistes spécifiquement sexistes doivent donc être

vus comme le résultat de méca-

nismes complexes, dans lesquelles les

hommes «indigènes» jouent eux aussi

un rôle non négligeable. Cette façon de voir reprend l'optique féministe de l'oppression universelle de la femme telle qu'elle a été défendue par un grand nombre de théoriciennes, Simone de Beauvoir la première. Le statut d'infériorité sociale et économique dont souffrent les femmes serait dû en particulier à leur rôle de mère et de principale éducatrice de l'enfant. Le déroulement de la vie d'une femme serait à ce point influencé par son rôle de génitrice qu'elle se retrouverait de ce fait en position de dépendance et incapable d'accomplir quoi que ce soit de «grand» qui lui vaille de trouver sa place dans l'Histoire au côté des hommes – dont les exploits seraient, eux, dignes d'être retenus par la

postérité. Dans le monde entier, les rapports entre hommes et femmes et le partage du pouvoir entre eux devraient être reconsidérés à la lumière de la corrélation entre la dévalorisation du travail féminin et la position sociale de la femme. Il est donc du devoir du mouvement féministe de souligner l'apport culturel, économique et social des femmes et leur contribution, aux côtés des hommes, au bon fonctionnement de la société. Il faudrait prendre des mesures pour lutter contre la dévalorisation de la femme et sa mise en position d'infériorité.

#### Femmes noires et féminisme «blanc»: la confrontation

C'est à ce stade de l'analyse qu'intervient la critique des féministes noires. L'accusation de racisme formulée à l'encontre de leurs consœurs blanches peut se résumer en trois points: premièrement, rejet de l'hypothèse de la subjugation universelle de la femme et du sexisme en tant qu'instrument de domination patriarcal; deuxièmement, analyse du rôle des femmes blanches dans la domination impérialiste; troisièmement, examen des relations entre femmes et de leur rapport à la différence.

A la fin des années 70 et au début des années 80, des femmes telles que Angela Davis, Bell Hooks et Audre Lorde se sont élevées avec véhémence contre l'aveuglement des féministes blanches et leur analyse de la société. Pourquoi parler de la dans le racisme alors femme qu'il aurait fallu tenir compte des difféune composante rentes réalités vécues par les femmes? Impossible par exemple pour les femmes noires de se reconnaître dans le modèle bourgeois de la ménagère blanche de classe moyenne qui a servi de base aux analyses de Betty Friedan ou Kate Millett, dont les livres sont pourtant devenus des classiques du genre. Les femmes noires, elles, s'estimaient soumises à une double discrimination: le racisme des blancs, hommes ou femmes, et le sexisme des hommes, noirs ou blancs. La révolte des féministes (blanches) contre les mécanismes de domination patriarcale ne leur fournissait donc pas une base d'identification suffisante pour emporter leur adhésion au mouvement des femmes. Pour elles, l'analyse de société aurait dû accorder une place prépondérante au phénomène du racisme, condition sine qua non pour pouvoir appréhender les différentes manières dont peut être vécue une identité sexuée et les différences fondamentales dans la façon de construire sa féminité entre sociétés blanches et noires. Outre la dimension subjective, la question

11 ◀ ■ TANGRAM Nr. 10 März 2001

**Existe-t-il** 

séxuée?

darité.

 $\overline{X}$ 

touchait aussi les réalités très concrètes de la vie quotidienne: la diversité des contextes sociaux auxquels étaient confrontées les femmes aurait dû amener à multiplier les approches dans la discussion politique. Pour les femmes noires, le foyer et la famille par exemple ne représentaient pas nécessairement une contrainte ni un assujettissement mais pouvaient au contraire être vécus comme une source d'encouragement, de valorisation et de soli-

Au-delà même de cet élargissement de perspective, les femmes noires demandaient que soit réexaminé à la loupe le regard que les chercheuses portaient sur la situation des femmes du Sud. D'abord parce qu'il était inadmissible de les classer toutes, en vrac et sans discernement, dans la catégorie des victimes. Bien sûr, la violence et la domination patriarcales existent partout dans le monde, mais l'idée généraliste d'oppression ne suffit pas à rendre compte de la grande diversité des situations vécues. Et si les blanches étaient parfaitement capables de faire cette différence pour elles-mêmes, la tendance à considérer en bloc les femmes de couleur comme «nos pauvres sœurs opprimées du Tiers Monde» n'était encore que trop présente. Or cette optique, qui tend à faire des femmes noires, qu'elles soient du Nord ou du Sud, une entité abstraite, impuissante, pour ainsi dire hors de l'Histoire, est en fin de compte parfaitement raciste. La prise en charge des femmes noires par un mouvement féministe blanc embrassant la terre entière a été rejetée avec véhémence et considérée comme une perpétuation de la tutelle impérialiste. En reprochant aux féministes blanches

leur approche impérialiste, les chercheuses noires se sont accordé le droit de se définir elles-mêmes, d'écrire leur propre histoire et de décrire leur situation selon leur propre point de vue.

Le rôle des femmes blanches, en tant que membres de la communauté dominante, avait certes déjà fait l'objet d'études historiques dans une perspective féminine, mais les critiques adressées par les femmes noires ont donné un nouvel élan à cette recherche. C'est ainsi qu'on a étudié de plus près le rôle de la femme dans la colonisation ainsi que dans les régimes fascistes et totalitaires, ce qui a conduit d'une part à

abandonner l'image de la femme-victime et d'autre part à mieux comprendre non seulement son rôle dans la colonisation, mais aussi les rapports de force entre femmes dans une même société. C'est ainsi qu'est née la notion de «participation» et de complicité des femmes.

Cette exploration des rapports de force entre femmes a conduit à briser différents tabous au sein même du mouvement des femmes. Reconnaître que la femme pouvait aussi être auteur, et pas seulement victime, de violences fit resurgir au grand jour certains aspects moins reluisants de son histoire: exécutrices des basses œuvres de l'idéologie nazie, exploiteuses impitoyables des peuples colonisés, profiteuses de tout poil par l'asservissement d'autrui et autres bénéficiaires du système par leur seul statut de «blanche».

Dans cette entreprise de recherche historique, on s'est avant tout attaché aux faits: il s'agissait de révéler et de reconnaître la différence. Corollaire immédiat de cette prise de conscience, deux constatations s'imposaient: premièrement, la femme n'est pas intrinsèquement meilleure que l'homme. Chacune poursuit ses propres intérêts, en fonction de ses convictions politiques, de sa position sociale et des choix qui s'offrent à elle. Ce qui si-

gnifie également qu'une

femme, selon le milieu et la

société auxquels elle appartient,

peut être amenée à agir à l'en-

contre des intérêts d'autres femmes.

L'existence d'une solidarité féminine naturelle peut donc être considérée comme une illusion, et fut d'ailleurs sérieusement remise en question. Deuxième constatation: cette exigence de reconnaissance de la différence poussa les femmes de toutes appartenances sociales et nationales à se pencher sur leurs racines culturelles, leur histoire et leur position sociale pour mieux se rendre compte qu'il existe pour une femme d'autres formes d'existence que l'idéal féminin de la bourgeoisie blanche.

Après une longue controverse, l'affrontement entre similitudes et différences placé au cœur du débat sur le genre et le racisme eut pour effet d'ouvrir la voie à une vision différenciée des femmes dans le monde. On accorda dorénavant une plus grande importance au contexte, voire à la mise en contexte, dans la description et l'analyse des situations vécues par les femmes à différentes étapes de leur vie, au cas par cas selon leur position sociale, leurs intérêts et le contexte culturel. Bon nombre de personnes durent se rendre à la douloureuse évidence: dans ce contexte, il est illusoire d'imaginer une grande solidarité féminine mondiale. Cette confrontation eut cependant le

Hommes
et femmes
ont-ils une façon
différente d'exprimer le
racisme?

▶ 12



mérite de montrer que pour chacune, une prise de conscience et une analyse critique de son histoire et de sa situation propre, ainsi que de celle des autres, pose les bases d'un respect mutuel.

#### Racisme au masculin: les hommes et l'éducation antiraciste

La quatrième piste de réflexion en matière de genre et de racisme s'intéresse à la violence raciste perpétrée par les hommes. Ici, l'accent est mis moins sur la victime, qui peut être un homme ou une femme, que sur l'agresseur. Le point de départ est la prise de conscience que les femmes ne sont pas les seules à subir l'influence de certaines images sociales liées à leur sexe. Comme elles, les hommes sont confrontés à des stéréotypes définissant pour eux leur rôle et le «bon» comportement à adopter. Dans de nombreuses sociétés, l'opinion prévalant est qu'il est normal (voire bon) pour un homme de se montrer agressif et dominant, ce qui se répercute fatalement sur la socialisation des garçons et leur accession au statut d'homme. L'agression et, partant, l'exercice de la violence, est donc un sujet auquel de nombreux hommes sont confrontés.

A l'origine de cette démarche visant à analyser les comportements masculins en rapport avec le sexisme et le racisme, on trouve des interrogations très concrètes sur les mouvements d'extrême droite et les personnes impliquées. On constate en effet qu'à l'exception d'une très faible minorité de femmes, d'ailleurs de moins en moins nombreuses, cette mouvance attire en majorité les hommes. C'est donc sur eux que se concentrera l'analyse, la question principale étant de comprendre le contexte social qui aboutit à l'émergence de comportements racistes. De la même façon qu'on s'est auparavant penché sur les images de la féminité dans la théorie et la pratique féministe, on s'interroge, dans ce contexte, sur les images de la masculinité, leur signification et leur importance dans la société. On étudie notamment les répercussions négatives que peuvent avoir sur les rapports entre sexes et les comportements sociaux les idéaux à connotation masculine tels que force, honneur, puissance, supériorité, rationalité, contrôle et discipline.

Première constatation: les attitudes et les comportements généralement considérés comme masculins sont des modèles construits par la société, et aucunement un état de fait immuable ni une spécificité biologique innée. Il est donc d'autant plus important d'en dénoncer les prolongements nocifs. Non pas qu'il faille impérativement renier ces idéaux euxmêmes: il importe simplement d'en examiner toutes les facettes. Deuxième point: une prise de conscience quant au rôle et à l'instrumentalisation de certaines valeurs en rapport avec la masculinité permet aux premiers concernés de découvrir que leurs comportements violents sont en grande partie liés à l'expérience de la frustration et de l'impuissance. Dans cette optique, il devient dès lors inévitable pour les hommes d'accepter, comme les femmes confrontées à leur rôle de victime et de bourreau, d'affronter les multiples aspects de leur appartenance au sexe dit fort. Ce travail, ainsi que la réflexion critique sur la pression sociale (supposée) qui l'accompagne, aboutit pour finir à une diminution de l'agressivité et de la propension à la violence.

Le travail d'éducation des hommes, et surtout des jeunes, pour lutter contre le racisme a donc pour objectif de démonter les mécanismes d'apparition des préjugés et des actes racistes, de remettre en question leur signification sociale et de repenser la valeur que lui accorde l'individu. Il est primordial, tout au long de ce processus, de ne pas juger la personne concernée mais de la prendre au sérieux dans ses pensées et ses actes. Partant d'une réflexion sur la place de l'homme dans son environnement familial, professionnel et social, il importe de développer de nouveaux modèles de comportement à opposer à la discrimination et à l'exclusion. Ce qui en dernier ressort signifie rechercher les failles dans la construction de l'identité masculine, les accepter et les investir positivement. La masculinité n'est pas uniquement ce que demande la société, mais aussi la capacité à nommer ses doutes et ses incertitudes afin de pouvoir y répondre de façon positive.

#### Mon point de vue personnel

En Suisse, le débat d'idées autour du sujet «genre et racisme» ne touche pas vraiment le grand public. Il est plutôt circonscrit au cercle des personnes qui travaillent avec et pour les immigrés ou qui sont ellesmêmes venues d'ailleurs ou qui appartiennent à une minorité. Mais même là, l'intérêt pour le sujet est faible: bien des gens, surtout parmi les suisses, ont peur d'aborder le sujet, que ce soit par crainte de passer eux-mêmes pour racistes ou par saturation à force d'être sans cesse confrontés à des situations difficiles en matière d'immigration et d'expression des minorités. De plus, s'interroger sur le racisme et le sexisme peut aussi faire surgir des sentiments douloureux: blessures pour les uns, mauvaise conscience pour les autres et une certaine impatience chez tout le monde. Il n'est pas rare de voir s'exprimer des jugements à l'emporte-pièce, tant du côté des victimes que de celui des auteurs potentiels. Certains se voient reprocher leur manque de sensibilité face au phénomène de la discrimination, d'autres leur incapacité à comprendre qu'une société démocratique défend les droits de tous, et que le droit à la différence ne peut pas être revendiqué sans autre considération.

Quant à moi, mon opinion personnelle se base sur deux éléments fondamentaux: d'abord, le débat sur l'égalité et la différence fait ressortir les points sensibles du débat, que toute société devrait se faire un

devoir de mettre sur le tapis. Ces points sensibles touchent souvent à la discrimination, notamment à motivation raciste. Or les nommer équivaut à signaler que l'on est prêt à les aborder de façon constructive et à chercher des solutions. Une société qui accepte de se confronter à ses mauvais penchants n'est certes pas débarrassée du racisme, mais elle peut mieux y faire face. Auteurs et victimes y sont en tout cas traités avec le sérieux et le respect auquel ils ont droit, et ces efforts sont appelés à porter aussi leurs fruits dans la confrontation avec la violence masculi-

D'un autre côté, toute réflexion dans cette direction demande aussi à être abordée avec une certaine prudence: le débat sur l'égalité et la différence doit être mené de façon à ne pas créer une nouvelle discrimination. Malgré tout le respect et la compréhension que j'ai pour les revendications des minorités, il faut bien le dire: le droit absolu à la différence n'existe pas, car il viendrait en fin de compte contredire les droits de la personne et les droits fondamentaux de tout un chacun.

Pour en revenir au point de départ de ma réflexion: par son intrépidité, Mme J. ouvre la voie. Elle a choisi de donner la parole à celles qui en sont le plus souvent privées. Elle l'a fait en sa qualité de privilégiée parmi les défavorisées. Ce serait bien si, à l'avenir, cette possibilité pouvait aussi être offerte à d'autres qu'à ce type de «femme idéale». Ce qui implique qu'il faudrait créer les conditions-cadres adéquates. Conduire une réflexion publique sur les rapports entre sexisme et racisme constituerait certainement un premier pas dans cette direction.

Simone Prodolliet, D<sup>r</sup> en ethnologie. Collaboratrice au service Etudes et Evaluations (politique des migrations) chez Caritas Suisse. Chargée de cours pour le diplôme postgrade «communication interculturelle» dans une université et dans diverses hautes écoles spécialisées.

#### Bibliographie

On trouvera ci-après une sélection d'ouvrages de réferences qui complèteront la réflexion su les différents sujets evoqués dans l'article:

#### Racisme et colonialisme

Autonome Frauenredaktion (Hg.) 1989

Frauenbewegungen in der Welt, Band 2: «Dritte Welt». Hamburg: Argument Verlag.

Frauenkollektiv (Hg.) 1992

¡Basta! Frauen gegen Kolonialismus. Berlin, Amsterdam: Edition ID-Archiv.

Jayawardena, Kumari 1986

Feminism and Nationalism in the Third World. London: Zed Books.

Mamozai, Martha 1982

Herrenmenschen. Frauen im deutschen Kolonialismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Rodinson, Maxime 1979

Marxism and the Muslim World. London: Zed Books.

#### Racisme et sexisme, des instruments du joug patriarcal

Beauvoir, Simone de 1949

Le Deuxième Sexe. Paris: Gallimard.

El-Saadawi, Nawal 1980

The Hidden Face of Eve. Women in the Arab World. London: Zed Books.

Prodolliet, Simone 1987

Wider die Schamlosigkeit und das Elend der heidnischen Weiber. Die Basler Frauenmission und der Export des europäischen Frauenideals in die Kolonien. Zürich: Limmat.

Said, Edward 1978

Orientalism. New York: Random House.

Yuval-Davis, Nira 1997

Gender & Nation. London: Sage.

### Racisme des femmes blanches, la construction de la «blanchitude» et la question de la différence

Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 1990

Geteilter Feminismus. Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhass. Sondernummer 27, 1990.

Frankenberg, Ruth 1993

The Social Construction of Whiteness. White Women, Race Matters. London: Routledge.

Fuchs, Brigitte und Gabriele Habinger (Hg.) 1996

Rassismen und Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen. Wien: Promedia.

Hügel, Ika et al. (Hg.) 1993

Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung. Berlin: Orlanda.

Joseph, Gloria I. (Hg.) 1993

Schwarzer Feminismus. Theorie und Politik afro-amerikanischer Frauen. Berlin: Orlanda.

Koonz, Claudia 1991

Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich. Freiburg. i. Br.: Kore.

Lutz, Helma, Ann Phoenix and Nira Yuval-Davis 1995

Crossfires. Nationalism, Racism and Gender in Europe. London: Pluto Press.

Mamozai, Martha 1990

Komplizinnen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Minh-ha, Trin T. 1989

Woman, Native, Other. Writing Postcoloniality and Feminism. Bloomington and Indianapolis: Indiana University Press.

Ngan-Ling Chow, Esther, Doris Wilkinson and Maxine Baca Zinn 1996 Race, Class and Gender. Common Bonds, Different Voices. Thousand Oaks: Sage.

Prodolliet, Simone 1995

Das Gemeinsame und das Trennende. Zur Kritik Schwarzer Feministinnen am weissen Feminismus. In: Neue Zürcher Zeitung, 13./14. Mai 1995.

Prodolliet, Simone 2000

Weiss sein. In: TANGRAM 8: S. 15-19.

Rommelspacher, Birgit 1998

Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda.

Spelman, Elizabeth V. 1988

Inessential Woman. Problems of Exclusion in Feminist Thought. London: The Women's Press.

#### Racisme et masculinité

Butterwegge, Christoph 1996

Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Eckmann, Monique 2000

Wie kann man einem Skinbead begegnen? Antwort an einen Skinbead in der Schweiz. In: Aufbruch 94.

Jäger, Siegfried (Hg.) 1994

Aus der Werkstatt: Antirassistische Praxen. Konzepte, Erfahrungen, Forschung. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.

Schiffauer, Werner 1983

Die Gewalt der Ehre. Erklärungen zu einem türkisch-deutschen Sexualkonflikt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp. Sozialreferat der Stadt München (Hg.) 2000

Tertilt, Hermann 1996 Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Theweleit, Klaus 1977 Männerphantasien. Frankfurt a.M.: Roter Stern.

Interkulturelle Jungenarbeit. München: Stadtdruckerei.

#### Résumé

Cet article présente un récapitulatif des différents débats et polémiques que l'on peut évoquer à propos du rapport qui existe entre «genre et racisme». Quatre grands axes de réflexion, qui suivent plus ou moins la chronologie historique, permettent de développer les différents types d'argumentations et de dégager les questions centrales ainsi que les réponses possibles.

- 1. Existe-t-il dans le racisme une composante spécifique au sexe? En d'autres termes: le racisme a-t-il un impact différent sur les hommes et sur les femmes?
- 2. Quelles sont les influences sociales qui déterminent le racisme envers les femmes? En d'autres termes: les femmes souffrent-elles du même type de discrimination partout dans le monde?
- 3. Existe-t-il, au sein du mouvement féministe (d'influence occidentale), des courants qui défavorisent certains groupes de femmes?
- 4. Hommes et femmes ont-ils une façon différente d'exprimer le racisme? En d'autres termes: pourquoi les auteurs d'actes de violence à motivation raciste sont-ils en majorité des hommes?

L'article montre que les rapports entre genre et racisme revêtent les aspects les plus divers: critique du colonialisme, rapports entre sexisme et racisme, contribution des femmes aux comportements à motivation raciste ou encore rapports entre racisme et conception de la masculinité. Contrairement à ce que bon nombre de gens prétendent, le sujet est loin de concerner uniquement les cercles féministes. Les derniers développements, qui tendent à prouver que l'homme est lui aussi prisonnier de son sexe, viennent étayer cette affirmation. Il s'agit d'une approche qui peut apporter une contribution utile au débat sur l'extrême droite auquel on assiste actuellement.

#### Zusammenfassung

Der Artikel bietet einen Überblick über die verschiedenen Debatten und Diskurse, die in Zusammenhang mit der Thematik «Gender und Rassismus» gebracht werden können. Anhand von vier Fragestellungen, die mehr oder weniger in einer historischen Abfolge stehen, werden die einzelnen Argumentationsstränge nachgezeichnet sowie die zentralen Fragen und möglichen Antworten herausgearbeitet.

- 1. Hat Rassismus eine geschlechtsspezifische Komponente? Oder: Hat Rassismus auf Männer und Frauen eine unterschiedliche Wirkung?
- 2. Welche gesellschaftlichen Kräfte sorgen dafür, dass Frauen rassistischen Bewertungen unterliegen? Oder: Sind Frauen weltweit auf dieselbe Art und Weise diskriminiert?
- 3. Gibt es innerhalb der (westlich geprägten) Frauenbewegung Tendenzen, die bestimmte Gruppen von Frauen benachteiligen?
- 4. Verhalten sich Männer und Frauen im rassistischen Diskurs unterschiedlich bzw. weshalb sind es vorwiegend Männer, die Ausführende rassistisch motivierter Gewalt sind?

Der Beitrag zeigt, dass der Zusammenhang von Geschlechtszugehörigkeit und Rassismus verschiedenste Facetten aufweist: die Kolonialismuskritik, den Zusammenhang von Sexismus und Rassismus, den Beitrag der Frauen an rassistisch motiviertem Verhalten sowie Männlichkeitskonzepte und Rassismus. Damit ist dieses Thema weit davon entfernt, eine innerfeministische Angelegenheit zu sein, wie manche immer wieder behaupten. Insbesondere die neuesten Entwicklungen in der Fragestellung, die auch den Mann als geschlechtlich gebundenes Wesen in den Fokus nimmt, belegen dies. Es ist ein Ansatz, der in der gegenwärtig stattfindenden Rechtsextremismus-Debatte durchaus fruchtbar gemacht werden kann.

Der deutschsprachige Begriff «Schwarze Frauen», im englischen Sprachgebrauch «Black Women» oder «Women of Color», wurde bewusst als politisches Bekenntnis gewählt. «Schwarz» wird dabei grossgeschrieben, um die positive Konnotation bei der (Wieder-)Aneignung der Eigenschaft «schwarz» herauszustreichen. «Schwarz» meint dabei nicht nur Menschen afrikanischer Herkunft, sondern all jene, die als nicht-weiss definiert werden. In gewissen Zusammenhängen definieren sich auch Frauen weisser Hautfarbe, die sich als Minderheit verstehen, beispielsweise jüdische Frauen, als «Schwarze Frauen». Im französischen Sprachraum wird hauptsächlich der Begriff «Femmes Noires» verwendet, aber auch «Femmes de Couleurs» wird gebraucht.

Der Artikel wurde original in Deutsch verfasst und kann bei der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus bezogen werden.



### Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus

BIRGIT ROMMELSPACHER

Martialisch aussehende junge Männer mit kahl rasierten Köpfen sind heute zum Symbol für den Rechtsextremismus geworden. So wird Rechtsextremismus mit Gewalt und Männlichkeit verknüpft. Beides ist irreführend, denn ebenso wie es auch den unauffälligen, angepassten Rechtsextremismus gibt, spielen Frauen im Rechtsextremismus eine wichtige Rolle.

Allerdings ist genauer zu fragen, welche Rolle Frauen in diesem Kontext spielen, denn das Klischee aggressiver Männlichkeit suggeriert, dass Frauen allenfalls in einer Komplementärrolle auftreten, als Unterstützerinnen der Männer im Hintergrund, als passiv und zweitrangig. Auch das trifft so nicht ohne weiteres zu - oder zumindest nicht für alle Frauen im rechtsextremen Spektrum. Viele rechte Frauen wollen sich nicht mehr mit einer untergeordneten Rolle abspeisen lassen und fordern nicht nur politische Gleichberechtigung, sondern auch das Recht, zu kämpfen «wie ein Mann». Dennoch sind Frauen im rechten Spektrum deutlich weniger sichtbar als Männer. Das gilt nicht nur für die militante rechte Jugendszene, sondern auch für rechte Parteien. Gleichwohl zeigen die Einstellungsuntersuchungen immer wieder, dass Frauen ähnlich stark rechts orientiert sind wie Männer.

#### Rechtsextreme Einstellungsmuster: Frauen und Männer im Vergleich

Im Grossen und Ganzen stimmen die Forschungsergebnisse dahingehend überein, dass es keine allzu grossen Unterschiede im Ausmass rechter Einstellungen zwischen Frauen und Männern gibt. Die Uneinheitlichkeit der Ergebnisse resultiert aber vermutlich auch daher, dass sich insgesamt unterschiedliche Einstellungsmuster bei Frauen und Männern finden (vgl. dazu den Artikel von Eser Davolio in diesem TANGRAM). Das heisst, selbst wenn in der Summe der Rechtsextremismus bei beiden Geschlechtern gleich ausgeprägt wäre, würde das noch lange nicht bedeuten, dass dahinter auch dieselben Motive stehen. Es kann also nicht nur um die Frage gehen, ob Frauen im Vergleich zu Männern mehr oder weniger rechtsextrem sind, sondern auch darum, ob sie sich in ihren Ansichten inhaltlich unterscheiden.

Gewalt

Die verschiedenen Untersuchungen zeigen nun in der Tat erhebliche Unterschiede zwischen den meist jungen Frauen und Männern. Der deutlichste Unterschied zeigt sich wie gesagt bei der Einstellung zur Gewalt. Diese zieht eine scharfe Trennlinie zwischen den Geschlechtern. Das legt die Vermutung nahe, dass Frauen sich eher mit den Opfern als den Tätern identifizieren, da die männliche Gewalt ja nicht nur Einwanderer/-innen und Flüchtlinge betrifft, sondern auch die einheimischen Frauen selbst. Insofern liegt die Ablehnung von Gewalt auch in ihrem eigenen Interesse.

Auf der anderen Seite aber führt Gewalterfahrung und Diskriminierung bei Frauen auch dazu, sich an «Schwächeren» schadlos zu halten. Der «Ausländer» wird zum Prototyp des Vergewaltigers. Damit wird einer Konfrontation mit dem deutschen Gewalttäter ausgewichen und gleichzeitig die eigene Zugehörigkeit als Deutsche aufgewertet. In diesem Zusammenhang kann von einer «Ethnisierung von Sexismus» gesprochen werden: «Die Ausländer» und nicht «die Männer» stellen dann das personifizierte Bedrohungspotenzial dar. Zwar werden auch Vorwürfe gegen deutsche Männer erhoben, und das vor allem im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch, aber dann gelten diese Männer meist als krank oder werden als «Volksschädlinge» bezeichnet.

Frauen sind also ebenfalls ausgrenzend und diskriminierend, beziehen sich dabei aber vielfach auf andere Themen und versuchen ihre Vorstellungen vor allem da durchzusetzen - wie Held u.a. herausgearbeitet haben -, wo sie sich selbst stark fühlen und glauben, «ihr» Terrain verteidigen zu müssen, nämlich im Alltag mit seinen Normen und Werten. So pochen nach dieser Untersuchung Frauen ungleich mehr auf Recht und Ordnung als Männer, wenn es um Fragen alltäglicher Anpassung geht. Nur wer sich unauffällig verhält und reibungslos in die Gesellschaft einpasst – sich also konventionell verhält -, sollte ihrer Meinung nach auch ein Anrecht auf Teilhabe an dieser Gesellschaft haben. Dieser Konventionalismus ist das Spezifikum des weiblichen Rechtsextremismus, denn Ausgrenzungen in der konkreten Alltagspraxis finden die meiste Zustimmung bei den Frauen.

16 TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■

Demgegenüber setzen Männer mehr auf Gewalt auf der Strasse und auf eine expansive Politik. Dies zeigt sich vor allem in der Konkurrenz um den Zugang zu sozialen und ökonomischen Ressourcen. Männlichkeit bestätigt sich dabei darüber, wer das Sagen hat, wer den anderen aussticht und sich als der Stärkere beweist. Der männliche Rechtsextremismus ist also stark von Konkurrenz motiviert, vor allem bezüglich der Erwerbssphäre, aber auch bezüglich des «eigenen» Territoriums und des Anrechts auf die «eigenen» Frauen. Zudem zeigt er sich in einem Politikverständnis, das auf Grossmachtpolitik und Expansionismus ausgerichtet ist. Die rechtsextremen Einstellungsmuster widerspiegeln also sehr wohl die unterschiedliche Lebenssituation der Geschlechter, indem sie zeigen, in welchen sozialen Räumen und in welcher Form das Ausgrenzungsverhalten den «Anderen» gegenüber besonders ausgeprägt ist. Er zeigt sich bei Frauen und Männern jeweils besonders in den Bereichen, in denen sie sich vergleichsweise sicher und für die sie sich zuständig fühlen. Hier üben beide Geschlechter ein Dominanzverhalten aus, indem sie ihren Status als Einheimische verteidigen und den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu kontrollieren versuchen. Dieser Zugang wird mit dem Verweis auf «Fremdheit» reguliert. Männer tun dies stärker über Gewalt und Konkurrenzverhalten - Frauen hingegen mehr über autoritäre Anpassungsforderungen. Ihr Politikverständnis bezieht sich also sehr viel mehr auf den Alltag und das konkrete Lebensumfeld als das der Männer. Das sind jedoch lediglich Tendenzen, denn natürlich sind Frauen auch konkurrent, ebenso wie Männer auch Anpassung einfordern.

#### Wahlverhalten

Interessant ist, dass, obgleich Frauen und Männer ähnlich stark rechtsextrem eingestellt sind, sie sich im Wahlverhalten deutlich unterscheiden: Rechte Parteien werden deutlich weniger von Frauen gewählt als von Männern. Als Faustregel gilt ein Verhältnis von etwa einem Drittel Frauen im Vergleich zu zwei Dritteln Männer. Wie kommt es nun, dass Frauen trotz ihrer rechten Einstellungen nicht unbedingt auch rechte Parteien wählen? Dafür wurden in der Diskussion bisher mehrere Gründe angeführt, so z.B. die grössere Politikdistanz von Frauen oder aber die mangelnde Repräsentanz von Frauen in rechten Parteien. Das ist allerdings nicht besonders überzeugend, da z.B. bei den Republikanern in Deutschland 20% der Leitungspositionen von Frauen besetzt sind – ein durchaus respektabler Anteil im Vergleich zu anderen Parteien. Bei der Freiheitlichen Partei Österreichs scheinen sogar noch mehr Frauen wichtige Stellen einzunehmen, womit sich diese Partei ein besonders modernes Image gibt und verstärkt um die Stimmen der Frauen wirbt.

Eine weitere Erklärung ist die, dass Frauen generell weniger dazu neigen, extreme Parteien zu wählen. Das war zumindest in der deutschen Geschichte der Fall, als die NSDAP erst dann genauso häufig von Frauen wie von Männern gewählt wurde, als sie an der Macht war und damit zur «Normalität» geworden war. Eine zusätzliche Erklärung ergibt sich daraus, dass das Potenzial rechtsextremer Einstellungen insgesamt deutlich grösser ist, als es sich im Wahlverhalten tatsächlich ausdrückt. Die meisten Menschen mit rechtsextremen Einstellungen wählen nicht unbedingt rechte, sondern sogar eher die etablierten bürgerlichen Parteien, wie vor allem die CDU, aber auch die SPD. Der Unterschied im Wahlverhalten erklärt sich nach der Analyse von Stöss damit, dass diejenigen, die sich für rechte Parteien entscheiden, auch diejenigen sind, die z.B. mehr zu Expansionismus und rechtsextremer Gewalt neigen. Und Gewalt wird, wie bereits gezeigt, von Frauen ohnehin zurückgewiesen. Aber auch expansive Formen des Nationalismus, die z.B. die Machtausweitung über die deutschen Grenzen hinaus fordern, werden von Frauen abgelehnt. Das könnte zu einem Teil die Wahlzurückhaltung von Frauen in Bezug auf rechte Parteien erklären. Allerdings ist sicherlich auch noch zu fragen, inwiefern das Programm der rechten Parteien inhaltlich den Vorstellungen der Frauen entspricht und auf ihre Lebensverhältnisse zugeschnitten ist. Darauf soll im folgenden Abschnitt eingegangen werden.

#### Das Geschlechterverhältnis in rechten Ideologien

#### Programmaussagen von Parteien

Die Programmatik rechter Parteien in Bezug auf das Geschlechterverhältnis ist in der Regel deutlich konservativer als die Position ihrer weiblichen Mitglieder. So sind nur etwa die Hälfte der Frauen bei den Republikanern mit den Vorstellungen ihrer Partei dazu einverstanden. Diese Vorstellungen sind zentral durch die Bedeutung der Familie im rechten Weltbild bestimmt. Danach ist die Familie die Keimzelle des Staates und das Sinnbild von Vertrautheit, sozialem Zusammenhalt, Wohlgeordnetheit und Natürlichkeit. Die Familie gilt als Grundlage des Volkes und Träger des biologischen Erbes. Deshalb sind alle aufgerufen, sich um den Erhalt der (deutschen) Familie zu bemühen; insbesondere «natürlich» die Frauen. Zwar wird z.B. im Programm der «Republikaner» der Wunsch der Frauen nach Berufstätigkeit anerkannt, dabei dürfe aber die Familie nicht zu kurz kommen. An eine Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wird nicht gedacht. Dies widerspreche der unterschiedlichen «Wesensart» von Frau und Mann.

Die «Mystifizierung der Familie» hat dabei eine doppelte Funktion: Zum einen wird die eigene Familie idealisiert und zum anderen wird damit der Ausschluss der «Anderen» legitimiert. Verwandtschaftliche Nähe und Sympathie werden in eins gesetzt, so als ob das «Band des Blutes» per se Harmonie und Glück bedeuten würde. Die Familie wird zum Modell für Staat und Gesellschaft erklärt, in dem jede/r seinen/ihren Platz kennt und Positionen nicht mehr ausgehandelt werden müssen.

Die Familie ist jedoch genauso wenig ein Ort der Harmonie wie die Öffentlichkeit und die Politik ein Kampfplatz aller gegen alle ist. Nach dem Ethnoanalytiker Mario Erdheim ist die Familie der Ort des Aufwachsens, der Tradition, der Intimität im Guten und im Bösen, der Pietät und der Verdammung. Die Kultur hingegen ist der Ort der Innovation, der Revolution, der Öffentlichkeit und der Vernunft. Der Antagonismus zwischen diesen beiden Ordnungen ist seiner Meinung nach notwendig, um Autonomie aufzubauen und den Geist lebendig zu halten. Je weniger eine Kultur zum Wandel bereit ist, desto gefährlicher wird «das Fremde». Werden Familie und Kultur als identisch erlebt, so verliert die Gesellschaft auch ihre Entwicklungschancen. Ebenso ist die Faszination des Fremden nach Erdheim lebensnotwendig, denn wenn «das Eigene keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr bietet und der Zugang zum Fremden vermauert ist, dann wird man am Eigenen allmählich verdorren.»

hätte den Zusammenhalt der Familien zerstört und den Frauen ihre Weiblichkeit und Würde genommen. Der «Klassenkampf» zwischen den Geschlechtern müsse aufhören und es müsse wieder Harmonie einkehren. Die Frauen müssten von der Emanzipation befreit werden, meint etwa Martine Lehideux, die Gründerin des Cercle National des Femmes d'Europe, der Frauenorganisation des Front National. Man müsse nun die Probleme wieder beheben, die aus der Studenten- und Frauenbewegung erwachsen seien. Die Frauenbewegung habe nur zu einer «Pseudobefreiung» geführt, zu Einsamkeit und komplizierten sozialen Beziehungen. Deshalb sei eben eine «gesunde» Familie so wichtig, die sie durch finanzielle Anreize zur Förderung der Geburtenrate und einen Mütterlohn unterstützen möchte. Allerdings fordert sie auch Wiedereinstiegsprogramme in die Erwerbstätigkeit für Mütter nach einer Kinderphase. Ausserdem befürwortet sie das so genannte «Familienwahlrecht», das den Eltern die Möglichkeit geben würde, für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder zu wählen; entweder der Vater für das erste, dritte und fünfte Kind und die Mutter für das zweite, vierte und sechste etc.; oder aber der Vater für die Jungen und die Mutter für die Mädchen.

Aber es gibt auch Frauen in rechten Parteien, die sich die Gleichberechtigung der Geschlechter zum Ziel gesetzt haben. So fordert etwa Alessandra Mussolini, Ex-

ponentin der italienischen Postfaschisten, der MSI/AN (Movimento Sociale Italiano / Alleanza Nationale), dass Frauen in allen Positionen gleich behandelt werden und vor allem auch mehr Frauen in den Parlamenten vertreten sein sollten. Das Problem sei jedoch, kompetente Frauen mit den richtigen Ansichten zu finden. Sie fordere eine neue Art von Feminismus, nämlich den Kampf für mehr Kompetenz und Qualität. Sie macht die Frauenfrage also zu einer Frage von Leistungsfähigkeit und wendet sich entschieden gegen die Gleichstellungspolitik der Frauenbewegung.

Die Frauen sollen die Schwachen schützen und die Familie bewahren – aber natürlich nur die «gesunde» Familie. So soll das von den meisten rechten Frauen militant vertretene Abtreibungsverbot meist dann nicht mehr gelten, wenn die potenziellen Kinder aus einer Verbindung zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe oder kultureller Herkunft stammen oder wenn es sich um potenziell behinderte Kinder handelt. Das bedeutet, dass es zentral um den Schutz der «eigenen Familie» und der «ei-

Der Wider-Am meisten stimmen Frauen spruch zwischen Familie und Ge-Ausgrenzungen sellschaft beziehungsweise Intimität und Öffentlichkeit wird im rechim Alltag ten Denken in einem regressiven Sinne aufgehoben. Brigitte Brück spricht in diesem Zusammenhang von einer «patriarchalen Familialisierung», in welcher die Familie das Modell ist, nach dem die Nation geformt werden soll. Das gesellschaftliche Ideal fällt mit dem der «gesunden» Familie zusammen. Die Definition des Staates als eines politischen Gemeinwesens, in dem Verfahrensregeln aufgestellt werden, um widersprüchliche Interessen und Perspektiven auszuhandeln und einen Konsens zu erarbeiten, wird bei diesem Familienmodell tendenziell überflüssig. Dies ist auch die Grundlage für antidemokratische Einstellungen im rechten Denken. Die

Dementsprechend ist das rechte Denken vielfach auch von einem expliziten «Antifeminismus» geprägt, welcher der Frauenbewegung vorwirft, sie

Nation wird zur «natürlichen» Erweiterung der

Verwandtschaftsbeziehungen.

▶ 18 TANGRAM Nr. 10 März 2001

**7**U

genen Rasse» geht und nicht generell um das «Recht auf Leben», wie dies auch viele konservative Frauen und Männer fordern. Expliziter Rassismus und rigorose Behindertenfeindlichkeit sind das Kennzeichen rechter Einstellungen, die sich inhaltlich aber im Prinzip nicht von denen vieler anderer unterscheiden. Allein in ihrer Militanz und Rigorosität unterscheiden sie sich hier von den Auffassungen der Mehrheit der Bevölkerung. Die Rechten trennen hart zwischen «unseren» Kindern und denen der «anderen». Ihre Fürsorglichkeit ist rassistisch gespalten. Diese rassistische Spaltung kam z.B. sehr drastisch in einem Slogan des Winterhilfswerks des Nationalsozialismus zum Ausdruck, in dem es hiess: «Keiner soll hungern, keiner soll frieren, aber die Juden, die sollen krepieren.»

Um das Bild von der eigenen Fürsorglichkeit und dem eigenen Harmoniestreben mit der mörderischen Kälte rassistischer Ausgrenzung zu vereinbaren, wird wieder die Mystifizierung der Familie bemüht. So sagt z.B. Le Pen: «Ich liebe meinen Sohn mehr als meinen Neffen. Meine Neffen mehr als meinen Vetter. Meinen Vetter mehr als meinen Nachbarn und meinen Nachbarn mehr als einen Fremden.» In dieselbe Kerbe haut auch sein Spruch: «Frankreich zu lieben, heisst, es vor den Fremden zu schützen.»

#### Das Geschlechterverhältnis in der rechten Jugendszene

Wie in manchen Programmen der rechten Parteien - bei den «Erwachsenen» - herrscht auch in der rechten Jugendszene in der Regel ein blanker Chauvinismus. Die männlichen Jugendlichen tun sich hervor, indem sie mit aggressiver Männlichkeit protzen, sich in einer extrem frauenverachtenden Sprache äussern und sich Frauen gegenüber möglichst abfällig verhalten. Gewalt ist das Kennzeichen vieler dieser Gruppen. Und genau an der Stelle setzen die wenigen Frauen an, die sich mit der ihnen zugewiesenen Position nicht abfinden wollen. Sie wollen keineswegs nur «Heimchen am Herd» spielen, sondern ernsthaft mitmachen, und das heisst in dieser Szene zu kämpfen. So erhoben bereits in den 80er-Jahren Frauen der Deutschen Frauenfront den Anspruch, gemeinsam mit den Männern kämpfen zu wollen. Der Titel ihrer Zeitschrift «Die Kampfgefährtin» ist dafür programmatisch.

Kämpferisch geben sich auch die Mädchen in der Skingirlszene, die in ihren Fanzines für die «Kämpferin der neuen Rasse» werben. Die so genannten «Reenes» – Frauen in der neofaschistischen Skinheadszene – sind in ihrem Verhalten jedoch oft selbst auch sexistisch. Michaela Köttig versuchte die Motivation dieser Frauen zu erforschen und stellte dabei fest, dass die Ursachen für gewalttätiges Verhalten bei den jungen Frauen dieselben sind wie bei den männlichen Jugendlichen: Sie suchen Anerkennung,

Respekt, Aufmerksamkeit und Gruppenprestige. Die jungen Frauen können nur in die männliche Domäne eindringen, indem sie männliche Rollen übernehmen. Die anderen Mädchen werden hingegen als «Schlampen» und «Schlagermädels» diffamiert, und die eigene Mackerattitüde wird zum Kult erhoben. Vielfach zielt das martialische Auftreten der Mädchen aber auch in Richtung Familie: Sie wollen mit ihrem unkonventionellen oder «unweiblichen» Verhalten ihrem Anspruch auf Ablösung und Eigenständigkeit Nachdruck verleihen.

Diese militanten Frauen sind ein Beispiel für die Paradoxie einer Emanzipation, die die Gleichwertigkeit der Geschlechter durch Unterwerfung herstellt. Die Frauen passen sich an die männlichen Rollenbilder an, um dadurch aus der traditionellen weiblichen Rolle auszubrechen und sich die vorenthaltene Anerkennung abzutrotzen. Die Gewalt wird mit dem Anspruch auf Gleichwertigkeit und Gleichstellung legitimiert. Gleichzeitig erweisen sie den Männern ihre Reverenz, indem sie deren Rollenmodell imitieren. Eine Auseinandersetzung zwischen den Geschlechtern um ein verändertes Rollenverhalten für beide findet nicht statt – ein allerdings auch in der übrigen Gesellschaft durchaus verbreitetes Phänomen.

Die Frage der Militanz von Frauen bleibt in der rechten Szene allerdings umstritten, da sich die Männer teilweise auch vehement dagegen wehren. So sind die gewalttätigen Frauen nach wie vor sehr deutlich in der Minderzahl und der Anteil von Frauen an Gewalttaten liegt weiterhin unter 5%. Dennoch wird immer wieder vor der wachsenden Aggressivität von Mädchen und jungen Frauen gewarnt. Aber dieses Phänomen sollte nicht überbewertet werden, auch wenn es prinzipiell notwendig ist, sich von dem Bild zu verabschieden, das rechte Frauen immer nur in der traditionellen Rolle der Unterstützerin der Männer sehen möchte.

So finden sich drei unterschiedliche Bezugspunkte oder Varianten für die Rolle von Frauen im Kontext gewaltbereiter (Jugend-)Gruppen und rechtsextremer Organisationen:

- die ideologisch überhöhte Rolle der Kämpferin mit eigener Macht als Herrscherin über das Leben, als Gebärerin;
- 2. die Rolle der Zuarbeiterin und Mitläuferin oder auch Anstifterin im Hintergrund;
- die «maskuline» Rolle der dem Mann identischen Gewalttäterin und Funktionsträgerin in der politischen Aussenwelt, die Rolle einer Rebellin mit impliziter Frauenverachtung.

An dem ersten Aspekt, der ideologisch überhöhten Rolle der Frau als Herrscherin über das Leben, der ja auch in der Programmatik rechter Parteien angesprochen wird, setzt in einer noch sehr viel

grundsätzlicheren Form auch das rechte esoterische und neuheidnische Denken an. Nicht zu unterschätzen ist die Aufwertung der Frauen durch die rechte Esoterik, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann (vgl. Tangram Nr. 6).

### Antisexismus und Rassimus: Gibt es einen «rechten Feminismus»?

Selten wird die Frage gestellt, ob oder warum der Rechtsextremismus für Männer attraktiv ist. Das ist kein Zufall, bietet die rechte Szene doch vielfältige Möglichkeiten, um Männlichkeit zu inszenieren und zu bestätigen. So kann sich hier der Mann noch am besten als Kämpfer und Held, als politischer Führer und als Patriarch gebärden. Es scheint, als ob das rechte Spektrum eines der wenigen gesellschaftlichen Orte ist, wo Männer noch «richtige» Männer sein können.

Die Situation bei den Frauen ist hier weniger eindeutig. Einerseits wird die traditionelle Frauenrolle als Komplementärrolle propagiert - andererseits wollen sich viele Frauen damit nicht mehr abfinden. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Positionen im rechten Spektrum, die von einem entschiedenen Egalitarismus bis hin zu Vorstellungen traditionalistischer Weiblichkeit reichen. So kommt Renate Bitzan in ihrer Analyse von Hunderten von Zeitschriftenartikeln von rechten Frauen zu dem Ergebnis, dass es bei ihnen zwar vielfach auch einen militanten Antifeminismus gibt, dass sich aber auch viele rechte Frauen gegen den Sexismus selbst in den eigenen Reihen zur Wehr setzen. Ihr Antisexismus steht aber immer im Kontext von Ungleichheitsideologien.

Im Sinne eines solchen «rechten Feminismus» fordert in heutiger Zeit auch Sigrid Hunke, eine einflussreiche Theoretikerin der Neuen Rechten, Mitarbeiterin am Thule-Seminar in Tübingen, Ehrenpräsidentin der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft und Autorin zahlreicher Bücher, die vollständige Anerkennung der «nordischen» Frau als gleichberechtigter Partnerin. Ihrer Ansicht nach müssten auch die Männer bereit sein, sich in einem «gesamtgermanischen» Lebensstil an der Wahrung der Familienaufgaben zu beteiligen, und deshalb fordert sie auch die Erziehung zur Vaterschaft. Sie lehnt also die These von der Polarität der Geschlechter entschieden ab und stützt sich in ihrer Argumentation sogar auf Simone de Beauvoir. Sie ist für die Abschaffung des Paragrafen 218 (=Abtreibungsverbot) im Widerspruch zu fast allen andern Theoretikern der Neuen Rechten. Allerdings fordert auch sie, und dabei ist sie nun wiederum mit anderen rechten «Feministinnen» einig, dass nur

die Besten der beiden Geschlechter die Macht einnehmen sollten. Insofern lehnt sie wie alle anderen rechten Funktionsträgerinnen Gleichstellungspolitik für Frauen ab.

Gibt es also einen «rechten Feminismus»? Entscheidend bei dieser Art von «Feminismus» ist offensichtlich, dass an Stelle der Geschlechterhierarchie eine Spaltung in höhere und niedrigere Wesen tritt; so wenn z.B. Hunke die Emanzipation der «arischen» beziehungsweise «nordischen» Frau auf Kosten anderer Frauen und Männer fordert oder die der erlesenen, starken Frau gegenüber der erbuntüchtigen und schwachen. Insofern sind Rassismus und Elitarismus die Grundlage einer solchen «Emanzipation». Die Frauen können und sollen sich auf Kosten anderer «emanzipieren». Dementsprechend fühlen sich auch viele Frauen durchaus aufgewertet. Oder wie Renate Bitzan formuliert: «Innerhalb des rechten Spektrums schafft der Primat der rassistischen Trennlinien vielleicht gerade einen «Freiraum», der es erlaubt, das Geschlechterverhältnis zu modernisieren.»

Dafür ist der Nationalsozialismus ein bezeichnendes Beispiel. Viele «arische» Frauen und Mädchen konnten im Nationalsozialismus ihren Verhaltensspielraum ausweiten und hatten mehr Möglichkeiten als je zuvor. Dies ist nicht allein dem faktischen Modernisierungsschub geschuldet, der in der Zeit des Nationalsozialismus die gesellschaftliche Mitarbeit dieser Frauen forderte, sondern auch ihrer Aufwertung qua Rassismus und Antisemitismus. Sie wurden zu Trägerinnen «wertvollen Erbgutes» und für das Gebären von Kindern entsprechend geehrt und belohnt. Die Frauen konnten sich so auf Kosten der vom Nationalsozialismus verfolgten Menschen ideologisch aufwerten und vielfach auch faktisch bereichern. Dass die Frauen diesen Machtzuwachs teilweise auch als «Emanzipation» empfunden haben, hängt u.a. damit zusammen, dass die Familie im Nationalsozialismus zu einer öffentlichen Angelegenheit wurde und die bislang unsichtbare Arbeit der Frau zum «Dienst am Volk» deklariert wurde. Das wertete den Verantwortungsbereich der Frauen auf, und viele identifizierten sich im Gegenzug mit den von den Männern angebotenen Grössenfantasien. Damit konnten sie den engen Raum der eigenen Familie überschreiten. Die männlichen Grössenfantasien idealisieren den Mann als Repräsentanten nationaler Werte und vergeistigen ihn zugleich als Kämpfer, der todgeweiht in Distanz geschoben werden kann. Im Schatten einer solchen abstrakten Autorität kann die Frau jedoch den konkreten Ehemann durchaus entwerten und gegebenenfalls bekämpfen. Insofern kann die Unterwerfung unter patriarchale Ideologien im Allgemeinen durchaus zur Erweiterung des Verhaltensspielraums im Konkreten führen.

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■

Ein ähnlich widersprüchliches Verhältnis zur patriarchalen Dominanz zeigen heute die Reenes mit ihrem «Mackerverhalten»: Einerseits eifern sie männlichen Vorstellungen nach und unterwerfen sich ihnen, andererseits erkämpfen sie sich damit aber gleichzeitig mehr Anerkennung. Der Preis dieser Form der Emanzipation ist die Abwertung der anderen Frauen und damit auch eine Selbstabwertung. Insofern ist ein Emanzipationsverständnis naiv, das alleine auf Machtgewinn setzt, wenn nicht zugleich gesehen wird, wem gegenüber diese Macht ausgeübt wird: Die Ermächtigung von Frauen kann auch in die Macht münden, andere Frauen zu unterdrücken. So kann dann auch nicht von einem Feminismus die Rede sein, wenn er per Rassismus und Elitarismus andere Frauen abwertet, denn der Feminismus beruft sich zumindest vom Prinzip her auf einen Gleichheitsanspruch für alle Frauen.

Rechte Ideologien sind aufs Engste mit der Ideologisierung des Geschlechterverhältnisses verknüpft, denn das Grundthema des Rechtsextremismus, die Spaltung in Aggressivität und Unerbittlichkeit nach «Aussen» und Idealisierung des «Innen» als Ort der Harmonie und gegenseitiger Fürsorge, ist zentral geschlechtsspezifisch kodiert. Männer und Frauen nehmen dabei unterschiedliche Rollen ein, und diese sind in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen immer auch zu hinterfragen.

Birgit Rommelspacher ist Professorin an der Alice Salomon Fachhochschule für Sozialwesen Berlin und Privatdozentin an der Technischen Universität Berlin. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: feministische Psychologie, Rassismus und Antisemitismus.

#### Literatur

Brück, Brigitte 2000

Frauen und Rechtsradikalismus in Europa, anhand von Interviews mit Frauen in Führungspositionen rechtsradikaler Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien. Bremen (Dissertation in Vorbereitung).

Erdheim, Mario 1992

Das Eigene und das Fremde. Über ethnische Identität. In: Margarete Mitscherlich, Psyche 46/8, S. 730–744.

Held, Josef, Hans-Werner Horn, Athanasios Marvakis 1996 Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer. Opladen: Leske & Budrich.

Köttig, Michaela 1997

«Mädchen sollen am liehsten ihre Klappe halten» – Mädchen in rechten Klicken. In: Renate Bitzan, Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen. Berlin: Elefanten Press, S. 147–156.

Rommelspacher, Birgit 1995

Schuldlos-Schuldig? Wie sich junge Frauen mit Antisemitismus auseinander setzen. Hamburg: Konkret.

Rommelspacher, Birgit 1995

Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin: Orlanda.

Rommelspacher, Birgit 1999

Behindertenfeindlichkeit. Ausgrenzungen und Vereinnahmungen. Göttingen:

Stöss, Richard 1999

Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

#### Zusammenfassung

Junge, gewalttätige Männer sind heute zum Symbol für den Rechtsextremismus geworden. Das verdeckt aber die Tatsache, dass auch Frauen und Mädchen in ähnlichem Ausmass zu rechtsextremen Einstellungen neigen wie Jungen und Männer. Allerdings unterscheiden sich die Einstellungsmuster insofern, als Frauen eher auf rigide Anpassung im Alltag pochen, während Männer «ihr Territorium» oft gewalttätig zu verteidigen versuchen. Das traditionelle Geschlechterverhältnis widerspiegelt sich also in diesen Einstellungen; ebenso wie in den Programmaussagen rechter Parteien, für die die patriarchale Familie vielfach zum Kristallisationskern ihrer ganzen Politik wird. Dennoch gibt es viele Frauen, sowohl in rechten Parteien wie auch in der rechten Jugendszene, die explizit Gleichstellung mit den Männern fordern – dies aber immer auf Kosten von anderen, die sie qua Rassismus oder Biologismus abwerten. Insofern ist die Frage zu stellen, ob wir hier von einem «rechten Feminismus» sprechen können.

#### Résumé

Les hommes jeunes et violents sont devenus le symbole de l'extrême-droite. Pourtant, certaines femmes jeunes et moins jeunes ont les mêmes positions d'extrême droite que les hommes. Leurs positions diffèrent en ce sens que les femmes insistent plutôt sur une adaptation rigide des étrangers dans la vie quotidienne alors que les hommes défendent leur «territoire» de manière souvent violente. La relation traditionnelle existant entre les deux sexes se reflète donc dans ces positions, de même que dans les programmes des partis d'extrême droite où la famille patriarcale constitue souvent le noyau de leur politique. Il existe pourtant de nombreuses femmes, dans les partis comme sur la scène d'extrême droite, qui demandent de manière explicite l'égalité de traitement, mais toujours au détriment des autres qui sont, eux, dévalués pour des motifs racistes ou biologiques. Il faut donc se poser la question de savoir si l'on peut parler ici d'un féminisme d'extrême droite.



### Die Beweglichkeit des Rassismus

EDGAR J. FORSTER

Rassismusprävention ohne Sexismusprävention, ohne Kritik von Klassen- und Generationenverhältnissen, ohne Prävention gegen soziale Diskriminierungen greift zu kurz, denn bei Rassismus spielen auch Sexismus, Klassenhass und die «Sozialschmarotzerdebatte» mit.

«Jetzt kommt alles, ob das zu einer gewissen Wohngemeinschaft passt oder nicht, wird da reingesteckt, von Sozialfällen, Alkoholiker, Schwerverbrecher ist alles vorhanden. Bis dann natürlich noch hin zu — weil wir haben ja auch österreichische solche Typen, nicht nur Ausländer, nicht. Die haben wir eh selber auch {...} Und jetzt natürlich das Ausländerproblem dazu. Das ist natürlich irgendwo ein starkes Stück jetzt — zum Verkraften. {...} und da ist ja das Wort «Ausländer» irgendwo jetzt schon fast illusorisch, weil sie ihnen die Staatsbürgerschaft so schnell nachschmeissen, jetzt darf man ja praktisch gar nicht mehr sagen «Ausländer», das ist nur ein «nichtangepasster Österreicher». Und das ist an sich das grössere Problem — die Nichtanpassungsfähigkeit oder Nicht-Wollen.» (Forster 2001)

Dieser Interviewauszug aus einem Forschungsprojekt über Fremdenfeindlichkeit in einer grossen Salzburger Wohnsiedlung illustriert, in welcher Form Fremdenfeindlichkeit besonders bedrohlich sein kann. Sie ist nicht mehr nationalistisch gebunden, sondern vervielfältigt sich und lähmt das Eigene, das «Wir» von innen her. Längst geht es nicht mehr nur um In- und Ausländer, sondern um die Konstruktion des Eigenen in der Form eines Mythos: Nachträglich wird eine Gruppe als «natürliche» Gemeinschaft erfunden. Durch diesen «Gründungsakt» ist jede Gegenwart immer eine Form der «Nichtanpassungsfähigkeit» in Bezug auf ein unbestimmtes «Wie-es-früher-War». Rückwirkend scheint die Welt in Ordnung gewesen zu sein, während heute das Chaos herrscht.

Rassismusprävention unterliegt immer der Gefahr, der Logik des Rassismus zu erliegen. Damit dies nicht passiert, ist es wichtig, seine vereinheitlichende Funktion und seine Beweglichkeit zu verstehen. Die vereinheitlichende Funktion des Rassismus besteht in der Ausgrenzung und der sozialen Normalisierung, seine Beweglichkeit aber darin, dass er seine Funktion in allen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzt und so an Stärke und Legitimation gewinnt. Soziale Identitäten sind diejenigen Orte, wo die Beweglichkeit des Rassismus zum Ausdruck

kommt, denn dort finden vielfache und widersprüchliche Kämpfe bei der Verhandlung unterschiedlicher Differenzen statt. In diesen Identitätskämpfen verknüpft sich der Rassismus mit dem Nationalismus, mit dem Plädoyer für kulturelle Differenz, mit Argumenten zur Sprachgemeinschaft, mit Wirtschaftslogik, gleichermassen mit Sexismus und Antisexismus, mit Generationenkonflikten usw. Er bedient sich dabei unterschiedlichster Diskurse: Männlichkeitsdiskursen, Diskursen über Heimat, Tradition und Zugehörigkeit etc. (vgl. dazu den Artikel von Birgit Rommelspacher in dieser Ausgabe von TANGRAM). Der Rassismus argumentiert mit physiologischen Merkmalen, mit kulturellen und soziologischen Argumenten und symbolischen Etiketten (Lebensauffassung, Einstellungen) (vgl. Guillaumin 1994). Auf diese Weise werden im alltäglichen Denken und Handeln soziale Identitäten (re)produziert und (re)präsentiert. Die Konstruktion des Wir und der Anderen wird damit zu einer ständigen Bestätigung und Festlegung von Einschluss- und Ausschlussmechanismen.

Dieser Prozess lässt sich anhand des folgenden Beispiels verdeutlichen: Mit Jugendlichen der zweiten Generation des Wiener Vereins *Echo* kommt das Gespräch in einer längeren Gruppendiskussion auf die Türkei. Dabei werden Geschlecht und Kultur verknüpft. Die Männer können nicht verstehen, warum Berfin, eine junge Frau, in die Türkei will. Die Männer eint das Österreichische gegen das Türkische. Dabei werden folgende Verknüpfungen und Oppositionen aufgestellt:

unvernünftig Türkei Utopie naiv/kindlich träumerisch Frau vernünftig Österreich Sinn für das Machbare erwachsen, erfahren realistisch (Mann)<sup>1</sup>

Die Verknüpfung bildet ein Dominanzverhältnis: «Das Türkische» wird ebenso wie «die Frau» abgewertet. Entscheidend ist, dass sich in dieser Ge-

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> «Mann» wird nicht ausdrücklich benannt, sondern bleibt typischerweise unsichtbar und wird durch das Verhalten der redenden Männer repräsentiert.

sprächsphase alle Männer, also auch die türkischen Männer, auf der Seite des «Vernünftigen = Österreichischen» ansiedeln. Allerdings ist diese Dominanzsituation instabil und lässt sich daher auch verändern (vgl. Forster/Tillner 2001).

Prävention gegen Ausschluss und soziale Normierung arbeitet gegen die oben gezeigten Verknüpfungen und gegen eine Mythenproduktion. Das Geschlechterverhältnis ist ein Gebiet, auf dem Ausschluss und soziale Normierung besonders reibungslos funktionieren, weil hegemoniale Männlichkeit und die sie stützenden Strukturen vielfach unsichtbar bleiben. Ich möchte deswegen Männlichkeitskritik, Jungenarbeit (vgl. Bieringer/Buchacher/Forster 2000) und Rassismusprävention miteinander verbinden und für eine wirksame Präventionsarbeit folgenden Rahmen vorschlagen:

1. Die Idee einer vollen Identität, eines stabilen «Wir» ist eine Illusion. Identität ist permanent aufgeschoben, also offen und fragmentiert. Allerdings werden durch Denken und Handeln nicht nur zerstreute, flüchtige Identitäten produziert, sondern auch imaginäre Konstruktionen von Ganzheit vermittelt. Darin besteht ihr ideologischer Charakter und die damit verbundene (V)Erkennung.

> Jungenarbeit versteht sich als permanente

Verhandlungsarbeit männlicher Identitäten. Sie setzt nicht auf Individualisierung, sondern zeigt die kollektiven, politischen Aspekte von Männlichkeitskonstruktionen auf. Das heisst, es geht ihr um eine Kritik von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und nicht um das Beschwören von Männlichkeitskrisen, die es durch ein neues «männliches Selbstbewusstsein» zu überwinden gilt. Kurz: Im Zentrum steht Geschlechterdemokratie anstelle immer neu errichteter hegemonialer Männlichkeit; eine Geschlechterdemokratie, die sich durch einen souveränen Umgang mit fragmentierten, brüchigen, vielfältigen, widersprüchlichen Identitäten auszeichnet. Jungenarbeit heisst, die Jungen dazu zu ermuntern, die Verhandlung von Identitäten aktiv und mit offenem Ausgang zu betreiben. Dabei geht es vor allem darum, Fixierungen und Stereotype aufzuweichen und andere, auch widersprüchliche Identitäten auszuprobieren, das heisst, eigene Identitäten zu problematisieren und zu verfremden.

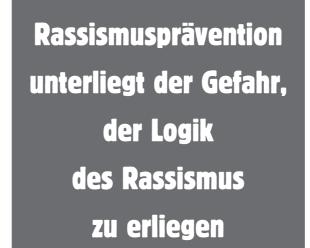
Jungenarbeit richtet sich gegen Sexismus und Homophobie. Antisexistische Jungen- und Männerarbeit verlangt von Jungen und Männern eine Praxis des alltäglichen Widerstandes, des Eingreifens, des Öffentlichmachens und der Entsolidarisierung mit dem Männerbund. Dies ist schwierig und verlangt Zivilcourage.

- 2. Dazu muss sichtbar gemacht werden, auf welcher Weise sich Männlichkeit scheinbar selbstverständlich und «natürlich» mit Vernunft, mit Fremdenfeindlichkeit etc. verknüpft, denn dies schafft die Illusion von Fülle, die ein Mythos ist. Demgegenüber gilt es zu betonen, dass Verknüpfungen zufällig sind. Das heisst, sie sind veränderbar.
- 3. Jungenarbeit zielt auf die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse. Geschlechterdemokratie fassen wir doppelt: gleiche Chancen und Möglichkeiten für Männer und Frauen, gleicher Lohn für

gleiche Arbeit etc. Zweitens beinhaltet sie aber auch die Anerkennung von Differenzen: zwischen Männern und Frauen, aber auch innerhalb der Männer und innerhalb der Frauen. Geschlechterdemokratie muss zudem den «phallozentrischen Rahmen», innerhalb dessen das Geschlechterverhältnis (re)produziert wird, einer kritischen Reflexion unterziehen. Das heisst: Männlichkeitskritik ist Gesellschaftskritik: Denn die Vorstellungen davon, was Frauen und Männer sind, werden in einem Modell zusammengefasst, das «menschlich» oder «hu-

man» genannt wird, tatsächlich aber mit dem Maskulinen übereinstimmt. Wann immer Frauen oder Weiblichkeit definiert werden, dann in Begriffen von Identität oder Gleichheit mit Männern, als Gegenteil oder Umkehrung des Männlichen, als Komplementarität etc.

Präventionsarbeit, die nicht nur apellhaften Charakter hat, arbeitet also mit offenen, verhandelbaren Identitäten, sie macht die scheinbar «natürliche» Identität sichtbar und zeigt damit Veränderungsmöglichkeiten auf und sie zielt auf eine Demokratisierung von Lebensverhältnissen. Dies verlangt nach einer politischen Strategie, die darin bestehen müsste, offene Räume zu schaffen, die dazu animieren, in Verhandlungen zu treten. In Verhandlungen zu treten heisst, mit anderen eine «Gruppe» zu bilden. Gruppen werden nicht durch gegebene Gemeinsamkeiten, durch gegebene Identitäten bestimmt, sondern durch die Bereitschaft, solche zu (er)finden.



Der Ausgangspunkt ist nicht das Gegebene, sondern eine (mögliche) Zukunft. Es geht darum, sich nicht auf vorgegebene, vorherrschende Zugehörigkeiten zu verlassen, sondern in einen aktiven Prozess des (Er-)Findens (sowohl der Identitäten als auch der Gruppenzugehörigkeit) einzutreten. Solche Beziehungen sind offen, abhängig vom jeweiligen Zusammenhang, flüchtig. Diese Art der Gruppenbildung zu verallgemeinern, heisst, politische Gemeinschaften zu entwerfen, die sich nicht auf eine Nation, eine Kultur, eine Ethnie berufen, sondern auf eine unabsehbare Zukunft.

Edgar J. Forster, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Salzburg. Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Historische Anthropologie.

#### Literatur

Bieringer, Ingo, Walter Buchacher, Edgar J. Forster (Hg.) 2000 Männlichkeit und Gewalt. Konzepte für die Jungenarbeit. Opladen: Leske+Budrich.

Forster, Edgar J. (erscheint 2001)

Konsliktbilder und Feindbildproduktion. Die Machbarkeit sozialer Konslikte. In: Andrea Birbaumer/Gerald Steinbardt: Der slexibilisierte Mensch und sein gesellschaftliches Handeln. Subjektivität und Solidarität im Wandel.

Forster, Edgar J., Georg Tillner (erscheint im Sommer 2001) Identitätsverhandlungen – Ein empirisch-qualitatives Projekt zu Kultur und Geschlecht. Wien: Turia+Kant.

Guillaumin, Colette 1992

Zur Bedeutung des Begriffs «Rasse». In: Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Kongresses «Migration und Rassismus in Europa». Hamburg: Argument, S. 77–87.

#### Zusammenfassung

Wirksame Rassismusprävention muss die Anpassungsfähigkeit beachten, mit der Rassismus mit anderen identitätsstiftenden Elementen in Verbindung treten kann. Rassismusprävention muss daher auch Männlichkeitskritik oder die Verhandlung von Generationenkonflikten sein. Präventionsstrategien, wie beispielsweise in der Jungenarbeit, müssen mit offenen, verhandelbaren Identitätskonzepten arbeiten, sie müssen die scheinbar «natürlichen» Verknüpfungen sichtbar machen und offene Räume für das Verhandeln von Identitäten schaffen.

#### Résumé

Une prévention efficace doit tenir compte du fait que le racisme est un phénomène multiforme dont l'une des caractéristiques est sa forte capacité à se greffer sur d'autres éléments qui définissent l'identité. La prévention peut alors revêtir la forme d'une analyse critique de la masculinité ou d'un traitement de conflits entre générations. Si la greffe «prend», c'est parce que tous les éléments ont une même fonction normative et exclusive. Toute stratégie de prévention doit donc faire intervenir des concepts identitaires ouverts et négociables, mettre en évidence les enchaînements apparemment «naturels» et proposer un espace ouvert permettant de négocier l'identité.

Jungenarbeit versteht sich als permanente Verhandlungs- arbeit männlicher Identitäten

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■



### Rechtsextreme Einstellungen: Untersuchungsergebnisse zum Faktor «Geschlecht»

MIRYAM ESER DAVOLIO

Krawalle und Brandstiftungen von Rechtsextremisten lösten Ende der 80er-Jahre in Deutschland eine Anzahl Forschungen aus, die Meinungsbilder und Sozialisation von Jugendlichen in Ost und West untersuchten. In allen Studien spielt die männliche Sozialisation eine besondere Rolle unter den möglichen Risikofaktoren. Der folgende Beitrag fasst die Resultate dieser Forschungen zusammen und vergleicht diese mit Ergebnissen einer Umfrage in der Schweiz.

Die Jugendforschung konzentriert sich stark auf geschlechtsabhängige Persönlichkeitsfaktoren in der männlichen Sozialisation. Diese bilden Anknüpfungsstellen für Konzepte der Ungleichheit und der Fremdenfeindlichkeit sowie für fehlendes Mitgefühl und Gewaltakzeptanz. Die wichtigsten Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Geschlecht und rechtsextremistischer Orientierung lauten:

- ▶ Ein Verhältnis von 8:2 von Jungen zu Mädchen für rechtsextreme Tendenzen ergibt sich nach einer Untersuchung mit rund 4000 Jugendlichen (Noëlle-Neumann, Ring 1984).
- In allen Untersuchungen über rechtsextremistische Jugendgewalt sind es die 14- bis 25-jährigen männlichen Jugendlichen, die dominieren (Schenk 1993, Willems, Würtz, Eckert 1993, Pommerenke 1994).
- ▶ Männliche Lehrlinge sind in den neuen Bundesländern die soziale Problemgruppe Nr. 1, nicht nur in Bezug auf Gewaltbereitschaft und gewalttätiges Verhalten, sondern auch auf rechtsextreme Orientierungen (Friedrich 1994).
- Die männliche Dominanz in der extremen Rechten wirkt auf junge Männer eher stabilisierend (Hafeneger 1990).

Für Mädchen bzw. Frauen gilt:

- Mädchen sind durchgängig weniger fremdenfeindlich eingestellt als Jungen, urteilen kritischer und sind deutlich distanzierter gegenüber gewaltförmigen Positionen (Heitmeyer 1987).
- ▶ Zudem sind sie weniger antisemitisch eingestellt, lehnen Gewalt gegen Menschen eher ab und sind weniger nationalistisch (Müller, Schubarth 1992).
- ▶ Mädchen in der Stadt, die ein Gymnasium besuchen, machen diejenige Gruppe unter den untersuchten Jugendlichen aus, die am wenigsten zu rechtsextremen Einstellungen neigen (Fend 1994).
- Das rechtsextreme Wählerpotenzial besteht nur zu

einem Drittel aus Frauen; je extremer die Partei, desto weniger Frauen, lässt sich grundsätzlich festhalten.

Diese Befunde können dahingehend kritisiert werden, dass sie sich in erster Linie auf öffentlichkeitswirksames und offensiv-aggressives Verhalten konzentrieren, womit hauptsächlich junge Männer in wissenschaftlichen Blickwinkel (Stehnke 1993). Die entsprechenden «weiblichen» Verhaltensmuster und Einstellungen, die sich ebenfalls ausländerfeindlich und rassistisch im privaten Bereich und alltäglichen Handeln manifestieren können, werden dabei nicht wahrgenommen. Gerade in rechtsextremistischen Gruppierungen übernehmen Mädchen die traditionelle Frauenrolle und wirken nur im Hintergrund. Ganz nach dem Motto «Siegen, kämpfen, durchgreifen lassen» (Oltmann 1990) können es sich Frauen offenbar leisten, die gewalttätige Umsetzung zu delegieren (vgl. Rommelspacher in dieser Ausgabe von TANGRAM). Andere Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, dass Mädchen eher subtile als offene Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten äussern (Zick 1997), was damit zu tun haben könnte, dass Mädchen weniger unverblümt Stellung beziehen als Jungen. Auch wenn Mädchen in Skinheadgruppen nur am Rand auftreten, hat doch insgesamt ihre Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft zugenommen; so lehnt jedes fünfte Mädchen körperliche Gewalt gegen andere Personen nicht ab (Birsl 1994).

#### Auswirkungen der weiblichen Sozialisation

Dass Mädchen eine andere Zugangsweise zu fremdenfeindlichen Ideologien haben, wird mit ihrer spezifischen Sozialisation begründet. Doch der als Begründung für Fremdenfeindlichkeit oft angeführte Faktor «Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt» kann den Unterschied nicht ausmachen, denn junge Frauen bekommen die Jugendarbeitslosigkeit noch viel stärker zu spüren als männliche Jugendliche. Auch die immer wieder angeführte Orientierungslosigkeit wegen des Zerfalls von Werten und Traditionen macht bei der geschlechtsspezifischen Unterscheidung wenig Sinn, da Mädchen in viel grösserem Ausmass vom Wandel der Geschlechter-

rollen und den damit verbundenen, oft widersprüchlichen Anforderungen betroffen sind als Jungen. Hingegen scheinen Ängste bezüglich Ausländerkriminalität bei jungen Frauen am ehesten den Ausschlag für die Ausbildung fremdenfeindlicher Einstellungen zu geben (Stehnke 1993). Mädchen begründen die Ablehnung des «Fremden» häufig mit der Angst vor sexueller Belästigung und Vergewaltigung durch ausländische Männer. Dabei wird die reale Gefahr, die von einheimischen Männern ausgeht, ausgeblendet, ebenso wie die Tatsache, dass die Fremden nicht nur männlich sind - fremde Frauen werden offenbar gar nicht wahrgenommen. Die

Umweltzerstörung, Ressourcenschonung, Frieden und reale Gefahr, Abrüstung sowie Bildungspolitik stehen bei Mädchen zudie von einheimischen oberst in der Rangordnung der ihnen am Männern ausgeht, wichtigsten erscheinenden Probleme. Die «Auslänwird ausgeblenderproblematik» hat für sie einen viel geringeren Stellenwert als für Jungen, denn «ihnen geht es um eine humane, eine lebens- und liebenswerte Umwelt». Die Rollenerwartungen von Mädchen sind breiter gelagert, der Beruf bildet nicht die alleinige Basis der Zukunftsperspektiven (Siller 1991). Ein wichtiger geschlechtsspezifischer Unterschied besteht darin, dass Mädchen Gewalt als «normale» Konfliktregelungsform strikte ablehnen und auch Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen nicht in Betracht ziehen. Ein wesentlicher Grund für diese Ablehnung stellen eigene Diskriminierungserfahrungen als Opfer von Gewalt dar, weshalb sie sich besser in andere Betroffene einfühlen können. Rechtsextremistische Gruppierungen sind meist unattraktiv für junge Frauen, da sie von Gewaltbereitschaft, Männlichkeitskult und Chauvinismus geprägt sind. Forderungen nach einer Wiederbelebung der traditionellen Frauenrolle, wie z.B. «Die Frauen sollen sich wieder mehr um die Familie kümmern und sich den Männern unterordnen», wirken auf die meisten Mädchen wenig anziehend. Allerdings gibt es eine Minderheit, die sich mit der modernen Frauenrolle nicht anfreunden kann. Sprechen Mädchen auf die Politikangebote rechtsextremistischer Gruppen an und werden sie Mitglied, so bleibt es oft bei einer Mitläuferinnenrolle. Anfällig können junge Frauen auch werden, wenn sie in der frühen Jugendzeit bei der ersten Partnerwahl zu wenig selbstbewusst sind und sich leicht beeinflussen lassen, sodass sie Män-

unterordnen. Oft werden Mädchen in Skinhead-Gruppierungen sehr herablassend behandelt und lassen es sogar zu, als «Unterlage, gerade gut genug, um darauf zu schlafen» bezeichnet zu werden, denn Kameradschaft existiert halt nur unter Männern. Allenfalls können ihnen ein solch «cooles» Auftreten und die direkte sexuelle Anmache imponieren: «Es war, als identifizierten sich die Skin-Mädchen lieber mit dem, was ihnen Angst macht, statt sich zu wehren. Sie verweigerten sich auch nicht und griffen allenfalls ein, wenn ihnen die Gewaltanwendung zu grob wurde» (Hartwig 1990, S. 326). Das aggressive und provozierende Auftreten rechtsextremer Gruppen in der Öffentlichkeit lässt sich mit der weiblichen Geschlechtsrolle schlecht vereinbaren, die offen aggressives Verhalten kaum zulässt oder zumindest eine Rechtfertigung

nerstandards kritiklos übernehmen und sich ihnen

dafür verlangt. Mädchen verfügen über mehr Mitgefühl für andere sowie über mehr soziale Nachdenklichkeit und haben keine ausgeprägte Tradition der Gruppenorientierung wie ihre männlichen Altersgenossen, was ebenfalls ihre geringere Anfälligkeit auf Mitläufertum erklären kann (Kersten 1993). Auch lässt sich bei weiblichen Jugendlichen ein Zusammenhang zwischen Einfühlungsvermögen, positivem Selbstbild und Hilfeverhalten nachweisen (Goldstein, Michaels 1985). Dies wirkt sich in erster Linie auf ihre Distanz zu Gewalt aus. Mit abnehmendem Bildungsniveau zeichnet sich jedoch auch bei ihnen eine deutliche Zunahme der Frem-

Wie die Studie von Fend (1994) mit Deutschen und Schweizer Jugendlichen zeigt, unterscheiden sich rechtsextreme Mädchen in ihren Haltungen und in ihrem Verhalten ziemlich stark von zu Rechtsextremismus neigenden Jungen. So sind sie angepasster und weniger disziplinauffällig als die vergleichbaren Jungen, leben in autoritäreren Familien und fühlen sich von der Schule weniger angenommen. Sie zeigen auch mehr Zukunftsangst und sind politisch interessiert. Rechtsextremismus Mädchen bedeutet folglich etwas anderes als bei Jungen, er ist bei ihnen eher Ausdruck der Angst, der Überidentifikation mit dem Staat und der Erwachsenenorientierung, während er bei Jungen leicht deviante Züge trägt.

denfeindlichkeit ab.

«Selbst sofern Frauen autoritäre bzw. rechtsextremistische Einstellungen einnehmen, tun sie es in

▶ 26 TANGRAM Nr. 10 März 2001

det

ihrer grossen Mehrheit in anderer Form und anderer Qualität als Männer – distanzierter, differenzierter, moderater und weniger geschlossen.» (Jansen 1994, S. 83)

#### Auswirkungen der männlichen Sozialisation

Nach dem Verschwinden eines gesellschaftlich verbindlichen Männerbildes gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich als Mann zu definieren. Jugendliche, die sich durch diese Wahlmöglichkeiten überfordert fühlen, reagieren mit Rückzug und suchen Schutz in Anlehnung an ein eindeutiges und traditionelles männliches Selbstverständnis (Macht, Stärke, Durchsetzungsvermögen, Rollenteilung usw.). Männerbündische Kameradschaft, als «natürlich» begründete Wesensunterschiede von Mann und Frau sowie aggressives Auftreten von rechtsextremistischen Gruppen können als Ausdruck einer Bewältigungsform dieser Verunsicherung gedeutet werden (Hafeneger 1990; vgl. auch den Artikel von Forster in dieser Ausgabe von Tangram).

In Beschreibungen rechtsextremer Gruppen tauchen immer wieder dieselben Männlichkeitsideale wie Kampfbereitschaft, körperliche Stärke, Mut und Härte auf. Der grösste Unterschied zur weiblichen Sozialisation besteht im Aggressionsverhalten. Dies konnte für jede Altersstufe nachgewiesen werden (Egger-Schmid Noerr 1992), Jungen sind bereits im Vorschulalter aggressiver als Mädchen. Diese Daten werden - was die Jungen betrifft - durch die Zugehörigkeit zu unteren Schichten noch verschärft. Darüber hinaus neigen Jungen eher dazu, vermeintliche oder tätliche Angriffe mit Gegenaggression zu beantworten. Zudem sind sie anfälliger für die Nachahmung aggressiven Verhaltens einer Vorbildperson, sei es aus dem sozialen Umfeld, sei es aus den Bereichen symbolischer Darstellung wie etwa dem Fernsehen oder Kino. Einig sind sich auch alle angeführten Studien darin, dass der gruppendynamische Einfluss unter Gleichaltrigen das aggressive Verhalten festigt. Die männliche Peer-Group wird vor diesem Hintergrund für viele Jugendliche ein Übungsfeld für Ausländerfeindlichkeit und die Unterdrückung von schwächeren Jungen. Wie stark die Gruppe auf den Einzelnen einwirken kann, bestätigen Beobachtungen von Jungen, die mit dem Eintritt in Peer-Gruppen mit ausgrenzenden und abwertenden Praktiken begannen, obwohl sie in der vorhergehenden Altersphase nichts Ähnliches erkennen liessen (Böhnisch, Winter 1993).

Neben Männlichkeitskult und kollektiver Solidarität findet man in solchen Gruppierungen auch oft einen eigentlichen Territorialismus vor in Form der Verteidigung des eigenen Reviers vor Fremden und Andersartigen, solchen, «die nicht dazugehören sollen» (Clarke 1979). Dieser Verteidigungsanspruch

kann, mit der nötigen ideologischen Begründung unterlegt, auch ausgeweitet werden auf Rasse und Nation. Jeder Andersartige wird dann folglich als Eindringling und Schmarotzer verurteilt. Die Kontrolle der sozialen Umwelt kann sich bis in sexuelle Besitzansprüche und Beschützerfantasien ausweiten: «Mit dem Gestus, die Frauen vor sexuellen Übergriffen zu beschützen, wird der Anspruch verteidigt, dass nur deutsche Männer das Recht haben, mit deutschen Frauen zu schlafen» (Erb 1993, S. 55). Ein weiteres Kennzeichen dieses Männlichkeitskultes ist die Betonung der heterosexuellen Potenz bei gleichzeitigem Frauenhass und Schwulenverachtung. Homosexuelle werden deshalb häufig Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten (Kersten 1993).

Wichtig ist in Skinhead-Gruppierungen auch das Reden über Gewalt. Durch das Nacherzählen der Gewaltszenen in der *Peer-Group* wird die emotionale Anspannung fortgeführt, um das Gesehene und Erlebte zu verarbeiten, wobei Übertreibungen zur Selbstdarstellung verwendet werden. Starke Reize befriedigen das Bedürfnis nach «Action».

Bei den hier beschriebenen Jugendlichen ist Aggressivität ein zentraler Bestandteil ihrer Sozialisation. Eine solche Interpretation der Männerrolle kann aber zu einer Verzerrung führen, wenn der Begriff «Aggressivität» zu einem Synonym von Körperlichkeit und Bewegung verkommt. In diesem Falle wird Aggressivität als ein «normaler» Aspekt jugendlichen Heranwachsens gedeutet und die Tendenz zu rechtsextremen Ideologien und gewalttätigem Handeln wird mit Erklärungen, wie z.B. dass sich junge Männer «doch mal ausprobieren müssten, sich wenigstens mal prügeln», beschönigt (Stehnke 1993). Männlichkeitsbilder, welche Gewalt als lustvolles Körpererlebnis darstellen, wie es mit dem Ausdruck «geil auf Gewalt» zum Ausdruck kommt, senken Hemmschwellen und können zur Legitimation von Gewalt missbraucht werden.

#### Schweizer Forschungsresultate zum Männlichkeitsdenken

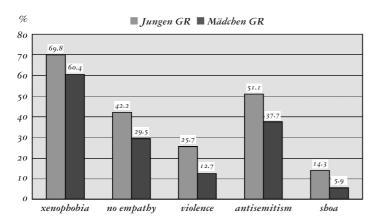
Um Entstehungszusammenhänge rechtsextremistischer Einstellungen aufzuspüren, wurde im Rahmen einer Nationalfondsstudie 1997/98 (Eser Davolio 2000) eine Umfrage mit 419 Berufsschülern im Kanton Zürich durchgeführt. Neben Frageblöcken zu ihren Haltungen gegenüber Ausländern, Asylbewerbern und Juden wurden auch ihre Neigung zu gewalttätigem und aggressivem Verhalten sowie die Tendenz zu männlichkeitsbetontem, chauvinistischem Denken untersucht. Die Resultate zeigen klar, dass Zusammenhänge zwischen fremdenfeindlichen und gewaltbereiten Einstellungen sowie Machismus und Konfliktverhalten bestehen. Besonders eng hängen antisemitische Vorurteile mit männ-

lichkeitsbetontem Denken und gewalttätigem Konfliktlösungsverhalten zusammen.

Die Hintergründe dieser Ergebnisse können folgendermassen gedeutet werden: Zum einen verleitet ein impulsives Verhalten eher zu kurzschlüssigen und undifferenzierten Aussagen, und auf der anderen Seite führt das Überlegenheitsdenken zum Dominanzanspruch sowohl gegenüber dem «schwächeren» Geschlecht als auch gegenüber Andersgläubigen. Neben Antisemitismus ist auch die Holocaustleugnung eng an Gewaltbereitschaft und Männlichkeitsdenken gekoppelt. Im Pool der männlichen Jugendlichen, welche den Holocaust banalisieren oder leugnen, finden sich genau jene, die bei anderen Fragekategorien zu Ausländern und Flüchtlingen ebenfalls mit ihren extremen Haltungen auffallen. Hier hat man es folglich mit der als eigentlich rechtsextrem einzustufenden Kerngruppe zu tun.

Als Umsetzung unseres Nationalfondsprojekts wurden verschiedene Lehrerweiterbildungskurse durchgeführt. Dafür wurde im Kanton Graubünden eine Befragung von Sekundar- und Realschülern/-innen zum Thema «Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt» durchgeführt. Ende 1998 kamen 226 Fragebogen mit einem Stadt-Land-Verhältnis von 1:2 zurück, wovon genau zwei Drittel von Sekundarschülern/-innen und ein Drittel von Realschülern/-innen ausgefüllt worden waren. Von diesen 226 Schülern/-innen (91,6% Schweizer/innen) waren 56% männlich und 44% weiblich. Die geschlechtsspezifische Auswertung führte zu folgenden Resultaten:

Vergleich der Bündner Durchschnittswerte der befragten Schweizer Oberstufenschüler (N=125) und Oberstufenschülerinnen (N=101)



#### Legende:

«xenophobia»: Fremdenfeindlichkeit

«no empathy»: fehlendes Einfühlungsvermögen, speziell gegenü-

ber Asylbewerbern

«violence»: Gewaltakzeptanz und eigene Gewaltbereitschaft

«antisemitism»: antisemitische Einstellungen

«shoa»: Holocaustverharmlosung und -leugnung

Die Übersicht der Durchschnittswerte zeigt erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede, speziell was das fehlende Einfühlungsvermögen («no empathy») und die Gewaltakzeptanz («violence») betrifft. Aber auch antisemitische Vorurteile («antisemitism») und Holocaustleugnung bzw. -verharmlosung («shoa») sind bei den Bündner Mädchen weniger stark ausgeprägt als bei ihren männlichen Mitschülern. Bezüglich Fremdenfeindlichkeit («xenophobia») ergibt sich eine etwas kleinere Differenz, doch ist bei den weiblichen Probanden gerade die Furcht vor Ausländerkriminalität geringer als bei den Jungen. Das würde der vorgehend zitierten Annahme widersprechen, dass Mädchen die Zunahme des Ausländeranteils als «Bedrohungsproblem» für ihre eigene Sicherheit (sexuelle Belästigungen eingeschlossen) wahrnehmen, denn gemäss ihren Antworten scheinen sie es, wenn überhaupt, als ein «Platzproblem» zu deuten, wobei sie seltener extreme Antwortkategorien ankreuzten als ihre männlichen Mitschüler.

Neben dem Geschlecht sind auch noch weitere Einflussgrössen von Bedeutung, wie etwa das Bildungsniveau – eine höhere Schulbildung geht mit differenzierterer Analysefähigkeit einher – sowie der Wohnort, da Jugendliche, die in eher ländlichen Gegenden wohnen, in der Regel intoleranter sind als solche aus städtischen Wohngebieten. Es zeigt sich jedoch, dass der Faktor «Geschlecht» die grössten und eindeutigsten Unterschiede bezüglich Toleranz, Einfühlungsbereitschaft und Abwertungslogiken bewirkt. Eine Tatsache, die für sich steht und Fragen aufwirft, wie dieses «Männlichkeitssyndrom» durch Prävention und Bekämpfungsstrategien angesprochen werden kann und soll.

Dr. Miryam Eser Davolio hat als Erziehungswissenschaftlerin im Rahmen eines Nationalfondsprojekts (NFP 40) einstellungsverändernde Methoden im Bereich der Rassismus-, Fremdenfeindlichkeits- und Gewaltprävention mit Berufsschülern evaluiert.

Dieser Artikel ist eine leicht überarbeitete Fassung des Kapitels «Geschlechtsspezifische Ursachen» aus ihrem Buch: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Festgefahrenes durch Projektunterricht verändern. Bern: Haupt Verlag 2000.

#### Literatur

Birsl, Ursula 1994

Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie zu geschlechtsspezifischen Lebensverläufen. Opladen: Leske&Budrich.

Böhnisch, Lothar, Reinhard Winter 1993

Männliche Sozialisation. Bewältigungsprobleme männlicher Geschlechtsidentität. Weinheim: Juventa.

Clarke, John et al. 1979

Jugendkultur als Widerstand. Frankfurt a.M.: Syndikat.

**TANGRAM Nr. 10 März 2001** ■

#### Egger-Schmid Noerr, Annegret 1992

«Aggression und Geschlecht». In: Finger Trescher, U., H.-G. Trescher, Aggression und Wachstum. Mainz: Matthias Grünewald, S. 56–73.

#### Erb. Rainer 1993

«Gewalt und Rechtsextremismus bei ostdeutschen Jugendlichen». In: Psychologie heute.

#### Eser Davolio, Miryam 2000

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Gewalt – Festgefahrenes durch Projektunterricht verändern. Bern, Haupt Verlag.

#### Fend, Helmut 1994

«Ausländerseindlich-nationalistische politische Weltbilder und Aggressionsbereitschaft bei Jugendlichen in Deutschland und der Schweiz – kontextuelle und personale Antecedensbedingungen». In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, Heft 2, S. 131–162.

#### Friedrich, Willhelm 1994

«Zur Gewaltbereitschaft bei ostdeutschen Jugendlichen». In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, Heft 2.

#### Goldstein, A.P., G. Y. Michaels 1985

Empathy: Development, theory and consequences. Hillsdale: Erlbaum.

#### Hafeneger, Benno 1990

«Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus bei Jugendlichen in der DDR». In: deutsche Jugend, Juli/August.

#### Hartwig, Monika 1990

«Skinheads in der Offenen Jugendarbeit». In: deutsche Jugend, Juli/August.

#### Heitmeyer, Wilhelm 1987

Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim: Juventa.

#### Holzkamp, Christine 1994

«Wir – nicht nur die anderen … Rassismus, Dominanzkultur, Geschlechterverhältnis». In: Tillner, Christiane, Frauen – Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Münster: Agenda, S. 37–48.

#### Jansen, Mechthild 1994

«Täterin, Zuarbeiterin, Opfer – Frauen, Rechtsextremismus und Gewalt». In: Tillner, Christiane, Frauen – Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt. Münster: Agenda, S. 65–88.

#### Kersten, Jochen 1993

«Der Männlichkeits-Kult». In: Psychologie heute, 9.

#### Müller, H., Wilfried Schubarth 1992

«Rechtsextremismus und aktuelle Befindlichkeiten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern». In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 38/92, S. 16–28.

#### Noëlle-Neumann, Elisabeth, E. Ring 1984

Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland. Allenspach: Institut für Demoskopie.

#### Oltmann, H. 1990

««Siegen, kämpfen, durchgreifen lassen». Rechtsextremismus bei Mädchen». In: Widersprüche, Heft 35, Juni, S. 41–45.

#### Pommerenke, E. 1994

«Neuer Rechtsradikalismus». In: Becker, G.E., U. Cohurn-Staege, Pädago-gik gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Weinheim: Beltz, S. 89–108.

#### Schubarth, Wilfried 1991

«Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern». In: Jugend, Beruf, Gesellschaft, 4.

#### Siller, Gertrud 1991

«Junge Frauen und Rechtsextremismus». In: deutsche Jugend, Heft 1.

#### Stehnke, D. 1993

«Geschlechterverhältnis und Rechtsextremismus». In: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) e.V., Rassismus – Fremdenfeindlichkeit – Rechtsextremismus. Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs. Bielefeld: Böllert KT, S. 87–112.

#### Willems, Helmut, S. Würtz, Roland Eckert 1993

Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen. Forschungsbericht, vorgelegt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

#### Zick, A. 1997

«Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse». In: Wagner, U., Texte zur Sozialpsychologie, Band I. Münster, New York, München, Berlin: Waxman.

#### Zusammenfassung

Eine grosse Anzahl von Forschungsresultaten belegt die Geschlechtsabhängigkeit rechtsextremistischer Orientierungen. Die Gründe dafür sind in der Sozialisation zu suchen, in der Mädchen trotz stärkerer Rollenverunsicherung und Konkurrenzerfahrungen mehr Mitgefühl und soziale Nachdenklichkeit als die Jungen entwickeln.

Diese «emotionale Intelligenz» bewahrt sie zwar nicht gänzlich vor der Gefahr, sich rechtsextremistischen Gruppierungen anzuschliessen und Abwertungslogiken zu vertreten, doch wird Gewalt als Konfliktlösung entschieden abgelehnt. Männliche Jugendliche zeichnen sich in ihrer Sozialisation durch eine stärkere Peer-Group-Orientierung aus und haben oft ein Bedürfnis nach «action», wozu noch eine ausgeprägtere Neigung zu Aggressivität kommen kann, was ihre Anfälligkeit generell erhöht. Diese Erkenntnisse aus deutschen Forschungen können durch Schweizer Forschungsresultate bestätigt werden, wonach Männlichkeitsdenken ein wichtiger Faktor für die Ausbildung intoleranter Einstellungen darstellt und Mädchen eindeutig stärker auf Distanz zu Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Antisemitismus gehen.

#### Résumé

Un grand nombre d'études démontrent que la tendance à adhérer à des idéaux d'extrême droite est liée au sexe de la personne considérée. Il faut chercher les raisons à cela dans le processus de socialisation, au cours duquel les filles développent une capacité d'empathie et de réflexion sociale supérieure à celle des garçons, malgré une plus grande incertitude quant à leur rôle et une expérience plus poussée de la concurrence. Cette «intelligence émotionnelle» ne les empêche pas d'adhérer aux mouvements d'extrême droite ni de défendre des thèses de discrimination, mais elle rejette fermement la violence en tant que solution aux conflits. Le processus de socialisation des garçons et des adolescents se caractérise, lui, par une plus forte orientation au groupe de semblables («peer group»), souvent associée à un besoin «d'action» parfois doublé d'une tendance marquée à l'agressivité, qui les rendent dans l'ensemble plus vulnérables. Des études menées en Suisse confirment ces résultats en démontrant que l'idée de la masculinité est un facteur important dans l'émergence d'attitudes intolérantes et que les filles sont capables de prendre bien plus de recul par rapport à la xénophobie, à la violence et à l'antisémitisme.





### Frauenhandel im Kontext gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse

MARITZA LE BRETON, URSULA FIECHTER

Welche gesellschaftlichen Voraussetzungen für Frauenhandel gibt es in der Schweiz? Ausschnitte aus einem Interview mit einer betroffenen Migrantin zeigen, wie sich sexistische und rassistische Unterscheidungen gegenseitig verstärken können.

> Handel mit Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa ist eine Folge der internationalen geschlechtsspezifiund schen Arbeitsteilung innerhalb des globalisierten Arbeitsmarktes. Um die Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen von Frauenhandel in der Schweiz zu beantworten, konzentrieren wir uns auf die Lebenswelt der betroffenen Frauen: auf ihre individuellen Erlebnisse und Möglichkeiten einerseits sowie andererseits auf die strukturellen Gegebenheiten und Zwänge, denen sie ausgesetzt sind.

> Der Schwerpunkt der Untersuchung baut auf folgender These auf: Frauen aus Ländern des Südens und des Ostens werden vorwiegend bestimmte, untergeordnete (reproduktive) Arbeitsbereiche zugewiesen. Bei diesen geht es vor allem um Dienstleistungen für die Männer, wie etwa die Erhaltung der Psychohygiene der Männer, einerseits als Ehefrau und anderseits als Prostituierte. Die als Begründung

angeführten Unterscheidungen (Geschlecht, geographische Herkunft, weitere soziale Unterschiede) werden als «natürliche Gegebenheiten» gerechtfertigt und dazu benutzt, die Ausbeutung, Verfügbarkeit und damit Unsichtbarmachung ihrer Arbeitsleistungen zu rechtfertigen. Historisch beruhen derartige Zuweisungen auf der jahrhundertealten Kolonialgeschichte und den Rassisierungs- und Ethnisierungsprozessen im Rahmen der Herausbildung des Nationalstaats.

Die Lebensgeschichten der Interviewpartnerinnen sind stark von den gesellschaftlichen Bedingungen und den Machtverhältnissen geprägt, die auch in der Schweiz zum Frauenhandel beitragen. So stützt die schweizerische Zulassungspolitik ihre Abhängigkeit: Die Frauen, mit denen wir sprachen, erhalten einzig Kurzaufenthaltsbewilligungen als Cabaret-Tänzerinnen oder, wenn sie heiraten, Jahresaufenthaltsbewilligungen. Sie sind damit per Gesetz auf diese Bereiche verwiesen und rechtlich untergeordnet, da sie in Abhängigkeit von Cabaret-Besitzern und Ehemännern gebracht werden.

> Das biografische Interview mit «Alice» soll veranschaulichen, wie sich diese Prozesse und insbesondere auch die gegenseitige Verstärkung von Rassismus und Sexismus konkret in ihren Erfahrungen niederschlagen und sich im privaten Bereich der Ehe auswirken.

**Fremde** Frauen werden entweder idealisiert oder abgewertet, jedoch nicht als eigenständige **Persönlichkeit** 

akzeptiert

#### Wie betroffene Frauen deklassiert und zu Obiekten gemacht werden

Alice wird in Frankreich eine Stelle als Coiffeuse und «rechte Hand» im Geschäft ihrer Cousine in der Schweiz angeboten. Bei ihrer Ankunft in Z. entpuppt sich das Arbeitsangebot als Prostitution, der vermeintliche Coiffeursalon als Bordell. Alice weiss, dass das Wissen um die Geschäftspraktiken ihrer Cousine Gefahren in sich birgt. Sie ist den illegalen Praktiken des Ehepaars sowie den von Gewalt und Misshandlungen geprägten Verhältnissen ausgesetzt und sieht sich – trotz Enttäuschung und Frustration - gezwungen, den Anforderungen ihrer Cousine zu entsprechen und in deren Bordell der Prostitution nachzugehen.

Alice schildert in folgender Interviewsequenz die Situation, die sie bei ihrer Cousine in der Schweiz antrifft:

«Er

wollte

nicht, dass

ich Deutsch ler-

dass ich zu Hause

bleibe nur

wegen

Sex.»

«Und dann (...) als ich angekommen bin, war es Prostitution, man musste die Miete bezahlen, man musste sich prostituieren {...} Und dort habe ich meinen Mann kennen gelernt, mmh, und er hat das bezahlt und ich bin zu ihm gegangen. Es war in Z., wo ich ihn kennen gelernt habe. Er hat mir das Geld gegeben, das meine Cousine von mir verlangt hat, um die Wohnung zu bezahlen, eh, und hat mich zu sich genommen.»

> Wie andere Frauen, die wir interviewt haben, sieht sich Alice mit betrügerischen Arbeitsversprechungen konfrontiert. Da Alice in Frankreich eine Ausbildung als Coiffeuse abgeschlossen hatte und die verwandtschaftlichen Beziehungen Sicherheit versprechen, erscheint ihr das Arbeitsangebot nahe liegend. Es ist davon auszugehen, dass die Cousine über die Lebensbedingungen Alices, die als allein erziehende Mutter ihre Tochter und ihre Mutter in Kamerun unterhalten muss, gut informiert ist und ihre Arbeitsversprechung als Unterstützung und berufliche Förderung eines Familienmitgliedes dargestellt hat: «[...] ich hatte die Schule in Frankreich beendet, und ich arbeitete auch in einem Coiffeursalon, aber ... sie hat mir gesagt, wenn ich komme würde, könne ich den Coiffeursalon führen.»

Alice befindet sich in starker Abhängigkeit von ihrer Cousine, der einzigen Kontaktperson in der Schweiz. Eine baldige ne, er wollte nicht, Rückkehr nach Frankreich ist nicht möglich. Da ihre Coudass ich etwas lerne. sine ihre Reise bezahlt hat, er wollte nicht, dass ich besteht ihr gegenüber eine etwas weiss; er wollte, finanzielle Schuld. Um sich nicht undankbar zu zeigen, unterlässt sie es, ihre Situation durch eine Anzeige bei der Polizei oder Auflehnung zu verändern, sondern sieht in einer Heirat die Möglichkeit, diesen Bedingungen zu entkommen und in der Schweiz eine Lebensperspektive aufzubauen. Auf Grund ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus hätte sie zudem kaum Hilfe von Behörden erwarten können, um

Um den Gewalt- und Zwangsbedingungen zu entkommen, geht Alice eine Beziehung mit einem Kunden ein, der Interesse für sie zeigt. Sie erhält von ihrem Kunden die von ihrer Cousine geforderte Geldsumme, um sich von ihr loskaufen zu können. Durch die Beziehung «weisser Freier/Befreier» und «schwarze Prostituierte» sowie durch seine angebliche Generosität gerät Alice in eine neue Abhängig-

sich aus den Abhängigkeits- und Gewaltverhältnis-

keit. Seine Liebesbeteuerungen erweisen sich nach der Eheschliessung als Betrug. Die Ehe stellt für Alice eine weitere Form der Zwangsprostitution sowie eine Weiterführung der Gewaltverhältnisse dar. Für ihren Ehemann ist Alice nichts anderes als ein Sexobjekt, das zu jeder Tages- und Nachtzeit sexuell verfügbar sein muss. Zudem ist sie Drohungen, Beschimpfungen, Übergriffen und rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt.

«Mmh, dann wollte er nicht, dass ich Deutsch lerne; er wollte, dass ich zu Hause bleibe nur wegen Sex, mmh ... er wollte nicht, dass ich etwas lerne, er wollte nicht, dass ich etwas weiss, o.k., er hat angefangen, mich zu bedrohen, dass ich eine schwarze Frau

> bin, wie die anderen, alle schwarze Frauen seien Prostituierte ... es war jeden Tag das Gleiche, jedes Mal gab es Probleme und Probleme ... ich kannte niemanden, es war verboten, dass jemand mich zu Hause besucht, es war verboten, dass zum Beispiel meine Freundinnen und Freunde ins Haus kamen. (...) Man musste zu Hause bleiben.»

Die Degradierung zum Sexualobjekt und die Abwertung, die Alice als «schwarze» Frau und Ausländerin erfährt, wirken zusammen. Mit der Begründung, sie aus dem Milieu befreit zu haben, spricht ihr Ehemann Alice die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit ab. Als Frau und als Schwarze kann sie «natürlich» – so die sexistische und rassistische Argumentation nur als Projektionsfläche für seine männlichen Fantasien und patriarchalen Ansprüche dienen.

Obwohl es dabei um zwei unterschiedliche Ebenen geht - einerseits das Verhältnis zwischen Europäer und Fremder und andererseits um das zwischen Mann und Frau -, wird die fremde Frau in beiden Fällen entweder idealisiert oder abgewertet, jedoch nie als eigenständige Persönlichkeit akzeptiert (Agisra 1990). Alice erscheint ihrem Schweizer Ehemann/«weissen Freier» in dreifacher Hinsicht als minderwertig: Als «Nicht-Weisse» ist sie ihm unterlegen, als Frau wird sie sexis-

31 ◀

tisch diskriminiert und gedemütigt und als Prostituierte moralisch verurteilt.

Alle drei Unterdrückungsformen werden durch die gesellschaftliche Zuschreibung von minderwertig betrachteten Merkmalen auf bestimmte Personen-

sen zu befreien.



gruppen legitimiert. Obwohl die jeweiligen Stereotype sehr unterschiedlich sein können, dienen sie immer demselben Zweck: die als minderwertig dargestellte Gruppe ausbeuten zu können.

Die Biografie Alices zeigt gleichzeitig, dass sie nicht einfach Objekt verschiedener Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist, sondern selbständig zu handeln versucht, auch wenn sie durch staatliche Regulierungs- und Kontrollinstanzen, wie die ausländerrechtlichen Bestimmungen, eingeschränkt wird. Mit der Zeit ist Alice nicht mehr bereit, den tyrannischen Ehemann zu ertragen, und wehrt sich zunehmend gegen die Zwangsbedingungen und die sexuelle Verfügbarkeit. Sie sucht heimlich eine Beratungsstelle auf, welche sie in ihrem Anliegen unterstützt, einen Sprachkurs zu besuchen. Die Trennung von ihrem Ehemann ermöglicht ihr, schnell Deutschkenntnisse zu erwerben, ein soziales Umfeld aufzubauen sowie eine geregelte Arbeit zu finden, in der sie auch Anerkennung erhält.

«Ja, es ist ganz anders, ich habe schon Deutsch gelernt, ich habe sehr schnell Deutsch gelernt und ich habe mit dem {...} gearbeitet. Es gab Leute, die sehr nett mit mir waren, es kamen Briefe, in denen sie sagen, dass ich eine sehr gute Person sei; das hat mein Selbstvertrauen wieder gestärkt, denn ich kannte nur, die sagten: «Ah, das ist eine schwarze Frau, das ist die Prostituierte, das ist die schwarze Frau» {...} in meinem Kopf waren alle Leute so, wie mein Mann das sagte.»

Sie geniesst das Vertrauen ihrer Vorgesetzten, die sie nicht nur als Fachperson schätzt, sondern auch ihre Selbständigkeit fördert. Positive zwischenmenschliche Beziehungen helfen ihr, das Selbstvertrauen wiederzugewinnen und sich gegen ihren Ehemann zu wehren. Dieser beantragt die Scheidung, mit der Absicht, sie unter Druck setzen zu können, da sie, falls geschieden, aus der Schweiz ausgewiesen würde. Gleichzeitig verfolgt er sie überall hin und versucht durch Liebesversprechungen seinen Einfluss wiederzugewinnen. Alice ist sich jedoch bewusst, dass sie von ihrem Ehemann nichts zu erwarten hat. Sie will selbständig handeln können und eigene Zukunftsperspektiven entwickeln. Dies, obwohl ihre Existenz in der Schweiz aufenthaltsrechtlich durch die Abhängigkeit von ihrem Ehemann definiert ist. Damit setzt sich die bürgerliche Moralvorstellung einer rassistischen Männergesellschaft auf staatlicher Ebene fort.

Der Beitrag basiert auf dem Forschungsprojekt «Gesellschaftliche Determinanten des Frauenhandels aus der Perspektive betroffener Migrantinnen in der Schweiz», welches die Autorinnen 1998–2000 im Auftrag des Fraueninformationszentrums für Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa FIZ (siehe TANGRAM Nr. 9) im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 40 «Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität» durchgeführt haben.

#### Literatur

Agisra – Aktionsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung (Hg.) 1990

Frauenhandel und Prostitutionstourismus. Eine Bestandesaufnahme zu Prostitutionstourismus, Heiratsvermittlung und Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen. München: Trickster.

#### Zusammenfassung

Das Phänomen des Handels mit Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa ist eine Folge der internationalen und geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung innerhalb des globalisierten Weltmarktes. Der Frauenhandel in der Schweiz steht im Kontext derselben gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Anhand eines beispielbaften biografischen Interviews mit einer Migrantin wird gezeigt, wie diese Machtverhältnisse ihre Erfahrungen prägen. Rassistische und sexistische Diskriminierung gehen einerseits von ihrem (schweizerischen) Ehemann aus, werden aber andererseits von den staatlichen Institutionen gestützt, die ihren Aufenthaltsstatus an ihren Zivilstand binden und sie zur Abhängigkeit von ihrem Mann verdammen.

#### Résumé

La traite des femmes venant d'Afrique, d'Asie, d'Amérique latine et d'Europe de l'Est peut être considérée comme la conséquence de la répartition spécifique des tâches entre les sexes à l'échelle planétaire, dans un marché international touché par la mondialisation. En Suisse, la traite des femmes s'inscrit donc dans un contexte social de pouvoir et de domination. Démonstration en est faite par un exemple concret: dans une interview, une immigrée décrit la façon dont ces rapports de pouvoir et de domination ont marqué son existence, se traduisant par des discriminations racistes et sexistes dont se sont rendus coupables aussi bien son mari (suisse) que les pouvoirs publics, qui lient son statut en matière de séjour à son état civil.

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■



# Wenn aus «MigrantInnen» Migrantinnen werden -HIV/Aids-Prävention bei der afrikanischen Bevölkerung in der Schweiz

BRIGIT ZUPPINGER, CHRISTINE KOPP

Spezifisch auf afrikanische Migrantinnen und Migranten ausgerichtete HIV- und Aids-Prävention muss sich einem Zielkonflikt stellen: Einerseits ist der Bedarf nach Massnahmen unbestritten, die den Zugang zu Informationen, Beratung und Betreuung erleichtern. Andererseits läuft solche Präventionsarbeit Gefahr, rassistische Stereotypen einer überbordenden afrikanischen Sexualität zu stützen. Dies gilt insbesondere für afrikanische Frauen, die nur allzu leicht mit Prostitution assoziiert werden.

> Migrantinnen und Migranten aus der Region südlich der Sahara sind besonders von HIV betroffen. Bei Frauen sind die HIV-Raten zudem erheblich höher als bei Männern. Ein Grossteil der Menschen mit HIV/Aids aus dieser Region hat sich heterosexuell angesteckt. Ein spezielles im Rahmen der Suchtprävention des Bundesamts für Gesundheit (BAG) entwickeltes HIV/Aids-Präventionsprogramm soll die konkreten Bedingungen der verschiedenen Migranten/-innen-Gruppen berücksichtigen. Projektarbeit, die auf spezifische Zielgruppen ausgerichtet ist, ist aber immer auch problematisch. Exemplarisch dafür stehen zwei kleine Beispiele aus unserer Projektarbeit.

#### «Migrantinnen»

Kaum hatten wir mit der Projektarbeit begonnen, erste Telefonate gestartet, E-mails und Briefe verschickt, schlich sich bei unseren Kontaktpersonen regelmässig das kleine «i» ein: Aus der Aids-Prävention bei «MigrantInnen» aus der Sub-Sahara war umgehend die Aids-Prävention bei «Migrantinnen» aus der Sub-Sahara geworden. Nein, mussten wir jeweils entgegenhalten, die Prävention soll sich auch an Männer richten – und was hiess hier «auch», dachten wir: vor allem an Männer.

#### «so genannte ... Künstlerinnen»

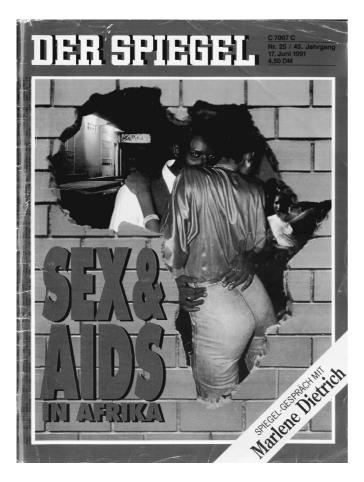
Ein einzelnes Telefonat mit einem Vertreter der schweizerischen Bundesverwaltung veranschaulicht einen zweiten, in gewisser Hinsicht wohl auch die erste Irritation erklärenden Aspekt: Nachdem wir unseren Sermon über Form und Inhalte des Projektes vorgetragen und unsere Frage an den betreffenden Herrn formuliert hatten, sah sich dieser bemüssigt, uns vor der Beantwortung der Frage rasch darüber aufzuklären, an wen sich ein solches Projekt seiner Ansicht nach zu richten hätte: an die allein stehenden jungen Afrikaner und an «so genannte [Kunstpause] Künstlerinnen – wenn Sie wissen, was ich meine».

#### «Sex und Aids in Afrika»

Die Verbindung des Themas Aids mit den Bevölkerungsgruppen aus Afrika südlich der Sahara birgt die Gefahr von Stereotypisierungen. Diese betreffen einerseits «die» Afrikanerinnen und Afrikaner im Allgemeinen und verweisen andererseits immer auch auf die Kategorie «Geschlecht». Eine Fotomontage, mit der die Zeitschrift DER SPIEGEL 1991 ein Titelblatt illustrierte (siehe Abbildung), verdeutlicht dies in geradezu grotesker Weise. In einem Mauerdurchbruch in der Form des afrikanischen Kontinents (die Symbolik bleibt hier unklar: Afrika als Gefängnis? Afrika als Ghetto? Afrika jenseits der Festung Europa? ...) ist ein schwarzes Paar in Umarmung abgebildet. Von der Frau sehen wir lediglich die Rückenansicht, wobei ganz in der Tradition sexistischer Titelbilder primär ihr Po in engen Jeans auffällt, während beim Mann sein siegessicherer, auf die Betrachterin gerichteter Blick ins Auge sticht. Hintergrund der Szene bildet eine bunt ausgeleuchtete Häuserfassade mit einem Schild mit der Aufschrift «Tropical»; eine Szenerie, die wohl exotisches Rotlichtmilieu suggerieren soll. Diese Illustration zeigt sowohl bildhaft wie explizit wörtlich, dass Afrika mit Aids identifiziert und diese Verbindung über die Verknüpfung mit «Sex» hergestellt wird. Afrika, Aids und Sex verschmelzen auf dem Spiegel-Titelblatt zu einer Assoziationskette; die Begriffe «Afrika», «Aids» und «Sex» werden weitgehend zu Synonymen.

Dass Sexualität dabei als eine überbordende, genuin auf eine afrikanische «Wesensart» zurückgehende Sexualität konstruiert wird, verdeutlicht ein Artikel, der im Rahmen der Berichterstattung zur Internationalen Aids-Konferenz 2000 in Durban, Südafrika, in der Berner Tageszeitung DER BUND erschienen ist. Der Artikel thematisiert am Beispiel

der Luo in Kenya «alte Erbschaftsriten, die Vielweiberei und eine lockere Sexualmoral» als Ursachen für die hohen HIV/Aids-Raten. Der Autor zitiert eine «deutsche Entwicklungshelferin», welche nicht nur eine exzessive Sexualität feststellt, sondern insbesondere Frauen als deren Antriebskraft darstellt: «Sex ist hier alles. Mit Sex muss man fast alles besiegeln, jeden Vertrag, jedes Geschäft. Nicht nur aus sozialen und ökonomischen Gründen brauchen die Frauen hier Männer. Sie glauben tief im Innersten, dass sie Sex zur Selbstreinigung benötigen» (Link 2000).



«Sex und Aids in Afrika»: Titelblatt der Zeitschrift DER SPIE-GEL, 17. Juni 1991

#### **Der «Thai-Frauen»-Reflex**

Die westliche Überbetonung einer sexuellen Freizügigkeit von Afrikanern/-innen führt nicht nur zu meist rassistisch konnotierten Stereotypisierungen, die einen individuellen Zugang zu Menschen mit HIV/Aids erschweren, sondern verzerrt die politischen und sozioökonomischen Zusammenhänge, die dazu führen, dass Afrika eine Aids-«Pandemie» (eine sich über ganze Länder und Regionen ausbreitende Seuche) von solch starkem Ausmass aufweist. Frauen als in ökonomischer und sozialer Hinsicht

verwundbarste Gruppe sind nicht nur von HIV/Aids, sondern auch von den damit einhergehenden Stigmatisierungen am stärksten betroffen. Im Migrationskontext reproduzieren sich sowohl die sozioökonomischen Abhängigkeiten dieser Frauen als auch die Ausgrenzungsprozesse in teilweise erhöhtem Ausmass. Wie schon nur die beiden kleinen Beispiele aus unserer Projektarbeit – bei einem immerhin auf die Problematik sensibilisierten Publikum – verdeutlichen, werden aus «MigrantInnen» aus der Sub-Sahara im Zusammenhang mit HIV/Aids im Handumdrehen «Migrantinnen», und diese werden wiederum kurzum mit den «Künstlerinnen», d.h. den Cabaret-Tänzerinnen und den Sexarbeiterinnen, identifiziert.

Sexuell aufgeladene Klischeebilder ausländischer Frauen sind weder neu noch auf Afrikanerinnen beschränkt. Vor einigen Jahren fand beispielsweise innerhalb verschiedener Frauenprojekte ein Diskussionsprozess hinsichtlich der «Thai-Frauen» statt: Verschiedene Frauen thailändischer Herkunft hatten es satt, dass Schweizerinnen und Schweizer (oder diesmal wirklich: Schweizer*innen*) ihnen ständig mit dem halb mitleidigen, halb vorwurfsvollen Blick begegneten, der sie als Opfer von Frauenhandelsringen taxierte.

Wenn von Aids bei Sub-Sahara-Migranten/-innen in der Schweiz die Rede ist, muss also verhindert werden, dass sich ein ähnlicher Reflex einstellt, der Aids erstens primär mit afrikanischen Frauen und zweitens mit afrikanischen Migrantinnen im Sexgewerbe assoziiert.

#### Gesundheit für alle

Der Gefahr einer zusätzlichen Stigmatisierung von Afrikanerinnen und Afrikanern durch die Assoziation mit HIV/Aids sind sich auch die Gesundheitsbehörden, so auch das BAG in der Schweiz, bewusst. Bei der Erhebung und Veröffentlichung von Gesundheitsstatistiken nach Ethnien übten verschiedene europäische Länder über lange Zeit Zurückhaltung. In den letzten Jahren ist diese Zurückhaltung jedoch etwas abgebaut worden, wobei mit den Daten sehr vorsichtig umgegangen wird. Die Forderung nach Zahlen zu HIV/Aids bei Migranten/-innen kam nicht zuletzt von den Betroffenen selbst, so etwa in England von den afrikanischen Migrantinnen und Migranten. Die zögernde Haltung gegenüber der Veröffentlichung von Gesundheitsstatistiken nach Herkunft war mit der Angst vor verstärkten Sündenbockmechanismen durch die Verbindung bestimmter Gruppen mit Aids begründet. Dies beinhaltete auch ganz konkrete politische Ausschlussmechanismen wie die potenzielle Gefahr, dass auf der Grundlage epidemio-

logischer Daten obligatorische HIV-Tests eingeführt würden oder dass ein positiver Serostatus einen Ausschaffungsgrund darstellen könnte.

Diese Angst vor Diskriminierung sollte überwunden werden. Der offene und offensive Umgang mit ihrer Betroffenheit stellt für spezifische Gruppen eine Form von Empowerment dar. Zudem widerspiegeln die vergleichsweise hohen Raten an HIVpositiven Personen bei den Migrantinnen und Migranten aus der Sub-Sahara-Region schlicht die weltweite Situation: Die Menschen in diesen Ländern sind weltweit am stärksten von HIV/Aids betroffen und erfordern entsprechend ein weltweites, die Herkunfts- und Aufnahmeländer miteinbeziehendes Vorgehen.

Die HIV-Problematik in den Ländern der Sub-Sahara muss somit auch von der Schweiz nicht lediglich auf nationaler, sondern mittels internationaler Zusammenarbeit auch auf globaler Ebene angegangen werden. Gleichzeitig machen die vergleichsweise hohen HIV-Zahlen bei Sub-Sahara-Migranten/-innen in der Schweiz eine intensive und koordinierte nationale HIV/Aids-Präventionsarbeit in dieser Gruppe zu einem wichtigen Anliegen. Die anstehende Präventionsarbeit legitimiert sich dabei nicht durch einen nachgewiesenen Bedarf, sondern muss von Seiten des Bundes im Sinne des von der World Health Organization (WHO) postulierten Rechts auf «Gesundheit für alle» sowohl die HIV/Aids-Prävention in Afrika als auch unter Afrikanerinnen und Afrikanern in der Schweiz umfassen.

Es ist dabei von zentraler Bedeutung, dass eine zusätzliche Stigmatisierung der Sub-Sahara-Migranten/-innen durch die Assoziation mit Aids vermieden wird. Insbesondere muss verhindert werden, dass Frauen zusätzlich stigmatisiert werden. Für die konkrete Präventionsarbeit bedeutet dies, dass einerseits die teilweise bereits bestehenden Organisationsstrukturen gefördert werden müssen, die zum Empowerment von Migrantinnen aus der Sub-Sahara-Region beitragen, und dass andererseits Männer verstärkt in die Verantwortung gezogen werden.

Dass diese letzte Forderung, so selbstverständlich sie klingen mag, noch fern der Realität ist, zeigt sich weltweit in der Präventionsarbeit und der Forschung zu HIV. Es spiegelt sich aber auch in der Tendenz, HIV vom Problem der Migrantinnen und Migranten zum alleinigen Problem der Migrantinnen umzudefinieren. Fast lieber wäre es uns daher ausnahmsweise, wäre für einmal nur von «Migranten» die Rede.

Christine Kopp und Brigit Zuppinger sind Ethnologinnen und Verfasserinnen des «Interventionsplans HIV/ Aids-Prävention bei Sub-Sahara-Migranten/-innen», BAG 2000

#### Literatur

BAG (Abteilung Epidemiologie und Infektionskrankheiten und Abteilung

HIV-Infektion: Unterschiedliche Trends je nach Herkunftsregion. BAG Bulletin (23), S. 436-442.

Link, Christoph 2000

«Das Stigma der glücklichen Insel». In: DER BUND, Bern, 6. Juli.

#### Zusammenfassung

Die migrationsspezifische HIV/Aids-Prävention ist ein zentrales Anliegen der nationalen Aids-Programme, sie muss jedoch sehr behutsam angegangen werden. Für die Prävention bei Migranten/-innen aus der Sub-Sahara-Region ist in der Schweiz im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit ein Präventionskonzept ausgearbeitet worden. Dabei stellt sich die Herausforderung, die afrikanische Bevölkerung in der Schweiz durch die Verbindung mit HIV/Aids nicht zusätzlich zu diskriminieren. Die innerhalb des Themenbereiches HIV/Aids verbreiteten rassistischen Stereotypisierungen einer überbordenden afrikanischen Sexualität betreffen insbesondere Frauen afrikanischer Herkunft, welche sehr rasch mit dem Sexgewerbe in Verbindung gebracht werden. In der Präventionsarbeit müssen deshalb Strukturen geschaffen werden, welche Frauen stärken. Vor allem aber müssen Männer verstärkt in die Verantwortung einbezogen werden.

#### Résumé

Si la prévention auprès des immigrés doit constituer une préoccupation centrale du programme national de lutte contre le sida, le travail concret de prévention auprès de groupes spécifiques de la population migrante demande une approche très précautionneuse. En Suisse, un concept spécifique a été élaboré à la demande de l'Office fédéral de la santé publique pour les immigrés en provenance de l'Afrique sub-saharienne. Toute la difficulté consiste en l'occurrence à ne pas créer de discrimination supplémentaire contre les Africains vivant en Suisse en les associant au sida et au VIH. Les stéréotypes racistes d'une sexualité débridée, largement répandus lorsqu'il est question du sida, concernent plus particulièrement les femmes d'origine africaine, que l'on amalgame très vite à l'industrie du sexe. Le travail de prévention doit donc se concentrer sur le renforcement de structures donnant du pouvoir aux femmes, mais aussi et surtout sur la responsabilisation des hommes.



## Antirassistische feministische Öffentlichkeitsarbeit von Migrantinnen – für Migrantinnen und «Einheimische»

Der Christliche Freidensdienst (cfd) ist ein feministisches Hilfswerk, das sich mit einem emanzipatorischen Ansatz in friedens- und migrationspolitische Debatten einmischt. Durch die Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen in Kosovo, Palästina, Israel, Bosnien, Kroatien und in der Schweiz ist es in transnationalen Netzwerken aktiv. «Kritische Öffentlichkeitsarbeit» – Entschleierung und Interesse für Perspektivenvielfalt – ist ein wesentlicher Bestandteil der cfd-Tätigkeiten und wird im ersten Artikel vorgestellt. Das im zweiten Beitrag beispielhaft angeführte Projekt Fachfrauengruppe (FFG) wurde von Migrantinnen initiiert und soll dazu beitragen, ihre Stärken in den Vordergrund zu stellen.

### **Die Perspektivenvielfalt** als Sehschule

ANNEMARIE SANCAR

Die Projektarbeit und Öffentlichkeitsarbeit des cfd bewegt sich in Politikfeldern, die von den Massenmedien gerne aufgegriffen werden und deren Wahrnehmung durch Bilder bereits vorbestimmt ist. Ein solches Politikfeld ist die Migration. Migration wird mehrheitlich einseitig unter dem Blickwinkel von Sicherheit und nationaler Identität dargestellt. Damit ist der Rahmen vorgegeben, wie Phänomene im Zusammenhang mit Migration gesehen und interpretiert werden sollen. Wir suchen nach anderen Bildern und Wahrnehmungsmöglichkeiten. Dieser Artikel beschreibt eine Momentaufnahme dieses Prozesses; er soll zum Nachdenken und Weiterdiskutieren anregen.

#### Die postkoloniale und patriarchale Perspektive

In den 80er-Jahren boten sich zugewanderte Frauen als beliebtes Element öffentlicher Stereotypisierungen und Verlautbarungen an. Sie wurden vorzugsweise als vom Land kommend dargestellt: verschleiert, fremd und malerisch, zurückgeblieben und bemitleidenswert zugleich - Bilder mit exotischen Makeln, eine selbstverständlich erscheinende Galerie der Defizite.

In den 90er-Jahren begann sich das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft und damit ein Perspektivenwechsel durchzusetzen: Aus «Defiziten» wurden «Ressourcen». Diese Bildmetamorphose bewährte sich vor allem auch bei wohlgesinnten Sozialtätigen, die damit die weiterhin bestehende (postkoloniale) Hierarchie politisch korrekt bebildern konnten: die fremden Kulturen der Zugewanderten als Bereicherung für die Einheimischen. Ob als störende oder bereichernde Traditionen werden die Darstellungen den Migrantinnen pauschal zugeschrieben. Werden sie als Defizite verstanden, sollen sie überwunden, sieht man sie als Ressourcen, sollen sie gefördert werden. Die Absicht bleibt dennoch die gleiche. Warum? Wir wollen dies mit «kritischer Öffentlichkeitsarbeit» erklären.

Zuallererst muss festgestellt werden, dass es sich in beiden Fällen um Fremdzuschreibungen handelt, die durch die Spiegelung am Eigenen überhaupt erst bedeutungsvoll werden: Den Zuschreibungen gegenüber stehen das Eigene, die Schweiz, «unsere Frauen», die allesamt nicht verschleiert, sondern selbstverständlich modern und befreit sind. Diese Bilder des Eigenen machen erst in Abgrenzung zum Anderen, dem «Rückständigen», Sinn. Den Migrantinnen werden die Abweichungen von diesen Bildern als Manko unterstellt. Diese Abweichungen erscheinen damit plausibel und auch der Blickwinkel selbst bleibt unhinterfragt.

#### **Bilder von Abweichung**

Reportagen über Migrantinnen sind zusammengesetzt aus ethnographischen Versatzstücken und aufgeschnappten Einzelfällen. Sie bestimmen die Wahrnehmung dessen, was man sich unter dem Leben der Migrantinnen, ihrer Herkunftskulturen, Abweichungen etc. vorzustellen hat. Sie geben die Perspektive vor. Sie füllen die Bildergalerien und liefern gleich auch das mögliche Ausstellungskonzept. Für alternative Sichtweisen bleibt wenig Raum. Ausgangspunkt ist eine kulturelle Differenz, die zudem kombiniert wird mit der Geschlechterdifferenz (vgl. den Beitrag von Le Breton in dieser Nummer von Tangram). Bilder über Migrantinnen sagen wenig aus über das reale Leben der Frauen. Sie

▶ 36 TANGRAM Nr. 10 März 2001

Öffentlich-

dienen der Bestätigung der «richtigen Sichtweise» und damit auch der Bestätigung, dass die (schlechte) Situation der Migrantinnen wohl mit ihrer Andersartigkeit zu tun habe. Dies wiederum bekräftigt die Überlegenheit des Eigenen als Ausgangsposition (vgl. das im Beitrag von Zuppinger/Kopp in dieser Ausgabe von TANGRAM diskutierte Bild).

Kritische Öffentlichkeitsarbeit heisst, die Definitionsmacht dieser Perspektivensetzung zu hinterfragen und stattdessen eine emanzipatorische Vielfalt von Blickrichtungen vorzuschlagen, Raum zu schaffen für Grautöne und Seitenblicke. Dafür müssen wir die Zentralperspektive benennen und gleichzeitig Möglichkeiten aufzeigen, wie die Wirklichkeit anders gelesen, geschaut, wahrgenommen werden kann.

tive fest- und fortzusetzen. Sehschule heisst, die Beschreibungen der tatsächlichen Frauenleben im Iran oder in Afghanistan zu fördern, mit Bildern, die irritieren, weil sie quer stehen zur Zentralperspektive. Sehschule heisst, Raum zu geben für andere Sehmöglichkeiten, etwa die Beschreibungen des Umgangs mit dem Schleier durch die Frauen aus deren eigener Perspektive.

Kritische Öffentlichkeitsarbeit muss irritieren, wenn sie die Zentralperspektive hinterfragen und aufzeigen will, wie sich diese als einzige gültige Sichtweise und Ordnung durchsetzt. Irritieren heisst, die scheinbar natürlich gegebenen Ordnungen, Zugehörigkeiten und Gemeinschaften in Frage zu stellen, indem Bilder aus dem Rahmen genommen und an neue Orte gestellt werden. So muss kritische

Im einen Fall wird die Gleichsetzung von Schleier und Unterdrückung ge-

brochen, im zweiten Fall weitergeführt

#### **Entschleierungen**

Als Beispiel von antirassistischer Öffentlichkeitsarbeit bietet sich das Thema «Schleier» an. Wenn wir die Darstellung von Frauen in muslimischen Ländern wie der Türkei, dem Iran oder Afghanistan durch die hiesige Tagespresse beobachten, können wir einen Wandel im Bild feststellen. Bezüglich der Türkei und dem Iran hat eine Umdeutung des Schleiers stattgefunden, die einst unterdrückte muslimische Frau wird heute als emanzipiert dargestellt, obschon der Schleier geblieben ist. In den Beschreibungen der Frauen von Afghanistan ist dies (noch) nicht der Fall. Während also der Blick auf den Schleier der Frau aus dem Iran Emanzipationsvorstellungen nicht mehr ausschliesst, sondern fast aufdrängt, schliesst derjenige auf die Frau in Afghanistan dies klar aus. Im einen Fall wird die Gleichsetzung von Schleier und Unterdrückung gebrochen, im zweiten Fall weitergeführt. Wie kommt es zu solchen Bildmetamorphosen?

#### Sehschule

Tatsache ist, dass all die Bilder und Berichte keinen Aufschluss über die Lebenslage der beschriebenen Frauen geben. Sie sind auch nicht als Erkenntnis einer differenzierten Analyse der Lebenszusammenhänge zu verstehen, obgleich dies suggeriert wird. Sehschule zu betreiben heisst, die Berichte und ihre (geschriebenen) Bilder kritisch unter die Lupe zu nehmen, um sie möglichst umfassend zu entziffern. Das bedeutet, zu erkennen, wie sehr diese Bilder dazu beitragen, eine postkoloniale Zentralperspek-

keitsarbeit auch die einseitige und selbst inszenierte Solidarität der Frauen im Norden mit den (muslimischen) Frauen aus dem «patriarchalischen Süden» unterwandern und die Annahme hinterfragen, die «befreiten» Frauen im Iran oder die «noch unterdrückten» Frauen in Afghanistan wünschten «selbstverständlich» diese Solidarität bzw. (Zwangs-)Gemeinschaft. Die Gewissheit, dass es sich dabei um die einzige richtige Haltung (im Kampf gegen das muslimische Patriarchat) handelt, wird gestützt von Männern, die sich mit den Frauen in muslimischen Gesellschaften solidarisch zeigen und sich bei Beschreibungen der Lage dieser Frauen als regelrechte Feministen zu erkennen geben.

Genau solche Positionierungen gilt es aber zu irritieren, auch wenn es im ersten Moment hart ist und durchaus emotionale Reaktionen auslösen kann wie: «Was ist denn daran falsch, wenn wir für die Frauen in Afghanistan Protestpetitionen unterschreiben, nie kann Mann es recht machen.» Es geht natürlich dabei nicht um die Frage, was falsch, was richtig ist, sondern darum zu zeigen, was abläuft, wenn Schweizer Männer sich mit Unterschriften für Frauenrechte in Afghanistan einsetzen: Geschlechterhierarchien werden zwar als ernstes Problem wahrgenommen, allerdings nur in der Fremdbeschreibung, nämlich als Problem des muslimischen Patriarchats. Das Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern wird zwar thematisiert, doch gleichzeitig «nationalisiert» und nach aussen verschoben. Dies verstärkt die Grenze zwischen dem Innen, dem «Wir», und dem Aussen, dem «Anderen». Auch die sich als solidarisch verstehenden Personen profitieren von derselben Zentralperspektive: Im Gegensatz zu «ihnen» sind «wir» die «Moderne», in der die patriarchalen Strukturen überwunden sind.

### Das Gefühl, nicht willkommen zu sein

RANIA BAHNAN BÜECHI

«Als ich und mein Mann – wir kommen beide aus Sri Lanka – in unsere Schweizer Wohnung einzogen, zeigte mir die Hauswartin die Waschküche und sagte, dies sei ein Wäschetrockner - ob ich wisse, was ein Wäschetrockner sei? Ich hatte grosse Lust, ihr zu antworten, dass ich in meinem Land eine Waschmaschine und einen Wäschetrockner in meiner eigenen Wohnung hatte und nicht drei Wochen warten musste, bis ich meine Kleider waschen durfte.»

«Ich bin Psychologin und komme aus Brasilien. Nach vielen Überlegungen habe ich mich entschieden, eine Ausbildung für Gesprächspsychotherapie zu machen. Eine der Leiterinnen des Ausbildungsinstitutes fragte meinen Mann, ob ich Schweizerdeutsch spreche? Er antwortete: «Sprechen nein, aber verstehen sehr wohl.» Die Leiterin liess mir später ausrichten, dass ich zum Vorstellungsgespräch nicht zu erscheinen brauche. Ich wurde nicht zur Ausbildung zugelassen. Grund: Es sei für die Ausbildungskandidaten zu schwierig und zu aufwändig, eine Ausländerin in der Gruppe zu haben!»

«Ich bin allein erziehende Mutter aus der Türkei. Als meine Tochter Schwierigkeiten in der Schule bekam, wurde ich zu einem Gespräch mit der Lehrerin eingeladen. Sie sagte mir dann aber ohne vorheriges Gespräch, meine Tochter sei nicht richtig im Kopf, sie müsse in eine Kleinklasse! Ich kochte vor Wut über dieses Vorgehen, ohne dass der Entscheid mit mir diskutiert worden war.»

> Das sind nur drei von unzähligen Episoden, Kränkungen, Demütigungen, wie sie in der Fachfrauengruppe (FFG) erzählt und in der Erinnerung immer wieder durchlebt werden. Die zehn Migrantinnen aus acht verschiedenen Ländern der Fachfrauengruppe verfolgen das gemeinsame Ziel, ihr Fachwissen in der Schweiz einbringen und im beruflichen Alltag anwenden zu können. Die Erinnerung der meisten Migrantinnen ist stark: ihre Erinnerung an das anfängliche Fremdgefühl, die Einsamkeit und die Unsicherheiten, an die Angst, ob sie es hier in der Schweiz je schaffen würden, ein befriedigendes Sozialleben aufzubauen. Würde es je gelingen, den «richtigen» Umgang mit den Einheimischen zu finden? Den persönlichen und den zwischenmenschlichen Beziehungskomponenten den angemessenen Stellenwert zu geben? Gemeinsam mit den Schweizerinnen und Schweizern zu begreifen, dass Fremdheitserfahrung ebenso wichtig ist wie soziale, politische und ökonomische Faktoren, die in der öffentlichen Diskussion meist stärker betont werden. Ganz einfach: Würden sie das Gefühl, nicht willkommen zu sein, je verlieren?

Viele ihrer Erfahrungen erleben die Migrantinnen als eine Art Ausstossungsreaktion oder als Beschneidung von Rechten und Privilegien. «Ständig müssen wir uns rechtfertigen, verteidigen, müssen Beweise beibringen und unsere Worte auf die Goldwaage legen», fasst die eingangs zitierte Psychologin zusammen.

Das Gemeinsame an den Erfahrungen der Migrantinnen ist das Gefühl von Blossgestelltsein, das Gefühl von Ohnmacht, Wut und Verletztsein, wie es zum Beispiel einer Migrantin passierte, als sie Kleider, korrekt innerhalb der 8-Tage-Frist, zurückbringen wollte: Die Verkäuferin schaute sie an und sagte: «Nein, das geht nicht.» «Doch», antwortete die Migrantin, «die 8-Tage-Frist ist noch nicht abgelaufen.» «Das geht nicht, ich muss noch andere bedienen.» Viele Leute warteten hinter ihr und sie fühlte sich so blossgestellt.

Einzelne machen die Erfahrung, dass sie oft von Schweizern/-innen bemitleidet werden: In der Schule für Sozialarbeit oder an der Universität zum Beispiel werden die Migrantinnen von anderen Studentinnen oft nur mit ihren Schwächen wahrgenommen, wenn sie überhaupt wahrgenommen werden! «Die Studienkolleginnen hatten sich nicht die Zeit genommen, auf mich als Person einzugehen, wie ich wirklich bin.»

Dazu sagt der Entwicklungspsychologe H.G. Petzold: «Der Mensch muss angeschaut werden, um zur Person zu werden.» Die Sprache der Blicke ist über die gesamte Lebensspanne hin Grundlage der wichtigsten zwischenmenschlichen Erfahrungen bis hin zu den letzten Blickdialogen in der Begleitung Sterbender. Als so genannte «Volksweisheit» ist bekannt: «Der Blick in die Augen eines Menschen ist ein Blick in seine Seele», und so Unrecht hat sie nicht. Dazu erzählt eine Migrantin aus der FFG ihr positives Erlebnis: «Vor 16 Jahren, als ich in die Schweiz gekommen war, wurde ich von einer älteren Schweizer Frau auf der Strasse angesprochen. Sie sagte, ich habe wunderschöne, warme Augen. Das werde ich nie vergessen.» Für diese Frau war das «ein Blick in ihre Seele».

#### Kraft bekommen, uns selber zu sein

An der Arbeit der FFG beteiligen sich zehn gut qualifizierte Migrantinnen aus acht verschiedenen Ländern. Alle leben seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz. Einige sind mit Schweizern verheiratet, andere sind als Flüchtlinge hierher gekommen. Verschiedene Gründe sind motivierend für die Frauen, an der FFG teilzunehmen. Der Erfahrungsaustausch in der Gruppe ist für alle Frauen persönlich sehr wichtig. Durch das Vertrauen in der

▶ 38 TANGRAM Nr. 10 März 2001

Gruppe fühlt sich die Einzelne gestärkt und nicht alleine – Diskriminierung passiert allen Fremden. Durch die Aufarbeitung ihrer eigenen Migrationsbiografie, zusammen mit den theoretischen Inputs durch die Gruppenleiterin zum Integrationsprozess, gewinnen die Teilnehmerinnen ihr Selbstbewusstsein zurück. Sie lernen, dass ihre Ohnmacht betreffend Integration nicht zufällig ist. Sie lernen, alte Muster neu zu definieren, einander zu unterstützen und ein Team zu sein. Das ist die Basis, um institutionelle Änderungen bewirken zu können. Das wollen die FFG-Frauen: aktiv an die Öffentlichkeit gehen, und dazu braucht es starke Teams.

#### Helfen, sich selber zu helfen

Mit Workshops, Vorträgen und anderen Veranstaltungen will die FFG Verständnis schaffen für die Andersartigkeit und damit gegenseitige Abwehrreaktionen mildern. Die Adressatinnen haben die Regeln, den «richtigen» Umgang in der Schweizer Kultur gelernt und können an sich mit schwierigen Situationen umgehen. An den Veranstaltungen der FFG werden die Ressourcen aktiviert, die es der einzelnen Migrantin ermöglichen, ihr Wissen in Handeln umzusetzen, wenn die schwierige Situation eintrifft.

Eine der Migrantinnen hat es sehr schön gesagt: «Ich bin Reya [Name von der Redaktorin geändert] und ich will in den Augen meiner Arbeitskolleginnen keine angepasste Sozialarbeiterin sein, ich will den Mut haben, meine eigene Meinung zu sagen, mich selber zu sein: Ich bin stolz, dass ich Reya bin.»

Dr. Annemarie Sancar ist Ethnologin, Informationsbeauftragte des cfd, Schwerpunkt feministische antirassistische Öffentlichkeitsarbeit; nebenamtliche Dozentin an der HSA Luzern, u.a. im NDS Feministisch reflektierte Sozialarbeit FRESA; Stadträtin des GB in Bern. Viele Ideen dieses Beitrags kommen aus den angeregten Diskussionen mit Lisa Schmuckli, die das Bild der «Sehschule» in einer internen Weiterbildung im cfd eingeführt hat.

Rania Bahnan Büechi ist Palästinenserin aus dem Libanon, MA der Columbia-Universität in New York in Sozialarbeit. In der Schweiz hat sie sich zur Gestalttherapeutin ausbilden lassen und arbeitet in ihrer privaten Praxis sowie als Bildungskoordinatorin beim cfd.

#### Résumé Annemarie Sancar

Le travail critique de relations publiques consiste à donner un nom aux images prédominantes qui nous servent à décrire la réalité, à les remettre en question et à développer de nouvelles façons de percevoir les choses. L'un des objectifs du Mouvement Chrétien pour la paix, en tant qu'ONG à profil féministe, est de démasquer ces images dans le contexte des rapports de domination patriarcale et postcoloniale. Cet article présente l'idée d'un «apprentissage de la vision» en tant que possibilité de réflexion et de découverte de perspectives multiples: il se propose de montrer quelles images servent à décrire (et à prescrire) la réalité et brouillent notre vision de cette dernière en nous permettant de n'avoir qu'une perspective centrale. C'est le cas par exemple de la présentation qui est faite des conséquences de l'émigration, dont la logique interne repose sur l'édification postcoloniale d'une frontière entre «nous» et les «autres». Un œil critique nous permet d'analyser le contexte de pouvoir et d'exclusion dans lequel ces images prennent tout leur sens, y compris dans notre propre travail. Le décryptage des images prédominantes qu'ont de la femme les pays musulmans permet de voir clairement comment les différences entre les sexes peuvent se muer en un schéma d'ordre légitimé par l'éthique et autour duquel tout s'organise. Le Mouvement Chrétien pour la paix présente son approche du travail critique de relations publiques comme un processus. L'article en lui-même n'est donc qu'un arrêt sur image dans le déroulement d'un projet à long terme de politique d'émancipation qui permettra, espérons-le, de relancer le déhat.

#### Résumé Rania Bahnan Büechi

Le Mouvement Chrétien pour la paix privilégie les projets avec les immigrées par rapport aux projets pour les immigrées. Il a donc choisi de soutenir le projet «Fachfrauengruppe», ou FFG, à Berne. L'objectif de ce projet est de permettre aux immigrées de mieux prendre conscience de leurs propres ressources et de les encourager à reprendre leur confiance originelle en elles pour en faire usage dans leur vie quotidienne. Par exemple pour réagir de façon adéquate (en gardant l'estime d'elles-mêmes) face à des situations de discrimination, mais aussi pour mettre à profit en Suisse le savoir acquis dans leur pays d'origine. «Mettre à profit» signifie en l'occurrence que l'immigrée peut rester elle-même et faire profiter la Suisse de ses connaissances spécifiques dans les domaines scientifique, culturel et social. L'idée maîtresse est celle d'une contribution commune au processus d'intégration et non pas l'adaptation inconditionnelle de l'étrangère à la Suisse. Ce sont les immigrées elles-mêmes qui ont eu l'idée de ce projet.



## «Women and Human development»: Martha Nussbaums Beitrag zur Gender-Debatte im internationalen entwicklungspolitischen Kontext

STEFANIE BRANDER

Die Arbeiten der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum für das World Institute for Development Economics Research (WIDER) der UNO liefern einen wichtigen Beitrag zur internationalen Geschlechterdebatte. In ihrem neuen Buch «Women and Human development» entwickelt sie, vor allem anhand ihrer Erfahrungen in Indien, eine Theorie einer am Ideal des guten Lebens orientierten internationalen feministischen Menschenrechtspolitik. Ihre Theorie, die es erlauht, gesellschaftliche Umstände und kulturspezifische Hindernisse zu analysieren, kann einen wesentlichen Beitrag zur neusten Debatte über die schweizerische Integrationspolitik leisten.

In der feministischen Debatte über Gleichheit und Differenz, über Rasse, Klasse und Geschlecht sowie über Menschen- und Frauenrechte ist in den letzten Jahren eine Stimme laut geworden, die im deutschen Sprachraum noch wenig Beachtung gefunden hat: Die Rede ist von den Arbeiten der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum, welche eine dezidierte, aber dennoch differenzierte Gegenposition zu kulturrelativistischen Ansätzen entwickelt hat.

Nussbaums Arbeiten im Bereich der Ethik und der politischen Philosophie decken ein breites Spektrum von Themen ab: In ihren Werken befasst sie sich mit zentralen Fragen internationaler Gerechtigkeit und Entwicklungspolitik, mit Feminismus, Liberalismus und ökonomischem Utilitarismus.<sup>1</sup> Nussbaum vertritt eine prononciert universalistische Position und verbindet sie mit einer essenzialistischen Konzeption des guten Lebens. Diese Konzeption richtet - ohne kulturelle Unterschiede zu vernachlässigen – ihr Augenmerk auf die anthropologischen Konstanten, d.h. auf elementare Bedürfnisse und Fähigkeiten, die allen Menschen gemeinsam sind. Nussbaum schlägt folgerichtig einen Katalog von «Grundgütern» als allgemein verbindlichen Minimalstandard Rechtsnormen vor, an dem soziale und politische Institutionen weltweit gemessen werden sollen.

Wer sich mit Nussbaums theoretischem Ansatz auseinander setzt, merkt rasch, dass dieser nicht im akademischen Elfenbeinturm entstanden ist. Die Philosophin, die Rechtsphilosophie und Ethik an der Law School der Universität von Chicago lehrt, war 1986 bis 1994 als wissenschaftliche Beraterin am World

Institute for Development Economics Research (WIDER) der UNO in Helsinki tätig. Während dieser Zeit entwickelte sie, in enger Zusammenarbeit mit dem indischen Ökonomen Amartya Sen, Elemente und Grundlagen für eine internationale Entwicklungspolitik, deren Resultate 1993 in der Studie «The Quality of Life» vorgestellt und in internationalen Fachgremien seither breit diskutiert wurden. Einer der Kernpunkte von Sens und Nussbaums interdisziplinärer Arbeit liegt in der Kritik an der vorherrschenden ökonomischen Nutzenmaximierungstheorie sowie an den standardisierten Indikatoren zur Messung der Lebensqualität (z.B. Bruttosozialprodukt). In ihrem Gegenentwurf werden aristotelische, marxistische und liberale Elemente zu einer Theorie des «guten Lebens» verbunden, die als Grundlage für die Definition neuer Bemessungskriterien dient; vorgeschlagen wird eine am Prinzip der Lebensqualität orientierte globale Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Nussbaums jüngstes Buch, «Women and Human development», ist eine Zusammenfassung und Fortsetzung ihrer Arbeit für das WIDER-Projekt. Es enthält wichtige Elemente, neue Einsichten und Denkanstösse für die Auseinandersetzung mit Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechtergleichheit im internationalen Kontext. Nussbaum entwickelt ihre Theorie menschlicher Fähigkeiten unter konkretem Bezug zur Situation von Frauen in armen Ländern. Sie stützt sich dabei insbesondere auf ihre langjährigen Erfahrungen mit indischen Frauen- und Entwicklungsprojekten. An Einzelbeispielen diskutiert sie Kriterien und Lösungsansätze für Konflikte zwischen Frauenrechten und religiösen oder kulturellen Normen in einem Land, in dem diese Konflikte den Alltag der Frauen massgeblich bestimmen (z.B. Kopftuchstreit, Alphabetisierungskampagnen und Recht auf Bildung, Kinderarbeit, Kinderheirat, körperliche Unversehrtheit, Eigentumsrechte, Recht auf ausserhäusliche Arbeit). Gleichzeitig berücksichtigt sie die vielfältigen Faktoren der historischen Entwicklung, die Geschichte der indischen Frauenbewegungen im Kontext der Entstehung des indischen Staates, seiner Verfassung und seiner Rechtssysteme, ohne dabei den Blick auf die rechtliche und soziale Situation von Frauen und Minderheiten in den westlichen Ländern, insbesondere in den USA, zu verlieren. Nussbaum erbringt in ihrem Buch den Nachweis, dass die Forderung nach dem Respekt globaler Grundrechte für

<sup>1</sup> Philosophische Lebre, die im Nützlichen die Grundlage des sittlichen Verhaltens sieht und ideale Werte nur anerkennt, sofern sie dem Einzelnen oder der Gemeinschaft nützen.

Frauen nicht zwingend ein Import des «westlichen» Feminismus ist und den Interessen von «Drittwelt-Feministinnen» zuwiderlaufen muss. Ihr Ansatz ist für die feministische politische Philosophie insofern neu, als sie den Fokus auf die Entwicklungsproblematik lenkt, die üblicherweise praktisch ausschliesslich von Ökonominnen oder Ethnologinnen behandelt wird.

#### Eine «dicke, vage Theorie des Guten»

Nussbaum hat ihre Theorie – in Abgrenzung zu John Rawls «Theorie der Gerechtigkeit» – als «dicke, vage Theorie des Guten» bezeichnet. Rawls «dünne» oder «schwache» Theorie des Guten ist dem liberalen Grundsatz des Primats des Rechten vor dem Guten verpflichtet. In liberaler Sicht hat sich der Staat auf die Garantie jener Rechtsordnung zu beschränken, innerhalb deren die Menschen ihre jeweils eigene Auffassung des guten Lebens verwirklichen können. Nussbaum vertritt dagegen die aristotelische Position, wonach der Staat auch für das gute Leben verantwortlich ist: Es braucht eine am Ideal des guten Lebens orientierte Politik, die den Individuen zwar nicht eine bestimmte Konzeption des Guten aufzwingen darf, aber dafür sorgt, dass soziale und institutionelle Grundvoraussetzungen erfüllt sind, die es den Menschen erlauben, ein ihren Bedürfnissen entsprechendes Leben zu führen. Nussbaums Gerechtigkeitstheorie nimmt für sich in Anspruch, solche allgemein gültige Normen und konkrete, inhaltlich definierte Grundlagen für politisches Handeln im Sinne des «guten Lebens» aufstellen zu können. Nussbaum ist zudem überzeugt, ihr Ansatz halte dem Vorwurf stand, eine westliche, paternalistische Theorie zu sein, die kulturspezifische Differenzen ausblendet. Nussbaum leitet ihre Liste von Grundgütern – dazu gehören z.B. Leben, Gesundheit und körperliche Integrität -, über die Menschen verfügen können sollen, aus einem Katalog der wichtigsten menschlichen Funktionen und Fähigkeiten («capabilities») her. Ihre Konzeption geht davon aus, dass es über religiöse und kulturelle Differenzen hinweg Eigenschaften gibt, von denen man annehmen kann, dass sie an jedem beliebigen Ort ein Leben zu einem menschlichen Leben machen. Sind diese Funktionen und Grundgüter einmal definiert, so können sie als Massstäbe für die Bestimmung eines sozialen Mindeststandards, als verbindliche Basis für verfassungsrechtliche Normen und als Beurteilungskriterien für das politische und soziale Handeln von Regierungen und Institutionen gesetzt werden.

Gerade weil Nussbaums Theorie im Bereich elementarer menschlicher Funktionen und Fähigkeiten nicht verschiedene, kulturabhängige Grundbedürfnisse und -ansprüche voraussetzt, ist sie ein gutes Instrument, gesellschaftliche Umstände und kulturspezifische Hindernisse, die der Erfüllung dieser Bedürfnisse im Wege stehen, genau zu analysieren. Ihr Ansatz ermöglicht es, wie ihr Buch am Beispiel Indiens zeigt, auf ganz unterschiedliche Ausgangslagen von Frauen überall auf der Welt, auch etwa von Migrantinnen in Europa und der Schweiz, angemessen einzugehen und zwischen dem legitimen Respekt vor kulturellen Differenzen und illegitimen Macht- und Herrschaftsansprüchen genau zu unterscheiden. Sie liefert in ihrem Buch eine praktisch brauchbare, philosophisch-theoretische Grundlage für das Anliegen eines weltweiten empowerment von Frauen, die die bisher eher unergiebigen akademischen Debatten über Sinn, Nutzen und Grenzen der Respektierung religiöser und kultureller Differenzen einen grossen Schritt weiterbringt.

Stefanie Brander, lic.phil. hist., ist Leiterin der Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bern.

#### Weiterführende Literatur

Nussbaum, Martha C. 1999

Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.

Nussbaum, Martha C. 2000

Women and Human development. The capabilities approach. Cambridge: Cambridge University Press.

Nussbaum, Martha C., Jonathan Glover 1995

Women, Culture and Development. A Study of human capabilities. Oxford: Ox-

Nussbaum, Martha C., Amartya Sen 1993

The Quality of Life. WIDER Studies in Development economics. Oxford: Oxford University Press.

#### Résumé

Présentation d'un nouveau livre de la philosophe américaine Martha Nussbaum, «Women und Human development». Nussbaum enseigne la philosophie morale et la philosophie politique à l'université de Chicago et elle a travaillé, notamment avec l'économiste indien Amartya Sen, pour le World Institute for Development Economics Research (WIDER) de l'ONU à Helsinki. Spécialiste de questions de droit de l'homme, des droits de la femme et des questions de pays en voie de développement, elle présente dans son nouveau livre une approche théorique essentialiste et universaliste sous forme d'un catalogue de fonctions et de potentiels humains qui devra être à la base de décisions juridiques, politiques et sociales de tout gouvernement ou institution. Son projet antirelativiste est fondé sur des expériences pratiques avec des projets féministes aux Indes et propose des critères morales fondamentaux pour une politique globale de l'empowerment des femmes, sans tomber dans le piège d'un «paternalisme» occidental non respectueux des différences culturelles ou religieuses. Le livre de Martha Nussbaum est une contribution importante au débat entre féministes des pays occidentaux et féministes du tiers-monde, malheureusement encore peu connue en dehors des pays anglosaxons.



## «Ohne Grund» — Ein Musiktheater für Jugendliche zum Thema «Gewalt»

CHRISTINE RINDERKNECHT

Theater ist ein geeigneter Weg, Gewalt und Vorurteile gerade auch bei Jugendlichen zu thematisieren, ob diese sich als Naziskingruppen organisieren oder nicht. Alle Untersuchungen weisen darauf hin, dass die Motivation, derartigen Gruppen beizutreten, selten rein ideologisch motiviert ist, Gemeinschafts- und Abenteuererlebnisse und bei Jungen der Reiz einer verschworenen Männergemeinschaft machen einen wesentlichen Teil ihrer Anziehungskraft aus.

«Ohne Grund» wurde zwischen 1994 und 1996 mit viel Erfolg in Schulen in der ganzen Deutschschweiz aufgeführt. Die Reaktionen der Schülerinnen und Schüler auf die Aufführungen legen den Schluss nahe, dass es wenig Anpassungen bedürfte, um es heute genauso wirksam wie damals zum Einsatz kommen zu lassen. Das heisst, dass die Überlegungen, die gemacht wurden, für heutige Präventionsprojekte unmittelbar relevant sein können. Wir baten daher eine der Autoren/-innen, über ihre Erfahrungen zu berichten.

Im Sommer 1993 gelangte Urs Abt, der damalige Leiter der Suchtpräventionsstelle Zürich, an Heinz Gubler und mich mit der Anfrage, ob wir ein Theaterstück realisieren möchten, das Gewalt von Jugendlichen thematisiert und an Schulen gespielt werden könnte. Mit dem Theater Bruchstein hatten Heinz Gubler und ich schon mehrere themenspezifische Stücke für Jugendliche und Erwachsene realisiert, u.a. zum Thema «Sucht» und zur sexuellen Gewalt. Neben der professionellen Arbeit mit dem Theater Bruchstein arbeiteten wir mit jugendlichen Laien im Jugendkulturhaus Dynamo in Zürich, wo wir Stücke realisierten, die aus der Improvisationsarbeit mit den Jugendlichen entstanden. 1993 entstand das Stück «Funk mir das Lied vom Tod», eine Collage mit einer Rockband, die das Lebensgefühl der Jugendlichen zum Thema hatte und Bilder zeigte, in denen die jugendlichen Darsteller/innen eigene Erfahrungen mit Gewalt, Angst, Lust, Macht und Ohnmacht spielerisch umsetzten. Das Stück wurde im Jugendkulturhaus Dynamo in Zürich gezeigt und inspirierte Urs Abt zu der Idee, dem Theater Bruchstein ein Stück zu dem Thema in Auftrag zu geben.

Für die professionelle Arbeit recherchierten Heinz Gubler und ich im städtischen Jugendheim Gfellergut; gleichzeitig übernahm Heinz Gubler einen Auftrag im Jugendheim Hegi in Winterthur, wo er

mit den Jugendlichen einen Videofilm realisierte. In allen Gesprächen und Erfahrungen mit den Jugendlichen zeigte sich das starke Bedürfnis nach Spass, nach dem Rausch, nach Grösse und Macht, vor allem im Spannungsfeld von Ohnmachtsgefühlen und dem Gefühl, klein und unbedeutend zu sein, die Lust auf Abenteuer und auf das Überschreiten von Grenzen. «Schwule klopfen» einfach aus Spass, «weil die Schwulen selber schuld sind, wenn sie verklopft werden», wie mir ein Mädchen mit wunderschönem Madonnengesicht und einem strahlenden Lächeln sagte. Homosexuelle standen in ihrer Werteskala weit unter ihr und zählten nicht als ernst zu nehmende Menschen, und darum war die Jagd auf sie ein legitimes Mittel, um sich die Langeweile eines Samstagabends zu vertreiben.

#### Theater Bruchstein (Leitung: Christine Rinderknecht, Heinz Gubler)

- ▶ 1991: «Bruchstein», ein Stück über sexuelle Ausbeutung (Kinder- und Jugendmedienpreis «Rote Zora»)
- ▶ 1994: «Ohne Grund»
- ▶ 1996: «Eisenhans ein Projekt»
- ▶ 2001 unter dem neuen Namen GUB Company: «Petit Bodiel», nach einer Erzählung von Amadou Hampâté Bâ – ein Erzähltheater in deutscher und französischer Sprache.

(Premiere: 25.Oktober 2001 im Schlachthaus-Theater Bern)

Zu der Zeit kursierten in Zürcher Schulen und Heimen viele Erpressungsgeschichten. Erpressung schien ein weit verbreitetes Freizeitvergnügen zu sein, das auf allen Schulstufen vorkam, Geld wurde erpresst, Markenkleider, CDs. Die dramatischeren Geschichten endeten im Heim oder im Extremfall im Tod. So in der Geschichte eines Jungen, der zum Autoklauen gezwungen wurde, mit dem Auto seiner Mutter einen Unfall verursachte und, nachdem alles aufgedeckt worden war, auf dem Schulweg von einem Auto überfahren wurde. An einer Erpressungsgeschichte lassen sich alle Mechanismen, die zu Gewalt, Aggression und Zerstörung führen, sehr gut aufzeigen. Deshalb entschloss ich mich, dem

Lust

Grenzen

Stück die Geschichte einer Erpresserbande zu Grunde zu legen. Obwohl in der Regel solche Banden mehrheitlich aus jungen Männern bestehen, besetzte ich die Gruppe mit zwei Männern und zwei Frauen und erfand folgende Figuren: Mäcke, den Anführer, verwöhntes Kind aus der Mittelschicht; Robi, den «Underdog», der vom Vater geschlagen, aber auch umarmt wird; Bigi, «toughe» Kollegin, die mit ihrer allein stehenden Mutter zusammenlebt; Nicole, sensible Mitläuferin mit Tendenz zur Selbstdestruktion. Die fünfte Figur, Patrick, ein unauffälliger Durchschnittstyp, wird das Opfer der Bande und gezwungen, regelmäsauf Spass, sig Geld abzuliefern. Nach einer Weile beginnt er sich zu wehren und Rausch, Macht, Überschlägt den Anführer nieder, womit er sich Respekt verschreiten von schafft, vor allem bei Nicole, die sich in ihn

verliebt und ihm heimlich

das erpresste Geld zurückgibt.

Patrick wird in die Gruppe aufgenommen, obwohl er gar nicht dazu-

gehören will. Die Frauen der Gruppe werden von anderen Jungen «angemacht» und Mäcke beschliesst, besonders durch Bigi angestiftet, den Typen einen Denkzettel zu verpassen. Patrick bekommt die Aufgabe, ein Mofa anzuzünden, tut das auch und schlägt hinterher in Panik einen anderen Jungen nieder. Am nächsten Tag wird er auf dem Schulweg von einem Auto überfahren. Erst an diesem Punkt beginnen Robi und Bigi sich von Mäcke zu distanzieren und einen eigenen Weg zu gehen. Nicole versucht vergeblich, Mäcke zu einem Schuldgeständnis zu zwingen. Mäcke bastelt sich sein eigenes Weltbild zusammen, worin Patrick sein Freund war und durch tragische Umstände ums Leben kam. Er verharrt in der Position des einsamen Kämpfers: «Leben ist Kampf wie im Dschungel, entweder ist man oben oder unten, und ich habe keine Lust unten zu sein.» Zum Schluss tritt Patrick als Toter nochmals auf und schaut zurück. Er wird von einem Himmelspförtner begleitet, der wissen möchte, ob es sich um einen Selbstmord oder um einen Unfall gehandelt habe. Die Frage bleibt offen.

Das Stück wurde im Mai 1994 uraufgeführt und in den folgenden zwei Jahren ca. 280 Mal gespielt, meist vor jugendlichem Publikum. Im Anschluss an die Aufführung folgte eine Diskussion, an der immer ein Teil der Produktionsgruppe teilnahm. Durch das intensive, überzeugende Spiel der Schauspieler/innen konnte sich das jugendliche Publikum mit allen Figuren identifizieren, sowohl mit dem Opfer als auch mit dem Täter und auch mit den unterschiedlich ausgestalteten Mitläufern/-innen. Die klare Darstellung der Figuren erleichterte das Gespräch über mögliches alternatives Handeln in einer solchen oder ähnlichen Situation. Gleichzeitig gab es auch Säle, in denen nach der Vorstellung eisiges Schweigen herrschte. Zu deutlich hatte das Stück die Situation im Schulhaus wiedergegeben. In der hintersten Reihe sassen mit verschränkten Armen die Mäckes und gaben Acht, dass niemand den Mund aufmachte. An solchen Orten war die Theateraufführung meist ein Anfang eines längeren Prozesses. Zumindest die Lehrer waren entschlossen, etwas zu unternehmen und auf

die unhaltbare Situation zu reagieren. Das zugespitzte, dramatische Geschehen im Stück machte sichtbar, was geschehen kann, wenn man auf Grenzüberschreitungen nicht reagiert und versucht, das Ganze zu verharmlosen oder zu verleugnen. In vielen Gesprächen wurde deshalb darauf hingewiesen, wie wichtig es vor allem auch für Eltern und Lehrer/innen ist, auf das aggressive Verhalten der Kinder und Jugendlichen zu reagieren und nicht einfach so zu tun,

Viele Mädchen hatten nach dem Stück das Bedürfnis, Mäcke, dem Täter, zu helfen und mit ihm zu sprechen, aber kein einziges Mal hat ein Junge dieses Bedürfnis geäussert. Das weist darauf hin, dass Mädchen und Frauen noch immer das «Sozialamt der Gesellschaft» verkörpern und sich für das Emotionale und Soziale verantwortlich fühlen, während männliche Jugendliche und Erwachsene Erziehung weiterhin für Frauensache halten, auf jeden Fall, wenn es um Probleme geht, die besprochen werden sollten. Frauen sprechen, Männer handeln. Dieses Klischee scheint weiterhin in den Köpfen der Jugendlichen verankert zu sein. Mit Bigi schuf ich zwar eine weibliche Gegenfigur, die sich ebenfalls mit Handlungen ausdrückt; trotzdem identifizierten sich die Mädchen eher mit der destruktiven Nicole, die an ihren Unterarmen herumschnipselte, Drogen nahm und Patrick helfen wollte, jedoch viel zu sehr in ihre eigenen Ohnmachtsgefühle verstrickt war, um etwas bewirken zu können.

als würde man nichts sehen und nichts hören.

Es gab Schulklassen und Jugendgruppen, die nach dem Theaterbesuch das Stück nachspielen wollten. Besonders eindrücklich war eine Klasse von zum



grössten Teil fremdsprachigen Realschülern/-innen, die das Stück in gebrochenem Deutsch und trotzdem wortgetreu und mit einer tiefen Ernsthaftigkeit aufführten. Das zeigte mir, dass Theater, gerade bei Jugendlichen, entgegen allen Vorurteilen ein wirksames Medium sein kann, wenn sie sich und ihre Welt darin wieder erkennen.

reiten Jugendgruppe. Es wurde 1994–1996 ca. 280 Mal vor meist jugendlichem Publikum gespielt. Im Anschluss an die Aufführungen folgte jeweils eine Diskussion, in der über Ursachen und mögliches alternatives Handeln gesprochen wurde. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Theater für Jugendliche ein wirksames Medium sein kann, wenn sie sich und ihre Welt wieder erkennen.

Christine Rinderknecht ist Autorin, Dramaturgin der GUB Company (ehemals Theater Bruchstein). Letzte Veröffentlichung: «Bruchstein und Backstein», sieben Erzählungen, Bern: Zytglogge 1994.

### Résumé

#### Zusammenfassung

In dem Bericht beschreibt die Autorin Erfahrungen mit einem Theaterstück für Jugendliche zum Thema «Gewalt». Das Stück zeigt die Erpressungsgeschichte einer gewaltbeDans son article, l'auteur décrit les expériences qu'elle a collectées autour d'une pièce de théâtre destinée aux jeunes sur le thème de la violence. La pièce raconte une histoire de chantage; elle a été montrée environ 280 fois à un public le plus souvent jeune entre 1994 et 1996. A la fin de chaque représentation avait lieu une discussion sur les origines de la violence et les possibilités d'agir autrement. En conclusion, on peut dire que le théâtre peut être un moyen de prévention efficace pour les jeunes, lorsque ceux-ci se reconnaissent eux-mêmes et leur monde dans la pièce en question.

## Frauen sprechen, Männer handeln



# La reine de Saba – fabrication ou récupération patriarcale d'une légende?

ANNEMARIE KÄPPELI

Pendant plus de deux millénaires l'histoire de la reine de Saba et du roi Salomon a servi de figure de projection d'idéaux féminins et de légitimation religieuse, politique et royale en premier lieu. Le fait de revisiter cette légende sur le fond des trois cultures monothéistes et des récentes fouilles archéologiques au Yémen — avec un regard d'historienne féministe — contribue à la compréhension du réductionnisme des chroniqueurs d'histoire et des productions d'images ethnocentriques par un grand nombre d'artistes occidentaux.

«La reine de Saba avait entendu parler de la renommée que Salomon devait au nom du Seigneur; elle vint le mettre à l'épreuve par des énigmes. Elle arriva à Jérusalem avec une suite très importante, avec des chameaux chargés d'aromates, d'or en grande quantité et de pierres précieuses.»

Ancien Testament, I Livre des Rois 10, 1-2

L'Ancien Testament, le Coran et le Targum Scheni (commentaire juif du livre d'Esther) sont les textes sacrés des trois religions monothéistes qui évoquent chacun à sa façon la rencontre entre la reine de Saba et le roi Salomon. Puis, à travers les siècles, les pouvoirs politiques et ecclésiastiques réinterprètent le récit sur fond de cultures musulmane, juive et chrétienne et utilisent la légende à leur propres fins. Quel sort est donc réservé à cette reine noire de

Quel sort est donc réservé à cette reine noire de l'ancienne Arabie, politiquement habile, économiquement forte et intellectuellement brillante, ancrée dans le culte de la lune et du soleil? Il est rare qu'une figure féminine ait servi de figure de projection d'idéaux féminins et de légitimation religieuse politique avec autant de persistance que la reine de Saba. Les textes des chroniqueurs politiques tout autant que les tableaux des peintres et la fiction des écrivains donnent à lire et à voir, durant plus de deux millénaires, des visages multiples de la reine de Saba.

A l'exemple d'un parcours fragmentaire à travers l'histoire de l'art éthiopien et celle du Moyen Age et de la Renaissance en Europe d'une part, et l'histoire politique de la libération noire américaine d'autre part, j'aimerais soulever des questions sur la manière dont les hommes ont fait fonctionner une légende féminine à leur avantage.

#### Art et légende politique éthiopiens

En 1955, la constitution révisée d'Ethiopie rattacha encore la lignée impériale à la dynastie de Ménélik 1<sup>er</sup>, fils de la reine d'Ethiopie, reine de Saba, et du roi Salomon de Jérusalem.

Même si, en 1974, le dernier empereur éthiopien fut destitué, les artistes traditionnels continuent à peindre l'histoire de la reine de Saba. Leurs images sont un mélange de la version populaire très ancienne de la légende, connue en Erythrée et au Tigré, et de la version éthiopienne officielle, christianisée, du *Kebra Nagast* (chronique des rois éthiopiens, fixée par écrit au 14e siècle).

Cette chronique historique sert de propagande politique. Après la destruction de la dynastie des Zagwé en 1270, il est probable que la nouvelle dynastie eut besoin de légitimer son règne et d'assurer une base idéologique auprès du peuple. La légende de la reine du Saba et du roi Salomon devient ainsi mythe fondateur et renforce le caractère sacré du pouvoir des négus éthiopiens.

Qu'en est-il de la reine? Elle est partie pour Jérusalem, dit le «Kebra Nagast», poussée par l'amour de la sagesse et de la connaissance. Le «Kebra Nagast» la fait se convertir du culte des astres au dieu monothéiste. Du cycle sacré féminin on passe à un cycle sacré masculin.

Selon la légende éthiopienne, la reine doit être vierge pour exercer la fonction royale. Ainsi la reine de Saba, en visite chez Salomon, demande-t-elle à celui-ci de jurer de ne pas la toucher. Le roi, à son tour, lui demande de jurer de ne rien toucher dans son palais. Or Salomon lui fait servir un repas bien épicé et poser une cruche d'eau près du lit. La nuit, la reine a soif et se sert de l'eau. Salomon la surprend, lui reproche d'avoir brisé le serment et dort avec elle. Plus tard, la reine de Saba passe son trône à leur fils Ménélik. Cette légende marque ainsi le passage du matriarcat au patriarcat!

Que nous donnent à lire les différentes versions érythréennes et éthiopiennes de la légende? La puissance royale d'une femme semble être intègre du moment où elle n'est pas réduite à la fonction d'assurer une descendance et où elle garde le lien au sacré.

#### Art du Moyen Age et de la Renaissance occidentaux

Venue d'un Orient lointain, judaïsée, puis islamisée, la reine de Saba trouve sa place dans l'Occident chrétien du Moyen Age. L'idée de conversion y est essentielle: l'image de la reine n'est positive que dans la mesure où elle reconnaît la supériorité d'un autre souverain, Salomon-Christ.

Dans les représentations chrétiennes, la reine de Saba n'existe, pour l'essentiel, qu'au sein du couple qu'elle forme avec Salomon – notamment dans la statuaire romane et gothique en France, et même à la cathédrale de Berne.

Souvent, le rapprochement est fait avec le couple du «Cantique des Cantiques», dans lequel la reine est bel et bien une reine noire. Pourtant, dans l'iconographie chrétienne, elle est, la plupart du temps, représentée comme une reine blanche. Le dominicain Jacques de Voragine, dans son «bestseller» médiéval «La légende dorée», achève la christianisation de la reine de Saba. C'est elle qui garantit le lien entre l'arbre d'Adam et la croix du Christ.

On aurait pu penser, du fait que la prophétie politique impériale a échoué à la fin du Moyen Age, que la reine de Saba sera oubliée. Au contraire, à la renaissance et à l'époque baroque elle n'a rien perdu de son actualité. Par exemple, lors du mariage de Louis II avec Marie d'Angleterre (1514), une grandiose réception de la reine de Saba par Salomon fut mise en scène.

La fresque de Raffaelo Santi dans les Loges du Vatican (1517/19) a inspiré des grands maîtres de la peinture européenne: Véronèse, Tintoretto, Scorel, Rubens. C'est ainsi que Hans Holbein le Jeune représente Salomon comme le monarque par excellence (sous les traits d'Henri VIII!) tandis que la reine de Saba reste sans visage – allusion à l'histoire du monarque anglais et de ses femmes décapitées. Du 15<sup>e</sup> au 17<sup>e</sup> siècles, la reine de Saba figure souvent comme motif sur des tapisseries et broderies. C'est ainsi qu'elle rentre dans le monde paisible des intérieurs privés.

L'Occident a enfermé la reine de Saba, à l'origine une reine nomade indépendante, soit dans un couple royal, religieux ou politique, soit dans un intérieur bourgeois. Comme prophétesse de la Croix, elle fait le lien entre deux ancêtres sacrés appartenant tant à l'Orient qu'à l'Occident. C'est dans ce rôle-ci qu'elle maintient vraisemblablement une autonomie et une dignité de femme, qu'elle participe au sacré en son nom propre – peu importe sa couleur.

#### Histoire de la libération noire américaine: le Noir est-il Juif ou pas?

La tradition biblique de la reine de Saba n'est pas seulement importante dans l'Occident chrétien blanc mais aussi pour l'émancipation des Noirs d'Amérique.

En 1784, Prince Hall, leader de la communauté noire de Boston, fonda la première «Loge Africaine». Dans une assemblée de francs-maçons de Menotony/ Massachussets, il prêcha la fraternité noire et critiqua le racisme blanc en se basant sur l'exemple de l'Ancien Testament: «Jethro, un Ethiopien, donna à son beau fils Moïse de bons conseils lors de son arrivée au gouvernement [...] Donc Moïse n'avait pas peur d'être enseigné par un Noir [...] Le grand maître Salomon n'eut pas peur de converser avec la reine de Saba.»

Il essaya ainsi d'intégrer la reine de Saba à l'histoire de la libération noire. Le respect avec lequel le roi blanc Salomon rencontre la reine noire est un bel exemple des tentatives de mobiliser des personnages bibliques pour la lutte des Noirs et de dépasser une interprétation purement blanche de la Bible.

Tout en tenant compte de cet important pas vers l'émancipation, il reste à analyser un point aveugle de la fraternité maçonique qui, en réalité, exclut les sœurs.

Une des figures les plus contradictoires du mouvement noir américain fut Marcus Garvey. Sa militance l'amena à être raciste lui-même. Il déclara: «Le nouveau Noir ne donne pas deux sous pour la descendance de Salomon. Salomon était Juif. Le Noir n'est pas juif. Le Noir a jusqu'aujourd'hui son origine raciale en la reine de Saba. Et il en est fier. Il est fier de Saba mais il n'est pas fier de Salomon.» Ceci n'empêcha les Juifs noirs de Harlem et leur Rabbi Matthew de se réclamer également du roi Salomon et de la reine de Saba.

Entre la légende, la vision d'émancipation et la réalité quotidienne des femmes et hommes de la communauté noire américaine, que reste-t-il aujour-d'hui de la reine de Saba? Les sociologues des *Black Studies Departments* pourraient peut-être nous renseigner sur le nombre d'enfants des couples noirs et métissés qui naissent hors mariage et de fait «imitent» – à leur insu – le couple royal Salomon/reine de Saba!

L'histoire de la reine de Saba est parlante quant aux limites des cultures monothéistes qui ne considèrent une personne à part entière que lorsqu'elle est

convertie et qu'elle correspond à l'image que l'on s'en fait. Tout le répertoire des images que les hommes se font de la femme est présent dans les multiples versions et représentations de la légende de la reine de Saba et du roi Salomon. L'autre, la «païenne», l'étrangère a de la peine à exister. L'histoire archéologique du Yémen et le mythe du serpent de la version populaire de la légende du Tigré et de l'Erythrée nous mènent sur la trace de l'autre, non assimilable.

La sociologue marocaine Fatima Mernissi a contribué à lever le voile sur un certain nombre de reines noires. A propos de la reine de Saba (nommée Belqis en arabe), elle dit: «Belqis pose problème et a toujours posé problème aux historiens. [...] L'essentiel est que Belgis nous vient directement de la Jahiliya (= le temps du règne des païens, le temps des ténèbres qu'est l'histoire de l'humanité avant l'arrivée du prophète Mohammed) et qu'elle a toujours, malgré la science et ses diktats, la vie aussi longue que sa légende.»

Le travail des historiennes, me semble-t-il, est de reconnaître la puissance du lien entre le sacré et le politique. Les hommes ont su l'articuler et l'utiliser - et les femmes? Notre archéologie du politique et du sacré – au-delà des monothéismes et au-delà des frontières culturelles - contribuera-t-elle à comprendre et à vivre la puissance ancestrale des femmes et ainsi à la libérer de sa légende?

Anne-Marie Käppeli, ancienne étudiante de l'Institut Universitaire d'Etudes du Développement à Genève et docteure en histoire de Paris VII, a travaillé sur la littérature orale africaine et sur l'histoire du féminisme européen au XIXe siècle. Elle prépare actuellement une exposition sur la reine de Saba au Musée d'Ethnographie de Genève.

#### ..... Bibliographie

Beyer, Rolf 1987

Die Königin von Saba. Engel und Dämon. Der Mythos einer Frau. Bergisch Gladbach: Lübbe. (Bonne référence pour des illustrations)

Daum, Werner 1988

Die Königin von Saba. Kunst, Legende und Archäologie zwischen Morgenland und Abendland. Stuttgart: Belser, S. 111-116.

Mernissi. Fatima 1000

Sultanes oubliées. Femmes chefs d'Etat en Islam. Paris: Albin Michel, p. 197-198.

Royaud, Alain 1997

«Makêdâ, reine d'Ethiopie» In: QANTARA No 25, p. 47–49.

#### Résumé

Venant de l'ancienne Arabie du Sud – origine supposée de la reine de Saba qui aurait pratiqué le culte des astres elle fut «l'étrangère» qui rendit visite au roi juif. Selon les versions de la légende, elle se serait soit convertie au dieu d'Israël, soit devenue Musulmane ou prophétesse de la croix du Christ, soit mère fondatrice de dynastie royale éthiopienne. La plupart des artistes occidentaux la représentent comme une reine blanche – ils ont donc effacé son origine. Aux Noirs Américains du 19e siècle, la reine noire sert d'ancrage racial positif et de vision d'émancipation, tout en permettant à certains d'entre eux d'avancer des propos racistes antisémites en se démarquant – tout à l'opposé des Ethiopiens – de la descendance salomonienne.

#### Zusammenfassung

Die Königin von Saba kam – wie die Legende sagt – aus dem alten Südarabien und war die «Fremde», die den jüdischen König Salomon besuchte. Gemäss den verschiedenen Versionen dieser Legende konvertierte sie zum Judentum, wurde Muslimin, christliche Prophetin oder die Gründerin der königlichen äthiopischen Dynastie. Die meisten westlichen Künstler/innen stellen sie als weisse Königin dar und löschen damit ihre Herkunft aus. Den schwarzen Amerikanern des 19. Jahrhunderts diente sie als Identifikationsfigur für deren Emanzipation; gleichzeitig aber einigen von ihnen auch als antisemitische Abgrenzung von deren Abstammung von Salomon.

### INTERNA



## Tätigkeitsbericht 2000 der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus*

#### Schwerpunkte 2000

- Massnahmenkatalog zur Prävention von Rechtsextremismus. (3.7.)
- Fachtagung 2000: Institutionelle Integration der Muslime. (1.)
- Studien zum Einbürgerungsverfahren auf kantonaler und kommunaler Ebene. (4.)
- ▶ Studie zur Beziehung Staat religiöse Gemeinschaften/Kirchen auf kantonaler Ebene
- Beginn der Studie zur Diskriminierung bei der Arbeitsuche.
- Hearing mit dem «groupe de réflexion sur le racisme anti-noir» (GRAN).
- ▶ Vertiefte Zusammenarbeit mit NGOs in der Hilfestellung an Rassismusopfer und in der Fallbearbeitung von Konfliktsituationen. (6.2.)
- ▶ Weiterführende Informationen an die Kantone betreffend Mandat und Etablierung kantonaler Anlaufstellen für Rassismusopfer. (6.3.)
- ▶ Teilnahme am International Forum on the Holocaust in Stockholm. (3.5.)
- ▶ Vorbereitungen zur und Teilnahme an der Europäischen Konferenz gegen Rassismus in Strassburg und Vorbereitungen zur kommenden UNO-Weltkonferenz. Planung einer nationalen Konferenz als Plattform. (6.5.)
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Rechtsextremismus» des EJPD. (3.7.)
- ▶ TANGRAM Nr. 8 zur Diskriminierung Farbiger in der Schweiz; TANGRAM Nr. 9 zur Vernetzung der antirassistischen Arbeit unter und mit den NGOs. (4.)
- ▶ Einführung des neuen Logos und Herausgabe eines Informationsprospekts der EKR. (2.5.)

#### 1. Kommentar zur Lage 2000

Das Jahr 2000 war in seiner zweiten Hälfte geprägt durch die Diskussion um Rechtsextremismus, ausgelöst durch den Auftritt von Skinhead-Gruppen an der Feier auf dem Rütli am 1. August. Das Phänomen rechtsextremer Gruppen bestand jedoch bereits seit längerem. Durch Medienberichte wurde es nun zum Tagesgespräch und Politikum, was wiederum die Behörden zum Handeln bewegte.

Im Berichtsjahr beschäftigten abgelehnte Einbürgerungsgesuche, die vor allem Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei betrafen, die Öffentlichkeit. Die EKR wurde verschiedentlich von den Medien angefragt, ob hier Rassismus im Spiel sei. Um dieser Frage nachzugehen, veröffentlichte die EKR eine juristische Grundlagenstudie zu den Einbürgerungsverfahren auf kantonaler Ebene. Sie regte eine Analyse vorhandener statistischer Daten an, die durch das Bundesamt für Statistik zusammen mit dem Schweizerischen Forum für Migrationsstudien herausgegeben wurde. Das Institut für Ethnologie der Universität Bern erstellte in ihrem Auftrag eine sozialwissenschaftliche Pilotstudie zu den Einbürgerungsverfahren in fünf ausgewählten Gemeinden. Die Untersuchung wird, finanziert durch den Schweizerischen Nationalfonds, in den nächsten Jahren weitergeführt.

Unterstützung für ihre Aufgaben kam der EKR im Jahr 2000 von Bundesseite zu. Aus Anlass der Veröffentlichung des ersten Berichts der «Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» erklärte sich der Bundesrat grundsätzlich bereit, für Projekte gegen Rassismus und für die Menschenrechte eine finanzielle Unterstützung von 10 Mio. Franken im Verlaufe von fünf Jahren in Aussicht zu stellen. Ein Beschluss wird auf Anfang 2001 erwartet.

Ende Jahr erfolgte zudem die Ausschreibung für Projekte, welche der Integration der ausländischen Bevölkerung dienen sollen und für welche – gestützt auf den Integrationsartikel im neuen Ausländergesetz – 2001 erstmals 10 Mio. Franken zur Verfügung stehen.

Ein grosses Interesse fand die Fachtagung vom Januar 2000, welche dem Thema «Muslime in der Schweiz» gewidmet war. Fragen rund um die öffentlich-rechtliche Anerkennung der muslimischen Religionsgemeinschaften, Fragen der Bestattung usw. wurden mit Verve diskutiert. In verschiedenen Gemeinden wurden im laufenden Jahr neue Friedhofsordnungen geschaffen, welche eine Bestattung nach muslimischer Tradition erlauben. Die Diskussionen waren Anlass, eine Studie in Auftrag zu geben, die einen Überblick geben soll über die historisch gewachsenen Beziehungen der Kantone zu den religiösen Gemeinschaften und damit auch eine



Grundlage für allfällige Neuordnungen liefern kann. Die dem Thema «Muslime» gewidmete Nummer des Bulletins TANGRAM fand sehr grosse Verbreitung.

#### 2. Interna

#### Mitglieder/Wahlen 2.1

Im Jahr 2000 konnten die Vakanzen der EKR neu besetzt werden. Es traten neu in die Kommission

- Dr. Daniel W. Hefti als Vertreter des Schweiz, Arbeitgeberverbandes
- Dr. Josef Nigg, Regierungsrat, als Vertreter der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)
- Jean-Claude Prince als Vertreter des Schweiz. Gewerkschaftsbundes
- Noël Lubilanji Tshibangu als Vertreter des Forums gegen Rassismus
- Regula Wyrsch als Vertreterin der Schweiz. Konferenz für Sozialhilfe.

Zurückgetreten aus der Kommissionstätigkeit ist Frau Dr. Cintia Meier-Mesquita.

#### Plenarsitzungen 2.2

Im Jahr 2000 fanden fünf ordentliche Plenarsitzungen statt: 26. Januar, 18. März, 15./16. Mai, 7. September und 22. November.

#### Präsidiumssitzungen 2.3

Präsidium und Sekretariat der EKR trafen sich 2000 zu sechs Sitzungen: am 12. Januar, 2. März, 19. April, 28. Juni, 23. August und 25. Oktober. Themen im Präsidium waren: die Vorbereitung der Plenarsitzungen; die Vorbereitung der Fachtagung und der Tagungen mit den Kantonsvertretern/-innen (siehe unter Punkt 7.3); die Begleitung der Forschungsprojekte (siehe unter Punkt 5); die Erarbeitung von Stellungnahmen der EKR (siehe unter Punkt 6); die Behandlung von Anfragen für Patronate usw.

#### Sekretariat 2.4

Im Berichtsjahr wurden neue, umfassende Aufgaben an die EKR und ihr Sekretariat herangetragen. Die vermehrte Nachfrage darf einerseits als Erfolg der präventiven Tätigkeit der Kommission interpretiert werden, andererseits sind damit die Kapazitäten des Sekretariats voll ausgeschöpft. Nur mit hohem Einsatz konnten neben den laufenden Arbeiten die zusätzlichen Anfragen für Schulung, Impulsreferate, Grundsatzpapiere zur Rechtsextremismusbekämpfung, Stellungnahmen zur Einbürgerungsproblematik befriedigt werden. Zur Erbringung solcher Dienstleistungen wird in Zukunft eine Personalaufstockung nötig sein.

Im Sommer wurde unter der inhaltlichen Leitung der Leiterin des Sekretariats das Lehrlingslager des EDI durchgeführt unter dem Motto «All different all equal». Die Jugendlichen entwickelten in kleinen Gruppen zusammen mit der Theatergruppe «Konfliktüre» Szenen zu eigenen Diskriminierungserlebnissen. Eine weitere Gruppe verfasste eine Lagerzeitung. Von den Besuchern/-innen der Schlussveranstaltung wurde die gelungene Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlich relevanten Thema gelobt. Ein Fragebogen, der im Frühjahr 2001 an die Teilnehmenden verteilt wird, soll aufzeigen, ob ein bewussterer Zugang zum Thema «Rassismus» erreicht werden konnte.

#### «Corporate Identity» 2.5

Die EKR hat sich im Jahr 2000 ein neues Logo gegeben, das allgemein auf gute Akzeptanz stösst. Zudem liegen nun in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch Faltprospekte vor, in welchen sich die Kommission präsentiert.

#### 3. Thematische Arbeit der Kommission

#### Behörden 3.I

Im Berichtsjahr erhielten Präsidium und Sekretariat verschiedentlich Anfragen für Auftritte zur Entwicklung von Massnahmen gegen Rechtsextremismus. Gemeinden, Kantone und Schulen sahen sich unvermittelt mit Forderungen konfrontiert, sofort Massnahmen gegen Skinhead-Gruppen oder rechtsextreme Tendenzen unter Jugendlichen und Schülern/-innen zu ergreifen, und suchten die Meinung von Experten/-innen. Gemeindebehörden, Schule und Elternvereine sind sich heute der Gefahr rechtsextremer Ideologien mehr bewusst. Bereits hat sich in der Nordwestschweiz eine interkantonale Konferenz für Massnahmen gegen Rechtsextremismus in unterschiedlichen Politikbereichen gebildet, an welcher die Leiterin des Sekretariats die Position der EKR einbringen konnte.

#### Medien/Öffentlichkeit

Für die Neulancierung der TV-Spots der Kampagne «Der schöne Schein» konnten trotz erneuter Bemühungen nicht genügend Sponsorengelder gefunden werden. Hingegen werden Postkarten und Kleinplakate mit den Kampagnensujets weiterhin rege bestellt und es werden auch weiterhin Inserate geschaltet.

И

Die EKR gelangte 2000 mit mehreren Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit: zur Situation der Muslime in der Schweiz; zur Einbürgerungsproblematik; zur Bekämpfung von Rechtsextremismus; zum Missbrauch demokratischer Grundrechte; zur Diskriminierung von Minderheiten am Beispiel eines Referendums gegen einen Standplatz von Fahrenden. Zusammen mit der Eidg. Ausländerkommission und der Eidg. Kommission für Flüchtlingsfragen bezog sie zum Abstimmungsausgang der 18-Prozent-Initiative Stellung.

Im Herbst sah sich die EKR mit einer Aufforderung von Nationalrat Chr. Mörgeli konfrontiert, eine Figur einer Satiresendung im Fernsehen müsse als rassistisch denunziert werden. Bemerkenswert war das Interesse, welches dieses Thema unter den Medienleuten selber fand. Die EKR ist der Meinung, auch Satire könne unter dem Blickwinkel einer Herabwürdigung kritisch beleuchtet werden. Zu einer vertieften Diskussion darüber kam es jedoch nicht.

Nach dem Verzicht auf die Herausgabe der Broschüre «Werkzeuge journalistischer Fairness» wird die EKR vermehrt die direkten Kontakte zu Medienschaffenden und deren Verbänden suchen.

#### 3.3 Arbeitswelt

Wie letztes Jahr nach der Herausgabe der zweiten Ausgabe von Spock beschlossen, suchte die EKR einen neuen Zugang zum Thema «Rassismus und Diskriminierung in der Arbeitswelt». Die Fachtagung 2001, die zusammen mit der Weiterbildungsstelle der Universität Bern und dem Schweizerischen Forum für Migrationsstudien organisiert wird, sowie die Herbstausgabe von Tangram (Nr. 11) werden diesem Thema gewidmet sein.

#### 3.4 Diskriminierung

Das Thema «Diskriminierung» diskutierte die EKR im Berichtsjahr intern auch mit Bezügen zur subjektiven Diskriminierungserfahrung Einheimischer. Ein Augenmerk richtete die Kommission auf die spezifische Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen schwarzer Hautfarbe (racisme anti-noir). Mit Diskriminierung gegenüber Fahrenden setzte sich die Kommission in einem konkreten Konfliktfall auseinander. Insbesondere kritisierte sie die bereits im Zusammenhang mit Einbürgerungsverfahren beobachtete zunehmende Tendenz, demokratische Grundrechte zur Diskriminierung von Minderheiten zu missbrauchen.

#### 3.5 Antisemitismus

Der erste Bericht der «Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» im Dezember 1999 führte zu einem verstärkten Interesse am Antisemitismus. In diesem Zusammenhang wurden auch die Empfehlungen, welche die EKR in ihrem Bericht «Antisemitismus in der Schweiz» von 1998 veröffentlicht hatte, vielfach zitiert – deren Implementierung erweist sich aber als schwierig. Der EKR ist es wichtig zu betonen, dass Antisemitismus ein Phänomen ist, dessen Bekämpfung als Daueraufgabe verstanden werden muss. Die EKR bringt in diesem Sinne das Thema immer wieder auf, zuletzt geschah dies bei der Entwicklung der Conclusions générales der Europäischen Konferenz gegen Rassismus, welche im Oktober 2000 in Strassburg stattfand.

Im Januar 2000 nahmen Vizepräsidentin Cécile Bühlmann und der stellvertretende Sekretär der Kommission in der nationalen Delegation an der von der schwedischen Regierung einberufenen Konferenz zur Erziehung gegen den Holocaust teil und vertraten die Position der Schweiz und der EKR, dass diese Erziehung als Teil einer ganzheitlichen Erziehung für die Menschenrechte und gegen Rassismus anzusehen ist.

#### 3.6 Fahrende

Präsidium und Sekretariat der EKR trafen sich im Berichtsjahr zu einem Informationsaustausch mit der Führung der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. Leider hat die Intervention von EKR und Stiftung beim Kanton Genf zugunsten einer einvernehmlichen Lösung gegenüber den Ansprüchen der Fahrenden auf Standplätze und für das Wohnrecht im Wohnwagen auf privaten Grundstücken noch nicht zu einem für die Betroffenen akzeptablen Ergebnis geführt.

Auch weiterhin fordert die Kommission, die Rückführung von verfolgten Roma und Ashkali aus dem Kosovo auszusetzen und ihnen vorläufige Aufnahme zu gewähren. Die EKR setzt sich dafür ein, dass der Lage der Roma in allen Ländern Mittel- und Osteuropas vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt wird und dass im Rahmen der Osteuropahilfe übergreifendes Know-how aufgebaut und spezifische Hilfsprogramme entwickelt werden.

#### 3.7 Rechtsextremismus

Nicht zuletzt unter dem Eindruck von Prozessen gegen Holocaustleugner befasste sich die EKR ab Frühjahr 2000 in einer Arbeitsgruppe mit der Prävention gegen Rechtsextremismus. Dabei geht die Kommission, neben polizeilich-präventiven Massnahmen, vor allem von politischen und sozialen Präventionsmassnahmen aus.

Sie veröffentlichte in diesem Sinne im September ein Grundlagenpapier zur Rechtsextremismusbekämpfung. Darin wies sie darauf hin, dass Rechts-



extremismus in einem politischen Gesamtkontext gesehen werden müsse und nur mit einem Bündel von Massnahmen bekämpft werden könne. Diese müssten über Repression hinausgehen und möglichst früh einsetzen. Nach Meinung der EKR kamen in der durch Medienmeldungen ausgelösten Debatte die potenziellen Opfer von rechtsextremen Gewalttaten zu wenig zu Wort. Ihnen muss leicht zugängliche Beratung und Hilfe zur Verfügung stehen. Die EKR wünscht sich Konfliktinterventionsteams, in welchen Gemeinden, Eltern, Direktbetroffene, Schule, Polizei, Sozial- und Jugendarbeit zusammenwirken. Solche Fachstellen können auch den meist jugendlichen Mitläufern beim Aussteigen aus der «Szene» Hilfe bieten. Daneben soll jedoch gegen den harten Kern der Bewegung und die ideologischen Drahtzieher mit der Härte des Gesetzes vorgegangen werden.

Die Schlussfolgerungen der EKR flossen zu einem guten Teil in den Bericht der von Frau BR Metzler eingesetzten Arbeitsgruppe ein. Das Sekretariat der EKR wird weiterhin an den Arbeiten der Arbeitsgruppe teilnehmen.

#### 4. Publikationen/Forschung

Die beiden Ausgaben des Bulletins TANGRAM der Kommission waren den Themen «Farbige Schweiz» und «Gemeinsam gegen Rassismus» gewidmet.

- In der ersten Nummer ging es darum, anhand der alltäglichen Diskriminierungserfahrungen von Menschen, die durch Hautfarbe oder Aussehen auf ihr «Fremdsein» festgeschrieben werden, aufzuzeigen, wie eng die Toleranzfähigkeit der Mehrheitsgesellschaft ist oder sein kann. Umgekehrt gesagt: Wie sicher und wohl sich Farbige in der Schweiz fühlen, ist ein Indikator für die Qualität unserer Toleranz und letztlich unserer Demokratie.
- Die zweite Nummer ist den Organisationen gewidmet, die sich täglich im Kampf gegen Rassismus engagieren. Sie liefert einen Einblick in die wertvolle Sensibilisierungs- und Präventionsarbeit, die NGO aus kirchlichen Kreisen, Ausländerdienste und Ausländerorganisationen, Flüchtlingshilfswerke, Entwicklungs-, Menschenrechts- und viele weitere Organisationen tagtäglich leisten.

Die EKR befasste sich in den letzten paar Jahren vermehrt mit dem Einbürgerungswesen, weil auf Grund deutlicher Hinweise angenommen werden kann, dass bei Einbürgerungsverweigerungen diskriminierende Haltungen (z.B. gegenüber Bewerbungen von Menschen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und der Türkei) ausschlaggebend sind, die man als (kultur)rassistisch bezeichnen muss. Sie hat in diesem Zusammenhang eine Reihe

von Studien veranlasst. Zwei Studien konnten im Berichtsjahr publiziert werden:

- ▶ Die Dokumentation «Die kantonalen Verfahren zur ordentlichen Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern» wurde im Sekretariat der EKR erarbeitet und in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Ausländerkommission und dem Bundesamt für Ausländerfragen herausgegeben.
- «Einbürgerungen auf der Ebene der Gemeinden» geht der Frage nach, ob nachgewiesen werden kann, wie und warum in der Praxis Diskriminierungen vorkommen. Diese sozialwissenschaftliche Untersuchung des Instituts für Ethnologie der Universität Bern stellt eine Pilotstudie zum Forschungsprojekt «Diskriminierung und Einbürgerung» dar, das zur Zeit im Rahmen des Schwerpunktprogramms «Zukunft Schweiz» des Schweizerischen Nationalfonds durchgeführt wird. Angesichts der Komplexität der Frage werden endgültige Resultate aber erst im Verlauf der nächsten Jahre vorliegen. Als wichtigen Beitrag zu einer vertieften Diskussion der Einbürgerungsproblematik schliesst die Studie mit einer Reihe von Empfehlungen an die Adresse der Legislativen und Exekutiven auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene.

#### 5. Vernehmlassungen/Stellungnahmen

Im Jahr 2000 nahm die EKR an der Vernehmlassung zum neuen Ausländergesetz (AuG) teil – wie in allen Vernehmlassungen immer mit Blick auf ihren konkreten Auftrag, rassistische Diskriminierung abzubauen.

Die EKR begrüsst in ihrem Papier den ganzheitlicheren Ansatz einer Migrationspolitik, welche neu auch die Integration und das bessere Verständnis zwischen einheimischer und zugewanderter Bevölkerung umfasst. Insbesondere sind die von ihr 1996 kritisierten Bewertungen nach kultureller oder geographischer Herkunft für die Zulassungspolitik weggefallen. Sie warnt jedoch vor der Zwei-Kreise-Logik, welche die Menschen aus EU- und EFTA-Ländern wiederum den Benachteiligten aus dem Rest der Welt gegenüberstellt. Diese Logik wirkt sich auf Menschen aus diesen Ländern, die in der Schweiz leben, negativ aus. Die EKR plädiert für eine rasche Integration - auch in den Arbeitsmarkt - von vorläufig Aufgenommenen. Alle im Lande anwesenden zugewanderten Personen sollten in ihren Rechten möglichst gleichgestellt sein. Verschiedentlich macht die EKR auf die besondere Situation zugewanderter Frauen aufmerksam und setzt sich für deren besonderen Schutz ein. Sie setzt sich für die vereinfachte Zulassung von seelsorgerisch tätigen Personen der neuen zugewanderten Religions-

И

gemeinschaften ein. Die EKR beantragt in ihrer Vernehmlassung zudem, dass über die Anwendung und Auswirkung der Zwangsmassnahmen bezüglich der Menschenrechtskonventionen, des Rechtsgleichheitsgebots und des Diskriminierungsverbots der Bundesverfassung ein unabhängiges wissenschaftliches Gutachten erstellt wird.

#### 6. Kontakte/Öffentlichkeitsarbeit

#### 6.1 Interdepartementale Zusammenarbeit/ Kontakte zu anderen Kommissionen

Die Beziehung zu der Eidg. Kommission für Flüchtlingsfragen (EKF) und zur Eidg. Ausländerkommission (EKA) wurden nach der Neukonstituierung der EKA wieder intensiviert. Regelmässige Treffen finden sowohl auf Präsidiums- wie auf Sekretariatsebene statt. Die drei Kommissionen äusserten in einem Pressecommuniqué gemeinsam ihre Befriedigung über die Ablehnung der 18%-Initiative, weil die Akzeptanz der ausländischen Bevölkerung nicht an einer willkürlich festgelegten «oberen Grenze der Zuträglichkeit» festgemacht werden kann.

In den zweimal jährlich stattfindenden Koordinationssitzungen der Interdepartementalen Arbeitsgruppe des Europaratsdienstes des EDA zu Fragen der Rassismusbekämpfung erstattet neben dem Vertreter der Schweiz in der Europ. Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) das Sekretariat der EKR Bericht.

Das Sekretariat war in der Interdepartementalen Arbeitsgruppe vertreten, welche die Antwort des Bundesrates auf den Sektenbericht der GPK vorbereitete. Es ist auch aktiv an der Interdepartementalen Arbeitsgruppe «Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte» beteiligt, die dem Bundesrat auf Anfang 2001 Vorschläge unterbreiten wird, wie die in Aussicht gestellten 10 Mio. Franken (verteilt auf 5 Jahre) für Projekte Dritter eingesetzt werden können. Schliesslich trug es wesentlich zu den Arbeiten der Arbeitsgruppe «Rechtsextremismus» des EJPD bei.

#### 6.2 Kontakte mit den NGOs

Die Kontakte zu den Nichtregierungsorganisationen waren auch 2000 vielfältig. Tangram Nr. 9 war der Vernetzung von im Einsatz gegen Rassismus tätigen NGOs gewidmet. Ein an 45 Nichtregierungsorganisationen versandter Fragebogen bildete die Grundlage eines Überblicks über die Tätigkeiten von 36 NGOs im Tangram. An einer Sonderkonferenz mit den Kantonsdelegierten erhielten zudem acht im Bereich der Konfliktprävention

spezialisierte Organisationen die Gelegenheit, ihre Tätigkeit und ihre Dienstleistungen vorzustellen.

Die Zusammenarbeit mit denjenigen Organisationen, die für eine spätere Schaffung eines Nottelefon-Netzwerkes in Frage kommen, wurde weitergeführt. Auch die bilateralen Kontakte zur Bearbeitung von Konfliktfällen bestehen zum Nutzen der Klienten weiter.

Die EKR arbeitet eng mit dem Forum gegen Rassismus an einer nationalen NGO-Konferenz im Frühling 2001 zusammen, die der Vorbereitung auf die UNO-Weltkonferenz im August dient.

#### 6.3. Kontakte mit den Kantonen

Die EKR war bemüht, den Wünschen der Kantone nach Handlungsrichtlinien zur Gründung von Anlaufstellen für Rassismusopfer nachzukommen. Sie lud im Juni 2000 die kantonalen Kontaktpersonen zu einem Treffen mit Vertretern eines ausgewählten Spektrums von Nichtregierungsorganisationen, welche sich mit Konfliktbearbeitung befassen, ein.

Die halbtägige Jahreskonferenz mit den Kontaktpersonen der Kantone im November war dem weiteren Ausbau der Bemühungen um Anlaufstellen gewidmet. Gast war Frau lic. iur. H.-L. Nahmias-Ehrenzeller vom Bundesamt für Justiz, welche seit Anbeginn die Opferhilfestellen begleitet. Sie konnte interessante Schlüsse und Querverweise, die für die Gründung von Anlaufstellen für Rassismusbetroffene von Bedeutung sind, präsentieren. Der zweite Teil der Tagung war der Prävention von Rechtsextremismus gewidmet, an welchem von den Kantonen grosses Interesse besteht.

#### 6.4 Kontakte zu behördlichen Stellen und Verwaltungen

Anfragen um Informationen und Hilfe von Seiten von Behörden und Verwaltungen haben insbesondere aufgrund der Auseinandersetzungen um den gewalttätigen Rechtsextremismus weiterhin zugenommen. Das Sekretariat der EKR kann mit allgemeinen Hinweisen und grundsätzlichen Überlegungen helfen. Es kann aber kaum das Bedürfnis nach lokal verankerter Hilfe anbieten. Zu diesem Zweck müssten unbedingt vermehrt Anlaufstellen auf kantonaler, evtl. regionaler Ebene geschaffen werden.

#### 6.5 Internationale Kontakte

Die EKR wurde als ein Organe national spécialisé contre le racisme/National Specialised Body Against Racism mit drei Vertreterinnen an die Europäische Konferenz gegen Rassismus im Oktober eingeladen. Die Leiterin des Sekretariats nahm auch an den Vorbereitungssitzungen zur Konferenz in Strassburg teil.



In Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der EKR und den zuständigen Diensten des EDA wurden Statements zu den vier Hauptthemen der Konferenz - Gesetzgebung, Politik, Erziehung und Prävention sowie Medien/Kommunikation - erarbeitet. Einige EKR-Mitglieder vertraten an der Strassburger Konferenz Schweizer Nichtregierungsorganisationen. So konnten auf allen Ebenen Beiträge geliefert werden. Eine längere Diskussion fand unter den EKR-Mitgliedern zum Thema einer Wiedergutmachung gegenüber den Opfern von Rassismus, Kolonialismus und Sklaverei statt - dies wird ein wichtiger Diskussionspunkt an der UNO-Weltkonferenz sein.

Herausforderung wird nun sein, die Themen, welche von den internationalen Konferenzen als wichtig erachtet werden, auch in der Schweiz bekannt zu machen und deren Umsetzung zu fördern. Dazu führt die EKR zusammen mit dem Forum gegen Rassismus am 21. März 2001 eine nationale Konferenz durch.

#### 7. Ombudstätigkeit

Die Ombudsfunktion der Kommission – ausgeführt vom Sekretariat – ist weiterhin stark gefragt. Es ist vermehrt festzustellen, dass viele Anfragen von Menschen stammen, die sich allgemein ungerecht behandelt fühlen. So sehr diese Tatsache den guten Ruf belegt, den die EKR als Vorkämpferin für Gleichbehandlung in der Öffentlichkeit erreicht hat, so sehr zeigt sie auch das Bedürfnis nach spezialisierten Anlaufstellen für Opfer- und Konfliktberatung in Rassismusfragen.

#### 8. Ausblick

Für 2001 sind folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Fachtagung 2001: Diskriminierung in der Arbeitswelt
- Begleitung der Studie zur Diskriminierung bei der Arbeitsuche
- Grundlagenstudie zur Schaffung eines Netzes von Beratungs- und Anlaufstellen in der ganzen Schweiz
- Studie und Tagung zur Beziehung Staat religiöse Gemeinschaften
- Pilotprojekt zu Elternberatung und Ausstiegshilfen aus dem rechtsextremen Umfeld (zusammen mit NGOs)
- Gemeinsame Tagung mit der «groupe de réflexion sur le racisme anti-noir»
- Schulungsangebote an die Kantone betr. Etablierung der kantonalen Anlaufstellen für Rassismusopfer
- Vorbereitungen zur und Teilnahme an der UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus
- Durchführung einer nationalen Konferenz am 21. März 2001 an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Forum gegen Rassismus
- TANGRAM Nr. 10 «Rassismus und Geschlecht»; TANGRAM Nr. 11 zu Rassismus und dessen Bekämpfung in der Arbeitswelt
- Homepage der EKR

VERABSCHIEDET AN DER PLENARSITZUNG DER EKR VOM 25.1.2001





## Rapport d'activité 2000 de la *Commission fédérale contre le racisme*

#### Points essentiels des activités 2000

- Catalogue de mesures pour la prévention de l'extrémisme de droite (3.7.)
- Séminaire 2000: Intégration institutionnelle des Musulmans (1.)
- Etudes sur les procédures de naturalisation aux niveaux cantonal et communal (4.)
- ▶ Etude sur les relations Etat Communautés religieuses/Eglises à l'échelon cantonal
- Début de l'étude sur la discrimination dans la recherche d'un emploi
- ▶ Hearing avec le «groupe de réflexion sur le racisme anti-noir» (GRAN)
- ▶ Renforcement de la collaboration avec les ONG en matière d'aide aux victimes du racisme et de traitement de cas de conflits (6.2.)
- Informations complémentaires aux cantons concernant le mandat et la mise en place d'antennes cantonales destinées aux victimes du racisme (6.3.)
- ▶ Participation au Forum international sur l'Holocauste (*International Forum on the Holocaust*) de Stockholm (3.5.)
- ▶ Travaux préparatoires et participation à la Conférence européenne contre le racisme de Strasbourg; travaux préparatoires à la Conférence mondiale de l'ONU qui se tiendra prochainement. Planification d'une conférence nationale servant de plate-forme (6.5.)
- Participation au groupe de travail du DFJP sur l'extrémisme de droite (3.7.)
- TANGRAM n° 8 sur la discrimination à l'égard des gens de couleur en Suisse; TANGRAM n° 9 sur la mise en réseau de la lutte contre le racisme avec les ONG et entre ONG (4.)
- Introduction du nouveau logo et publication d'un dépliant d'information sur la CFR (2.5.)

#### 1. Commentaire de la situation en 2000

Le deuxième semestre de l'année 2000 a été marqué par le débat sur l'extrémisme de droite qu'a suscité la manifestation des groupes skinheads lors de la fête du 1<sup>er</sup> août sur le Rütli or, le phénomène des groupes d'extrême droite n'est pas nouveau. Mais comme il a été à la une des médias qui en ont fait

une affaire politique, cela a poussé les autorités à agir.

Durant l'année sous revue, l'opinion publique s'est intéressée aux rejets de demandes de naturalisation que se sont vu opposer plus particulièrement les ressortissants de l'ex-Yougoslavie et de Turquie. Les médias ont demandé à plusieurs reprises à la CFR si ces refus avaient une connotation raciste. Pour répondre à cette question, la CFR a publié une étude juridique de fond sur les procédures cantonales de naturalisation. Elle a suggéré de procéder à une analyse des données statistiques existantes, analyse qui a été publiée par l'Office fédéral de la statistique en collaboration avec le Forum suisse pour l'étude des migrations. L'Institut d'ethnologie de l'Université de Berne a réalisé sur mandat de la CFR une étude pilote à caractère sociologique sur les procédures de naturalisation dans cinq communes sélectionnées. Cette étude, financée par le Fonds national suisse de la recherche, se poursuivra au cours des prochaines

Au cours de l'année 2000, la CFR a reçu le soutien de la Confédération pour ses activités. Lors de la publication du premier rapport de la Commission d'experts indépendante Suisse — Deuxième guerre mondiale, le Conseil fédéral a donné son accord de principe à un appui financier de l'ordre de 10 millions de francs étalés sur cinq ans pour des projets contre le racisme et en faveur des droits de l'homme.

Par ailleurs, à la fin de l'année, un appel d'offres a été lancé pour des projets visant l'intégration de la population étrangère, projets qui seront subventionnés au titre de l'article sur l'intégration de la nouvelle loi sur les étrangers et pour lesquels 10 millions de francs seront à disposition pour la première fois en 2001.

Le séminaire de janvier 2000 consacré aux «Musulmans en Suisse» a suscité beaucoup d'intérêt. Les questions relatives à la reconnaissance des communautés religieuses musulmanes par le droit public, au problème des cimetières musulmans, etc. ont fait l'objet de débats animés. Diverses communes ont édicté en cours d'année de nouvelles réglementations autorisant l'inhumation selon la tradition musulmane. Ces discussions ont été à l'origine de l'octroi d'un mandat d'étude qui vise à donner une vue d'ensemble de l'évolution des relations entre cantons et communautés religieuses au fil de l'histoire. Cette étude servira aussi de fondement aux nouvelles ré-



glementations potentielles. Le numéro de TANGRAM consacré aux Musulmans a été très largement diffusé.

#### 2. Affaires internes

#### 2.1 Membres/Nominations

Les sièges vacants de la CFR ont été repourvus en 2000. Les nouveaux venus au sein de la Commission sont:

- Daniel W. Hefti, représentant de l'Union patronale suisse
- Josef Nigg, Conseiller d'Etat, représentant de la Conférence des directeurs cantonaux de justice et police (CDJP)
- Jean-Claude Prince, représentant de l'Union syndicale suisse
- Noël Lubilanji Tshibangu, représentant du Forum contre le racisme
- ▶ Regula Wyrsch, représentante de la Conférence suisse des institutions d'action sociale.

Madame Cintia Meier-Mesquita a démissionné en novembre.

#### 2.2 Séance plénières

En 2000, la CFR a tenu cinq séances plénières ordinaires, les 26 janvier, 18 mars, 15/16 mai, 7 septembre et 22 novembre.

#### 2.3 Séances de la présidence

La présidence et le secrétariat ont tenu six séances, les 12 janvier, 2 mars, 19 avril, 25 juin, 23 août et 24 octobre. Au cours de ces réunions, ils ont traité les points suivants: préparation des séances plénières, du séminaire et des rencontres avec les représentants des cantons (voir point 7.3); suivi de projets de recherche (voir point 5); élaboration de prises de position de la CFR (voir point 6); demandes de patronage, etc.

#### 2.4 Secrétariat

Durant l'année sous revue, la CFR et son secrétariat se sont vu confier de nouvelles tâches. Le nombre accru de demandes peut être attribué au succès des activités de prévention de la Commission, mais malheureusement, les capacités du secrétariat sont totalement épuisées. Ce n'est qu'en mobilisant toute son énergie qu'il a pu satisfaire, tout en assumant les activités courantes, les demandes supplémentaires (formation, exposés à but incitatif, documents de principe sur la lutte contre l'extrémisme de droite et prises de position sur les problèmes liés aux natura-

lisations). Pour lui permettre de fournir toutes ces prestations, il faudra augmenter ses effectifs.

Le camp des apprentis du DFI a eu lieu durant l'été sous la direction de la responsable du secrétariat. Il était placé sous le thème «All different — all equal». Répartis en petits groupes, les jeunes gens et les jeunes filles ont mis en scène leur propre vécu de la discrimination avec l'aide de la troupe de théâtre «Konfliktüre». Un autre groupe a conçu un journal du camp. Les spectateurs qui ont assisté à la représentation finale n'ont pas tari d'éloges sur la réussite de cet affrontement avec un sujet sociétal d'actualité. Un questionnaire qui sera distribué au printemps 2001 aux participants montrera si ce camp a atteint son objectif: avoir un accès plus conscient au thème du racisme.

#### 2.5 «Corporate Identity»

La CFR s'est dotée d'un nouveau logo, qui est généralement bien accueilli. Il existe par ailleurs un dépliant disponible en français, allemand, italien et anglais, dans lequel la CFR se présente.

#### 3. Travail de la Commission thème par thème

#### 3.1 Autorités

Au cours de l'exercice, on a demandé à la présidence et au secrétariat de faire des interventions sur l'élaboration de mesures destinées à lutter contre l'extrémisme de droite. Ecoles, communes et cantons se sont trouvés directement confrontés à la nécessité de prendre dans les plus brefs délais des mesures contre des groupuscules de skinheads ou des mouvances d'extrême droite chez des adolescents et des écoliers et ont demandé l'avis d'experts. Les autorités communales, scolaires, les associations de parents sont aujourd'hui plus conscients que jamais du danger que représentent les idéologies d'extrême droite. Dans le nord-est de la Suisse, une conférence intercantonale a été créée en vue d'élaborer des mesures destinées à combattre l'extrémisme dans les domaines politiques les plus divers; la responsable du secrétariat a pu y intégrer la position de la CFR.

#### 3.2 Médias/Opinion publique

Malgré ses efforts redoublés, la CFR n'a pas réussi à trouver suffisamment de sponsors pour financer le nouveau lancement des spots TV de la campagne «Der schöne Schein» («Les belles apparences»). En revanche, les cartes postales et les affichettes représentant les sujets de la campagne continuent à être très demandées et des annonces continuent à être publiées.

И

La CFR a publié des communiqués de presse sur la situation des Musulmans en Suisse, les problèmes liés à la naturalisation, la lutte contre l'extrémisme de droite, le détournement des droits fondamentaux démocratiques pour discriminer les minorités, dont le référendum lancé contre une aire de stationnement pour les gens du voyage est un exemple. Conjointement avec la Commission fédérale des étrangers et la Commission fédérale des réfugiés, elle a pris position sur l'issue des votations relatives à l'initiative des 18%.

A l'automne, le Conseiller national Chr. Mörgeli a exigé de la Commission qu'elle dénonce un des personnages d'une émission satirique télévisée comme étant raciste. Cette question a suscité beaucoup d'intérêt, même parmi les médias. La CFR estime que la satire peut faire l'objet de critiques si on la considère comme une humiliation. Mais le débat n'a pas été approfondi.

Après avoir renoncé à la publication de la brochure à l'usage des journalistes, la CFR cherchera à avoir un contact plus direct avec les personnes travaillant dans les médias et leurs associations.

#### 3.3 Monde du travail

Ainsi qu'elle l'avait décidé l'année dernière après la parution du deuxième numéro de SPOCK, la CFR a cherché une nouvelle approche du racisme et de la discrimination dans le monde du travail. Le séminaire 2001, organisé conjointement par le Centre de formation continue de l'Université de Berne et le Forum suisse pour l'étude des migrations, ainsi que l'édition de TANGRAM (n° 11) qui paraîtra à l'automne seront consacrés à ce sujet.

#### 3.4 Discrimination

La CFR a discuté en interne de la discrimination en se référant également à l'expérience subjective de la discrimination faite par des Suisses. La Commission a voué une attention particulière à l'exclusion et à la discrimination touchant plus spécifiquement les personnes dont la peau est noire (racisme anti-noir). S'agissant de la discrimination envers les gens du voyage, elle s'est occupée d'un cas concret de conflit. Elle a notamment critiqué la tendance croissante, déjà observée dans le cadre des procédures de naturalisation, qui consiste à détourner les droits fondamentaux démocratiques pour discriminer des minorités.

#### 3.5 Antisémitisme

Le premier rapport de la *Commission d'experts indé*pendante Suisse — Deuxième Guerre mondiale paru en décembre 1999 a suscité un regain d'intérêt de l'opinion à l'égard de l'antisémitisme. Si les recommandations publiées par la CFR dans son rapport «L'antisémitisme en Suisse» en 1998 ont été citées à de multiples reprises dans ce contexte, il s'avère difficile de les mettre en place. La CFR tient à souligner que l'antisémitisme est un phénomène contre lequel il faut lutter en permanence. C'est dans cet esprit qu'elle remet toujours ce sujet sur le tapis, ce qu'elle a encore fait récemment en participant à l'élaboration des «Conclusions générales» de la Conférence européenne contre le racisme qui s'est tenue à Strasbourg en octobre 2000.

En janvier 2000, la vice-présidente Cécile Bühlmann et le responsable suppléant de la Commission ont fait partie de la délégation nationale qui s'est rendue à la Conférence pour l'éducation contre l'Holocauste organisée par le gouvernement suédois. Ils y ont présenté la position de la Suisse et de la CFR selon laquelle cette éducation doit être considérée comme faisant partie d'une éducation globale en faveur des droits de l'Homme et contre le racisme.

#### 3.6 Gens du voyage

La présidence et le secrétariat de la CFR ont rencontré la direction de la fondation Assurer l'avenir des gens du voyage suisses pour un échange d'informations. Malheureusement, l'intervention de la CFR et de la fondation auprès du canton de Genève pour intercéder en faveur d'une solution à l'amiable aux revendications des gens du voyage, qui demandent des aires de stationnement et le droit d'habiter des roulottes installées sur des terrains privés, n'a pas pu aboutir à un résultat acceptable pour les personnes concernées.

La Commission continue à exiger que l'on cesse de reconduire à la frontière les Roms et les Ashkali du Kosovo persécutés et qu'on leur accorde une autorisation provisoire. La CFR milite pour que l'on accorde plus d'attention à la situation des Roms dans tous les pays d'Europe centrale et d'Europe de l'Est et que l'on développe un savoir-faire polyvalent dans le cadre de l'aide à l'Europe de l'Est et des programmes spécifiques en matière d'assistance.

#### 3.7 Extrémisme de droite

Encore sous le coup des impressions laissées par les procès intentés aux négationnistes, la CFR s'est jointe à un groupe de travail qui s'occupe de la prévention contre l'extrémisme de droite. La Commission pense dans ce contexte non seulement à des mesures préventives dont l'exécution concerne la police, mais aussi et surtout à des mesures d'ordre politique et social.

C'est en ce sens qu'elle a publié en septembre un document-cadre sur la lutte contre l'extrémisme de droite. Elle y indique que l'extrémisme de droite

doit être considéré dans un contexte politique global et qu'il ne peut être combattu que par un ensemble de mesures ciblées qui devraient être prises suffisamment tôt et ne pas se limiter à la seule répression. Selon la CFR, le débat déclenché par les articles parus dans les médias n'a pas suffisamment donné la parole aux victimes potentielles des actes de violence extrémistes. Il faudrait proposer à cellesci des conseils et une aide facilement accessibles. La CFR souhaite la création d'équipes d'intervention en cas de conflits au sein desquelles les communes, les parents, les personnes directement concernées, les écoles, la police, les organismes de travail social et en faveur des jeunes pourraient unir leurs efforts. Ces services spécialisés peuvent aussi aider les suiveurs - pour la plupart des jeunes - à sortir de ce «milieu». Parallèlement à cela, il faut recourir à la loi dans toute sa rigueur pour combattre le «noyau dur» du mouvement et ses penseurs.

La plupart des conclusions de la CFR ont été intégrées au rapport établi par le groupe de travail institué par la conseillère fédérale Ruth Metzler. Le secrétariat de la CFR continuera à participer aux travaux dudit groupe.

#### 4. Publications/Recherche

En 2000, les deux éditions de TANGRAM ont été consacrées aux thèmes suivants: «La Suisse de couleur» et «Ensemble contre le racisme».

- Pour le premier de ces sujets, il s'agissait de montrer combien la tolérance de la majorité de la société est ou peut être limitée, en s'appuyant sur l'expérience de la discrimination faite par les gens que leur couleur de peau ou leur apparence condamne à la «différence». Ou, en d'autres termes: savoir dans quelle mesure les gens de couleur se sentent en sécurité et à l'aise en Suisse donne de précieuses indications sur notre degré de tolérance et, en fin de compte, sur la qualité de notre démocratie.
- Le second était consacré aux organisations engagées quotidiennement dans la lutte contre le racisme. Il donne un panorama du précieux travail de prévention et de sensibilisation accompli par les ONG issues des milieux religieux, par les services et organisations s'occupant des étrangers, les œuvres d'aide aux réfugiés et autres organisations pour le développement, les droits de l'homme, etc.

Au cours des dernières années, la CFR s'est de plus en plus intéressée aux questions de naturalisation, car certains signaux ont permis d'émettre l'hypothèse que des comportements discriminatoires (p. ex. à l'égard de demandes de personnes venant de l'ex-Yougoslavie ou de Turquie) dictent les refus de naturalisation, comportements que l'on peut assimiler à du racisme culturel. La CFR a été à l'origine d'une série d'études à ce propos, dont deux ont été publiées au cours de l'année sous revue.

- La documentation sur les procédures cantonales de naturalisation ordinaires des étrangers a été élaborée au secrétariat de la CFR et publiée en collaboration avec la Commission fédérale des étrangers et l'Office fédéral des étrangers.
- Celle sur les naturalisations au niveau communal examine la question de savoir si l'on peut prouver pourquoi les discriminations existent dans la pratique et comment elles se manifestent. Cette enquête sociologique réalisée par l'Institut d'ethnologie de l'Université de Berne est une enquête pilote faisant partie du projet de recherche «Naturalisation et discrimination» mené actuellement par le Fonds national de la recherche scientifique dans le cadre du programme prioritaire «L'avenir en Suisse». Vu la complexité de la question, les résultats définitifs ne seront disponibles que dans le courant des prochaines années. Importante contribution à un débat plus poussé sur la problématique des naturalisations: la conclusion de ce rapport, qui consiste en une série de recommandations adressées aux législatifs et exécutifs aux niveaux fédéral, cantonal et communal.

#### 5. Procédures de consultations/Prises de position

En 2000, la CFR a participé à la procédure de consultation sur la nouvelle loi sur les étrangers (LEtr), en gardant à l'esprit – comme toujours – son mandat concret, qui est d'éliminer les discriminations raciales.

Dans son avis, la CFR salue l'approche globale d'une politique de l'immigration qui inclut dorénavant l'intégration et l'amélioration de l'entente entre la population indigène et les immigrés. Les critères de l'origine géographique ou culturelle qu'elle avait critiqués en 1996 pour la politique d'autorisation ont notamment disparu. Elle met toutefois en garde contre la logique des deux cercles qui privilégie cette fois les personnes provenant de l'UE et de l'AELE. Cette logique a une influence défavorable pour les personnes venant d'autres pays et qui vivent en Suisse. La CFR plaide en faveur d'une intégration rapide - sur le marché du travail également - des personnes au bénéfice d'une autorisation provisoire. Tous les immigrés vivant en Suisse devraient avoir dans toute la mesure du possible les mêmes droits.

A plusieurs reprises, la CFR a rendu attentif à la situation particulière des femmes immigrées et demande qu'elles bénéficient d'une protection particulière. Elle demande par ailleurs que l'on accorde une autorisation simplifiée aux conseillers spirituels des

И

communautés religieuses venant d'arriver en Suisse. La CFR demande enfin qu'une expertise scientifique sur l'application et les effets des mesures de contrainte soit établie par des consultants indépendants sous l'angle de la Convention des droits de l'homme, de l'égalité en droits et de l'interdiction de discrimination.

#### 6. Contacts/Relations publiques

#### 6.1 Collaboration interdépartementale/ Contacts avec les autres commissions

Une fois la réorganisation de la Commission fédérale des étrangers (CFE) achevée, les relations avec la Commission fédérale des réfugiés et avec celle des étrangers ont repris de plus belle. Des rencontres régulières ont lieu tant au niveau des présidences que des secrétariats. Les trois commissions ont exprimé dans un communiqué commun leur satisfaction à propos du rejet de l'initiative des 18% en matière de politique d'autorisation car, selon elles, l'acceptation de la population étrangère ne peut être définie par une limite fixée arbitrairement.

Le groupe de travail interdépartemental du service du Conseil de l'Europe du DFAE tient deux fois par an des séances de coordination sur les questions de lutte contre le racisme, séances au cours desquelles le représentant de la Suisse auprès de la *Commission européenne contre le racisme et l'intolérance* (ECRI) et le secrétariat de la CFR présentent un rapport.

Des membres du secrétariat ont participé au groupe de travail interdépartemental qui a préparé la réponse du Conseil fédéral au rapport de la Commission de gestion sur les sectes. Le secrétariat participe par ailleurs activement à un autre groupe de travail interdépartemental «Projets contre le racisme et pour les droits de l'Homme» qui soumettra début 2001 au Conseil fédéral des propositions pour l'affectation des 10 millions de francs (étalés sur 5 ans) que ce dernier envisage de dégager pour des projets de tiers. Pour terminer, il a largement contribué aux travaux du groupe de travail «Extrémisme de droite» du DFJP.

#### 6.2 Contacts avec les ONG

Les contacts avec les organisations non gouvernementales se sont multipliés en 2000. Le n° 9 de TANGRAM était consacré à la mise en réseau des ONG œuvrant dans ce domaine. Un questionnaire adressé à 45 organisations a finalement permis de donner une idée des activités de 36 ONG. Au cours d'une conférence extraordinaire avec les délégués des cantons, huit organisations spécialisées dans la pré-

vention des conflits ont pu présenter leurs activités et leurs prestations de service.

La coopération avec les organisations entrant en ligne de compte pour la création ultérieure d'un réseau téléphonique SOS s'est poursuivie. Les contacts bilatéraux pour le traitement de cas de conflits se poursuivent eux aussi à la satisfaction de la clientèle.

La CFR travaille en étroite collaboration avec le Forum contre le racisme à l'organisation d'une conférence nationale des ONG qui se tiendra au printemps 2001. Elle servira de préparation à la conférence mondiale d'août.

#### 6.3 Contacts avec les cantons

La CFR s'est efforcée de répondre au souhait des cantons qui demandaient des directives sur la marche à suivre pour la création d'antennes destinées aux victimes du racisme. En juin 2000, elle a donc invité les personnes de contact au niveau des cantons à une réunion avec les représentants d'un certain nombre d'organisations non gouvernementales qui s'occupent du règlement de conflits.

Une séance d'une demi-journée en novembre a été consacrée à l'intensification des efforts en vue de la création d'antennes. Madame H.-L. Nahmias-Ehrenzeller, licenciée en droit, de l'Office fédéral de justice, qui accompagne depuis le début les services d'aide aux victimes, en était l'invitée. Elle a présenté des conclusions et des comparaisons intéressantes au regard de la création d'antennes pour les personnes concernées par le racisme. La deuxième partie de la conférence était consacrée à la prévention contre l'extrémisme de droite qui suscite beaucoup d'intérêt dans les cantons.

#### 6.4 Contacts avec les administrations et les autorités

Les demandes d'information et d'aide émanant d'autorités et d'administrations se sont multipliées en raison du débat sur les violences extrémistes. Le secrétariat de la CFR peut fournir des indications d'ordre général et des réflexions de principe, mais il ne peut guère satisfaire les demandes d'aide à l'échelon local. Pour ce faire, il serait indispensable de créer davantage d'antennes au niveau cantonal ou régional.

#### 6.5 Contacts internationaux

En sa qualité d'Organe national spécialisé contre le racisme (National Specialised Body Against Racism), la CFR a été invitée à envoyer trois représentantes à la Conférence européenne de Strasbourg en octobre. La responsable du secrétariat a également pris part aux séances préparatoires à ladite conférence. Le secréta-



riat de la Commission et les services compétents du DFAE ont préparé en commun des interventions sur les quatre thèmes principaux de la conférence: législation, politique, éducation et prévention, médias et communication. Quelques membres de la CFR représentaient des organisations non gouvernementales suisses. Des contributions ont ainsi été fournies à tous les niveaux.

Les membres de la Commission ont eu une assez longue discussion concernant l'octroi d'une réparation aux victimes du racisme, du colonialisme et de l'esclavage, qui sera un important point de discussion lors de la Conférence mondiale.

Il s'agira dès lors de faire connaître en Suisse aussi les thèmes jugés importants lors des conférences internationales et d'exiger leur mise en œuvre. C'est à cette intention que la CFR organise le 21 mars une conférence nationale, en collaboration avec le Forum contre le racisme.

#### 7. Médiation

La fonction de médiation de la Commission, effectuée par le secrétariat, continue d'être très demandée. On constate de plus en plus que bon nombre de demandes émanent de personnes qui se sentent discriminées d'une manière générale. Si cela confirme la renommée dont jouit la CFR dans l'opinion publique en tant que militante pour l'égalité de traitement, il n'en reste pas moins qu'il existe un réel besoin d'antennes spécialisées pour les conseils aux victimes et en cas de conflits.

#### 8. Perspectives

Les points essentiels suivants ont été définis pour

- Séminaire 2001: discrimination dans le monde du travail
- Suivi de l'étude sur la discrimination dans la recherche d'un emploi
- Etude de fond sur la création d'un réseau d'antennes et de services de consultation dans toute
- Etude et journée de travail sur les relations entre Etat et communautés religieuses
- Projet pilote d'aide aux parents et aux personnes impliquées dans la mouvance d'extrême droite pour en sortir (en collaboration avec des ONG)
- Séminaire avec le «groupe de réflexion sur le racisme anti-noir»
- Offre de formation aux cantons en matière de création d'antennes cantonales pour les victimes
- Préparation de la Conférence mondiale de l'ONU contre le racisme et participation à celle-ci
- Organisation d'une conférence nationale le 21 mars 2001 à l'EPF de Zurich en collaboration avec le Forum contre le racisme
- TANGRAM n° 10 «Femmes et hommes face au racisme»; TANGRAM n° 11 sur le racisme et la lutte contre celui-ci dans le monde du travail
- Site Internet de la CFR

APPROUVÉ LORS DE LA SÉANCE PLÉNIÈRE DU 25. 1. 2001





## Rapporto d'attività 2000 della *Commissione federale contro il razzismo*

#### Attività principali nel 2000

- ▶ Elenco delle misure preventive contro l'estremismo di destra (3.7.)
- Giornata di lavoro 2000 sull'integrazione dei musulmani a livello istituzionale (1.)
- Analisi delle procedure di concessione ordinaria della nazionalità a stranieri a livello cantonale e comunale (4.)
- Analisi dei rapporti tra lo Stato e le comunità religiose o le chiese a livello cantonale
- Inizio dei lavori di analisi su esperienze discriminatorie nella ricerca di un posto di lavoro
- ▶ Hearing con il «groupe de reflexion sur le racisme anti-noir» (GRAN)
- ▶ Maggiore collaborazione con le ONG nell'assistenza alle vittime del razzismo ed in casi di conflitto (6.2.)
- Informazioni ai Cantoni su creazione e mandato per centri cantonali al servizio delle vittime del razzismo (6.3.)
- Partecipazione all'*International Forum on the Holocaust* a Stoccolma (3.5.)
- Preparazione e partecipazione alla Conferenza europea contro il razzismo a Strasburgo e preparazione della futura conferenza mondiale dell'ONU. Pianificazione di una conferenza nazionale di preparazione (6.5.)
- Collaborazione al gruppo di lavoro sull'estremismo di destra del DFGP (3.7.)
- ▶ TANGRAM n. 8 sulla discriminazione delle persone di colore in Svizzera; TANGRAM n. 9 sui contatti con le ONG ed il coordinamento delle attività contro il razzismo (4.)
- Introduzione del nuovo logos e pubblicazione del dépliant informativo sulla CFR. (2.5.)

#### 1. Sviluppi nel 2000

La seconda metà del 2000 è stato caratterizzato dalla discussione sull'estremismo di destra che ha preso l'avvio in seguito alle manifestazioni dei gruppi di skinheads durante la celebrazione del 1° agosto sul Rütli. Il fenomeno non è nuovo, ma le relazioni dei media l'hanno portato alla ribalta costringendo le autorità ad occuparsene.

Durante tutto l'anno il pubblico è stato confrontato con il rifiuto a domande di concessione della cittadinanza soprattutto da parte di persone provenienti dalla ex Jugoslavia e dalla Turchia. In varie occasioni i media si sono rivolti alla CFR per un'opinione su eventuali aspetti razzisti della questione. Per esaminare la problematica, la CFR ha pubblicato un'analisi delle basi giuridiche delle procedure di concessione della cittadinanza a livello cantonale. Inoltre ha proposto l'analisi dei dati statistici effettuata dall'Ufficio di statistica e dal Forum svizzero per gli studi sulle migrazioni. L'Istituto di etnologia dell'Università di Berna, su incarico della Commissione, ha realizzato uno studio pilota di indirizzo sociopolitico sulle procedure di concessione della cittadinanza in cinque comuni prescelti. Grazie al finanziamento del Fondo nazionale svizzero, lo studio sarà portato avanti nei prossimi anni.

Nel 2000 i temi portati avanti dalla CFR hanno potuto godere del sostegno federale. In occasione della pubblicazione del primo rapporto della commissione indipendente di esperti Svizzera – seconda guerra mondiale, il Consiglio federale ha dichiarato di esser disposto in linea di massima a mettere a disposizione per un periodo di cinque anni un finanziamento di 10 milioni di franchi per progetti a favore dei diritti umani e contro il razzismo. Il relativo decreto è previsto per gli inizi del 2001.

Verso la fine dell'anno sono inoltre stati messi a concorso progetti atti a favorire l'integrazione di stranieri per i quali, in virtù dell'articolo sull'integrazione della nuova legge sugli stranieri, nel 2001 saranno messi a disposizione 10 milioni di franchi.

La giornata die studio, tenutasi a gennaio del 2000, su «I musulmani in Svizzera» ha conosciuto una vasta eco. Vi sono state vivacemente discusse questioni riguardanti il riconoscimento giuridico delle comunità religiose musulmane o la sepoltura, ecc. Durante l'anno, vari comuni hanno elaborato nuovi regolamenti per cimiteri che permettono una sepoltura secondo la tradizione musulmana. Il dibattito ha offerto l'occasione per affidare l'incarico di redigere una panoramica sui rapporti tra Cantoni e comunità religiose nel corso della storia offrendo così una base per eventuali nuovi regolamenti. Il numero del bollettino Tangram dedicato ai musulmani è stato ampiamente richiesto.



#### 2. Interna

#### Membri / nomine 2.1

Nel 2000 è stato possibile assegnare le cariche all'interno della CFR rimaste senza titolare. Sono entrati a far parte della Commissione:

- Dr. Daniel W. Hefti quale rappresentante della Unione svizzera degli imprenditori
- Dr. Josef Nigg, consigliere di Stato, quale rappresentante della Conferenza dei capi dei dipartimenti di giustizia e polizia (CCDGP)
- Jean-Claude Prince quale rappresentante dell'Unione sindacale svizzera (USS)
- Noël Lubilanji Tshibangu quale rappresentante del Forum contro il razzismo
- Regula Wyrsch quale rappresentante della Conferenza svizzera delle istituzioni dell'azione sociale (COSAS)

La signora Dr. Cintia Meier-Mesquita si è ritirata dagli affari della Commissione.

#### Sedute plenarie 2.2

Nel 2000 hanno avuto luogo cinque sedute ordinarie plenarie: il 26 gennaio, il 18 marzo, il 15 ed il 16 maggio, il 7 settembre ed il 22 novembre.

#### Sedute della presidenza 2.3

La presidenza e la segreteria della CFR si sono riuniti nel 2000 sei volte: il 12 gennaio, il 2 marzo, il 19 aprile, il 28 giugno, il 23 agosto ed il 25 ottobre. Sono stati discussi: la preparazione della giornata di lavoro e delle conferenze con i rappresentanti dei Cantoni (cfr. al capitolo 7.3); i progetti di ricerca (cfr. al capitolo 5); l'elaborazione di pareri della CFR (cfr. al capitolo 6); il disbrigo di richieste di patrocinio, ecc.

#### Segreteria 2.4

Nell'anno preso in considerazione dal rapporto, sono stati affidati alla CFR ed alla segreteria incarichi nuovi e di ampia portata: se da una parte ciò può essere interpretato quale successo delle attività di prevenzione della Commissione, dall'altra però va sottolineato che la segreteria esaurisce in questo modo il proprio potenziale di intervento. Solo l'enorme impegno dei collaboratori ha permesso di portare avanti, oltre ai lavori ordinari, gli incarichi supplementari imperniati sulla formazione, sulle conferenze, sui rapporti in merito all'estremismo di destra, sui pareri sulla questione della concessione della cittadinanza. Per continuare a soddisfare la stessa mole di mandati, sarà necessario in futuro aumentare gli effettivi della segreteria.

In estate la responsabile della segreteria ha gestito sul piano contenutistico il campo per gli apprendisti del DFI imperniato sul motto «All different - all equal». In piccoli gruppi, i giovani hanno avuto modo, in collaborazione con il gruppo teatrale «Konfliktüre», di mettere in scena le proprie esperienze di discriminazione. Un altro gruppo si è occupato della redazione del giornale di campo. Quanti hanno partecipato alla manifestazione conclusiva hanno confermato come il confronto con un fenomeno significativo della nostra società fosse pienamente riuscito. Inoltre, un questionario che verrà distribuito nella primavera 2001 a quanti hanno partecipato al campo potrà mostrare se si è riusciti a stimolare un'atteggiamento più consapevole sull'argomento del razzismo.

#### «Corporate Identity»

Nel 2000 la CFR si è dotata di un nuovo logo. Inoltre sono stati approntati dei pieghevoli in tedesco, francese, italiano e inglese nei quali la Commissione presenta se stessa e la propria attività.

#### 3. Lavoro tematico della Commissione

#### Autorità 3. I

Nell'anno preso in esame dal rapporto, la presidenza e la segreteria hanno ricevuto numerose richieste di aiuto nell'elaborazione di provvedimenti contro l'estremismo di destra. I comuni, i Cantoni e le scuole hanno dovuto reagire di fronte alle richieste di provvedimenti immediati contro i gruppi di giovani skinheads o contro tendenze di estrema destra tra giovani in e fuori la scuola e sono stati indotti a cercare il parere degli esperti. Oggi le autorità comunali, le scuole, le associazioni di genitori sono più consapevoli del pericolo derivante dalle ideologie di estrema destra. Nella Svizzera nordoccidentale si è già costituita una conferenza intercantonale al fine di coordinare le misure contro l'estremismo di destra nei vari settori politici. La responsabile della segreteria ha già avuto occasione di illustrarvi la posizione della CFR.

#### Media/opinione pubblica

Nonostante i tentativi siano stati rinnovati, non è stato possibile trovare finora sostegni sufficienti da parte degli sponsor per un nuovo lancio degli spot della campagna televisiva «La bella apparenza». Le foto della campagna invece continuano ad essere richieste, sia in formato cartolina, sia in formato più grande e vengono anche utilizzate in inserzioni.

И

Nel 2000 la CFR ha emanato vari comunicati stampa: in merito alla situazione dei musulmani in Svizzera, in merito alla questione della concessione della cittadinanza, in merito alla lotta contro l'estremismo di destra, in merito all'abuso di diritti fondamentali della democrazia per discriminare minoranze, come ad esempio nel caso del referendum contro l'area di sosta per nomadi. Insieme alla Commissione federale degli stranieri e la Commissione federale dei rifugiati, la Commissione federale contro il razzismo ha reso pubblica la sua posizione sul risultato dell'iniziativa del 18%.

In autunno il consigliere nazionale Chr. Mörgeli ha invitato la CFR a denunciare come discriminatoria una satira televisiva imperniata su un personaggio immaginario. L'interesse risvegliato nei media da questo argomento è stato ragguardevole. La CFR è dell'opinione che anche un'opera satirica può essere esaminata criticamente in un'ottica denigrante. Tuttavia non si è giunti ad un dibattito approfondito.

Dopo aver rinunciato a pubblicare l'opuscolo «Werkzeuge journalistischer Fairness» (strumenti di fairness giornalistico), la CFR ha deciso di contattare direttamente gli operatori mediatici e le loro associazioni.

#### 3.3 Mondo del lavoro

Come era stato deciso nell'anno precedente dopo la pubblicazione del secondo numero di SPOCK, la CFR ha cercato una nuova tipologia di intervento nel dibattito sul razzismo e sulla discriminazione nel mondo del lavoro. La giornata di lavoro che verrà organizzata nel 2001 in collaborazione con il centro di perfezionamento dell'Università di Berna e con il Forum svizzero per gli studi sulle migrazioni ed il numero autunnale di TANGRAM (n. 11) saranno dedicati a questo argomento.

#### 3.4 Discriminazione

Durante l'anno in questione, i membri della CFR hanno affrontato tra loro l'argomento della discriminazione riferendosi ad esperienze soggettive della popolazione locale, soffermandosi sull'esclusione e sulla discriminazione di persone di colore (racisme anti-noir). In un caso concreto, invece, la Commissione ha affrontato la discriminazione verso i nomadi ed ha criticato in particolare la crescente tendenza, osservata anche in relazione alle procedure di concessione della cittadinanza, di abusare dei diritti fondamentali garantiti dalla democrazia per discriminare le minoranze.

#### 3.5 Antisemitismo

Il primo rapporto della commissione indipendente di esperti Svizzera-seconda guerra mondiale del dicembre 1999 ha suscitato un maggiore interesse nei confronti dell'antisemitismo. In tale contesto sono state citate più volte le raccomandazioni emanate dalla CFR nel rapporto «L'antisemitismo in Svizzera» pubblicato nel 1998. Nonostante ciò la loro realizzazione si rivela difficoltosa. La CFR tiene a sottolineare che la lotta all'antisemitismo è un compito di lungo respiro. In quest'ottica, la CFR lancia ripetutamente l'argomento: l'ultima occasione è stata offerta dall'elaborazione delle *Conclusions générales* della Conferenza europea contro il razzismo che ha avuto luogo a Strasburgo nell'ottobre 2000.

Nel gennaio 2000, la vicepresidente signora Cécile Bühlmann ed il segretario supplente della Commissione hanno partecipato, con la delegazione nazionale, alla conferenza sull'educazione contro l'olocausto indetta dal governo svedese perorando il parere della Svizzera e della CFR secondo le quali l'educazione fa parte di un processo complesso di comprensione dei diritti umani e della problematica del razzismo.

#### 3.6 Nomadi

Nell'anno preso in esame dal rapporto, la presidenza e la segreteria della CFR hanno avuto un incontro con i quadri della fondazione *Un futuro per i nomadi svizzeri* a scopo informativo. Purtroppo non ha ancora portato a risultati soddisfacenti per gli interessati l'intervento comune della CFR e della fondazione presso il Cantone di Ginevra a favore di una soluzione consensuale atta a rispondere alle esigenze dei nomadi relative alle aree di sosta e al diritto di abitazione in roulottes su appezzamenti privati.

La Commissione continua a chiedere che sia interrotta la procedura di rimpatrio di Roma e Ashkali provenienti dal Kosovo e che si accetti la loro temporanea accoglienza. La CFR cerca di attirare maggiore attenzione sulla situazione dei Roma in tutti i Paesi dell'Europa centrale ed orientale, di ampliare il know-how complessivo interdisciplinare nell'ambito degli aiuti ai Paesi dell'Europa orientale e di stimolare lo sviluppo di programmi di aiuto specifico.

#### 3.7 L'estremismo di destra

Sin dalla primavera del 2000 la CFR si è dedicata, con un gruppo di lavoro, all'ideazione ed allo sviluppo di misure preventive contro l'estremismo di destra, anche spronata dai processi contro i negazionisti. Al centro della sua attenzione non pone solo sanzioni repressive, ma in particolar modo misure sociopolitiche.

Nel documento pubblicato in proposito a settembre sottolinea come sia necessario porre l'estremismo di



destra in un contesto politico complessivo e come sia possibile opporvisi solo con un pacchetto di misure che vanno al di là della repressione e che devono essere applicate sin dalle prime fasi di apparizione del fenomeno. Secondo la CFR, le possibili vittime di violenze estremiste non hanno ricevuto l'opportunità di esprimersi adeguatamente nel dibattito avviato dai media. È necessario che l'accesso alla consulenza ed all'assistenza sia reso facilmente accessibile a queste persone. La CFR auspica gruppi di intervento in caso di conflitto nei quali collaborino i comuni, i genitori, le persone direttamente interessate, la scuola, la polizia e gli operatori sociali e giovanili. Tali centri potrebbero anche offrire aiuto ai giovani che vogliono uscire dagli ambienti estremisti. Tuttavia è necessario opporsi con tutti i mezzi offerti dalla legge al «nucleo duro» del movimento e ai suoi teorici e propugnatori.

Le conclusioni della CFR sono state incluse in gran parte nel rapporto del gruppo di lavoro costituito dalla Consigliera federale Ruth Metzler. La segreteria della CFR continuerà a partecipare ai lavori del gruppo.

#### 4. Pubblicazioni/ricerca

I due numeri del bollettino TANGRAM della Commissione sono stati dedicati agli argomenti «La Svizzera a colori» e «Insieme contro il razzismo».

- Nel primo numero si trattava di mostrare, in base alle esperienze quotidiane di discriminazione di persone subito riconoscibili come «estranei» a causa del colore della pelle o dell'aspetto, come sia limitata, o possa essere limitata, la disponibilità alla tolleranza nella società democratica. In altre parole: la misura della sicurezza e del benessere delle persone di colore in Svizzera ci indica la qualità della nostra tolleranza e dunque della nostra democrazia.
- ▶ Il secondo numero è dedicato alle organizzazioni impegnate in una lotta quotidiana contro il razzismo e offre una panoramica del prezioso lavoro di sensibilizzazione e di prevenzione espletato dalle ONG ecclesiastiche, dai servizi per gli stranieri, dalle associazioni di assistenza ai rifugiati e da numerose altre organizzazioni per lo sviluppo ed i diritti umani.

Nell'ultimo biennio la CFR si è occupata in maniera più approfondita delle procedure di concessione della cittadinanza poiché si può ritenere, in base a chiari indizi, che la naturalizzazione viene negata (ad esempio nei confronti di richieste inoltrate da persone provenienti dalle regioni della ex Jugoslavia e dalla Turchia) a causa di atteggiamenti discriminatori che devono essere ricondotti ad una cultura razzista. In questo contesto la CFR ha affidato una

serie di studi, due dei quali sono stati pubblicati nell'anno preso in esame dal presente rapporto:

- ▶ la documentazione «Le procedure di concessione ordinaria della nazionalità a stranieri a livello cantonale e comunale» è stata elaborata dalla segreteria della CFR e pubblicata in collaborazione con la Commissione federale degli stranieri e l'Ufficio federale degli stranieri.
- In «Le procedure di concessione della nazionalità a livello comunale» ci si chiede se è possibile provare l'esistenza e le modalità della discriminazione nella prassi. Questa analisi dell'Istituto di etnologia dell'Università di Berna rappresenta uno studio pilota nel progetto di ricerca sui nessi tra discriminazione e naturalizzazione condotto nell'ambito del polo di ricerca nazionale «Domani la Svizzera» del Fondo nazionale svizzero. Di fronte alla complessità della questione, tuttavia, si ritiene che i risultati definitivi si avranno solo nel corso degli anni prossimi. L'analisi si chiude con una serie di raccomandazioni indirizzate al corpo legislativo ed esecutivo a livello federale, cantonale e comunale, che rappresentano un importante contributo ad una discussione approfondita su questo soggetto.

#### 5. Procedure di consultazione/pareri

Nel 2000 la CFR ha partecipato alla consultazione in merito alla nuova legge sugli stranieri (LStr), come sempre tenendo conto del proprio mandato di eliminare le discriminazioni razziste.

Nel documento stilato, la CFR approva l'approccio globale con cui viene affrontata la politica migrazionale la quale si rivolge per la prima volta anche all'aspetto integrativo e ad una migliore comprensione tra popolazione locale e immigrati. In particolare sono state abolite le valutazioni in base all'origine culturale o geografica adottate nella politica di ammissione che la CFR aveva criticato nel 1996. Tuttavia mette in guardia dalla logica «dei due cerchi» che contrappone persone provenienti dall'UE e dall'AELE a quelle provenienti dal resto del mondo. Queste ultime, quando vivono tra noi, vengono influenzate negativamente da questo atteggiamento. La CFR auspica una rapida integrazione, anche sul mercato del lavoro, di persone accolte temporaneamente. A tutti gli immigrati presenti nel nostro Paese devono essere riconosciuti gli stessi diritti. In varie occasioni la CFR si è soffermata sulla situazione delle donne immigrate impegnandosi per una particolare protezione nei loro confronti. Inoltre auspica un'ammissione più semplice per persone immigrate di altre comunità religiose operanti nel settore dell'assistenza psicosociale. Ancora la CFR chiede nel suo parere alla consultazione che sia re-

7

datta una perizia scientifica indipendente sull'applicazione e le conseguenze delle misure coercitive nell'ottica delle convenzioni sui diritti umani, del principio dell'uguaglianza dei diritti e del divieto di discriminazione ancorato nella Costituzione.

#### 6. Contatti relazioni pubbliche

#### 6.1 Collaborazione interdipartimentale/ contatti con altre commissioni

Le relazioni con la Commissione federale dei rifugiati (CFR) e con la Commissione federale degli stranieri (CFS) si sono approfondite dopo la riforma di quest'ultima. Sia le presidenze, sia le segreterie si incontrano regolarmente. In un comunicato stampa comune, le tre commissioni hanno mostrato il loro sollievo al rifiuto dell'iniziativa del 18% dichiarando come non sia possibile far dipendere l'accettazione della popolazione straniera da un «limite massimo di utilità» stabilito a piacere.

Negli incontri di coordinazione del gruppo di lavoro interdipartimentale del servizio Consiglio d'Europa del DFAE, che hanno luogo due volte l'anno, oltre al rappresentante della Svizzera presso la *Commissione europea contro il razzismo e l'intolleranza* ECRI, anche la segreteria della CFR presenta il proprio rapporto.

La segreteria era inoltre rappresentata anche nel gruppo di lavoro interdipartimentale che ha preparato la risposta del Consiglio federale al rapporto sulle sette della CdG. In più partecipa attivamente al gruppo di lavoro interdipartimentale «Progetti contro il razzismo e a favore dei diritti umani» il quale sottoporrà all'inizio del 2001 al Consiglio federale proposte su come impiegare i 10 milioni di franchi (distribuiti su 5 anni) che questo ha promesso di mettere a disposizione per progetti terzi. Infine ha fornito un contributo essenziale ai lavori del gruppo sull'estremismo di destra del DFGP.

#### 6.2 Contatti con le ONG

I contatti con le organizzazioni non governative si sono rivelati multiformi anche nel 2000. Il n. 9 di TANGRAM è stato dedicato al collegamento tra le ONG attive nel settore. Un questionario inviato a 45 ONG ha fornito le basi di una panoramica sulle attività di 36 ONG, apparsa poi in TANGRAM. Inoltre, in occasione di una conferenza speciale con i delegati cantonali, otto organizzazioni specializzate nella prevenzione dei conflitti hanno ricevuto l'opportunità di presentare le proprie attività e prestazioni.

È stata portata avanti la collaborazione con le organizzazioni che probabilmente si impegneranno in futuro per una linea telefonica d'urgenza. Ma anche i

contatti bilaterali per la mediazione in casi di conflitto sono ancora attivi e al servizio dei clienti.

La CFR collabora strettamente con il *Forum contro il razzismo* al fine di organizzare una conferenza delle ONG nella primavera 2001, che a sua volta preparerà la conferenza mondiale che avrà luogo in agosto.

#### 6.3 Contatti con i Cantoni

La CFR si è impegnata a soddisfare i desideri dei Cantoni in merito a istruzioni su come creare centri al servizio delle vittime del razzismo. A giugno 2000 ha perciò invitato i rappresentati cantonali ad incontrarsi con i rappresentanti di una gamma scelta di ONG già attive nella mediazione di conflitti.

Invece, la regolare conferenza annuale con i rappresentanti cantonali era dedicata al rafforzamento della rete di centri al servizio delle vittime del razzismo. È stata invitata quale ospite la signora H.-L. Nahmias-Ehrenzeller, lic. iur., dell'Ufficio federale di giustizia che sin dall'inizio ha seguito i lavori in questione. La signora Nahmias-Ehrenzeller ha potuto fornire conclusioni e nessi interessanti, significativi per la creazione di centri al servizio di vittime del razzismo. La seconda parte della conferenza è stata dedicata alla prevenzione dell'estremismo di destra, argomento molto a cuore ai Cantoni.

#### 6.4 Contatti con uffici pubblici e amministrazioni

In particolare a causa dei dibattiti sulle violenze dell'estremismo di destra, sono aumentate le richieste di informazioni ed aiuto da parte delle autorità e delle amministrazioni. La segreteria della CFR può fornire indicazioni generali e riflessioni di principio. Ma non può offrire un aiuto sul posto. A questo scopo sarebbe assolutamente necessario creare un maggior numero di centri a livello cantonale e regionale.

#### 6.5 Contatti internazionali

Con tre rappresentanti la CFR è stata invitata quale Organe national spécialisé contre le racisme/National Specialised Body Against Racism alla Conferenza europea contro il razzismo. La responsabile della segreteria ha partecipato anche alle sedute in preparazione alla conferenza di Strasburgo. In collaborazione con la segreteria della CFR e dei servizi responsabili del DFAE, sono stati elaborati statements in merito ai quattro argomenti principali della Conferenza: legislazione, politica, educazione e prevenzione, media e comunicazione. Alcuni membri della CFR, invece, erano presenti alla Conferenza quali rappresentanti di ONG. È dunque stato possibile fornire contributi a tutti i livelli. I membri della CFR hanno discusso a lungo su un eventuale risarcimento nei confronti



delle vittime del razzismo, del colonialismo e della schiavitù, argomento centrale della conferenza mondiale dell'ONU.

Rappresenterà ora una sfida diffondere anche in Svizzera i temi ritenuti importanti dalle conferenze internazionali, chiedendone l'applicazione. A questo scopo la CFR, in collaborazione con il Forum contro il razzismo, terrà una conferenza nazionale il 21 marzo 200 I.

#### 7. Attività di mediazione

L'attività di mediazione della Commissione, di cui si occupa la segreteria, continua ad essere largamente richiesta. Sempre più richieste provengono da persone che ritengono esser state trattate ingiustamente, senza che ci sia necessariamente un nesso razzista. Questo dimostra la fama di cui la CFR gode presso il pubblico nella lotta a favore della parità di trattamento, ma dimostra anche la necessità di centri specializzati a sostegno delle vittime e per casi di conflitto.

#### 8. Prospettive

Per il 2001 sono previste le seguenti attività principali:

- Giornata di lavoro 2001: discriminazione nel mondo del lavoro
- Assistenza all'analisi sulla discriminazione nella ricerca di un nuovo posto di lavoro
- Studio per la creazione di una rete di centri di consulenza in tutta la Svizzera
- Analisi e conferenza sui rapporti tra lo Stato e le comunità religiose
- Progetto pilota sulla consulenza ai genitori e sull'aiuto ad uscire dagli ambienti di estrema destra (in collaborazione con una ONG)
- Conferenza comune con il gruppo di riflessione «groupe de reflexion sur le racisme anti-noir»
- Offerte di perfezionamento ai Cantoni sulla creazione di centri cantonali al servizio delle vittime del razzismo
- Preparazione e partecipazione alla conferenza mondiale dell'ONU contro il razzismo
- Conferenza nazionale del 21 marzo 2001 presso il Politecnico di Zurigo in collaborazione con il Forum contro il razzismo
- TANGRAM n. 10 «Donne e uomini di fronte al razzismo»; TANGRAM n. 11 sulla presenza del razzismo nel mondo del lavoro e le misure di lotta al fenomeno
- Homepage della CFR.

APPROVATO ALLA SEDUTA PLENARIA DELLA CFR DEL 26 GENNAIO 2001





## Stellungnahme der EKR zur aktuellen Rechtsextremismus-Debatte

#### 1. Lagebeurteilung

Das Phänomen «Rechtsextremismus» ist nicht neu. Grundsätzlich muss unterschieden werden zwischen verbalem und ideologischem Rechtsextremismus einerseits und gewaltbereiten und gesetzeswidrigen Extremismen andererseits. Ersterer bewegt sich weitgehend im Rahmen der Gesetze und des demokratisch Erlaubten, kann aber in vieler Hinsicht als Wegbereiter extremerer Formen gelten. Die zweite Form positioniert sich klar jenseits des gesetzlichen Rahmens (Holocaust-Leugnung) und richtet sich gewaltsam gegen andere und die Gesellschaft als Ganzes (Neonazis und Skins). Während dank der Antirassismus-Strafnorm der Sumpf des Negationismus (Auschwitzleugnung) langsam ausgetrocknet werden kann, hat die fremdenfeindliche Grundstimmung im Land in den letzten Jahren zugenommen und wird auch geschürt. Dies ist nach Ansicht der EKR auch eines der Grundmotive für die zunehmenden Aktivitäten, den strukturierteren Organisationsgrad und vor allem das unverfrorene Auftreten gewaltbereiter rechtsextremer Gruppierungen.

Die EKR schätzt die Lage als besorgniserregend und für potenzielle Opfer als bedrohlich ein. Während die Medien vor allem über die Täter berichten, gehen sie kaum auf die Realität ein, wie sie potenzielle Opfer erleben, die sich nicht mehr überall frei und ohne Angst bewegen können. – Menschen anderer Hautfarbe z.B. oder Menschen, die sonst irgendwie von der «Norm» abweichen.

Es kann beim Problem «Rechtsextremismus» deshalb nicht allein um eine Diskussion der Vorfälle an der 1.-August-Feier auf dem Rütli gehen. Dies zeigen die Folgeereignisse in St. Gallen und die steigenden Spannungen in einer Gemeinde, wo Rechtsradikale einen Treffpunkt haben. Nicht zu unterschätzen sind auch die Einflüsse, die von den Nachbarländern auf die Schweiz einwirken. Wir müssen uns mit einem gesellschaftlich bereits länger präsenten und vielschichtigen Phänomen befassen. In ihrer Beurteilung der heutigen Sachlage schaut die EKR denn auch über eine längere Zeitperiode zurück und bezieht die öffentliche Debatte, die seither gelaufen ist, mit ein.

Extremistische Taten und Worte bedürfen eines Umfeldes, das sie stützt oder zumindest schweigend toleriert. Ein kontinuierlicher politischer Diskurs, der die Ausgrenzung anderer toleriert und fördert, sowie der ständige Rückgriff auf Bilder, die gewisse Gruppen von Menschen abwerten, prägen die öffentliche

Diskussion und entfalten schleichend eine ausgrenzende Wirkung. So gibt es beispielsweise kaum eine Diskussion über die Ausländerpolitik, in der nicht von «Überschwemmung», «Flut», «brechenden Dämmen», «kultureller Unverträglichkeit», «herkunftbedingter Gewaltbereitschaft», «Unfähigkeit zur Integration» und «Ausländerkriminalität» gesprochen wird.

Rechtsextremismus kann nicht, wie dies in der gegenwärtigen Situation zu oft geschieht, pauschal beurteilt werden. Schon gar nicht können Pauschallösungen alle in den letzten Wochen und Monaten aufgeworfenen Probleme und Konfliktfälle zum Verschwinden bringen. In der Analyse des Rechtsextremismus müssen vielmehr in differenzierter Weise individual-psychologische, wirtschaftliche, soziale, historische und gesellschaftspolitische Hintergründe angegangen werden. Jede Lösung kann nur so weit sinnvoll sein, als sie auch der schweizerischen Realität Rechnung trägt: dem föderalistischen Aufbau, dem Subsidiaritätsprinzip, der sprachlichen Vielfalt, den parteipolitischen Abgrenzungen, den bestehenden Organisationen der Zivilgesellschaft, der Eigenverantwortung. Schnellschüsse und aufoktrovierte Lösungsvorschläge mögen gute Schlagzeilen abgeben, greifen jedoch nach Meinung der EKR zu wenig tief.

#### 2. Was tut die EKR?

Die EKR befasst sich mit dem gesamten Kontext von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung und ordnet den Rechtsextremismus hier ein. Sie hat sich seit ihrem Bestehen differenziert mit Fragen der Entstehung und Prävention von Rechtsextremismus auseinander gesetzt. Beispielhaft seien erwähnt:

Ausländerpolitik: Die Kritik der EKR am «Drei-Kreise-Modell der Zuwanderung» (1996) beruhte auf der Erkenntnis, dass behördlich verordnete Ausgrenzung bestimmter Gruppen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus fördern. Mit ihrem Bericht zu getrennten Klassen in den Schulen («Getrennte Klassen?», 1999) hat sie sich gegen Segregationstendenzen und administrativ verordnete Klassenteilung gewandt.

Alltagsrassismus und Eigenverantwortung: Mit der Kampagne «Der schöne Schein» (1997) rief die EKR dazu auf, den tagtäglichen «Alltagsrassismus»



vermehrt zu beachten und im Falle von Diskriminierungen nicht wegzusehen.

Antisemitismus: Mit dem Bericht «Antisemitismus in der Schweiz» (1998), der Pressemeldung zum neu erwachenden Antisemitismus im Gefolge der Holocaust-Diskussion (Januar 1997) sowie jener mit der Forderung nach unmissverständlicher Distanzierung von Antisemitismus als Daueraufgabe der Politik (Oktober 1999) geht die EKR den Antisemitismus als eine gefährliche Konstante in unserer Gesellschaft und als eines der Grundelemente aller rechtsextremistischer Agitationen an. In ihrem Bericht veröffentlichte die EKR eine lange Liste präventiver Massnahmen auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Vernetzung: Nicht nur die Zusammensetzung der EKR ist Ausdruck der gezielten Vernetzungsarbeit aller Kräfte, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. Diese spiegelt sich auch in ihren Aktivitäten wie z.B. thematischen Tagungen (Treffen aller im Bereich der Menschenrechte tätigen NGOs, regelmässige Treffen mit Kontaktpersonen aus allen Kantonen, Koordinationsbemühungen für ein schweizweites Nottelefon für Opfer rassistischer Taten); themenzentriertes, halbjährlich erscheinendes Bulletin TANGRAM, das entsprechende NGOs und Forscher/innen zu Wort kommen lässt. Die Ausgabe vom Herbst 2000 ist ganz den im Bereich des Antirassismus tätigen Organisationen der Schweiz gewidmet.

Kantonale Ebene: Die EKR hat seit ihrer Einsetzung kontinuierlich Kontakte zu den Kantonen aufgebaut, um die Verantwortlichen für die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus zu sensibilisieren. Sie ist 1999 an die Kantone gelangt mit der Bitte, Anlaufstellen für Opfer und Konfliktberatung einzurichten. Die Kantone beantworteten die Anfrage positiv und fordern ihrerseits von der EKR Fachberatung und Schulung zur Einrichtung solcher Stellen ein. Die EKR hat zu diesem Zweck im Juni 2000 eine Informationstagung veranstaltet, an der fünf Konfliktberatungsorganisationen den Kontaktpersonen aus den Kantonen ihre Arbeit vorstellten. Auf Wunsch der Kontaktpersonen wird die EKR mit Unterstützung anderer Bundesstellen auf Herbst 2000 ein Musterprofil für verschiedene Ausführungsvarianten kantonaler Anlaufstellen für Opfer und zur Konfliktberatung erarbeiten.

Konfliktintervention: Die EKR wird regelmässig von Schulen, Gemeinden, staatlichen und privaten Organisationen angegangen mit der Bitte, bei der Bewältigung von Konflikten und in der Prävention von Rassismus beizustehen und Programme anzubieten. Die EKR bietet ihre Hilfe im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten an, übt vor allem eine Coaching-Funktion aus und bemüht sich, Organisationen zu finden, welche die Aufgaben in permanenterer Form übernehmen können.

Politische Analyse: Bereits im Frühjahr 2000 hat sich die EKR vertieft mit Rechtsextremismus auseinander gesetzt und eine interne Arbeitsgruppe gebildet.

#### 3. Analyse der öffentlichen Debatte

Die EKR hat die seit dem 1. August 2000 geführte Mediendebatte beobachtet. Die Vorschläge zur Bewältigung des Problemfeldes «Rechtsextremismus» konzentrierten sich auf folgende Punkte:

Kontrolle und Repression: Kontrollen durch Polizeiorgane, Aufstockung der Bundespolizei, verbesserte Zusammenarbeit der Polizei auf Kantons- und Bundesebene, Ausbau des Staatsschutzes, verstärkte Beobachtung und Personenkontrollen, schärfere Grenzkontrollen, Kontrolle des Internet im In- und Ausland, konsequentere Anwendung der Antirassismus-Strafnorm.

Gesetzliche Massnahmen: Ausdehnung der Antirassismus-Strafnorm auf Äusserungen und Veranstaltungen im privaten Bereich, Schaffung neuer Straftatbestände (z.B. Verbot nazistischer und rassistischer Zeichen und Gesten), gesetzliche Grundlagen für den Einzug von Propagandamaterial, Verbot rechtsextremer Parteien

Information und Prävention: Klare Stellungnahmen von Politikern/-innen und Behörden, Informationskampagnen, Massnahmen in den Schulen.

Über die Opfer wurde wenig berichtet. Kaum ein Beitrag setzte sich damit auseinander, wie potenzielle Opfer - insbesondere Farbige, aber auch Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten die zunehmende Gewaltbereitschaft und die landesweiten Debatten erleben. Es wurde vor allem der Rechtsstaat als Opfer rechtsextremer Umtriebe genannt. Im Zentrum müssen aber immer auch die Menschen stehen. Neonazistische Ideologien stellen nicht nur eine Gefährdung der Demokratie dar, sie sind primär menschenverachtend und bedrohen Menschen an Leib und Leben. Der Rechtsstaat hat alle Menschen, besonders aber die Angehörigen von Minderheiten, zu schützen. Diese haben das Recht auf Schutz, nicht jedoch die Macht, sich diesen Schutz zu sichern. Neben dem Staatsschutz muss es also auch einen Gesellschaftsschutz geben, der allen zuteil wird.

Wenig besprochen wurden folgende Fragen: Was können Politiker/innen mit positiven Aussagen zu Fremden und Minderheiten bewirken? Wie sollen Informationskampagnen eingesetzt werden? Was wird bereits heute in den Schulen gemacht und was fehlt noch? Wer kann Gemeinden, die sich mit dem

Problem konfrontiert sehen, beraten? Worin liegt die Attraktivität des Rechtsextremismus und von Neonazitum für junge Menschen und wie kann man Rechtsradikalen ausser mit Repression begegnen? Wie kann der harte Kern der Bewegung von Mitläufern unterschieden werden?

Aus der Sicht der EKR wurde auch zu wenig darauf eingegangen, inwiefern die politischen Auseinandersetzungen vor allem im Rahmen der Ausländerund Asylthematik das Feld für extremere Äusserungen vorbereiten. Schweigen zu diffamierenden Äusserungen legitimiert jedoch auch darauf folgende fremdenfeindliche oder antisemitische Gewalttaten. Zu beachten ist, dass Rechtsextremismus sich nicht auf Fremdenhass und Antisemitismus beschränkt, sondern Gewalt gegenüber jeder Person oder Idee, die als «anders» oder «gegenteilig» wahrgenommen wird, ausüben will. Wenig zur Sprache kamen auch Überlegungen, wie die Zivilcourage der Bevölkerung gegen Wort und Tat Rechtsextremer gestärkt werden kann. Medienberichte über konkrete Vorschläge schliesslich, die sich mit Möglichkeiten von Konfliktintervention befassten, gingen oft auf Initiativen der EKR selber zurück.

Ausgehend von ihrer Analyse warnt die EKR davor, den Rechtsextremismus und einige medienwirksame Auftritte Rechtsradikaler für eine kurzlebige Mediendebatte zu instrumentalisieren, ohne gleichzeitig eine nachhaltige Antirassismus-Politik zu fördern.

#### 4. Was wird getan? Was fehlt?

Was wird getan?

Die EKR weist mit Nachdruck darauf hin, dass sowohl zivilgesellschaftliche, kirchliche wie staatliche Kreise sich bereits seit geraumer Zeit mit Rechtsextremismus und seinen hauptsächlichen Begleiterscheinungen - Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt – aktiv und kompetent auseinander setzen. Der Bundesrat hat zu Beginn des Jahres eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, die Präventions- und Sensibilisierungsprogramme im Bereich der Menschenrechte, der Prävention von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der Sensibilisierung für die Anliegen diskriminierter Gruppen erarbeiten soll. Für Projekte Dritter hat er 10 Mio. Franken in Aussicht gestellt. Die Arbeitsgruppe wird ihm ihre Vorschläge auf Beginn 2001 unterbreiten.

Im Bereich der Prävention, der Information, Sensibilisierung und auch der Konfliktintervention bestehen eine Vielzahl von Initiativen. Einige wichtige Bereiche seien beispielhaft angeführt:

Ausländerpolitik: Zaghaft noch, aber zunehmend werden auf kantonaler und Gemeindeebene Kom-

missionen, spezialisierte Institutionen und auch Ombudspersonen eingesetzt sowie Integrationsleitbilder erarbeitet, um das Zusammenleben der Einheimischen und der Zugewanderten aktiv zu fördern und als Chance statt als Bedrohung für die Schweiz von morgen zu gestalten. Auch wird in Papieren der Bundesverwaltung diesem friedlichen Zusammenleben als Ziel der Integrationspolitik ein neues Gewicht beigemessen.

Schulen: Im Schulbereich hat die EDK mit ihrer Empfehlung von 1991 klar Stellung bezogen. Sowohl im Rahmen des Lehrplans als auch in der Beratung bei Konflikten und Gewalt wird auf der Ebene der Kantone, der Gemeinden und der einzelnen Schulen viel gemacht. Besonders hervorzuheben ist ein grosses persönliches Engagement einzelner Lehrkräfte, entsprechende Themen unter vielfältigen Vorzeichen in den Lehrplan einzubringen. Das Konzept der interkulturellen Erziehung, das in einigen Kantonen gefördert wird, ist auch Prävention gegen Rechtsextremismus. Die Berufsschulen haben die Problematik «Rassismus und Rechtsextremismus» ebenfalls erkannt.

Sensibilisierung: Eine Vielzahl religiöser und laizistischer Organisationen bieten Veranstaltungen verschiedensten Zuschnitts an, um für die Thematik zu sensibilisieren.

Forschung: An Universitäten und verschiedenen Forschungsinstitutionen ist die Thematik zunehmend Objekt von Forschungsvorhaben, die auch zu entsprechenden Publikationen führen.

Opferberatung und Konfliktintervention: Neben bereits seit Jahren bestehenden Beratungsstellen für interkulturellen Konflikt bauen verschiedene Organisationen gezielt derartige Infrastrukturen und Know-how auf.

Was fehlt?

Gleiches Angebot landesweit: Die obige Aufzählung belegt eine erfreuliche Angebotsvielfalt auf verschiedensten Ebenen. Allerdings ist das heute bestehende Angebot landesweit sehr ungleich verteilt. Verschiedene Regionen und Kantone verfügen kaum über Angebote. Viele Gemeinden und Institutionen sind – vor allem wenn Krisen auftreten – auf der Suche nach Information, Beratung, Kontaktpersonen, Schulungen.

Auf der individuellen Ebene wissen sich Menschen, die sich als Opfer einer Diskriminierung fühlen, nicht zu helfen und finden kaum kompetente Beratungsstellen, an welche sie sich wenden können.

Prävention jenseits akuter Krisenbewältigung: Firmen, Institutionen, Behörden neigen dazu, erst in akuten Krisenlagen bezüglich Gewalt, Rassismus und Extremismus zu handeln. Damit ist jedoch



einer vorgreifenden Präventionsarbeit der Boden entzogen.

Finanzen, Kontinuität: NGOs haben bereits viel Wissen erarbeitet. Sie verlieren jedoch viel Knowhow, weil sie wegen mangelnder Finanzen und fehlender Institutionalisierung zu wenig Fachleute bezahlen können. So können die meisten nicht das Angebot bieten, welches von der Sache her nötig ist. Die Forschung befasst sich nur punktuell mit Rassismus. Mangels Kontinuität und Schwerpunktbildung geht auch hier immer wieder Know-how verloren.

Information und Vernetzung: Die EKR hat einen Überblick über das breit gefächerte Angebot gewonnen und versucht, ihre Koordinationsaufgabe wahrzunehmen, kann dies jedoch nur in einem sehr geringen Masse tun. Mangels genügend Vernetzung sind Zusammenarbeit und Delegation von Aufgaben noch sehr schwach ausgebildet. Besonders Behördenstellen wissen sehr wenig von den Angeboten der NGOs, diese wiederum haben Mühe, mit ihrem Angebot zu den offiziellen Stellen vorzudringen.

Kontinuierliche Zusammenarbeit: Zum Teil behindern gegenseitiger Argwohn und Ängste von Behördenstellen und Privaten die Zusammenarbeit. Dies ist insbesondere beim Einsatz gegen gewaltbereite, rechtsextreme Jugendliche problematisch, wo nur ein breites Vorgehen, das Repression, Ursachenbekämpfung und Resozialisierung mit einschliesst, erfolgreich sein kann.

#### 5. Empfehlungen der EKR

Ein vielschichtiges Problem mit vielfältigen Ursachen bedarf eines differenzierten und vor allem langfristig angelegten und nachhaltig wirkenden Zugangs. Die EKR ist der Meinung, dass Rechtsextremismus weder punktuell noch allein durch Repression bekämpft werden kann.

Eine vertiefte Arbeit gegen Extremismus, Rassismus und Gewalt bedingt, dass Politiker/innen und Behörden auch nach Abflauen des zur Zeit hohen Medieninteresses unmissverständlich Stellung beziehen. Sie müssen bereit sein, die gebotenen Massnahmen zu fordern und zu fördern sowie sich für die nötige Finanzierung einzusetzen. Alles andere ist Augenwischerei und «Pflästerlipolitik».

#### Gesetzliche Massnahmen

Die EKR ist der Meinung, dass die Antirassismus-Strafnorm - auch wenn es sich um einen komplizierten Strafrechtsartikel handelt - unverändert beibehalten werden muss. Dessen Anwendung durch Polizei und Justiz hat sich in den letzten Jahren konsolidiert. Eine vermehrte Sensibilisierung und Schulung der Polizeikräfte und der Justiz für eine einheitlichere Anklageerhebung und schnelle Urteilsfindung sind anzustreben.

Eventuell kann Art. 261bis StGB mit einem Absatz ter zum Verbot rassistischer und rechtsextremistischer Symbole und Zeichen ergänzt werden.

- Grundsätzlich müssen rechtsextremistische und rassistische Taten und Äusserungen konsequent und streng geahndet werden. Jede und jeder muss die Verantwortung für solches Tun übernehmen. Resozialisierungsangebote sollen nach diesen Grundsätzen ausgerichtet sein.
- Eine gesetzliche Lücke sieht die EKR im Schutz vor Diskriminierungen im privaten Bereich, namentlich bei Arbeits- und Wohnungssuche. Ob die gegenwärtige Norm auch diesen Bereich abdeckt, wird von Strafrechtsexperten unterschiedlich beurteilt. Basis für eine entsprechende Gesetzgebung kann das Diskriminierungsverbot (Art. 8) der neuen Bundesverfassung bieten.
- Zum Schutz der Opfer sollte die Schweiz Art. 14 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung signieren, der das individuelle Beschwerdeverfahren ermöglicht. Im Lichte des zunehmend verstärkten Organisationsgrades rechtsextremer Gruppen sollte eine Aufhebung des Vorbehalts der Schweiz zu Art. 4 des Internationalen Übereinkommens in Erwägung gezogen werden. Auf dieser Basis könnte die Mitgliedschaft in entsprechenden Organisationen zur Ahndung gelangen.
- Im Falle einer Revision des BWIS (Bundesgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit) oder eines Bundesratsbeschlusses über die Beschlagnahmung von Propagandamaterial setzt sich die EKR für eine möglichst eindeutige Umschreibung der zu ahndenden Schriften und Güter als solche rassistischen und rechtsextremistischen Inhalts ein.

#### Politik

- Politiker und Politikerinnen sind aufgefordert, klare Aussagen zu machen, etwa, dass Fremde, Andersfarbige, Angehörige von Minderheiten geschützt werden müssen, weil sie zu uns gehören. Dass man nie und niemals tolerieren könne, wenn sie bedroht und diffamiert werden: «Wir schützen Fremde, Andersfarbige, Angehörige von Minderheiten. Sie gehören zu uns und wir tolerieren nicht, dass man sie diffamiert und bedroht.»
- Es darf keine politischen Äusserungen geben, welche auf Diffamierung und Ausgrenzung beruhen und unterschwellig Aggressionen schüren.

Die EKR empfiehlt, dass sich Politikerinnen und Politiker, aber auch Parteien einer Ethik gegen Rassismus verpflichten, etwa in Form einer Charta (die es auf europäischer Ebene bereits gibt).

#### Information und Prävention

Frühzeitig einsetzende Präventionsarbeit ist ein besonderes Anliegen der EKR. Diese muss interdisziplinär geschehen und Jugendarbeit, Schule, Elternhaus, Sozialpädagogik, Polizei, Gemeinwesenarbeit und Behörden auf Gemeindeebene vernetzt umfassen. Es geht darum, die Attraktivität rechtsextremer Gruppierungen zu brechen, sinnvolle Alternativen zu bieten und eventuell zum Ausstieg aus einer Gruppierung zu verhelfen. Den jungen Menschen soll die Bedeutung der menschenverachtenden Politik der Nazizeit bewusst gemacht werden und es soll eine Diskussion um Werte, um Vorstellungen von männlicher Stärke usw. geführt werden.

#### Opferberatung, Konfliktintervention und Ausstiegshilfen

- ▶ Die EKR fordert leicht zugängliche Anlaufstellen für Opfer, für Zeugen, für Verunsicherte, für Eltern und das beobachtende Umfeld.
- Mitläufern müssen Ausstiegshilfen geboten werden, was aber nicht im Widerspruch zur Verfolgung von Straftaten stehen soll. Auch betroffene Eltern müssen Unterstützung erhalten.
- ▶ Die EKR empfiehlt, ein landesweites Nottelefon mit einer einheitlichen Nummer und lokalen Konfliktbearbeitungsteams (vgl. das Beispiel SOS Racisme in Frankreich) zu finanzieren.
- ▶ Ombudsstellen auf kantonaler Ebene können einen Teil der nötigen Beratung erfüllen. Bis heute gibt es lediglich sechs Ombudsstellen für Konflikte zwischen Einwohnern und der Verwaltung auf kantonaler und kommunaler Ebene.
- Angebote zur Konfliktintervention sollten bereitgestellt werden interdisziplinär, interinstitutionell (Sozialarbeiter, Polizei, Pädagogen, Soziologen etc.), kantonal oder interkantonal aufgezogen. Der Übergang von Krisenintervention, Opferberatung, Mediation bis zu Ausstiegshilfen auf Täterseite kann fliessend sein, d.h., es muss eine einvernehmliche Zusammenarbeit bestehen.

#### Schulen

▶ Die EKR fordert die Schulleitungen und Lehrpersonen auf, präventiv zu handeln, wenn Anzeichen von Extremismus oder Rassismus auftauchen, und nicht zuzuwarten, bis Gewalt aufbricht. Sie fordert die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren auf, sich um die konkrete Umsetzung der Empfehlung von 1991 gegen Rassismus zu bemühen und

- eine neue Empfehlung zum Thema «Rechtsextremismus» auszuarbeiten, welche an diese anschliesst. Die Präventionsarbeit für die Zielgruppe Lehrlinge ist auszubauen.
- Interkulturelle Erziehung ist ein wichtiges Element der Prävention gegen Rechtsextremismus, indem sie uns für die Vielfalt und Verschiedenartigkeit der Menschheit sensibilisiert. Zusätzlich ist aber antirassistische Erziehung nötig, die lehrt, die Bewegungsmomente von Vorurteilen und Diskriminierung in uns selber zu erkennen und mit Hass und Gewaltbereitschaft umzugehen.

#### Bundesebene

- Eine Aufstockung des Sekretariats der EKR zu einer ständigen Geschäftsstelle des Bundes ist anzustreben, damit dieses den steigenden Ansprüchen und seiner Koordinationsfunktion gerecht werden kann. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe soll sich langfristig mit der Umsetzung der jetzt vorgebrachten Vorschläge von Seiten des Bundes beschäftigen. Die Unterstützungsmassnahmen des Bundes an die Kantone in diesem Bereich müssen verstärkt werden.
- ▶ Es soll ein Fonds bzw. eine Stiftung geschaffen werden, welche/r es ermöglicht, gezielt grössere, aber auch kleinere aus der Bevölkerung stammende Projekte zu fördern.

#### Kantonale Ebene

- ▶ Die EKR empfiehlt, in allen Kantonen zur Extremismus- und Rassismusbekämpfung regierungsrätliche Kommissionen einzusetzen, mit einem Mandat zur Beobachtung und Berichterstattung. Die Anlaufstellen der Kantone sollen zügig realisiert und nach 5 Jahren evaluiert werden.
- Als klares Zeichen dafür, dass der Staat keinen Rassismus duldet und alle Menschen, die in unserem Land leben, zu schützen gewillt ist, muss die Polizei die gesellschaftliche Realität auch durch ihre Zusammensetzung widerspiegeln, wie dies in St. Gallen gefordert wird und auf europäischer Ebene bereits seit einigen Jahren zur Diskussion steht (Charta von Rotterdam vom 1. Juni 1996: Polizeiarbeit im Dienst der multiethnischen Gesellschaft).

#### Forschung, Bereitstellung von Daten

- ▶ Die EKR empfiehlt, ein nationales Forschungsprogramm zum Thema «Rassismus und Rechtsextremismus» zu lancieren.
- Datenbanken und Informationszentren für Experten, für Kursangebote, Schulungen, Vorträge, Treffen zwischen Gruppierungen, mit potenziellen



Opfern sollten mit öffentlicher Finanzierung erstellt werden.

#### Alltagsrassismus und Eigenverantwortung

- Menschen können in Familie und Schule lernen, Zivilcourage zu üben und Verantwortung zu tragen gegenüber dem Phänomen «Rassismus». Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, Diffamierungen verbaler Art und erst recht gewalttätigen Drohungen entgegenzutreten und nicht verschämt oder verängstigt zu schweigen.
- Um Rechtsextremismus abzuwehren, braucht es auch ein Minimum an Kenntnissen, was Zeichen, Embleme usw. betrifft. Zur Förderung dieses Bewusstseins kann eine breite Sensibilisierungskampagne dienen.

#### Leitbilder und «Codes de conduite»

- Die EKR empfiehlt Standesorganisationen, Verbänden, Berufsorganisationen – gerade auch der ausführenden Berufe wie Polizeibeamte, Lehrer/innen, Schalterbeamte -, Leitbilder zu erarbeiten, einen Wertekatalog aufzustellen und die Zugehörigen darauf zu verpflichten. Auch die Ausbildung hat den Zielen des Leitbildes zu entsprechen und die Wertediskussion mit einzubeziehen.
- Medien müssen ihre Berichterstattung immer wieder daraufhin prüfen, inwiefern sie damit rechtsextremes und rassistisches Gedankengut unkritisiert verbreiten und derart zur indirekten Propaganda missbraucht werden.

7. SEPTEMBER 2000



## Position de la CFR sur les débats actuels autour de l'extrême droite

#### 1. Evaluation de la situation

L'extrémisme de droite n'a rien de nouveau. A cet égard, il convient tout d'abord de différencier l'extrémisme verbal et idéologique d'une part et ses formes violentes et contraires à la loi d'autre part. Alors que le premier se situe encore dans les grandes lignes dans la légalité et respecte les principes de la démocratie, il peut à plus d'un point de vue être considéré comme le précurseur d'autres formes plus extrêmes. Quant au second, il se positionne clairement en dehors du cadre légal (révisionnisme) et combat l'Autre et la société en général par des actes de violence (néonazis et skinheads). L'entrée en vigueur de la norme pénale antiraciste, qui permet progressivement de faire taire les adeptes du négationnisme (négation de l'existence des chambres à gaz), n'a pas empêché au cours de ces dernières années la montée de sentiments xénophobes, ni les actes et paroles visant à attiser ces sentiments. La CFR estime que c'est là une des raisons principales de l'augmentation des activités des groupes d'extrême droite adeptes de la violence ainsi que de leur degré d'organisation et plus particulièrement de leur insolence.

La CFR considère la situation inquiétante, voire menaçante pour les victimes potentielles. Alors que les médias parlent surtout des auteurs d'actes de racisme, ils passent quasiment sous silence la situation dans laquelle se trouvent les victimes potentielles personnes «de couleur» ou non conformes à la «norme» - qui ne peuvent plus se déplacer librement et sans crainte.

Par conséquent, la résolution du problème de l'extrême droite ne peut pas se limiter à une discussion sur les événements survenus au Rütli lors des festivités du premier août. Il suffit pour s'en convaincre de penser aux problèmes rencontrés à St-Gall et à la montée des tensions dans une commune où les radicaux de droite ont un point de rencontre. Il ne faut par ailleurs pas négliger non plus l'influence des pays voisins. Le racisme est un phénomène ancré depuis fort longtemps dans toutes les couches de la population. C'est la raison pour laquelle la CFR remonte très loin dans le temps pour son évaluation de la situation actuelle et qu'elle prend aussi en considération les débats publics qui l'accompagnent depuis toujours.

Les actes et les discours extrémistes ne peuvent exister que dans un environnement où ils sont acceptés ou du moins tacitement tolérés. Un discours politique qui persiste à accepter, voire à promouvoir l'exclusion de certains êtres humains et à recourir à des images péjoratives pour certains groupes de la

population dénature le débat et instaure de manière sournoise un effet d'exclusion. Ainsi, toute discussion sur la politique des étrangers inclut inévitablement des notions telles que l'invasion, l'incompatibilité culturelle, la prédisposition raciale à la violence, l'incapacité de s'intégrer, la criminalité des étrangers.

L'extrémisme de droite ne doit pas, comme on a trop tendance à le faire à l'heure actuelle, donner lieu à des généralisations. Aucune solution unique ne peut par exemple résoudre tous les problèmes et les conflits survenus au cours des ces derniers mois. L'analyse de ce mouvement doit bien plus tenir compte des divers contextes psychologiques, économiques, sociaux, historiques et culturels de chacun. Aucune solution ne peut être efficace si elle ne tient pas compte également de la réalité suisse, à savoir la structure fédérale, le principe de subsidiarité, les différences linguistiques, les clivages entre partis politiques, l'organisation de la société civile, la responsabilisation de l'individu. Si les coups d'éclat et les grandes déclarations font certes de bons titres à la une, ils ne vont pas suffisamment en profondeur, de l'avis de la CFR.

### 2. Que fait la CFR?

La CFR s'occupe du racisme, de l'antisémitisme et de la discrimination dans leur contexte global, qui inclut notamment le mouvement d'extrême droite. Depuis sa création, elle s'est attachée à résoudre de différentes manières les problèmes relevant de l'apparition de l'extrême droite et de la prévention dans ce domaine. En voici quelques exemples:

Politique des étrangers: les critiques de la CFR au sujet du «modèle des trois cercles» (1996) reposent sur la constatation que les quotas imposés par la loi pour certains groupes de personnes favorisent la xénophobie et le racisme. Dans son rapport sur la séparation des classes au niveau scolaire («Des classes séparées?», 1999), la CFR s'est opposée aux tendances ségrégationnistes et à une division des classes ordonnée par l'administration.

Racisme au quotidien et responsabilité individuelle: dans sa campagne «Les belles apparences» (1997), la CFR incite à faire plus de cas du «racisme au quotidien» et à ne pas passer sous silence les cas de discrimination.

Antisémitisme: dans son rapport intitulé «L'antisémitisme en Suisse» (1998) ainsi que dans le communiqué de presse sur le réveil de l'antisémitisme suite à la discussion sur l'holocauste (janvier 1997) et celui sur l'incitation à une distanciation claire vis-à-vis de l'antisémitisme comme une tâche permanente par le monde politique (octobre 1999),

la CFR considère l'antisémitisme comme une constante dangereuse de notre société et comme un élément fondamental de toutes les agitations d'extrême droite. La CFR énumère notamment dans son rapport une longue liste de mesures préventives pouvant être prises à tous les niveaux de la société

Coordination du travail: le travail d'équipe accompli par tous ceux qui œuvrent contre le racisme et l'extrémisme de droite ne se reflète pas seulement dans la structure de la CFR, mais aussi dans les activités organisées. On peut citer par exemple des journées thématiques (rencontre de toutes les ONG actives dans le domaine des droits de l'homme, des séances régulières avec des représentants de tous les cantons, des efforts de coordination pour un numéro de téléphone gratuit unique en Suisse pour les victimes d'actes racistes) et un bulletin semestriel thématique, TANGRAM, permettant aux ONG et aux scientifiques concernés de s'exprimer. L'édition de l'automne 2000, notamment, est entièrement consacrée aux organisations qui œuvrent pour la lutte contre le racisme en Suisse.

Action au niveau cantonal: depuis sa création, la CFR s'emploie à entretenir des contacts avec les cantons afin de rendre les autorités attentives au problème du racisme, de l'antisémitisme et de l'extrémisme. En 1999, elle a demandé aux cantons de créer des antennes chargées de traiter les plaintes et les conflits pour discrimination sociale. Les cantons ont répondu favorablement à cette demande et ont requis à leur tour de la part de la CFR des conseils spécialisés et des cours de formation pour la mise sur pied de ces antennes. A cet effet, la CFR a organisé en juin 2000 une journée d'information à l'occasion de laquelle cinq organisations actives dans le domaine des conseils en matière de conflits ont présenté leurs activités aux personnes de contact des divers cantons. A la demande de ces dernières, la CFR dressera en automne 2000, en collaboration avec d'autres services fédéraux, un modèle d'organisation pour ces antennes cantonales comportant différentes variantes.

Intervention en cas de conflit: la CFR reçoit fréquemment des demandes d'aide de la part d'écoles, de communes et d'organisations privées et étatiques. Il s'agit notamment de les aider à gérer les conflits et à prévenir le racisme ainsi qu'à leur proposer des cours de formation en la matière. La CFR agit dans la mesure de ses possibilités limitées en assurant notamment une fonction de coach et en s'employant à trouver des organisations qui puissent assumer les tâches requises de manière permanente.

Analyse politique: au printemps 2000 déjà, la CFR s'est attaquée de manière approfondie au problème de l'extrémisme de droite en créant un groupe de travail.



### 3. Analyse des débats publics

Depuis le 1er août 2000, la CFR surveille de près les débats rapportés par les médias. Les propositions visant à maîtriser le mouvement d'extrémisme de droite sont axées sur les points suivants:

Contrôle et répression: contrôle par les organes de police, augmentation des effectifs de police au niveau fédéral, collaboration accrue de la police au niveau des cantons et de la Confédération, élargissement de la protection de l'Etat, renforcement de la surveillance et des contrôles de personnes, renforcement des contrôles aux frontières, contrôle de l'Internet en Suisse et à l'étranger, application systématique des dispositions de la norme pénale antiraciste.

Mesures légales: élargissement de la norme pénale antiraciste aux déclarations et aux manifestations à caractère privé, définition de nouveaux actes délictueux (interdiction de signes et de gestes nazis ou racistes, par ex.), création de bases légales pour la confiscation du matériel de propagande, interdiction des partis d'extrême droite.

Information et prévention: prise de position claire des personnalités politiques ainsi que des autorités, campagnes d'information, mesures préventives dans les écoles.

Quid des victimes? Aucun rapport ne se penche sur la façon dont elles – et notamment les personnes de couleur mais aussi les membres de minorités religieuses ou ethniques - vivent l'escalade de la violence et les débats houleux qui agitent le pays dans son ensemble. L'Etat de droit est le seul à être cité comme victime d'actions extrémistes. Mais il ne faut pas oublier qu'il s'agit en premier lieu d'êtres humains. Les idéologies néonazies ne constituent pas seulement un risque pour la démocratie, elles représentent d'abord un mépris de l'être humain et menacent certaines personnes dans leur intégrité physique et morale. L'Etat de droit doit protéger tous les être humains et notamment ceux qui appartiennent à des minorités. Si ces dernières ont le droit d'être protégées, elles ne peuvent pas assurer leur propre protection. Outre l'Etat, c'est donc à la société d'assurer une protection à chacun de ses membres.

Les questions suivantes méritent plus d'attention: Quels effets des déclarations de personnalités politiques en faveur des étrangers et des minorités pourraient-elles produire? Comment mettre sur pied des campagnes d'information? Qu'est-ce qui se fait à l'heure actuelle dans les écoles et que faudrait-il faire de plus? Qui est en mesure de conseiller les communes confrontées au problème du racisme? En quoi l'extrémisme de droite et le néonazisme sont-ils attrayants pour les jeunes et comment peut-on combattre les radicaux de droite autrement que par la

répression? Comment faire la distinction entre le «noyau dur» du mouvement et ceux qui se sont laissé embrigader?

Du point de vue de la CFR, on ne s'est pas suffisamment interrogé pour savoir dans quelle mesure les querelles politiques et notamment celles portant sur les étrangers et la politique d'asile contribuent à préparer le terrain aux déclarations extrémistes. Par ailleurs, le fait de ne pas dénoncer des déclarations diffamantes légitime dans une certaine mesure les actes xénophobes et antisémites qui peuvent en découler. Il ne faut pas oublier que l'extrémisme de droite ne se limite pas à la xénophobie et à l'antisémitisme mais qu'il a pour but de combattre par la violence toute personne ou idée considérée comme différente ou contraire aux siennes. Les réflexions relatives aux possibilités de renforcer le courage civique des citoyens face aux actes et aux déclarations d'extrême droite ne sont pas non plus suffisamment approfondies. Lorsque les médias rapportent des propositions concrètes de gestion des conflits, c'est le plus souvent à l'initiative de la CFR.

Sur la base de son analyse, la CFR dénonce l'utilisation de l'extrémisme de droite et de quelques déclarations fracassantes de certains radicaux de droite pour alimenter un débat médiatique éphémère sans promouvoir parallèlement une politique antiraciste durable.

### 4. Que fait-on? Que reste-t-il à faire?

Que fait-on?

La CFR insiste sur le fait que de nombreux cercles, civils, religieux ou étatiques s'emploient actuellement et depuis un certain temps à combattre avec compétence l'extrémisme de droite et ses principales manifestations que sont la xénophobie, le racisme, l'antisémitisme et la violence. Au début de l'année, le Conseil fédéral a créé un groupe de travail interdépartemental chargé d'établir un programme de prévention et de sensibilisation dans le domaine des droits de l'homme, visant à prévenir l'antisémitisme, le racisme et la xénophobie et à rendre attentif aux préoccupations des groupes de personnes faisant l'objet de discrimination. Il a en outre proposé 10 millions de francs pour des projets tiers. Le groupe de travail lui soumettra ses propositions au début de l'année 2001.

De nombreuses initiatives portant sur la prévention, l'information, la sensibilisation et l'intervention en cas de conflit dans le domaine du racisme sont actuellement en cours. Voici quelques exemples des principaux domaines abordés:

Politique des étrangers: petit à petit, des commissions, des institutions spécialisées et des médiateurs sont mis en place au niveau cantonal et com-

munal. Des modèles d'intégration sont par ailleurs établis afin de promouvoir la cohabitation des autochtones et des immigrés comme une opportunité plutôt qu'une menace pour la Suisse de demain. Cette cohabitation pacifique acquiert aussi une importance nouvelle dans les documents de l'administration fédérale en tant qu'objectif de l'intégration politique.

Ecoles: dans le domaine scolaire, la CFR a pris clairement position dans sa recommandation de 1991. Que ce soit dans le cadre du programme didactique ou au niveau des conseils pour la gestion des conflits et des actes de violence, les cantons, les communes et les diverses écoles ne ménagent pas leurs efforts. Il convient notamment de souligner le formidable investissement personnel dont font preuve certains enseignants pour intégrer par les biais les plus divers ces thèmes au programme des cours. Le concept de l'éducation pluriculturelle, promu dans certains cantons, sert également de prévention contre l'extrémisme de droite. Les écoles professionnelles ont elles aussi reconnu l'importance de la problématique du racisme et de l'extrémisme de droite.

Sensibilisation: un grand nombre d'organisations religieuses et laïques organisent des manifestations en tout genre pour sensibiliser la population au problème.

Recherche: dans certaines universités et instituts de recherche, l'extrémisme de droite fait de plus en plus souvent l'objet de projets de recherche dont les résultats sont ensuite publiés.

Conseils aux victimes et gestion des conflits: outre les services de conseil pour conflits pluriculturels, qui existent depuis de nombreuses années, diverses organisations mettent en place des infrastructures et se constituent un certain savoir-faire en la matière.

### Que reste-t-il à faire?

Uniformiser les prestations au niveau national: les prestations citées ci-dessus constituent une offre diversifiée à plusieurs niveaux, dont on ne peut que se réjouir. Il n'en reste pas moins que ces prestations varient considérablement selon les régions et les cantons, au point d'être quasiment inexistantes dans certains cas. De nombreuses communes et institutions sont à la recherche d'informations, de conseils, de personnes de contact et de cours de formation, notamment en période de crise.

Au niveau individuel, les personnes qui se sentent victimes de discrimination ne savent pas comment s'en sortir ni où trouver quelqu'un qui puisse les conseiller de façon compétente.

Prévention en amont des crises: en matière de violence, de racisme et d'extrémisme, les entre-

prises, les institutions et les autorités ont tendance à ne prendre des mesures qu'en situation de crise, alors qu'un travail de prévention pourrait permettre d'éviter le problème.

Finances, continuité: les ONG ont d'ores et déjà accumulé une certaine expérience. Or une grande partie de ce savoir-faire se perd par manque d'institutionnalisation du problème et de fonds pour engager des spécialistes. La plupart de ces organisations ne peuvent ainsi pas proposer les prestations que la situation exige.

Le racisme ne fait l'objet de recherche qu'à titre ponctuel. Faute de continuité et d'une définition des priorités, on assiste là aussi à une perte de savoirfaire.

Information et coordination: disposant d'une vue d'ensemble des diverses prestations proposées, la CFR s'efforce d'assumer son rôle de coordinateur, dans la mesure de ses très faibles moyens. Faute de cohésion, la collaboration et la délégation des tâches en est cependant à ses premiers balbutiements. Ainsi, les autorités ne savent pratiquement rien des prestations des ONG et ces dernières ont toutes les peines du monde à parvenir jusqu'aux autorités avec leurs prestations.

Collaboration permanente: la méfiance réciproque et les inquiétudes des services étatiques et privés font obstacle à la collaboration. Cette situation devient particulièrement problématique en cas d'intervention contre des jeunes d'extrême droite faisant preuve de violence, lorsque seule une action à large spectre incluant la répression, la lutte contre les causes du mal et la resocialisation pourrait être efficace.

### 5. Recommandations de la CFR

Le problème, dont les causes sont multiples, se pose à plusieurs niveaux: sa résolution exige par conséquent une approche différenciée et surtout axée sur le long terme. La CFR est convaincue que l'extrémisme de droite ne saurait être combattu efficacement par le recours à des mesures ponctuelles ou à caractère uniquement répressif.

Or un travail en profondeur contre l'extrémisme, le racisme et la violence exige de la part des personnalités politiques et des autorités de ce pays une prise de position ferme, aujourd'hui mais aussi demain, lorsque l'intérêt médiatique, très élevé en ce moment, aura décru. Il leur faut être prêts à soutenir, voire à exiger l'introduction des mesures proposées et à s'engager pour débloquer les fonds nécessaires. Tout le reste n'est que poudre aux yeux et emplâtre sur une jambe de bois.

### Au niveau juridique

La CFR est convaincue que la norme pénale antiraciste doit être maintenue telle quelle, même s'il s'agit d'un article peu élaboré du code pénal. La police et les tribunaux ont renforcé son application ces dernières années. Aujourd'hui, il serait souhaitable de former et de sensibiliser les forces de police et l'appareil judiciaire à une pratique plus uniforme en matière de mise en accusation et de rapidité de juge-

Il est éventuellement envisageable de compléter l'art. 261 bis CP par un alinéa ter interdisant les symboles et les signes racistes et d'extrême droite.

- Fondamentalement, tout acte ou propos relevant du racisme ou de l'extrémisme de droite doit être réprimé de façon sévère et systématique. A chacun d'endosser la responsabilité de ses actes, un principe que les offres de resocialisation devraient elles aussi respecter.
- La CFR estime qu'il existe une lacune juridique quant à la discrimination dans la sphère privée, en particulier pour la recherche d'un emploi ou d'un logement. L'avis des experts juridiques diverge en effet quant à savoir si ces domaines sont concernés par la norme pénale actuelle. L'interdiction de discrimination qui figure à l'article 8 de la nouvelle constitution fédérale pourrait servir de base à une jurisprudence en la matière.
- La Suisse devrait, pour protéger les victimes, signer l'art. 14 de la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination sociale, qui permet l'ouverture d'une procédure de plainte individuelle. Au vu du degré d'organisation toujours plus poussé des groupes d'extrême droite, il serait judicieux que la Suisse reconsidère sa réserve au sujet de l'art. 4 du même accord international, ce qui permettrait de rendre passible de poursuites le fait d'appartenir à une organisation de ce type.
- En cas de révision de la LMSI (loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure) ou de promulgation d'un arrêté fédéral sur la saisie de matériel de propagande, la CFR se prononce en faveur d'une description la plus précise possible des écrits et autres biens à contenu raciste ou d'extrême droite concernés.

### Au niveau politique

Les personnalités politiques ont à affirmer clairement que les étrangers, les personnes de couleur et les membres de minorités doivent être protégés parce qu'ils ont leur place chez nous, et qu'on ne saurait tolérer qu'ils fassent l'objet de menaces ni de diffamation: «Nous protégeons les étrangers, les personnes de couleur et les membres de minorités. Ils font partie de notre communauté et nous ne tolé-

- rons pas qu'ils fassent l'objet de menaces ni de diffamation.»
- Aucune déclaration politique basée sur la diffamation ni l'exclusion ou encourageant à mots couverts l'agression ne doit être tolérée.
- La CFR recommande que les personnalités politiques, mais aussi les partis, adoptent une éthique antiraciste, qui pourrait être concrétisée par exemple sous forme d'une charte (celle-ci existe par ailleurs déjà au niveau européen).

### Information et prévention

La prévention à un stade précoce constitue l'un des principaux chevaux de bataille de la CFR. Pour être efficace, elle doit être pluridisciplinaire et faire intervenir en synergie animation de la jeunesse, école, parents, pédagogie sociale, police, travail communautaire et autorités communales. Il s'agit de battre en brèche l'attrait que peuvent exercer les groupes d'extrême droite en proposant des alternatives intéressantes, voire d'aider certains jeunes à faire machine arrière. L'idée est de leur faire prendre conscience de la portée du mépris pour l'être humain véhiculé par l'idéologie nazie et de lancer une discussion sur les valeurs défendues, la conception de la virilité, etc.

Défense des victimes, conseil et intervention en cas de conflit, aides permettant de sortir du mouvement

- La CFR demande que soient créées des antennes d'accès facile pour les victimes, les témoins, les personnes qui se sentent menacées, les parents et toute autre personne concernée.
- Il faut aider ceux qui se sont laissé embrigader dans ce mouvement à en sortir, sans renoncer pour autant aux poursuites judiciaires. Il faut aussi soutenir les parents concernés.
- Elle recommande que soit financé et mis en place un service téléphonique d'urgence, avec un numéro d'appel unique pour toute la Suisse et des équipes locales pour la résolution des conflits (sur le modèle de SOS Racisme en France).
- Les organes de médiation mis en place au niveau cantonal peuvent répondre à une partie de la demande générée. Il n'existe aujourd'hui, au niveau tant cantonal que communal, que six organes de ce type pour la résolution des conflits entre habitants et administration.
- Il faudra également mettre sur pied au niveau cantonal, voire intercantonal, des services pluridisciplinaires et interinstitutionnels (travailleurs sociaux, fonctionnaires de police, pédagogues, sociologues, etc.) d'intervention en cas de conflit. Ceux-ci devront garantir une collaboration sans faille permet-

И

tant d'assurer aussi bien l'intervention en cas de crise que le conseil aux victimes, la médiation ou l'aide aux fauteurs de troubles souhaitant se désolidariser du mouvement.

#### **Ecoles**

- ▶ La CFR demande à la direction et au personnel enseignant des établissements scolaires d'entreprendre une action préventive dès les premiers signes d'extrémisme ou de racisme, sans attendre l'apparition de manifestations de violence. Elle demande à la Conférence suisse des directeurs de l'instruction publique d'insister sur l'application des recommandations de 1991 contre le racisme et de préparer une nouvelle recommandation, complémentaire à la première, au sujet de l'extrémisme de droite. Le travail de prévention au sein de la catégorie des apprentis doit être étendu.
- Une éducation pluriculturelle est un élément important de la prévention de l'extrémisme de droite, en ce sens qu'elle sensibilise à la variété et à la diversité. Mais il faut aller plus loin et proposer une éducation véritablement antiraciste, qui nous apprenne à reconnaître en nous-mêmes l'émergence de préjugés et de tendances discriminatoires, mais aussi comment réagir à la haine et à l'agressivité.

### Au niveau fédéral

- Il serait souhaitable que le secrétariat de la CFR obtienne le statut d'organe permanent de la Confédération afin de pouvoir répondre aux besoins croissants et assumer correctement ses fonctions coordinatrices. Un groupe de travail interdépartemental devrait être mis en place pour assurer la mise en pratique des propositions avancées actuellement par la Confédération. Les mesures de soutien accordées dans ce domaine aux cantons par la Confédération doivent être renforcées.
- ▶ Il faudrait également créer un fonds ou une fondation pour soutenir de façon ciblée des projets d'envergure, mais aussi les projets de moindre envergure présentés par la population elle-même.

### Au niveau cantonal

- ▶ La CFR recommande, pour lutter contre l'extrémisme et le racisme, d'instaurer dans chaque canton une commission du Conseil d'Etat chargée d'un mandat d'observateur et de rapporteur. Les antennes cantonales devraient être mises en place rapidement et faire l'objet d'une évaluation après 5 ans.
- Pour exprimer de façon tangible que l'Etat ne tolère pas le racisme et entend protéger tous ceux qui vi-

vent dans notre pays, il faudrait que la police reflète, par la composition même de ses effectifs, la réalité sociale. Cela a déjà été demandé à St-Gall et fait depuis quelques années l'objet de discussions au niveau européen (Charte de Rotterdam du 1<sup>er</sup> juin 1996: le travail de la police dans une société multiethnique).

### Recherche et statistiques

- ▶ La CFR recommande de lancer, à l'échelle nationale, un programme d'étude sur le racisme et l'extrême droite.
- L'Etat devrait également financer et mettre sur pied des bases de données et des centres d'information accessibles aux experts, des offres de cours ou de formation, des conférences, ainsi que des rencontres entre différents organes ou avec les victimes potentielles.

### Racisme ordinaire et responsabilité individuelle

- ▶ Chacun peut apprendre, dans sa famille ou à l'école, à exercer son courage civique et à prendre ses responsabilités pour lutter contre le racisme. Il devrait être tout naturel d'oser s'élever fermement contre les insultes de toutes sortes et les menaces de violence, au lieu de laisser la honte ou la peur nous réduire au silence
- ▶ La lutte contre l'extrémisme de droite suppose un minimum de connaissances concernant les symboles, emblèmes, etc. Une vaste campagne de sensibilisation pourrait stimuler cette prise de conscience.

### Modèles et codes de conduite

- ▶ La CFR recommande aux organisations sociales et professionnelles ainsi qu'aux associations en particulier celles qui représentent des professions ayant une forte valeur de modèle telles que policier, instituteur ou employé de guichet de mettre en place des codes de conduite défendant certaines valeurs, et de demander à leurs membres de s'y conformer. Ce code de conduite et cette réflexion sur les valeurs défendues doit intervenir dès la phase de formation.
- ▶ Il est du devoir des médias de s'interroger en permanence sur leur façon de présenter l'information et de s'assurer qu'ils ne sont pas en train, par ce biais, de reproduire sans discernement des idées racistes ou d'extrême droite qui pourraient être vues comme de la propagande indirecte.

7 SEPTEMBRE 2000





### Parere della CFR in merito al dibattito in corso sulle attività dei gruppi di estrema destra

### 1. Valutazione dei fatti

L'estremismo di destra non è un fenomeno nuovo. È necessario separare l'estremismo verbale ed ideologico da quello che può sfociare in atti di violenza contrari alla legge. Il primo agisce in ampia misura nell'ambito della legalità, sfruttando quanto permesso dai principi democratici: sotto molti punti di vista spiana tuttavia il cammino a forme più estreme. Il secondo si situa chiaramente al di fuori delle norme legali (negazionismo) e si volge con violenza contro gli altri e contro la società nel suo insieme (neonazisti e skin-heads). Se, grazie alla norma penale contro il razzismo, il negazionismo (che nega lo sterminio di Auschwitz) perde mano a mano la sua virulenza, nel Paese si è accresciuta negli ultimi anni una predisposizione alla xenofobia, e viene anche fomentata. Secondo la CFR, questo è uno dei motivi principali per cui i gruppi di estrema destra disposti a ricorrere alla violenza aumentano le proprie attività, si organizzano in maniera più strutturata e soprattutto si presentano senza timori.

La CFR ritiene che la situazione sia molto seria, per le potenziali vittime senz'altro minacciosa. I mass media si soffermano soprattutto sulle intimidazioni degli estremisti, senza illustrare la quotidianità di quanti potrebbero diventarne vittima e che la paura limita ormai nella loro libertà di movimento, persone il cui colore della pelle forse è diverso oppure che si distinguono dalla massa per altre caratteristiche. È per questa ragione che il dibattito sull'estrema destra non può limitarsi a quanto successo il 1º agosto

sul Rütli: lo dimostra quanto avvenuto dopo, a San Gallo, e la crescente tensione in un comune nel quale gli estremisti hanno stabilito il loro ritrovo. Non deve neppure essere sottovalutata l'influenza dei Paesi limitrofi. Ci troviamo confrontati ad un problema complesso, presente da lungo tempo nella società. La CFR, valutando la situazione attuale, considera un arco di tempo più lungo e coinvolge nell'analisi il dibattito pubblico che vi ha avuto

Parole ed atti dell'estremismo di destra necessitano di un ambiente disposto ad ascoltare o quantomeno a tollerare in silenzio. Un discorso politico senza tregua, che tollera ed incoraggia l'esclusione: la ripetuta evocazione di immagini che denigrano alcuni gruppi di persone, influenza la discussione pubblica e dispiega lentamente un effetto discriminante. Ad esempio, in quasi ogni dibattito sulla politica degli stranieri compaiono formule come «ingente afflusso», «marea», «straripamento di argini», «incompatibilità culturale», «disposizione alla violenza insita nelle origini», «incapacità di integrarsi» oppure «criminalità straniera».

Non è possibile dare una valutazione globale dell'estremismo di destra, anche se oggi questo avviene correntemente, come non è possibile far sparire con formule generali tutti i problemi ed i conflitti insorti negli ultimi mesi. Piuttosto, l'analisi dell'estremismo di destra deve far confluire in maniera differenziata riflessioni derivate dalla psicologia dell'individuo, dalla situazione economica, sociale, storica e politica. Ogni soluzione può essere adeguata solo nella misura in cui tiene conto della realtà svizzera: il federalismo, il principio della sussidiarietà, la molteplicità linguistica, gli ambienti partitici e politici, le organizzazioni della società civile, la responsabilità personale. Conclusioni avventate e proposte di soluzione imposte possono riempire i titoli di un giornale, ma secondo la CFR non hanno conseguenze significative.

### 2. Cosa fa la CFR?

La CFR si occupa dell'insieme della problematica che comprende il razzismo, l'antisemitismo e la discriminazione. L'estremismo di destra ne fa parte. Dal momento della sua costituzione, la CFR ha analizzato in maniera differenziata la questione dell'insorgere e della prevenzione di fenomeni di estrema destra in settori quali

La politica degli stranieri: la critica della CFR al «modello dei tre cerchi dell'immigrazione» (1996) si basava sulla consapevolezza che l'esclusione di determinati gruppi, dettata dalle autorità, incoraggia la xenofobia ed il razzismo. Con il rapporto «Classi separate? Un dossier sulla richiesta di segregare i bambini di madre lingua straniera nella scuola» pubblicato nel 1999, la CFR ha criticato le tendenze segregazioniste volute per vie amministrative nella composizione delle classi scolastiche.

Il razzismo quotidiano e la responsabilità personale: con la campagna «La bella apparenza» (1997) la CFR ha incoraggiato a prestare più attenzione al «razzismo quotidiano» e a non sminuire l'importanza di casi di discriminazione.

L'antisemitismo: con il rapporto «L'antisemitismo in Svizzera» (1998), con il comunicato stampa sulle

7

nuove tendenze antisemite a seguito del dibattito sull'Olocausto nel gennaio 1997 e quello sulla richiesta alla classe politica di assumere il compito di distanziarsi chiaramente dall'antisemitismo nell'ottobre del 1999, la CFR affronta l'antisemitismo quale pericolosa costante della nostra società e quale elemento di base di tutte le manifestazioni dell'estrema destra. Nel suo rapporto la CFR ha pubblicato un lungo elenco di misure preventive da attuare a tutti i livelli della società.

I collegamenti: la composizione della CFR, e non solo questa, evidenzia il lavoro di cooperazione tra tutte le forze che si impegnano contro il razzismo e l'estremismo di destra. Ne sono altresì uno specchio le attività, come ad esempio le sessioni tematiche (gli incontri con tutte le ONG attive nel campo dei diritti umani, le riunioni ad intervalli regolari con i responsabili nei Cantoni, il coordinamento a favore di un indirizzo telefonico cui possano rivolgersi in tutta la Svizzera le vittime di atti di razzismo); il bollettino semestrale TANGRAM, ogni numero del quale è dedicato ad un argomento preciso in cui le ONG corrispondenti e gli studiosi possono esprimersi. Il numero dell'autunno 2000 è incentrato sulle organizzazioni svizzere attive contro il razzismo.

Relazioni con i Cantoni: sin dal momento in cui è stata creata, la CFR ha curato i contatti con i Cantoni al fine di concordare con i responsabili le misure di lotta contro il razzismo, l'antisemitismo e l'estremismo. Nel 1999 ha pregato i Cantoni di istituire centri di consulenza per le vittime e per i casi conflittuali. I Cantoni hanno risposto positivamente e si rivolgono alla Commissione per consigli e formazione al fine di creare tali centri. Per questa ragione, la CFR ha organizzato a giugno 2000 una giornata di informazione durante la quale cinque organizzazioni per la consulenza in caso di conflitto hanno presentato ai responsabili cantonali il proprio lavoro. Su richiesta dei responsabili cantonali, la CFR elaborerà per l'autunno 2000 un profilo di base con le varianti per i centri cantonali di assistenza alle vittime e la consulenza in caso di conflitto.

Gli interventi in caso di conflitto: La CFR riceve richieste di aiuto e di programmi da scuole, comuni, organizzazioni private e statali su come risolvere conflitti e prevenire l'insorgere di tendenze razziste. La CFR offre assistenza anche se le sue possibilità sono limitate, nella maggior parte dei casi assume una funzione di coaching e cerca di trovare organizzazioni in grado di assumere il compito in maniera permanente.

L'analisi politica: già nella primavera 2000, la CFR si è occupata in modo approfondito dell'estremismo di destra creando un gruppo di lavoro interno.

### 3. Analisi del dibattito politico

La CFR ha seguito il dibattito avviato nei mass media il 1° agosto. Le proposte per affrontare il problema dell'estremismo di destra si concentrano sui punti seguenti:

Controllo e repressione: controllo da parte degli organi di polizia, aumento del contingente di polizia federale, migliore collaborazione della polizia a livello cantonale e federale, protezione statale più ampia, osservazione più rigorosa e controllo più rigido delle persone, controllo più accurato delle frontiere, controllo di Internet in Svizzera ed all'estero, applicazione più severa della norma penale contro il razzismo.

Misure legali: estendere la norma penale sull'antirazzismo a dichiarazioni e manifestazioni in ambito privato, definire nuovi reati (ad es. divieto di simboli e gesti nazisti e razzisti), creare basi legali per il ritiro di materiale propagandistico, vietare la formazione di partiti di estrema destra.

Informazione e prevenzione: pareri chiari da parte di esponenti politici ed autorità, campagne di informazione, misure nelle scuole.

Poche sono state le notizie riguardanti le vittime. Sono rari gli articoli che si sono soffermati sulle potenziali vittime, in particolare le persone di colore, oppure appartenenti a minoranze religiose o etniche, che assistono alla violenza crescente nei loro confronti ed ai dibattiti in tutta la Svizzera. Ci si è concentrati soprattutto sullo Stato, quale vittima delle attività degli estremisti. Ma al centro dell'attenzione dobbiamo tuttavia porre sempre anche le persone. Le ideologie neonaziste non rappresentano un pericolo solo per la democrazia, in primo luogo esse denigrano esseri umani minacciandone l'integrità. Lo Stato ha il dovere di proteggere tutti i cittadini, ma in particolar modo quanti appartengono a minoranze. Questi ultimi hanno il diritto di essere protetti, ma non è in loro potere assicurarsi questa protezione. Oltre alla protezione da parte dello Stato, è dunque necessaria una protezione da parte della società a favore di tutti.

Non si è parlato molto neanche delle questioni seguenti: quali sono le conseguenze di dichiarazioni positive di esponenti politici sulla questione degli stranieri e delle minoranze? Come utilizzare le campagne di informazione? Cosa si fa già oggi nelle scuole, cosa manca? Chi può dare consigli a Comuni che devono affrontare questa problematica? Perché tanti giovani trovano interessanti l'estremismo di destra ed il neonazismo e come si possono affrontare gli estremisti con metodi diversi dal ricorso alla repressione? Come è possibile distinguere i fautori più convinti, gli irriducibili, del movimento dai semplici fiancheggiatori?

La CFR ritiene che non ci si sia soffermati abbastanza neanche su come i dibattiti politici sulla problematica degli stranieri e della concessione dell'asilo abbiano spianato la strada a dichiarazioni più estreme. Ma la mancata reazione a dichiarazioni diffamanti legittimano anche le violenze xenofobe o antisemite che ne conseguono. L'estremismo di destra comunque non si limita alla xenofobia ed all'antisemitismo, ma estende il confronto violento anche ad ogni persona o idea percepita come «diversa» o «contraria». Si è parlato anche troppo poco di come incoraggiare il coraggio civile della popolazione affinché possa opporsi agli attacchi verbali e fisici degli estremisti. Spesso, le proposte concrete di intervento in caso di conflitto annunciate dai mass media derivavano da posizioni diffuse dalla stessa CFR. In base all'analisi elaborata, la CFR mette in guardia dallo strumentalizzare gli estremisti di destra ed alcune loro manifestazioni appariscenti per un dibattito di breve vita senza al contempo sostenere una politica di lunga durata contro il razzismo.

#### 4. Cosa si sta facendo? Cosa deve essere ancora fatto?

Cosa si sta facendo?

La CFR fa notare come già da tempo gli ambienti della società civile, ecclesiastici e statali si occupino attivamente e con competenza dell'estremismo di destra e dei fenomeni che vi sono collegati, come la xenofobia, il razzismo, l'antisemitismo e la violenza. All'inizio dell'anno il Consiglio federale ha costituito un gruppo di lavoro interdipartimentale con il compito di elaborare programmi di prevenzione e sensibilizzazione nell'ambito dei diritti umani, della prevenzione dell'antisemitismo, del razzismo e della xenofobia e per accrescere la comprensione per le esigenze di gruppi discriminati. Inoltre ha messo a disposizione 10 milioni di franchi per progetti provenienti da terzi. Le proposte del gruppo di lavoro sono attese per l'inizio del 2001.

Molte sono le iniziative a favore della prevenzione, dell'informazione, della sensibilizzazione e dell'intervento in caso di conflitto. Qui di seguito alcuni esempi preminenti:

Politica degli stranieri: i Comuni ed i Cantoni stanno creando, ancora lentamente, ma con crescente impegno, commissioni, istituti specializzati e centri di mediazione; inoltre vengono elaborati profili per favorire l'integrazione al fine di incoraggiare attivamente la convivenza tra popolazione autoctona ed immigrati dimostrando come questa non rappresenti una minaccia, bensì un'opportunità per la Svizzera futura. Anche nei documenti ufficiali dell'amministrazione federale si accorda alla convivenza pacifica una nuova importanza, quale obiettivo della politica di integrazione.

Scuole: in ambito scolastico, la CDPE ha chiarito la propria posizione nel 1991 in una raccomandazione. Tanto nel quadro del programma didattico quanto nella consulenza in caso di conflitto e di violenze, le attività intraprese da Cantoni, Comuni e da singole scuole sono numerose. In particolare bisogna menzionare il notevole impegno personale di singoli insegnanti per inserire l'argomento nel programma didattico in modi svariati. L'idea dell'educazione interculturale promossa da alcuni Cantoni è un mezzo di prevenzione contro l'estremismo di destra. Anche le scuole professionali hanno preso coscienza della problematica del razzismo e dell'estremismo di destra.

Sensibilizzazione: numerose organizzazioni religiose e laiche offrono manifestazioni di tipo diverso al fine di sensibilizzare il pubblico.

Ricerca: presso le università e gli istituti di ricerca, gli studi a questo riguardo sono in aumento, seguiti dalle relative pubblicazioni.

Consulenza alle vittime ed intervento in caso di conflitto: oltre ai centri di consulenza per conflitti interculturali esistenti da anni, diverse organizzazioni ampliano le strutture ed approfondiscono il proprio *know-how* in materia.

Cosa deve essere ancora fatto?

La stessa gamma di offerte su tutto il territorio: l'elenco citato dimostra come la gamma di offerte fortunatamente sia ampia ai diversi livelli. Tuttavia l'offerta non è distribuita in maniera equilibrata tra regioni e Cantoni, alcuni dei quali hanno scarse proposte. Molti Comuni e molte istituzioni cercano informazioni, consulenza, persone da contattare e formazione, in particolar modo nel momento in cui insorge una crisi. Individualmente, le persone che si sentono vittime di una discriminazione non sanno come aiutarsi ed è difficile che trovino centri di consulenza cui rivolgersi.

Prevenzione, non solo soluzioni a crisi acute: le ditte, le istituzioni, le autorità tendono a divenire attive contro la violenza, il razzismo e l'estremismo solo in situazioni di crisi acuta, impedendo in tal modo un efficace lavoro di prevenzione.

Finanze, continuità: le ONG hanno potuto accumulare un notevole bagaglio di conoscenze al riguardo. Tuttavia perdono una buona parte del loro *know-how* poiché non possono permettersi di remunerare personale specializzato in numero sufficiente a causa della mancanza di fondi e di istituzionalizzazione. In questo modo la maggior parte di loro non può offrire quanto invece sarebbe necessario.

La ricerca si occupa del razzismo solo in determinate situazioni. Anche in questo caso si viene ad avere una mancanza di *know-how* perché non è possibile

7

concentrarsi per un lungo periodo su un argomento ben definito.

Informazione e collegamenti in rete: la CFR, grazie alla panoramica sulla vasta gamma di offerte, cerca di assicurare un coordinamento che purtroppo risulta essere molto limitato. Poiché i collegamenti in rete non esistono in quantità sufficiente, la collaborazione e la possibilità di delegare alcuni compiti non sono ancora del tutto sfruttate. In particolar modo le autorità sono molto poco informate sulle offerte delle ONG, mentre queste ultime a loro volta hanno difficoltà a far pervenire le loro proposte agli enti ufficiali.

Collaborazione permanente: in parte la collaborazione tra autorità e privati è ostacolata da diffidenze e timori di ambedue le parti, situazione che si rivela problematica soprattutto nell'affrontare giovani estremisti disposti ad usare la violenza: eppure, solo un modo di procedere globale, che comprenda la repressione quanto l'eliminazione delle cause e la risocializzazione può portare al successo.

### 5. Raccomandazioni della CFR

Un problema complesso, alla base del quale esistono svariati fattori, necessita di un approccio differenziato, ma soprattutto studiato su un lungo periodo, con soluzioni destinate a mantenere la propria validità nel tempo. La CFR ritiene che l'estremismo di destra non possa essere combattuto in modo puntuale o solo con la repressione.

Un lavoro approfondito contro l'estremismo, il razzismo e la violenza presuppone che gli esponenti politici e le autorità mantengano con chiarezza le proprie posizioni anche quando l'interesse dei mass media è scemato, continuando a sostenere ed affiancare le misure ed i finanziamenti proposti senza limitarsi a rispondere passivamente ad una situazione puntuale solo per dimostrare la propria presenza.

### Misure legali

- La CFR ritiene che la norma penale contro il razzismo debba essere mantenuta invariata, anche se si tratta di un articolo penale complicato. La sua applicazione da parte della polizia e della giustizia si è consolidata negli ultimi anni. Invece, si deve cercare di raggiungere una maggiore sensibilizzazione e formazione del corpo di polizia e della giustizia in modo da unificare gli atti di accusa ed accelerare la procedura decisionale.
  - Eventualmente l'articolo 261<sup>bis</sup> CP può essere completato con un capoverso *ter* che vieti simboli e gesti razzisti e di estrema destra.
- Violenze e dichiarazioni di stampo razzista o di estrema destra devono essere perseguite severamente

- senza esitazioni. Ogni individuo deve assumersi la responsabilità di tali azioni. Le offerte di risocializzazione devono basarsi su tali principi.
- ▶ La CFR ritiene che nella legge esista una lacuna per quanto riguarda la protezione di discriminazioni in ambito privato, in particolare nella ricerca del lavoro e dell'alloggio. Gli esperti del diritto penale tuttavia non danno una risposta univoca alla questione se le norme vigenti coprano anche questo settore. Il divieto di discriminazione di cui all'articolo 8 della nuova Costituzione può costituire la base di una nuova disposizione legale.
- Al fine di proteggere le vittime, la Svizzera dovrebbe ratificare l'articolo 14 della Convenzione internazionale sull'eliminazione di ogni forma di discriminazione razziale, il quale rende possibile la procedura individuale di ricorso. Visto il grado sempre più elevato di organizzazione dei gruppi di estrema destra, si dovrebbe prendere in considerazione il ritiro della riserva della Svizzera nei confronti dell'articolo 4 della Convenzione internazionale, in modo da rendere punibile l'adesione ad organizzazioni di questo genere.
- ▶ Se la LMSI (legge federale sulle misure per la salvaguardia della sicurezza interna) dovesse essere riveduta o se dovesse essere emanato un decreto federale sul sequestro di materiale di propaganda, la CFR si schiererebbe a favore di una descrizione molto precisa dei documenti e del materiale di contenuto razzista ed estremista da perseguire.

### Politica

- Gli esponenti politici sono chiamati a rilasciare dichiarazioni chiare affermando che stranieri, persone di colore, appartenenti a minoranze devono essere protetti in quanto sono parte della nostra società e che minacce e diffamazioni nei loro confronti non devono assolutamente essere tollerate: «Noi proteggiamo stranieri, persone di colore, appartenenti a minoranze. Queste persone fanno parte della nostra società e non tolleriamo che vengano diffamate o minacciate».
- Non devono essere rilasciate dichiarazioni politiche che fondano sulla diffamazione e sull'esclusione, incitando inconsciamente le aggressioni.
- ▶ La CFR raccomanda agli esponenti politici, ma anche ai partiti, di aderire ad un'etica antirazzista, eventualmente firmando una Charta (come quella già esistente a livello europeo).

### Informazione e prevenzione

La CFR propugna in modo particolare un'attività di prevenzione tempestiva e di carattere interdisciplinare in cui gli assistenti giovanili, la scuola, i geni-

tori, la pedagogia sociale, la polizia, la comunità, le autorità comunali possano interagire. Si tratta di rendere meno interessanti i gruppi di estrema destra e di offrire alternative intelligenti, aiutando eventualmente coloro che desiderano lasciare il gruppo. È necessario far capire ai giovani il significato denigrante della politica del nazionalsocialismo avviando un confronto sulle ideologie imperniate sulla forza maschile (ed i valori connessivi).

### Consulenza alle vittime, intervento in caso di conflitto, assistenza nel lasciare il gruppo

- La CFR chiede che vengano istituiti centri di facile accesso per vittime, per testimoni, per persone rese insicure, per genitori e per quanti assistono a fenomeni di questo tipo.
- Ai fiancheggiatori devono essere offerte possibilità al fine di uscire dall'ambiente, anche se questa misura non deve opporsi al perseguimento di reati. L'assistenza deve essere estesa anche ai genitori.
- Inoltre la CFR consiglia di finanziare un indirizzo telefonico unico valido in tutta la Svizzera e gruppi locali di esperti nei conflitti (cfr. ad esempio SOS Racisme in Francia).
- Possono far parte dei necessari progetti di consulenza anche i centri di mediazione cantonali. Tuttavia al momento esistono solo sei centri di questo tipo per conflitti tra popolazione ed amministrazione a livello cantonale e comunale.
- È necessario mettere a disposizione offerte di intervento in caso di conflitto con una cooperazione tra discipline ed istituzioni diverse (assistenti sociali, polizia, pedagoghi, sociologi, ecc.) a livello cantonale o intercantonale, contraddistinte da una metodologia di lavoro flessibile in cui l'intervento in caso di conflitto, la consulenza alle vittime, la mediazione e addirittura l'aiuto ad uscire dalla cerchia si affianchino in una collaborazione basata sulla comune intesa.

### Scuole

- La CFR chiede che le direzioni scolastiche ed il corpo insegnante si impegnino nella prevenzione non appena appaiano i primi sintomi di estremismo o razzismo senza attendere che la violenza esploda. Inoltre invita la Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione ad attuare concretamente la raccomandazione del 1991 contro il razzismo e di elaborarne una nuova sull'estremismo di destra, sulla scia della prima. Infine deve essere esteso il lavoro di prevenzione tra gli apprendisti.
- L'educazione interculturale rappresenta un elemento importante nella prevenzione dell'estremismo di destra ed amplia la nostra sensibilità per la gamma e la

varietà esistenti nella specie umana. In più, è necessaria un'educazione all'antirazzismo che insegni a riconoscere l'insorgere di primi sintomi di pregiudizio e discriminazione in noi stessi e ad affrontare l'odio e la predisposizione alla violenza.

### A livello federale

- È auspicabile trasformare la segreteria della CFR in un ente permanente della Confederazione, affinché questa possa soddisfare le crescenti richieste ed espletare la funzione di coordinamento in maniera adeguata.
  - Un gruppo di lavoro interdipartimentale dovrebbe affrontare a lungo termine il problema dell'applicazione delle attuali proposte da parte della Confederazione. In questo settore, è necessario consolidare le misure federali di appoggio ai Cantoni.
- Deve essere creato un fondo o una fondazione che renda possibile promuovere tanto progetti di più ampio respiro quanto quelli di dimensioni minori.

### A livello cantonale

- La CFR raccomanda di istituire presso tutti i Consigli di Stato cantonali delle commissioni di lotta all'estremismo ed al razzismo, con mandato di osservazione e rapporto. I centri cantonali devono essere realizzati al più presto e sottoposti ad una valutazione dopo 5 anni.
- Quale segno inequivocabile che lo Stato non è disposto a tollerare il razzismo e che invece è deciso a proteggere tutti coloro che vivono entro i suoi confini, il corpo di polizia deve riflettere la struttura sociale anche grazie alla sua composizione, come richiesto a San Gallo e come discusso a livello europeo già da alcuni anni (Charta di Rotterdam del 1º giugno 1996: il lavoro del corpo di polizia al servizio di una società multietnica).

### Ricerca, disponibilità di dati

- La CFR raccomanda di avviare un programma di ricerca nazionale sul razzismo e sull'estremismo di destra.
- Devono essere messi a disposizione fondi pubblici al fine di elaborare banche dati, creare centri di informazione per esperti, per offerte di corsi, per formazioni, per conferenze e per incontri tra gruppi con la partecipazione di potenziali vittime.

### Razzismo quotidiano e responsabilità individuale

A scuola ed in famiglia è possibile imparare ad agire con coraggio civile e ad assumersi responsabilità nei confronti dell'insorgere del razzismo. Dovrebbe essere ovvio opporsi a diffamazioni verbali e ancor più



- a minacce di violenza, invece di mostrare timore o restare in silenzio.
- Per opporsi all'estremismo di destra è necessario poter attingere ad un minimo di conoscenze al riguardo, saper distinguere segni, simboli, ecc. Un'ampia campagna di sensibilizzazione può aiutare a stimolare questa consapevolezza.

### Principi e codici di condotta

La CFR consiglia alle associazioni ed alle organizzazioni, anche a quelle professionali, in particolare in

- mestieri come quello di ufficiale di polizia, insegnante o impiegato di sportello, di elaborare profili e indicare valori cui debbano attenersi gli associati e da inserire nella formazione con dibattiti adeguati.
- ▶ I mass media devono esaminare costantemente i propri articoli per accertarsi di non diffondere in maniera acritica ideologie di estrema destra e razziste lasciandosi manipolare in tal modo a favore di una propaganda indiretta.

7 SETTEMBRE 2000



## Die EKR fordert transparente, faire und menschenwürdige Einbürgerungsverfahren

PRESSEMELDUNG

Anlässlich eines Podiumsgespräches zum Thema Einbürgerungen in der Schweiz an der Tagung des Schweizerischen Forums für Migrationsstudien in Neuchâtel fordert der Präsident der EKR, dass die Einbürgerungsverfahren so gestaltet sein müssen, dass sie keinen Raum für Diskriminierungen bieten und die Menschenwürde der Einbürgerungswilligen respektieren:

- ▶ Einbürgerungsverfahren müssen das Diskriminierungsverbot und das Willkürverbot der Bundesverfassung respektieren.
- ▶ Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, unabhängig vom Wohnort in der ganzen Schweiz gleich behandelt zu werden.
- Negative Einbürgerungsentscheide müssen schriftlich begründet werden und rekursfähig sein (dies ist bei stillschweigenden Parlamentsbeschlüssen und Urnenabstimmungen kaum möglich).
- ▶ Demokratische Grundrechte dürfen nicht zur Diskriminierung von Minderheiten missbraucht werden
- ▶ Einbürgerungsverfahren dürfen sich nicht anbieten, um auf dem Rücken Einbürgerungswilliger «Zeichen» des Unbehagens gegenüber (angenommenen) Missständen in der Ausländerpolitik bzw. der Asylpolitik zu setzen.

Die Menschenwürde und die Privatsphäre der Einbürgerungswilligen müssen geschützt werden (keine Kurzportraits in Abstimmungsbroschüren).

Diese Grundlagen für ein rechtsstaatlich einwandfreies Einbürgerungsverfahren entsprechen den Forderungen der Europäischen Konvention über Staatsangehörigkeit, die die Schweiz entscheidend mitgestaltet hat, bisher aber noch nicht unterzeichnen konnte.

Die Schweiz ist de facto ein Einwanderungsland. Eine offene Einbürgerungspolitik kann dazu beitragen, die Integration der Migranten und Migrantinnen in der Schweiz zu fördern und die so genannte «Ausländerproblematik» zu entschärfen:

Die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung ist gut in der Schweiz integriert, was der nominell hohe Ausländeranteil an der schweizerischen Bevölkerung aber nicht zum Ausdruck bringt. Eine Vereinheitlichung, Versachlichung und Straffung des Verfahrens und eine grosszügigere Möglichkeit der erleichterten Einbürgerung wäre ein Beitrag, diesen Anteil der ausländischen Bevölkerung zu reduzieren und so ihrer realen Integration anzupassen.

1. DEZEMBER 2000





### La CFR demande des procédures de naturalisation transparentes, justes et respectueuses de la dignité humaine

COMMUNIQUÉ DE PRESSE

A l'occasion de la conférence sur les naturalisations en Suisse organisée par le Forum suisse pour l'étude des migrations à Neuchâtel, le président de la CFR a demandé que les procédures de naturalisation soient conçues de sorte à ne laisser aucune place à la discrimination et à respecter la dignité des personnes désirant être naturalisées:

- Les procédures de naturalisation doivent respecter l'interdiction de la discrimination et l'interdiction de l'arbitraire inscrites dans la Constitution.
- Tous les êtres humains ont le droit d'être traités sur un pied d'égalité dans toute la Suisse, indépendamment de leur domicile.
- Les refus de naturaliser doivent être motivés par écrit et il doit être possible de faire appel de la décision (ce qui est quasiment impossible avec les votes aux urnes et les décisions sans explications des parlements).
- Les droits démocratiques fondamentaux ne doivent pas être détournés pour discriminer les minorités.
- Les procédures de naturalisation ne doivent pas servir d'exutoire en faisant payer aux personnes souhaitant être naturalisées les conséquences des prétendus abus de la politique de l'asile.

La dignité humaine et la vie privée des personnes demandant à être naturalisées doivent être protégées (pas de présentations même succinctes des personnes concernées dans les brochures électorales).

Ces bases pour des procédures de naturalisation respectueuses de l'Etat de droit satisfont aux exigences de la Convention européenne sur la nationalité que la Suisse n'a pas encore pu signer, même si elle a participé de manière décisive à son élaboration.

La Suisse est de facto un pays d'immigration. Une politique ouverte des naturalisations peut contribuer à promouvoir l'intégration des immigrés en Suisse et à dédramatiser ce qu'on appelle le «problème des étrangers»:

La majorité de la population étrangère est bien intégrée en Suisse, ce que ne montrent pas les chiffres sur la forte proportion d'étrangers par rapport à la population suisse. Une homogénéisation, une objectivisation et une simplification des procédures ainsi qu'une naturalisation facilitée permettraient de réduire le taux d'étrangers pour qu'il reflète leur intégration réelle.

1<sup>ER</sup> DÉCEMBRE 2000





### La CFR chiede procedure di naturalizzazione chiare, eque e dignitose

COMUNICATO STAMPA

In occasione di un convegno sulle naturalizzazioni in Svizzera organizzato dal *Forum svizzero per lo studio delle migrazioni* a Neuchâtel il presidente della CFR chiede che le procedure di naturalizzazione siano strutturate in maniera tale da non offrire spazio a discriminazioni e da rispettare la dignità dei richiedenti:

- Le procedure di naturalizzazione devono rispettare il divieto di discriminazione e di arbitrio ancorati nella Costituzione federale.
- Ogni persona ha il diritto di essere trattata come le altre, qualunque sia il luogo di residenza in Svizzera.
- Le decisioni di rifiuto a concedere la naturalizzazione devono essere motivate per iscritto ed essere impugnabili (raramente possibile nel caso di tacita delibera parlamentare e scrutini).
- Non deve essere fatto abuso dei diritti fondamentali democratici al fine di discriminare le minoranze.
- Le procedure di naturalizzazione non devono poter esser prese a pretesto per espressioni di disagio su situazioni ritenute riprovevoli nella politica degli stranieri e d'asilo; i richiedenti ne resterebbero ingiustamente penalizzati.

▶ La dignità e la sfera privata di quanti chiedono la naturalizzazione devono essere protette (divieto di pubblicare profili, anche brevi, nei volantini per le votazioni).

I principi summenzionati per un procedimento di naturalizzazione inequivocabile soddisfano ai criteri della Convenzione europea sulla cittadinanza. Fino ad oggi la Svizzera non ha potuto firmare questo accordo, nonostante abbia partecipato in modo attivo alla sua formulazione.

La Svizzera di fatto è un Paese d'immigrazione. Una politica aperta di concessione della naturalizzazione può contribuire a promuovere l'integrazione degli immigrati e a mitigare la cosiddetta «questione degli stranieri».

La maggioranza degli stranieri in Svizzera è bene integrata: questa realtà non traspare tuttavia da una mera statistica sul loro numero. Una uniformazione, razionalizzazione e semplificazione della procedura rappresenterebbero un contributo a ridurre la quota di stranieri nella popolazione rispecchiandone così l'effettiva integrazione.

1° DICEMBRE 2000



# Kommissionen erfreut über Ablehnung der 18%-Initiative

PRESSEMELDUNG

ZUSAMMEN MIT DER EIDGENÖSSISCHEN AUSLÄNDERKOMMISSION (EKA) UND DER EIDGENÖSSISCHEN FLÜCHTLINGSKOMMISSION (EKF)

Die Präsidien der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA), der Eidgenössischen Flüchtlingskommission (EKF) und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) begrüssen die klare Ablehnung der 18%-Initiative.

Damit zeigt sich, dass Einheimische und Ausländer/-innen zusammenleben können und wollen. Fremdenfeindliche Spannungen, wie sie in den letzten Monaten aufkamen, werfen immer wieder die Frage auf, wie die Zuwanderung gestaltet werden kann. Das Ergebnis vom Sonntag zeigt, dass auch die

Mehrheit der Bevölkerung keine starren Quoten will. Im Gegenteil: Die Kantone und Gemeinden, die höhere Ausländeranteile verzeichnen, haben sich besonders klar gegen die Initiative ausgesprochen. Dort, wo weniger Ausländerinnen und Ausländer leben, waren die Ängste grösser. Gefragt sind heute vermehrte Anstrengungen bei der Information und der Integration. Das Abstimmungsergebnis macht überdies eine weitere Entwicklung der Migrationspolitik mit grösserer Gelassenheit und Weitsicht möglich.

OKTOBER 2000

EKA EKF EKR R. SIMMEN J.-D. GERBER G. KREIS





### **Begrenzung von Volksrechten** durch übergeordnete Rechtssätze

GUTACHTEN DES BUNDESAMTES FÜR JUSTIZ

In Emmen und Pratteln wurden mittels Urnenentscheiden Einbürgerungsgesuche von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei gezielt abgelehnt, und in Versoix wurde das Referendumsrecht dazu missbraucht, der fahrenden Minderheit das Grundrecht auf die Wahl der eigenen Lebensform und damit letztlich das Existenzrecht abzusprechen (siehe Pressemeldung in TANGRAM Nr. 9).

Nach diesen Ereignissen gelangte die EKR an das Bundesamt für Justiz mit der Bitte, in einem Gutachten abzuklären, inwiefern ihre Befürchtungen, dass demokratische Grundrechte zur Diskriminierung von Minderheiten missbraucht werden, begründet sind und welche rechtsstaatlichen Massnahmen dagegen getroffen werden können. Im Folgenden drucken wir den vollen Wortlaut der Antwort ab.

### Mesdames, Messieurs,

Vous nous avez demandé un avis sur l'objet cité en titre. Dans votre lettre du 22 mai 2000, vous souhaitez que nous examinions en particulier la question de la compatibilité des résultats de certaines votations communales portant sur l'octroi de la naturalisation ou sur l'octroi d'emplacements de stationnement pour les Gens du voyage avec des normes de rang supérieur, qu'elles soient conventionnelles ou constitutionnelles; vous citez les exemples des récentes votations d'Emmen et de Versoix.

En accord avec vous, nous avons prolongé le délai pour vous faire part de nos réflexions, en raison non seulement d'un surcroît de travail, mais aussi afin de tenir compte de l'évolution de la doctrine et de la jurisprudence de ces derniers mois.

Nous n'établirons pas d'avis de droit circonstancié sur la question de la suprématie des droits fondamentaux sur l'exercice des droits politiques, et ce d'autant plus qu'un avis de droit a récemment abordé cette problématique en relation avec l'initiative communale zurichoise «Einbürgerungen vors Volk!».1 De même, nous n'avons pas estimé nécessaire de confier ce mandat à des tiers.

Nous examinerons dans quelle mesure les principes de l'activité de l'Etat régi par le droit2 et l'obligation de contribuer à la réalisation des droits fondamentaux<sup>3</sup> limitent le droit de référendum cantonal ou communal.

Après avoir brièvement rappelé l'étendue des droits Recongulation zur Frage der Giltigkeit der stadiziercherischen Volksimitative desidécisions populaites avec la parantie des desidepits fichi da Green e energina e la ville de Zerrita s'est de elle ri caprixi trictica e de droit pour declarer cette initiative irrecevable, cf. LE TEMPS du 19. 91, 2001. Octroyée en cas de décisions populaires problemaand the salches. Nous examinerons enfin la question de l'admissibilité des réglementations qui permettent de telles décisions (ch. 4).

### 1. Réglementation et portée des droits politiques

Les droits politiques sont garantis par la Constitution fédérale.4 La liberté de vote implique notamment la garantie du secret du vote et l'obligation faite aux autorités de formuler correctement les questions posées.5

Selon la formule jurisprudentielle, la garantie constitutionnelle reconnaît à tout citoyen la faculté d'exiger qu'aucun résultat de votation ou d'élection ne soit reconnu s'il ne traduit pas d'une manière fidèle et sûre la volonté librement exprimée du corps électoral; «la garantie que la Constitution fédérale donne au droit de vote n'est pas substantiellement différente selon que le citoyen s'exprime dans une votation ou à l'occasion d'une initiative ou d'une demande de référendum. (...) Lorsqu'il vote, qu'il adhère à une initiative ou qu'il signe une demande de référendum, le citoyen accomplit des actes certes distincts. Mais dans tous ces cas, il exprime sa volonté politique en tant que citoyen; l'expression de cette volonté doit être également libre».6

Le droit cantonal détermine l'étendue et le contenu des droits politiques aux niveaux cantonal et communal7, la Constitution fédérale se limite à exiger que les cantons prévoient l'initiative constitutionnelle et le référendum constitutionnel.8

Les compétences du corps électoral cantonal sont étendues; on peut distinguer les compétences constitutionnelles, législatives, administratives, financières, conventionnelles (au sens d'approuver des concordats ou des traités conclus par les cantons) et électorales.9 Le référendum obligatoire joue un rôle plus grand dans les cantons qu'il n'en joue sur le plan fédéral.10

Conçus comme ayant une fonction publique et comme un droit individuel<sup>11</sup>, les droits politiques sont protégés en premier lieu par le droit cantonal. Le droit fédéral participe cependant à la protection des droits politiques cantonaux en prévoyant la pos-

- sibilitést de saisir le Tribunal fédéral pour violation Message du Conseil fédéral du 20 novembre 1996 relatif à une nouvelle Constides Ctoits politiques 2 par un recours de droit pu-
- 6 htic 146 la 466 (471).
- La quatité pour recourir est largement reconnue. ART, 51 CSL; voir, par exemple, le message du Conseil fédéral du 28 avril 1999 «Out citoyen ayant le Groit de vote dans la Circons-concernan la garante de la constitution revisee des canons de Zurich. A Intercriptique question a qualité pour recourir en ma-

tière de référendum ou d'initiative». 14

### 2. Décisions populaires problématiques et garantie des droits fondamentaux

### 2.1 Décisions populaires problématiques

Les résultats de récents référendums portant sur l'octroi de la naturalisation apparaissent problématiques en regard du respect des principes de non-discrimination et d'interdiction d'arbitraire. Les résultats de la votation populaire d'Emmen ont notamment suscité une vague d'interventions parlementaires, dans la mesure où les demandes de naturalisation de 19 familles (sur 23) ont été rejetées, vraisemblablement en raison de l'origine ethnique des candidats. 15 Quant à la problématique des votations communales 16 portant sur l'attribution d'emplacements de stationnement ou de passage pour les Gens du voyage, elle est à replacer dans un contexte général de rejet indirect des Tsiganes et elle reflète probablement une peur des différences voire des préjugés sur l'ensemble des Tsiganes, suisses et étrangers. 17 Ledit rejet s'exprime notamment par la mise à disposition de terrains minuscules voire insalubres et par une interdiction de stationner ailleurs.18 Le maintien de la communauté des Yenish et des Sinti de Versoix sur une parcelle présentant un danger d'inondations certain, sans possibilités de relogement 19, pourrait en outre s'avérer problématique en regard des engagements internationaux de la Suisse, en particulier en regard de l'art. 27 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques 20, de l'art. 2 de la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale<sup>21</sup> et de l'art. 4 de la Convention-cadre du Conseil de l'Europe sur la protection des minorités.22

### 2.2 Garantie des droits fondamentaux

Selon la Constitution fédérale: «quiconque assume une tâche de l'Etat est tenu de respecter les droits fondamentaux et de contribuer à leur réalisation».<sup>23</sup> Tous les organes de l'Etat, parlement, gouvernement, administration, juges, corps électoral, de toutes les collectivités publiques doivent respecter les droits fondamentaux dans l'exercice de leurs fonctions.<sup>24</sup>

Ces droits appartiennent en principe aux particuliers. Les garanties constitutionnelles du droit à l'égalité juridique et de l'interdiction de l'arbitraire sont reconnues à toute personne physique; en outre, certaines d'entre elles, au bénéfice d'un statut particulier, peuvent se prévaloir de droits spécifiques, en particulier de l'art. 27 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques.

Cette disposition garantie aux individus appartenant à une minorité le droit de ne pas être privé du droit d'avoir, en commun avec les autres membres de leur groupe, leur propre vie culturelle <sup>25</sup>; les minorités peuvent en déduire un droit à ne pas être assimilées contre leur gré. <sup>26</sup>

L'interdiction de l'arbitraire <sup>27</sup> assure au particulier un minimum de justice <sup>28</sup> dans ses rapports avec les pouvoirs publics.

La garantie du droit à l'égalité juridique <sup>29</sup> s'adresse au législateur au sens large, y compris au peuple lorsqu'il statue par la voie du référendum <sup>30</sup>, et à l'autorité chargée d'appliquer le droit . <sup>31</sup> Selon la jurisprudence, «le principe de l'égalité de traitement ne permet pas de faire, entre divers cas, des distinctions qu'aucun fait important ne justifie ou de soumettre à un régime identique des situations de fait qui présentent entre elles des différences impor-

<sup>9</sup> A. AUER, Les droits politiques dans les cantons suisses, Genève, 1978, p. 34.

<sup>10</sup> Pour une analyse détaillée des institutions de démocratie directe dans les différents cantons, voir Y. HANGARTNER/A. KLEY, Die demokratischen Rechte in Bund und Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Zurich, 2000, p. 541, ainsi qu'E. GRISEL, Initiative et référendum populaires, Traité de la démocratie semi-directe en droit suisse, 2º édition, 1997, p. 308–309.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Sur la nature des droits politiques, cf. notamment P. TSCHANNEN, Stimmrecht und politische Verständigung, Bâle, Francfort, 1995, p. 19 ss.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Art. 189, al. 1, let. a Cst.; Art. 189, al. 1, let. f Cst. non encore entré en vigueur selon l'Arrêté fédéral relatif à la réforme de la justice du 8 octobre 1999, FF 1999 7831.

<sup>13</sup> Art. 85, let. a OJ.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> ATF 103 la 280 {281}.

Notamment, les questions déposées le 20. 03. 2000, parmi lesquelles, la question 00.5049 Schwaab Jean-Jacques, procédure de naturalisation; la question 00.5055 Rechsteiner Paul, refus de naturalisation pour des motifs ethniques, la question 00.5058 Hubmann Vreni, naturalisations à Emmen ainsi que la question 00.5064 Aeppli Wartmann Regine, Emmen. Procédure de naturalisation, BO, 2000-Annexes-Conseil national p. 593; 600; 603 et 611.

<sup>16</sup> Comparer le référendum de Boudevilliers dans le canton de Neuchâtel du 12 mars 2000 qui a porté sur la ratification d'une convention entre le gouvernement cantonal et les autorités d'une commune relative à un emplacement pour les Gens du voyage, cf. notamment l'EXPRESS du 21.02.2000.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Dans ce sens, suite aux résultats de la votation de Versoix, L. MOUTINOT, chef du Département de l'aménagement, équipement et logement, cité dans la TRIBUNE DE GENÈVE du 26.06.2000; A. RESSÉGUIÉ, ancien maire de Versoix et conseiller administratif, dont l'interview a paru dans LE TEMPS du 23.06.2000; P.A. MONNET, conseiller municipal, cité dans LA TRIBUNE DE GENÈVE du 26.06.2000.

<sup>18</sup> Cette forme de rejet indirect, qui se reflète en particulier dans l'établissement de «conditions de séjour impossibles», serait en train de se développer en Europe de l'Ouest: cf. J.-P. LIÉGEOIS, Roma, Tsiganes, Voyageurs, Strasbourg, 1994, p. 168 ss.

<sup>19</sup> De nouvelles propositions de relogement des Gens du voyage et des forains de la commune de Versoix devraient cependant être prochainement examinées, cf. LE TEMPS du 8. 01. 2001.

<sup>20</sup> RS 0.103.2.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> RS 0.104.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> FF 1998 1063.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Art. 35, al. 2, Cst.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> A. AUER/G. MALINVERNI/M. HOTTELIER, Droit constitutionnel suisse, vol. 2, Berne, p. 57.

<sup>25</sup> Il ressort du but de la disposition que la portée de l'art. 27 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques ne se limite pas à un devoir d'abstention de l'Etat, cf. C. SCHODER, Vom Minderheitenschutz zum Schutz verwundbarer Gruppen: kollektive Aspekte im internationalen Menschenrechtssystem, nationale Menschenrechtskommissionen zur innerstaatlichen Umsetzung, Thèse, Zurich, 1999, p. 166 ss; voir en outre, en ce qui concerne les Gens du voyage, le Rapport initial du gouvernement de la Suisse



tantes et de nature à rendre nécessaire un traitement différent».<sup>32</sup>

Le principe de non-discrimination, garanti par la Constitution fédérale <sup>33</sup>, est un corollaire du droit à l'égalité juridique. Il interdit que l'on traite une personne différemment sur la base de certains critères ayant pour effet de la déprécier <sup>34</sup> Il s'agit de critères sensibles dont l'histoire récente a montré qu'ils sont souvent à l'origine de discriminations (par exemple, les convictions religieuses) et de ceux dont le caractère inadmissible ne peut pas être déduit directement d'un autre droit fondamental expressément garanti par la Constitution fédérale (par exemple, l'origine). <sup>35</sup> Le mode de vie, dont peuvent se prévaloir les Gens du voyage, figure à l'art. 8, al. 2, Cst. parmi les motifs de discrimination interdits. <sup>36</sup>

Il y a aussi de nombreuses dispositions de droit international qui consacrent ce principe de non-discrimination <sup>37</sup>, en particulier la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale qui, à son art. 2, prohibe toute discrimination fondée sur l'ascendance, l'origine nationale ou ethnique .<sup>38</sup> Cet instrument a certes une nature essentiellement programmatoire, les autorités de notre pays étaient cependant déjà largement liées, «à tous les niveaux», par l'interdiction de la discrimination raciale avant que la Suisse n'adhère à cette convention .<sup>39</sup>

Reste à savoir si une personne directement touchée par une décision populaire présumée discriminatoire ou arbitraire dispose des voies de droit nécessaires afin d'attaquer une telle décision et de faire ainsi respecter ses droits fondamentaux.

présenté au Comité des droits de l'homme des Nations Unies en vertu de l'article

3. Protection juridique nal relatif aux droits politiques, Berne, 1995, par. 490,
ainsi que W. KALINIG. MALINVERNUM. NOWAK, Die Schweiz und
en cas de décisions populaires production de la companyation de la companyat

26 Voir à cet égard W. KÄLIN, Grundrechte im Kulturkonflikt, Zurich, HP devisit pourtant être malaisé à la personne tou27 April Cit.
28 Alexage du Ectempent et personnellement d'établise le cartrauvétée dissertingint poire ou arbitraire d'une décision
Affise d'ar le corps électoral; la liberté de vote, inti30 Une loi cantonale peut être attaquée pour violation du droit à l'égalité de traitemonment s'i gle a une septembre par le proprié de protent de la comment de l'étable de traitepeut le aus se producte par de son vote une sorrandes noonn't de
l'éts. 4° L'électeur n'a ainsi aucune obligation de moDans ce sens, le message du Conseil fédéral du 20 novembre 1996 relatif à une
houvelle Constitution fédérale, FF 1997 I I (144).
32 Altri custe 3 à môtre connaissance, pratiquement pas

holielie Constitution fédérale, FF 1997 I 1 {144}.

32 All'inicaiste; 30 motre connaissance, pratiquement pas

33 All'e surfis priédence cantonale relative à cette problé
34 A. All'ERIG. MALINVERNI/M. HOTTELIER. op. cit., p. 505...

35 Matgalle conseil fenos de 1900 or livre 1986 de 1915 à international

2000 aons fédération poble Bale-Campagne du 29 mars 2000

36 L'interdistive de distinitative au satisfaction none de peut capendant engloper d'autres

Limpour de personal de participant de 1918 first estante surficient de 1918 de 1918

angenommen wurden, lässt eindeutig darauf schliessen, dass primär die Herkunft und die vermeintlichen religiösen Überzeugungen der abgewiesenen Gesuchsteller für die Entscheidung der Stimmenden ausschlaggebend waren».42

Cette instance judiciaire a qualifié les décisions de l'assemblée communale de Pratteln de contraires au droit à l'égalité de traitement, de discriminatoires et d'arbitraires, et elle les a annulées, non sans procéder à un appel au législateur, lui enjoignant de réexaminer les règles de compétences en matière de naturalisation. L'autorité exécutive du Canton de Bâle-Campagne («Regierungsrat») a par la suite proposé d'exclure les décisions d'assemblées communales en matière de naturalisation.

Au niveau fédéral, la nature en principe cassatoire du recours de droit public devrait apparaître difficilement conciliable avec la liberté de vote, en cas d'annulation de la décision et de renvoi de la question au corps électoral.<sup>43</sup>

La question de la légitimation de celui qui se limite à invoquer une violation de l'interdiction d'arbitraire ou de l'interdiction de discrimination demeure par ailleurs problématique. La protection contre l'arbitraire était en effet considérée comme un principe constitutionnel tiré de l'art. 4 de l'ancienne Constitution. Le Tribunal fédéral admettait qu'elle ne conférait pas, à elle seule, la qualité pour recourir au sens de l'art. 88 OJ.44

Elle a pourtant désormais acquis une portée autonome dans la nouvelle Constitution et donc par là même un statut identique à celui des autres droits fondamentaux. Ce droit devrait être justiciable. Le Tribunal fédéral a néanmoins, jusqu'à présent, refusé de modifier sa pratique en regard de l'entrée en vigueur de la nouvelle Constitution, estimant que seule une refonte globale des voies de recours au Tribunial prédiérale permeterandéassirges une systèmementé. zehla Gonnting preneriorale ig délimination de touter les comes de distrimination raciale, RS 0.104; l'art. 2 de la Convention relative dux droits de CEMAN, RB 5.169, l'att. 2 de la CDEMIA US. l'Ethathalion de condes les Jos De de discrementation in the experiments de osla volonté des se constitution fent le la constitution de osla volonté des se constitution de la con PECHE ROLL DINSTANTION DE ORVENIUM. IN 1905 ELIMINATION OF PRINCIPAL DESE kannonienne, nyestassuhiga terdiretaanhedrathelitra in pekte, éd. Bâle, Ottaint : ALA Korention integrational striction of the description of the control of the discrimination raciale probable egalement, les discriminations, indirectes, autre-part des 18 Petitiben auton Johnsties & Manner Nether She Republication Johnsties & Manner Nether She Republication sungsmässiges Rocht will evrtains auteurs ont cepen-Germin santang malikent de pieriminapirat la interdictione servatione de stationnement des carananes sur le domaine public qui heuvent figurer dans des stationnement des caravanes sur le domaine public qui peuvent figurer dans des troin nutitions calais Bundesson (cht. lasst clie Berntung auf troin nutitions canonides des busses constructions, ils leur volusent les reviedie a Rochtseleichhorte als wigenständige sakertandpocht Ber Fraggede der Rechtsah werlder hidrett Beschrange Himerungs verzusungs- Und metschen echtriche Asperte, 11. 1905; le. Turibunal Afédérah mat bedons da attière asym uni doc dinterqui ind the Birkite in the Aspekte, p. 141, 55.

The Washington of the Aspekte, p. 141, 55.

Massall at United and Some many at the Aspekte, p. 141, 55.

Massall at United and Some many at the installation of the Aspekte of Sansalla at United from the Aspe centrevinaco dasses sichmenantiolinaturchiales wertreten; dass dichit das rechenche Thirdresse an der Aufhebung 4 Cf. a cet egara P. ISCHANNEN, op. cit, p. 134 ss. 41 Orien des Verassmysgerichs des Kanton basel-Landschaft vom 20. Ver-

fügung unnsittell var our diesem neuen Grundrecht

7

selber ergibt».51

Eu égard au caractère problématique des voies de recours permettant d'assurer le respect des droits fondamentaux violés par des décisions populaires, il importe d'autant plus de se pencher sur la question de l'admissibilité de réglementations susceptibles d'entraîner des décisions populaires contraires aux droits fondamentaux.

### 4. Admissibilité de réglementations susceptibles d'entraîner des décisions populaires contraires aux droits fondamentaux

Il convient, au vu de ce qui précède, d'examiner si le fait même de soumettre un objet particulier au référendum peut apparaître problématique en regard du droit supérieur; il s'agit en d'autres termes de se demander s'il existe des critères matériels qui permettent de déterminer si un objet particulier peut être soumis au référendum.

A cet égard, il convient en premier lieu de relever que plusieurs constitutions cantonales soustraient du champ d'application des référendums certains actes particuliers. La nouvelle constitution neuchâteloise prévoit, par exemple, qu'une demande de vote populaire peut avoir pour objet toute une série d'actes du Grand Conseil, elle exclut néanmoins du référendum, notamment, l'amnistie, la grâce et les décisions juridictionnelles. De même, la constitution vaudoise exclut les naturalisations, elle prévoit que le Grand Conseil constate la nullité des demandes de référendum portant sur cet objet. S

A ces limites de droit cantonal portant sur l'objet même du référendum pourraient s'ajouter certaines limites du droit supérieur, imposées, en particulier, par la garantie des droits fondamentaux.

### 4.1 Doctrine

Il existe à notre connaissance, peu de doctrine sur la question spécifique des limites aux droits politiques en matière de référendums cantonaux ou communaux. Pour les auteurs qui se sont récemment exprimés sur cette problématique, la démocratie directe pourrait cependant avoir des limites: le système ju-

42 Jugement susmentionné, ch. 7.2.2.

ridique ne devrait pas donner au peuple l'occasion de prendre des décisions contraires au droit.<sup>54</sup>

Hangartner et Kley soulignent que «der politische Prozess, der mit einem Volksentscheid voraussetzungsgemäss verbunden ist, kann sich nur auf Grund von Entscheidungsfreiheit entfalten; bei zu vielen rechtlichen Vorgaben ist die Gefahr rechtswidriger Entscheide zu gross. Dies ist nicht nur eine rechtspolitische Frage in der Ausgestaltung der Volksrechte. Wenn eine Kompetenzbegründung zugunsten des Volkes die Wahrscheinlichkeit rechtswidriger Entscheide geradezu programmiert, ist bereits die Einführung des Volksrechts willkürlich».55

Selon Auer et von Arx, certaines décisions ne doivent pas être soumises au corps électoral. Ils proposent le critère opérationnel d'un intérêt général en jeu, par opposition à celui d'un intérêt individuel, pour permettre de distinguer les décisions qui peuvent être soumises au référendum administratif.

Ainsi, la construction d'un hôpital présente, par exemple, un intérêt général.

La situation se présente différemment en ce qui concerne les référendums portant sur des décisions individuelles car l'objet du référendum est lié à une personne. Ces auteurs envisagent à titre d'exemple l'octroi de la naturalisation, voire, sur le plan théorique, l'octroi d'autorisation de séjour pour les étrangers au sens de l'art. 4 de la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers ou l'octroi d'autorisations de construire délivrées à des particuliers.

Pour Auer et von Arx: «Die Unterscheidung zwischen allgemeinen Verwaltungsreferenden, die Auswirkungen auf alle haben, und individuellen Verwaltungsreferenden, welche die Rechtsstellung eines Einzelnen betreffen, hat Folgen für die Schutzwirkung der Grundrechte. Es steht ausser Frage, dass ein Individuum einen Anspruch auf grundrechtskonformes Verhalten der staatlichen Organe hat, wenn diese eine Verfügung treffen, die es als Rechtssubjekt berührt. Es kann sich insbesondere auf den Grundsatz der Rechtsgleichheit, auf das rechtliche Gehör sowie auf das Willkürverbot berufen.» 56

Ces deux auteurs soulignent qu'il est d'une part impossible de déterminer la volonté de chaque électeur, et que, d'autre part, un devoir de motivation des votes violerait la liberté de vote.<sup>57</sup>

Ils en déduisent que les référendums portant sur des décisions individuelles:

<sup>43</sup> Voir la proposition innovatrice d'Auer et von Arx selon laquelle une disposition de la loi sur la nationalité pourrait prévoir la solution suivante: dès qu'une autorité judiciaire a jugé en dernière instance qu'une décision de naturalisation est contraire au droit, les personnes concernées sont considérées comme étant naturalisées dans le canton ou la commune en question, cf. A. AUER/N. VON ARX, Direkte Demokratie ohne Grenzen?, AJP/PJA 8/2000, p 934.

<sup>44</sup> ATF 126 I 81 (85).

<sup>45</sup> ATF 126 I 81 (94).

<sup>46</sup> Cf. notamment R. RHINOW, Von der Mühe des Bundesgerichts mit der Verfassung, NZZ du 2.05.2000; A. AUER/N. VON ARX, op. cit., p. 933; R. KIENER, Rechtsstaatliche Anforderungen an Einbürgerungsverfahren, Recht 2000, Heft 5, p. 213 {218}.

<sup>47</sup> ATF 126 I 377 {388}.

<sup>48</sup> J. P. MÜLLER, Grundrechte in der Schweiz, 3º éd., Berne 1999, p. 396; voir aussi dans ce sens, G. MÜLLER, Commentaire de la Constitution fédérale, ad. art. 4, no 15; W. KÄLIN, Das Verfahren der staatsrechtlichen Beschwerde, 2º éd., Berne, 1994 p. 238 ss.

<sup>49</sup> *J. P. MÜLLER*, op. cit.

<sup>5</sup>º L'ATF 126 I 377 semble aller dans ce sens (cf. p. 398) même s'il ne tranche pas cette auestion.

<sup>51</sup> A. AUER/N. VON ARX, op. cit, p. 933 et la doctrine citée.

<sup>52</sup> Art. 42 de la nouvelle constitution neuchâteloise adoptée par le peuple le 24. 09. 2000.

<sup>53</sup> Art. 27, al. 2ter, de la constitution vaudoise, RS 131.231.

- violent le plus souvent le principe d'égalité de traitement 58:
- ▶ violent nécessairement le droit d'être entendu <sup>59</sup> (la jurisprudence ayant notamment déduit du droit d'être entendu <sup>60</sup> l'obligation pour l'autorité de motiver sa décision, afin que l'intéressé puisse la comprendre, l'attaquer utilement s'il y a lieu et que l'autorité de recours puisse exercer son contrôle <sup>61</sup>);
- peuvent violer le principe d'interdiction d'arbitraire sans que cela ne soit toujours le cas (cette question devant être tranchée de cas en cas, selon les résultats des votations envisagées)<sup>62</sup>;
- ne peuvent respecter la liberté de vote qu'au prix d'une atteinte disproportionnée à la protection de la vie privée. <sup>63</sup>

La majorité de la doctrine récente s'est limitée à approfondir la problématique des naturalisations. Elle va dans le sens d'Auer et von Arx en mettant l'accent sur la nature juridique de l'acte de naturalisation qui est une décision individuelle. Elle souligne que de tels actes doivent respecter le principe d'égalité de traitement, l'interdiction de discrimination ainsi que l'interdiction d'arbitraire, que les personnes concernées ont droit à la protection de leur sphère privée de même qu'à une décision motivée et que le corps électoral n'est pas à même de garantir le respect de tels droits.<sup>64</sup>

Tout en admettant, dans une certaine mesure, l'existence de limites structurelles aux droits politiques, Hangartner et Kley sont cependant d'un autre avis, ils estiment que: «Das Argument der strukturellen Schranken der Volksrechte darf allerdings nicht überzogen werden. Kaum haltbar ist zum Beispiel die Auffassung, die Kompetenz der Bürgerschaft einer Gemeinde zum Entscheid über die Einbürgerung von Ausländern, der gesetzlich als Ermessensentscheid ausgestaltet ist, sei willkürlich, weil die einzelnen Stimmberechtigten ihre Entscheide nicht begründen müssten und willkürlich und diskriminierend entscheiden könnten. Wenn die Einbürgerung in das Ermessen der Einbürgerungsinstanz gelegt wird, ist auch eine (politisch unerwünschte) restriktive Einbürgerungspraxis rechtmässig. Allerdings besteht die Gefahr willkürlicher und diskriminierender Entscheide. Diese Gefahr existiert aber stets, wenn auf Grund eines grossen Ermessensspielraums entschieden wird; [...]» 65

Ils rejoignent en revanche l'ensemble de la doctrine précitée en ce qui concerne l'importance de garantir l'accès à une instance judiciaire, y compris au Tribunal fédéral, qui permette au particulier d'invoquer une violation des principes d'interdiction de discrimination ou d'interdiction d'arbitraire.<sup>66</sup>

54 Dans ce sens, de manière nuancée Y. HANGARTNER/A. KLEY, op. cit.,
4.2 Jurisprademede manière plus catégorique, A. AUER/N. VON ARX, op. cit., p. 923 ss.

établie qui permettrait de trancher la question de savoir si la garantie des droits fondamentaux limite les objets soumis au référendum cantonal ou communal de manière générale.

Le Tribunal constitutionnel de Bâle-Campagne a cependant fortement mis en doute la question de la constitutionnalité des réglementations cantonales et communales permettant aux citoyens de se prononcer librement sur des demandes de naturalisation, en faisant sien l'avis du professeur Auer<sup>67</sup>, selon lequel: «diese Normen verletzen [...] sozusagen präventiv die grundrechtliche Ordnung, weil sie willkürliche und diskriminierende Volksentscheide ermöglichen, ja fördern, die ihrer Natur nach nicht nachvollziehbar sind und jeglicher Transparenz entbehren.»<sup>68</sup>

### 4.3 Avis des autorités politiques

Le Conseil fédéral ne s'est pas prononcé de manière générale sur la constitutionnalité des réglementations qui permettent de soumettre au référendum un objet particulier. En matière de naturalisation, il a cependant déclaré: «Beispiele wie Emmen machen zudem deutlich, dass die heutige Regelung zu Entscheiden führen kann, die auch aus grundrechtlicher und rechtsstaatlicher Sicht fragwürdig sind. Es besteht hier ein Spannungsfeld zwischen demokratischen Prinzipien einerseits und der verfassungsrechtlich gebotenen Respektierung der Grundrechte sowie fundamentaler rechtsstaatlicher Grundsätze andererseits. Ein ähnliches Spannungsfeld bestand zum Beispiel auch bei der Einführung des Frauenstimmrechtes im Kanton Appenzell Innerrhoden, mit dem sich letztlich auch das Bundesgericht auseinander zu setzen hatte.

Die Gemeinden sind bei der Erteilung ihres Bürgerrechtes autonom. Eine Änderung der geltenden Rechtslage mit dem Ziel, eine grössere Rechtssicherheit zu erlangen und Rekursmöglichkeiten einzuführen, könnte allenfalls auf kantonaler Ebene vorgenommen werden. Die Möglichkeiten des Bundesgesetzgebers sind angesichts der geltenden Verfassungsgrundlage dagegen sehr beschränkt.»<sup>69</sup>

### Conclusion p. 929.

58 Sur les caractéristiques du corps électoral, organe composé, cf. A. AUER, Problèmes fondamentaux de la démocratie, RDS, 1984, II. p. 1 {24}; sur la question della voltation de uvoir à PSQUER GINGLIQUE. LES AUERAIES DE MEXATE VICQUESTES Le corps électoral, sont tenus de res-

59 pedter les divis fondamentaux. Dans ce sens, la sou-

61 yerajnete du peuple n'est pas sans limites.

62 Al ances pas odoure un que ples scrutins populaires por-

ii Hangartnerkterminisstade Hās de jurisprudence 4. AUER/N. VON ARX, op.cit., p. 928.

<sup>63</sup> Hafft Pser des décisions individuelles comportent un 64 Cf. T. JAAG, compte rendu de son exposé, paru sous le titre Einbürgerungen EISTHECH HIS SOUKE TREE FANZEMENT UP. 2001 A CO. N'INTERNATION, I MOINEAKHET D'INTERNATION, I MOINEAKHET D'INTERNATION,

7

raissent problématiques en regard de l'obligation de motiver une décision<sup>70</sup> et de la garantie de la liberté de vote.

En l'absence d'une jurisprudence établie et d'une doctrine dominante, les contributions d'Auer/von Arx ayant un caractère novateur, il nous paraît pourtant prématuré d'affirmer que les réglementations permettant des scrutins populaires portant sur des décisions individuelles, voire éventuellement sur des décisions dites de portée générale qui règlent un cas concret mais qui s'adressent à un nombre indéterminé de personnes<sup>71</sup>, sont en tant que telles contraires à la Constitution fédérale.

Il importe ainsi à notre sens d'examiner dans chaque domaine de quelle manière on peut minimiser l'existence de tels risques, en prévoyant, le cas échéant, des correctifs tout en tenant compte de la répartition constitutionnelle des compétences et de l'indépendance des cantons<sup>72</sup>; en effet, «gewiss soll der Bund nicht ohne zwingenden Grund in die kantonale Organisationsautonomie eingreifen.»<sup>73</sup>

Nous sommes ainsi d'avis que l'existence de risques de résultats de votations discriminatoires devrait conduire à prévoir des correctifs; il s'agirait en particulier d'envisager l'octroi de droits subjectifs 74 et d'aménager des voies de droit 75 pour minimiser les risques de résultats de votations présumés discriminatoires ou arbitraires. Car, tous les organes étatiques sont tenus de contribuer à la réalisation des droits fondamentaux. Les correctifs susmentionnés devraient permettre d'atteindre cet objectif sans que cette démarche ne conduise nécessairement à une limitation des droits populaires.

En espérant que ces remarques vous seront utiles, nous vous prions d'accepter, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures.

Office Fédéral de la Justice Division principale du droit public Luzius Mader Chargée du dossier: Véronique Jaquet

65 Y. HANGARTNER/A. KLEY, op. cit., p. 142.

Description 
TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■

<sup>69</sup> Heure des questions. Question Fässler Hildegard. Quels organes pour la naturalisation? Réponse de la Conseillère fédérale Ruth Metzler-Arnold, BO CN 2000 p. 317.

<sup>&</sup>lt;sup>70</sup> Art. 29, al. 2 Cst.

<sup>71</sup> Les destinataires du projet de relogement qui avait été envisagé à Versoix peuvent être individualisés, il s'agit des familles cantonnées sur la parcelle dite du Molard. En revanche, si on élargit la problématique des résultats de la votation de Versoix à l'ensemble des référendums portant sur l'attribution d'emplacements de stationnement ou de passage pour les Gens du voyage, certaines décisions pourraient être considérées comme des décisions dites de portée générale, voir par analogie l'ATF 101 la 73 qui traite de l'interdiction faite aux cavaliers de circuler le long d'une rivière.

<sup>72</sup> Art. 47 Cst.

<sup>73</sup> ATF 116 I 359 (378).

<sup>66</sup> Y. HANGARTNER/A. KLEY, op. cit., p. 142–143.

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> A. AUER, Einbürgerung durch Volksentscheid? Verfassungsrechtliche Grenzen der direkten Demokratie, NZZ du 27. 03. 2000.

<sup>68</sup> Urteil des Verfassungsgerichts des Kantons Basel-Landschaft précité (note 40), ch. 6.

<sup>74</sup> Voir, par exemple, la modification législative évoquée par le Conseil fédéral en matière d'aménagement du territoire dans sa réponse à la motion Gysin Remo

<sup>99.3433;</sup> OIT Convention no 169 relative aux peuples indigènes et tribaux.

Voir l'art. 29a Cst. non encore entré en vigueur, qui garantit l'accès au juge selon l'Arrêté fédéral relatif à la réforme de la justice du 8 octobre 1999, FF 1999 7831.





## «Rassismus und Satire» – ein Satyrspiel

GEORG KREIS

Kürzlich irrte die Meldung durch die Medien, die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) habe den Satiriker Victor Giacobbo wegen seiner Fernsehfigur Rajiv gerüffelt und in die Schranken gewiesen. Wäre dem so gewesen, wären der dadurch ausgelöste Spott und die dadurch freigesetzte Entrüstung berechtigt gewesen. Die Meldung entsprach aber nicht den Tatsachen.

Interessant ist, wie es zu dieser Falschmeldung hat kommen können, und nicht weniger interessant ist, wie schnell und gerne die EKR als zügelloses Wesen, das andern gerne Zügel anlegt, verstanden wurde. Das Bedürfnis nach Gegenkritik einer Institution, die ihrem Auftrag entsprechend moralisch und mitunter auch kritisch auftreten muss, war und ist offenbar so gross, dass man die Kommission gerne schlechter haben möchte, als sie ist, um sie leichter disqualifizieren zu können.

Aus unserer Sicht spielte sich die Sache wie folgt ab: In der letzten Plenarsitzung der EKR vom 7. Oktober wurden während des üblichen tour d'horizon auch kurz Victor Giacobbos Satiresendungen angesprochen. Da die Kommission immer wieder, speziell auch zu Fasnachtszeiten, mit der Grundfrage konfrontiert wird, wie weit Spott und Witze gegenüber latenten Opfergruppen des Rassismus gehen können, bat das Kommissionsplenum das Sekretariat, mit Giacobbo Kontakt aufzunehmen.

Ziel war es, ein informelles Gespräch zu dieser Frage zu führen, um zu erfahren, wie ein Profi der Satire diese Probleme einschätzt. Das Interessante an der Sache ist nun weniger der wohl legitime Versuch, zu einer für die Kommission relevanten Fragestellung eine qualifizierte Meinung zu entwickeln, sondern die Tatsache, dass gewisse Medien, die über diese Absicht informiert waren, an die Öffentlichkeit gingen, bevor das Sekretariat der EKR mit Giacobbo überhaupt in Kontakt getreten war.

schweiz» angefragt, warum sich die Kommission mit Giacobbos Satiresendung befasse. Er versuchte zu erklären, dass es nicht um eine Kritik an Herrn Giacobbo gehe, sondern im Gegenteil darum, die Thematik «Satire, Humor und Rassismus» mit einem Fachmann zu erörtern, und dies deshalb zur Zeit eigentlich kein Thema für einen vorauseilenden Artikel sei. Aus diesem Gespräch wurde mit verkürzten Zitaten eine Story gemacht. Der **Und für** Rest ist einigermassen bekannt. Die «Anmassung» der EKR wurde für einen Moment ein paar Tage zum Medienthema und hätte beinahe auch als Hintergrund für sah es beinahe so aus, eine «Arena»-Sendung herhalten müssen. als ob es einem Zürcher SVP-Wie die Dinge liegen, ist aber die scheinbare Affäre Politiker gelungen wäre, EKR eher ein Paradebeispiel des Umgangs die EKR reinmit einer Institution, die auf Medienpräsenz immer wieder angewiesen ist und deshalb den zulegen Mechanismen der Medien, welche begierig nach Storys sind, auf den Leim kriecht (siehe dazu den erhellenden Beitrag

Michele Galizia vom Sekretariat der EKR wurde am

26. September von einem Journalisten der «Südost-

Ein Paradebeispiel auch, wie sehr Medien auf Inszenierungen mit aufgebauten Gegnern abstellen. Und für einen Moment sah es beinahe so aus, als ob, wie als gezielte Absicht öffentlich bekannt gegeben, es einem Zürcher SVP-Politiker gelungen wäre, die EKR reinzulegen. Sollte ihm dies hiermit gelungen sein? Wohl nur bei denjenigen, die tatsächlich hoffen, dass die EKR ihre Arbeit nicht gut macht. Die EKR ist mit der nötigen Redlichkeit und Subtilität in einem breiten Spektrum tätig und fühlt sich dabei nicht über jede Kritik erhaben.

ber 2000).

von S. Russ-Mohl in der NZZ vom 27. Okto-

Im Gegenteil: Sie begrüsst konstruktive Kritik an allem, was sie macht. Sie darf aber erwarten, dass sie an ihren Leistungen gemessen wird und nicht an der Schadenfreude, welche ihr zugeschriebene Taten und Worte in einem inszenierten Satyrspiel auslösen.

PS: Als Satyrspiel werden die von derben Waldgeistern bestrittenen Nachspiele altgriechischer Tragödien bezeichnet.

### MEDIA



# Antirassistische Öffentlichkeit – feministische Perspektiven

LISA SCHMUCKLI

MARTH/JO SCHMEISER 2000

## Vor der Information: Antirassistische Öffentlichkeit – feministische Perspektiven. Wien.

(Zu bestellen bei: Vor der Information, Säulengasse 7/15, A-1090 Wien; ca. Fr. 12.—)

CHRISTLICHER FRIEDENS-DIENST CFD 1999

### Migration findet statt – Reden gegen die Aufregung.

Bern: cfd.

CHRISTLICHER FRIEDENS-DIENST CFD 2000

### Sprachspiele – fünf Texte und eine Bildgeschichte.

Bern: cfd. (Beide zu bestellen bei: cfd, Falkenhöheweg 8, Postfach, 3001 Bern)

Drei Publikationen zu antirassistischer feministischer Öffentlichkeitsarbeit – zwei sehr unterschiedliche Arten der Auseinandersetzung mit diesem Thema. Lisa Schmuckli vergleicht in ihrer Rezension eine Ausgabe der Zeitschrift VOR DER INFORMATION mit zwei Broschüren des Christlichen Friedensdienstes cfd.

Vor der Information steht der gegenwärtige politische und gesellschaftliche Kontext, in dem Rassismus scheinbar wieder salonfähig geworden ist: In Österreich ist die rechtspopulistische Partei Haiders Regierungspartner, in Deutschland ist die Abschaffung des Asylgesetzes keine müde Debatte mehr «wert» und die Doppelstaatsbürgerschaft aus dem öffentlichen Gedächtnis entschwunden, und in der Schweiz fehlt noch immer eine fundierte Migrationspolitik. Der

Schwung in diesen Fragen droht abermals zu erlahmen, selbst wenn im letzten Jahr die von der SVP lancierte 18%-Initiative überhaupt keine Chance vor dem Volk hatte und vernichtend abgeschmettert wurde.

### **Im Grossformat**

«Es geht nicht darum, Grenzen [...] sichtbar zu machen. Es geht darum, sie zu verschieben, sobald sie anfangen, zu Einschränkungen zu werden. [...] Statt daran zu arbeiten, das vorher Unsichtbare [...] sichtbar zu machen, müsste man mit einem solchen System der Dualitäten brechen und zum Beispiel zeigen, was Unsichtbarkeit überhaupt ist und was über die blosse Sichtbarkeit hinausgeht» (Trinh T. Minh-ha). Mit diesen Positionen leiten die beiden Autorinnen/Redaktorinnen Marth und Jo Schmeiser ihre neuste Ausgabe der Zeitschrift VOR DER Information zur antirassistischen Öffentlichkeit ein.

Diesen Grundfragen gehen die Autorinnen mit unterschiedlichem Sprach- und Politikverständnis nach: Antke Engel beispielsweise theoretisiert in ihrem Text «Queerfeministische und kanakische Angriffe auf die Nation», wie die dominante Herrschaftsordnung zu unterwandern ist und Hierarchien umgestossen werden müssen. Die dominante Ordnung wird gestört, wenn Migranten/-innen sich soziale Räume aneignen und deren Nutzung selber definieren (statt nur Nischen auszuschmücken), wenn sie ihre Wahrheiten kontextspezifisch aushandeln, wenn sie den Umgang mit ihren Ressourcen öffentlich reflektieren und schliess-

lich sich dort der Öffentlichkeit entziehen, wo es um die Arbeit mit illegalen Personen geht. Encarnacion Gutiérrez Rodriguez geht in ihrem Text «Seiltänzerinnen und Jongleurinnen» der Frage nach, wie Migrantinnen die Gratwanderung zwischen Unterwanderung der Zuschreibungen. Selbstethnisierungen und selbstbestimmter, eigener Identifikationspraktiken bewältigen oder gar lustvoll betreiben können. «Migrantin» wird zu einem Code, der verdeutlichen will, dass die emigrierte Frau den öffentlichen Zuschreibungen ausgesetzt, diesen jedoch nicht passiv ausgeliefert ist; vielmehr kann sie diese Zuschreibungen umkehren, verschieben, mit diesen Bildern spielen für ihre eigene politische Identifikationskonstruktion auch nutzen. Rubia Salgado und Luzenir Caixeta gehen der Frage nach, wie Migrantinnen an die Öffentlichkeit treten können, ohne selber sensationsgeil enteignet zu werden. Die beiden Autorinnen plädieren dafür, zwar öffentlich zu werden, jedoch mit Fiktionen, also mit grenzgängerischen Geschichten, die – paradox – die Entfaltung der Wirklichkeit ermöglichen, indem sie mit fiktionalen Mitteln diese vielfältigen Realitäten darstellen und mit den Möglichkeiten der Fiktion die «Gastkultur» bereichern. Leerstellen sind Thema von Johanna Schaffer, die im Kontext der Gewalt gegen Frauen fragt, was in dieser Debatte herauskippt. Sie kommt einerseits zum Schluss, dass die gegenwärtig geführte Debatte, mehr und mehr von politisch Rechten umbenannt, «zur Verstärkung rassistischer Diskurse und reaktionärer Sexmoral instrumentalisiert wird». Anderseits will Schaffer zugleich den Diskurs öffnen: Die feministische Debatte habe grundsätzlich argumentiert, dass sexuelle Gewalt nichts mit Sex, sondern ausschliesslich mit Gewalt zu tun habe; dieser Leitsatz habe verhindert, sich mit Sexualität auseinander zu setzen. Effekt des Leitsatzes sei die Verdrängung der Sexualität – und damit also die Schaffung einer erneuten Leerstelle.



Der Ansatz dieser Zeitschrift ist es, mit queer-feministischen Methoden zu arbeiten. «Queer-feministische Ansätze, massgeblich entstanden aus einer (Selbst-)Kritik an den rassistischen und heterosexistischen Prämissen feministischer Identitätspolitik, problematisieren genau diese Prozesse des Herstellens von «Normalität» qua Konstruktion und Unterordnung von «Andersheit».» In meinem Verständnis wollen queer-feministische Ansätze die vielfältigen Lebensrealitäten der Frauen in einem ersten Schritt beschreiben, um die Frauen und deren Realitäten/Zusammenhänge und Handlungs-(un)möglichkeiten in einem zweiten Schritt vielleicht besser zu verstehen und um in einem dritten Schritt die Verstrickungen zwischen Fremdzuschreibungen und Selbstethnisierungen, zwischen Selbstbestimmung und Anpassung, zwischen Selbstkritik und politischem Engagement präziser herausarbeiten zu können. Diese Ansätze sind m.E. in erster Linie eine Sehschule: Sie provozieren und fördern das Wahrnehmen und Wahrhaben von Anschauungen (der pluralen Lebensrealitäten, und das heisst doch auch: der Komplexität der Gegenwart!) - bevor die szeneninternen Dogmen oder die politische Korrektheit als moralische Keule «Normalität» wieder herstellt und Andersheiten ausgrenzt!

## Zwei heimische (Süsswasser-)Perlen in der antirassistischen Auseinandersetzung

Dass es möglich ist, diese Widersprüchlichkeiten zu benennen, Geschichten sinnlich werden zu lassen und zugleich Erkenntnisse zu vermitteln, die das eigene Denken anregen und weiterführen, zeigt der Christliche Friedensdienst cfd mit seinen beiden Dossiers.

Der *cfd*, die einzige feministische, entwicklungspolitisch engagierte Organisation in der Schweiz, hat zwei Dossiers zu Migration bzw. Sprachspiel herausgegeben, die zusammen zu lesen höchst produktiv ist

Im Dossier «Migration findet statt.

Reden gegen die Aufregung» liefern die beiden Autorinnen Annemarie Sancar und Dorothee Wilhelm Denkansätze und Kategorien, um den Fallen in der Migrationsdiskussion ausweichen (oder sie zumindest mitreflektieren) zu können, um das so genannte «Migrationsproblem» zu dekonstruieren und Vermischungen und Verschleierungen sichtbar zu machen. In ihrem ersten Text machen die Autorinnen transparent, woher sie denken: Sie gehen zum einen davon aus, dass Migration stattfindet, Teil des modernen Gesellschaftsgefüges ist, aus der Sicht der Individuen schon immer eine Option und Chance ist und aus der Sicht der Nationalstaaten eine Irritation darstellt, die ausgeräumt werden will. Die Dekonstruktion der Realität und der alten Sehgewohnheiten wird im zweiten Dossier «Sprachspiele» weitergetrieben. Wie lässt sich die Vielfalt der Frauenrealitäten in der Schweiz wahrnehmen und beschreiben und was bedeutet dies für eine Politik, die die Wortergreifung und die Selbstbeschreibung im Sinne des Empowerments in den Mittelpunkt stellt? Fünf Schriftstellerinnen – Irena Brežna, Ruth Schweikert, Christine Fischer, Wanda Schmid und Kristin T. Schnider – beschreiben und eine Künstlerin (Dominique Lämmli) be-zeichnet ihren Alltag, durchqueren die herkömmliche Ordnung der Dinge, eine Ordnung, die von Ein- und Ausgrenzungen lebt, in der jede selber wiederum einund ausgrenzt. Es sind Geschichten und Bilder – sie müssen selber gelesen werden, eine Zusammenfassung wird ihnen nie gerecht -, die irritieren, ärgern oder staunen lassen, Geschichten, die die Selbstfremdheit verdeutlichen. Selbstbild verrücken und zugeschriebene Beschreibungen unterwandern, Geschichten und Bilder, die die Ambivalenz aufgreifen und radikalisieren, indem sie sie wahrnehmen (ohne sie moralisch zu versorgen und damit einzuordnen). Geschichten, die im besten Sinne Welten eröffnen, Denkräume erschliessen, Worte anbieten ...

Dieses Dossier «Sprachspiele» praktiziert jene Dekonstruktion, die im ersten Dossier «Migration findet statt» analysiert und geübt worden ist. Es zeigt auch, dass diese Irritationen und diese Vielfalt von Realitäten Bereicherungen und Unsicherheiten und Unheimlichkeiten auslösen – und damit die Produktion eigener Bilder und Gedanken anregen.

### Differenzen

Beide Zeitschriften haben sich dem Antirassismus verschrieben, beide stellen sich in einen feministischen Kontext, beziehen sich auf ähnliche Theorien und betreiben eine Politik der Repräsentation. Und doch: Die Unterschiede der beiden öffentlichen Anti-Rassismus-Zeitschriften könnten nicht grösser sein: dort die Zeitschrift aus Wien, die Theorie und Diskussion anbieten will und dabei oft unleserlich und dogmatisch vermittelt und damit Auseinandersetzungen abwürgt; da die unscheinbaren, sorgfältig aufgemachten Dossiers, die voller Geschichten und Bilder sind (vielleicht sogar in Anlehnung an die subversiven Erzählgemeinschaften oral history betreibend) und die das eigene Denken anregen, die Vorurteile befragen und damit die herkömmliche politische und soziale (und kognitive) Ordnung subversiv stören. Dort eine Zeitschrift, die nicht mehr länger auf das Argument setzen will und doch Theorie verkündet, hier zwei Dossiers, die von Wortergreifungen zeugen. Dort die Zeitung, die nicht mehr länger sichtbar machen will und der Politik der (visuellen) Repräsentationen eine Absage erteilt; hier die Dossiers, die gerade Wahrnehmungen der vielfältigen Realitäten sorgfältig anbieten und visuelle Repräsentationen als Bildsprache nutzen, um die Vielfalt von Biographien und Wirklichkeiten zu sichern.

Description 
TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■





### Mädchen und Jungen, Männer und Frauen in Kinder- und Jugendbüchern

HELENE SCHÄR

Vermitteln Autoren und Autorinnen in Afrika, Asien und Lateinamerika andere Geschlechterrollen als wir? Ein Versuch, anhand deutscher Übersetzungen auf diese Frage einzugehen.

Hasodzi hat einfach viel zu dünne Beine und gar keine Hüften. Damit wird sie nie Kinder zur Welt bringen können, findet Grossmutter Nana, und das sei doch das Wichtigste für eine Frau. Hasodzi ist neun und versteht nicht, was ihre Grossmutter mit «richtigen Hüften und Beinen» meint und auch nicht, warum sie behauptet, die Schule sei totale Zeitverschwendung und deswegen regelmässig mit ihrer Mutter Streit kriegt. Hasodzi geht gern zur Schule. Als sie am Schulsportwettbewerb ein Rennen gewinnt, trägt aber niemand anderes als Nana voller Stolz die Siegestrophäe nach Hause und murmelt vor sich hin: «Dünne Beine können auch nützlich sein, selbst wenn manche Beine nicht genug Fleisch an den Knochen haben, um breite Hüften zu tragen ... sie können rennen.»

Ama Ata Aidoo aus Ghana deutet mit ihrer witzigen Kurzgeschichte Auf eigenen Beinen den Konflikt zwischen Tradition und Moderne an, der sich auch im Wandel der Frauenrolle zeigt. Vielleicht ist die Flexibilität der Grossmutter, die im ihr Unbekannten neue Werte zu entdecken vermag, auch ein Ausdruck, wie mit Frauenthemen in Afrika umgegangen werden kann. Interessant scheint mir die Moral der Autorin am Schluss, als sie Hasodzi sagen lässt: «Ich verstehe nicht viel von solchen Sachen. Aber genau das habe ich immer schon gespürt und gedacht. Nämlich, dass man Beine bestimmt auch noch für andere Dinge brauchen kann, als um breite Hüften zu tragen, die Kinder gebären können. Nur traute ich mich nicht, das laut zu sagen. So ist es viel besser. Es einfach tun. Es ihnen zeigen. Obschon, ich wäre wohl selbst nicht darauf gekommen.»

Die Auseinandersetzung der Frauen im Süden mit ihren Rollenbildern entspricht nicht immer den Vorstellungen europäischer Leser/ innen. Dies widerspiegelt sich auch in den Kinder- und Jugendbüchern aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Mädchen und Frauen in den bis heute ins Deutsche übersetzten Büchern aus dem Süden für Kinder und Jugendliche zeichnen sich meist weder durch aussergewöhnliche Taten aus, noch nehmen sie Sonderstellungen ein, wie in den so genannten «starken» Mädchenbüchern im deutschen Angebot der frühen 90er-Jahre.

Die Nigerianerin Buchi Emecheta beispielsweise gibt in ihren Werken keine eindeutige Haltung zur Frauenfrage zu erkennen. In Der Ringkampf zeichnet sie voll Ironie männliches Machtgehabe neben scheinbar im Hintergrund wirkenden Frauen und Mädchen. Buchi Emecheta geht es in dieser Geschichte nicht in erster Linie darum, ein spezifisches Frauenbild anzuprangern, sondern das Funktionieren innerhalb einer Gesellschaft im dörflichen Nigeria der Nach-Biafra-Zeit kritisch aufzuzeigen und zu hinterfragen. Anders und wesentlich engagierter ergreift sie Partei für die Frauen im Roman Sklavenmädchen. Die Geschichte spielt zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, als der Sklavenhandel offiziell bereits verboten war. Die Protagonistin wird früh Waise und vom älteren Bruder an reiche Verwandte verkauft, die sie als Arbeitskraft brauchen. Viel später kann sie fliehen, doch ihr zukünfti-

ger Ehemann muss sie von den früheren Besitzern loskaufen, um sie heiraten zu können, und macht sie dadurch zu seinem Eigentum. Auch wenn der Roman nicht heute spielt, will Buchi Emecheta damit nicht nur Geschichte aufarbeiten, sondern verschiedene Formen von Abhängigkeit der Frauen aufzei-

Auch Abdoua Kanta aus Niger will den Frauen in Afrika mehr Gehör verschaffen und zur Verbesserung ihrer Lebensumstände beitragen. Im Nachwort von Lelee, das Hirtenmädchen sagt er, dass es ihn schon als Kind bedrückt habe, mitanzusehen, wie hart und schwer die Frauen arbeiten müssten, was sich bis heute nicht sonderlich verändert habe. In der schlichten und eindrücklichen Erzählung bestimmen vor allem Frauen das Geschehen: Die Grossmutter, die dem Enkelkind mit Härte und Strenge, aber dennoch liebevoll besorgt eine gute Erziehung und Zukunft sichern will, die Mutter, die sich für Lelee wehrt, obschon sie dies dem erstgeborenen Kind gegenüber traditionsgemäss nicht dürfte, und schliesslich Lelee selber, die, hinund hergerissen zwischen Furcht und Trauer, Freude und Glück, zu einer selbstsicheren jungen Frau heranwächst.

Weitgehend aus ihrer Kindheit erzählt Simi Bedford, die gebürtige Nigerianerin, in ihrem Erstling Yoruba-Mädchen, tanzend ...: Remi verbringt sechs glückliche Jahre im reichen Haus ihrer Grosseltern in Nigeria, bevor ihr Vater entscheidet, dass nichts über eine ordentliche Bildung gehe, die nur in England erworben werden könne. Er schickt seine Tochter in ein englisches Internat, wo das kleine schwarze Mädchen mit der schwie-



rigen Situation, weit weg von Verwandten im kalten, oft unfreundlichen und sehr fremden Land fertig werden muss und sich zu einer eigenständigen Persönlichkeit entwickelt, die auch mit Diskriminierung und Rassismus umzugehen versteht. Die Autorin lässt immer wieder sarkastische Beobachtungen über die englischen Geschlechtsgenossen/-innen einfliessen und bringt dadurch viel Würze ins Geschehen.

Vor einigen Jahren wurde in Kenia eine weibliche Comic-Figur geschaffen, die den Mädchen als Vorbild dienen sollte, um sie in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken. Mädchen gelten in Kenia auch heute noch vielerorts weit weniger als Jungen. Vor allem in ärmeren Gegenden dürfen sie beispielsweise die Schule entweder gar nicht oder nur kurze Zeit besuchen und werden oft gegen ihren Willen und sehr früh verheiratet, manchmal sogar nur, um das Taschengeld der Väter aufzubessern.

In den Medien wurde über dieses Projekt berichtet und eine Journalistin stellte einigen Jungen Fragen darüber. Wie sie sich ihre zukünftige Frau vorstellten, wollte sie wissen. Darauf lachten sie und meinten, kochen, putzen, Kinder kriegen sollte sie können und schön müsse sie sein. Ob sie die Schule besucht haben soll? Sie zuckten die Achseln, das fanden sie nicht nötig. Ob der Schulbesuch für sie selbst wichtig sei? Aber klar, kam ohne Zögern ihre Antwort.

Eine kenianische Pädagogin, die Umfragen zu Geschlechterrollen auf dem Land gemacht hatte, erzählte mir das folgende Erlebnis mit einem kleinen Jungen: In einem Dorf hatte sie für eine Gruppe Kinder verschiedene Gegenstände auf ein Tuch gelegt und sie gebeten, sich einen davon auszusuchen. Der kleine Junge stand interessiert dabei, ohne etwas nehmen zu wollen. Erst später hatte er ihr ins Ohr geflüstert, dass er gerne eine Puppe genommen hätte, aber dann hätten ihn alle ausgelacht. Wie viele andere ist die Pädagogin überzeugt, dass

durch die Konzentration auf die Mädchenerziehung die Jungen vergessen würden. «Denn,» so sagte sie, «wenn Jungen keine neuen Perspektiven erhalten, bleiben die alten Bilder in ihren Köpfen bestehen.»

Diese Einsicht ist in den letzten Jahren auch in deutschen Kinderund Jugendbüchern spürbar geworden. Nach dem Aufschrei Margarete Mitscherlichs über den Aufbruch zur vaterlosen Gesellschaft entstanden Bücher, in denen auch Väter im Alltag eine gewisse Rolle spielten. Allerdings durften sie tollpatschig sein und den Haushalt auf den Kopf stellen, er war nicht ihr Ding, und die Mütter mussten schliesslich am Ende eines eigenen Arbeitstages zu Hause alles wieder in Ordnung bringen. Aber sie waren glücklich, denn endlich hatten die Väter erkannt, dass auch sie eine Funktion im Haushalt haben. Solche Bücher trifft man heute eher selten an. Die Väter scheinen andere Rollen gefunden zu haben. Nun erklären sie den Kindern die Welt, die Philosophie, die Religion (Jostein Gaarder), den Rassismus (Tahar Ben Jelloum), den Hunger (Jean Ziegler) oder sie nehmen die Kinder mit auf die Reise, wenn sie als Journalisten, Fotografen oder Wissenschaftler ihren Berufen nachgehen (Marie-Thérèse Schins, Roland Smith, Eric Campbell u.a.). Die öden Auseinandersetzungen ums Einkaufen, Putzen, Mithelfen, diese «Nichtigkeiten» des Alltags, werden auch heute noch eher den Frauen und Müttern überlassen. Natürlich übertreibe ich ein wenig, es gibt durchaus auch Beispiele von Büchern, in denen aufgeschlossene Väter vorkommen, die ihre Aufgabe im Haushalt und bei der Erziehung der Kinder anders sehen als vor dreissig Jahren, und in denen die Mütter gleichberechtigt einer Arbeit nachgehen dürfen, ohne gleich auf dem «Selbstverwirklichungstrip» zu sein ...

Allerdings finden sich Bücher für Jungen, in denen keine vor Kraft und Mut strotzenden Helden die

Hauptpersonen sind, immer noch selten. Doch eines davon, ein ganz besonders gelungenes, ist Gespensterschatten von Yumoto Kazumi aus Japan, dessen Inhalt ich gerne kurz umreissen möchte: Drei ganz gewöhnliche Jungen wollen endlich wissen, wie ein toter Mensch aussieht. Unlängst war nämlich die Grossmutter des einen gestorben, und er hatte sich nicht getraut, sie anzuschauen. Jetzt will er dies mit seinen Freunden nachholen. Mit detektivischem Spürsinn finden sie in der Nachbarschaft einen alten, allein stehenden Mann, von dem sie glauben, dass er nicht mehr lange leben wird. Nun geht es darum, ihn zu beschatten und in jeder freien Minute zu beobachten, bis sich das Opfer gründlich darüber ärgert. Doch die Annäherung bringt auch Positives, denn der Alte kommt aus seiner lethargischen Vereinsamung heraus und beginnt besser für sich zu sorgen. Nach und nach kommen sich die ungleichen Parteien näher, die Jungen legen Hand an, wo es nötig wird, und alle lernen sich gegenseitig kennen und schätzen. Als der Alte wirklich stirbt, sind die drei Freunde die Einzigen, die über ihn und seine Angehörigen Bescheid wissen. Und sie haben, jeder für sich, einen väterlichen Freund im Himmel gewonnen, der sie beschützen wird und den sie um Rat fragen können. Die Geschichte kommt fast ohne Frauen aus, aber sie zeigt ein ungewöhnliches Jungenbild voll Schwächen und Ängste und mit feinem Gespür für den Umgang untereinander. Gleichzeitig gibt sie Einblick in eine fremde Kultur mit anderen Sitten und Gebräuchen und macht deutlich, dass Gefühle sich überall auf der Welt gleichen können.

Schreibende Frauen gehören in vielen Ländern des Südens noch zu einer Minderheit, solange ihre Bildungschancen geringer sind als jene der Männer. Frauenthemen oder geschlechtsspezifische Themen aus Frauensicht müssen zunehmen, denn sie können zu einer Veränderung in der Gesellschaft beitragen. In den Anthologien der

7ANGRAM Nr. 10 März 2001



Vereinigung schreibender Frauen in Afrika (z.B. Zimbabwe Women Writers) liest man vom Aufschrei gegen Ungerechtigkeiten, von erschütternden Alltagsschilderungen allein gelassener, verstossener Frauen mit Kindern oder von überforderten Frauen und selbstherrlichen Männern. Aber es werden auch Veränderungswünsche, Zukunftsvisionen, Botschaften an junge Menschen ausgedrückt. Die eingangs zitierte Kurzgeschichte «Auf eigenen Beinen» entstammt einer dieser Anthologien. Wenn sich schreibende Frauen in Afrika männliche Protagonisten auswählen, dann tun sie dies vielleicht gerade, um Männern andere Perspektiven aufzuzeigen.

In der Kinderliteratur aus dem Süden geht es heute vielfach noch bewusst um einen pädagogischen Auftrag an die Jugend. Schule und Bildung, die Balance zwischen Tradition und Moderne sind die Themen, die sich sowohl an Jungen wie an Mädchen richten. Die Aufarbeitung der Vergangenheit als Beitrag zu einem neuen Geschichtsverständnis und zur Schaffung einer neuen Identität, spezifische kulturelle Themen, Märchen und Fabeln in schriftlicher Form als Ersatz vor allem in Afrika für die ins Vergessen geratenden mündlichen Überlieferungen bilden den Hauptanteil des kinderliterarischen Angebots. Auf eigenen Beinen stehen, kulturell eigenständig und unabhängig werden von gesellschaftlichen Zwängen oder von aus dem Norden diktierten Normen sollen schliesslich nicht nur die Mädchen, sondern alle jungen Menschen, um zu selbständigen Erwachsenen heranzureifen.

Das Anliegen ist uns vertraut: auch die hiesigen Kinder- und Jugendbücher sind diesem Auftrag verpflichtet.

### AMA ATA AIDOO

### Auf eigenen Beinen.

(Übersetzt von Christine Holliger) Basel: afrika-bulletin Nr. 100, Nov. 2000, S. 8ff. Auf Englisch: «The Girl who can» in «Gazing at the Environment. A Selection of writing by women on the environment», comb. for Book Fair 1992. Harare: Zimhahwe Women Writers «The Girl who can and other stories». Legon, Accra: Sub-Saharian Publishers, 1997.

### **BUCHI EMECHETA**

### **Der Ringkampf**

(Übersetzt von Jürgen Martini und Helmi Martini-Honus) Göttingen: Lamuv (Reihe BAOBAB) 1989 108 S. (vergriffen) (ab 12 Jahren)

### **BUCHI EMECHETA**

#### Sklavenmädchen

(Übersetzt von Susanne Koehler) Wuppertal: Peter Hammer 1997 255 S., Fr. 35.-(für junge Erwachsene)

### ABDOUA KANTA

### Lelee. das Hirtenmädchen

(Übersetzt von Annelies Burckhardt und Anna Katharina Ulrich) Zürich: Nagel & Kimche (Reihe BAOBAB) 1994 Fr. 22.80 (ab 12 Jahren)

#### SIMI BEDFORD

### Yoruba-Mädchen, tanzend ...

(Übersetzt von Ulla Neckenauer) Aarau: Sauerländer 1994 und Zürich: Unionsverlag (Sansibar TB 1024) 1998 Fr. 34.80 bzw. Fr. 16.90 304 S. (ab 12 Jahren)

### YUMOTO KAZUMI

### **Gespensterschatten**

(Übersetzt von Yoko Koyama-Siebert) Zürich: Nagel & Kimche (Reihe BAOBAB) 1995 und Weinheim: Beltz & Gelberg (Gulliver TB 330) Fr. 24.80 bzw. Fr. 12.90 175 S. (ab 12 Jahren)



### WIDERSPRUCH - Heft 39

Rechtspopulismus - Arbeit und Solidarität

> In Westeuropa tragen die Regierungslinken, die sozialdemokratischen Parteien, die Grünen und die Gewerkschaften politische Mitverantwortung am Erstarken des modernen Rechtspopulismus. Worin bestehen die Probleme, Chancen und Perspektiven einer sozialen Demokratiepolitik, einer solidarischen Arbeits- und Sozialpolitik, die das Terrain nicht den Rechten überlassen?

Der erste Teil der neuen Ausgabe von WIDERSPRUCH beschäftigt sich mit den sozialen und arbeitsrechtlichen Folgen der Modernisierung und der heutigen Bedeutung von Solidarität in Zusammenhang mit der Zukunft der Gewerkschaftspolitik.

Der zweite Teil widmet sich einem für unser Thema relevanten Bereich, dem des Rechtspopulismus: Bei aller taktischen Abgrenzung seitens rechtsbürgerlicher Parteien - die Mobilisierungserfolge der Rechtspopulisten, ihre Fremden-



feindlichkeit und Politik der Angst haben den Nationalismus und Rassismus stark gefördert und der Gewalteskalation der rechtsradikalen und neofaschistischen Parteien und Gruppen Vorschub geleistet. In einer Diskursanalyse legt Josef Lang am Beispiel von Christoph Blocher und der SVP die historischen und ideologischen Kontinuitäten des modernisierten Nationalkonservativismus in der Schweiz frei, der in den rechten Flügeln der CVP und FDP an Boden gewonnen hat. Franz Schandl sieht in der rechtspopulistischen Volksbewegung FPÖ von Jörg Haider ein postfaschistisches Projekt, eine nationalistische Veranstaltung des Neoliberalismus jenseits von Klasse und Lager. Haider der Prototyp einer extremistischen Mitte? Ein Erklärungsansatz, so Gerd Wiegel, der in der herrschenden Extremismus- und Totalitarismusforschung und bei traditionellen Linken tabuisiert wird. Oder handelt es sich beim FPÖ-Massenpublikum und Phänomen Haider um raffinierte Psychopolitik? Manfred Züfle interveniert. Im Anschluss an die WIDER-SPRUCH-Hefte 35 «Menschenrechte» und 37 «Flüchtlinge, Migration und Integration» diskutiert Norman Paech in seinem Beitrag «Europäische Wertegemeinschaft und humanitäre Globalisierung» Aspekte des Völkerrechts, NATO-Krieg und die militarisierte Menschenrechtspolitik.

WIDERSPRUCH 39:

### Rechtspopulismus – Arbeit und Solidarität.

204 Seiten, Fr./DM 21.—, erhältlich im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich; Telefon/Fax 01-273 03 02; vertrieb@widerspruch.ch; www.widerspruch.ch

•••••

IÜRG STOLZ

### Soziologie der Fremdenfeindlichkeit. Theoretische und empirische Analysen.

Frankfurt a.M., Campus 2000. (ISBN 3-593-36471-9) 336 S., SFr. 73.—

In seiner als Dissertationsarbeit bei Prof. Hoffmann-Nowotny eingereichten Studie (vgl. den entsprechenden Beitrag in TANGRAM Nr. 4) sucht der Autor Antworten auf die Frage, wie negative Einstellungen zu ausländischen Personen soziologisch erklärt werden können, d.h., wie zu erklären ist, dass gewisse Personen mehr, andere dagegen weniger Vorurteile gegenüber «Fremden» aufweisen.

Nach einer kurzen Einleitung in das Forschungsvorhaben liefert der theoretische Teil einen guten und allgemein verständlichen Überblick über verschiedene soziologische und sozialpsychologische Theorien zur Erklärung von fremdenfeindlichen Einstellungen. Diese Konzepte werden anschliessend in einen eigenen Erklärungsansatz integriert. Im zweiten empirischen Teil wird dieser Erklärungsansatz anhand einer quantitativen Umfrage aus dem Jahre 1995 in der Stadt Zürich (rund 1300 befragte Schweizer und Schweizerinnen im Alter von 18-65 Jahren) überprüft. Die Einstellungen werden anhand von sozialpsychologischen (Selbstzufriedenheit, Anomie, Rigorismus) und sozialstrukturellen Variablen analysiert. In die Analyse miteinbezogen werden Angaben zur politischen Einstellung, zu Patriotismus, Religiosität, Werten, Freizeit- und Konsumpräferenzen, «Traditionalismus» und Kontakten zu Ausländern/-innen.

Aus der Analyse wird geschlossen, dass verschiedene populärwissenschaftliche Annahmen über Fremdenfeindlichkeit (jedenfalls für den hier untersuchten Fall) nicht zutreffen. So zeigt sich kein direkter Zusammenhang zwischen individueller Unzufriedenheit und negativeren Einstellungen zu ausländischen Personen. Auch die These, dass Arbeitslosigkeit einen wichti-

gen Faktor für Fremdenfeindlichkeit darstelle, wird nicht bestätigt. Dagegen zeigt die Studie auf, dass Personen mit einem traditionalistischen Hintergrund negativere Einstellungen gegenüber «Fremden» einnehmen als nichttraditionalistisch Eingestellte. Dieser kulturelle Traditionalismus wird durch verschiedene Dimensionen charakterisiert: Traditionalistische Personen denken in vergleichsweise starren moralischen Kategorien, sehen die Gesellschaft als im Verfall begriffen an und sind politischgesellschaftlich eher konservativ ausgerichtet. Sie weisen überdies einen deutlich ethnischen Patriotismus und sehr spezifische Freizeitpräferenzen auf (z.B. für Ländler oder Quizsendungen). Traditionalismus findet sich in allen Gesellschaftsschichten; er kommt jedoch bei älteren und weniger gebildeten Personen überdurchschnittlich häufig vor.

Trotz detaillierter sozialstatistischer Analysen ist das Buch recht lesbar gestaltet. Es richtet sich nicht nur an ein soziologisches Fachpublikum, sondern auch an alle, die im Migrationsbereich tätig oder generell am Thema interessiert sind.





2. HALBJAHR 2000

### Antisemitismus/Antiislamismus

- ▶ Der Reinkarnationstherapeut Tom Hockenmeyer, bekannt unter dem Pseudonym «Trutz Hardo», führt in einem Laaxer Hotel regelmässig Kurse durch. Hockenmeyer wurde von einem deutschen Gericht aufgrund seiner Äusserungen zum Holocaust verurteilt wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener. Sein Buch «Jedem das Seine» wurde vom Richter als «schlimme Verharmlosung des millionenfachen Völkermordes an den Juden im Zweiten Weltkrieg» eingestuft und in Deutschland beschlagnahmt. (SÜDOSTSCHWEIZ, 27.7.00)
- Auf der Leserbriefseite der Davo-SER ZEITUNG werden seit Wochen antijüdische Beiträge und entsprechende Gegenreaktionen veröffentlicht. Die Redaktion rechtfertigt Abdruck judenfeindlicher Aussagen mit freier Meinungsäusserung. Dies widerspreche den Richtlinien des Schweizerischen Presserates, nach denen Leserbriefseiten mit der gleichen journalistischen Sorgfaltspflicht behandelt werden müssen wie der übrige Teil der Publikation, schreibt Frank Lübke, Geschäftsführer des Zentrums gegen Antisemitismus und Verleumdung in einem Leserbrief. (DA-VOSER ZEITUNG, 19.9.00)
- ▶ Der Gemeinderat von Pratteln distanziert sich von einem Pamphlet, mit dem eine Gruppierung «Besorgte Christen Schweiz» gegen die Einbürgerung von Personen islamischen Glaubens aufruft. Der Gemeinderat informiert die Strafverfolgungsbehörden. Eine Gemeinderätin erstattet zugleich Anzeige beim Statthalteramt wegen Verletzung der Anti-Rassismus-Strafnorm. (BAZ/BZ, 17.11. 2000)

#### Schwarze/Farbige

- Der Vizepräsident des Schweizerischen Schiedsrichter-Verbandes Daniel Zurcher bezeichnet im Verbandsorgan jubelnde afrikanische Profi-Fussballer als «Affen im Zoo» und beschimpft «nicht weisse Spieler», die wie «unter Drogeneinfluss oder in einem schweren Alkoholrausch» jubeln. Die Vorgesetzten Zurchers distanzieren sich von dessen Äusserungen. (BAZ, 5.10.00; BLICK, 7.10.00)
- ▶ Sechs schwarzen Frauen wird der Einlass in den Zürcher Nachtklub «Adagio» verweigert. «Ihr seid zu viele Schwarze», soll die Begründung des Türstehers gelautet haben. (TA, 20.7.00)
- Aufgrund einer falschen Beschuldigung einer Kundin wird eine dunkelhäutige Verkäuferin in Rorschach von ihrem Arbeitsplatz abgeführt und anschliessend ihre Wohnung durchsucht. Ihr Anwalt bezeichnet das Verhalten der Polizei während des Verfahrens als schikanös und beleidigend. (St. Galler Nachrichten, 14.9. 2000)

### Zigeuner/Fahrende

- An der Universität Neuenburg wird das Projekt «Romeurope» zur Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Lage der Zigeuner/Roma in Europa vorgestellt. Die Situation der Roma in Osteuropa ist durch Armut gekennzeichnet. Prekär ist auch die Lage von Roma-Flüchtlingen in Westeuropa. Schweizer Jenische brachten ihre Probleme in Bezug auf Standplätze und die Ausstellung von Gewerbepatenten zur Sprache. (NZZ, 9.11.00)
- ▶ Die unabhängige Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg

- veröffentlicht den Zusatzbericht zur schweizerischen Zigeunerpolitik zur Zeit des Nationalsozialismus. Er belegt Diskriminierung und Unterdrückung der Fahrenden auf dem Hintergrund einer langen Tradition von Massnahmen zu Zwangsassimilation und Grenzsperren. Jenische Auslandschweizer wurden an der Rückkehr in die Schweiz gehindert. Die Grenzsperre gegenüber ausländischen Sinti und Roma blieb bis 1972 in Kraft. Der Bundesrat drückt den Gemeinschaften der Roma, Sinti und Jenischen sein Mitgefühl aus. (TA/NZZ/INTERNATIONAL HER-ALD TRIBUNE, 2.12.00)
- Die anstehende Ratifizierung der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zum Schutz indigener Völker zögert sich hinaus. Das Sekretariat für Wirtschaft (Seco) bremst mit dem Argument, Jenische könnten Ansprüche erheben, falls sie als indigene Bevölkerung unter den Schutz der Konvention fallen würden. (BUND, 18.12.00)

### Ausländer, Flüchtlinge und Asyl

- Die staatspolitische Kommission des Nationalrates lehnt die Internierung renitenter und straffälliger Asylbewerber und Ausländer ohne Aufenthaltsbewilligung ab. Die Unterbringung in Sammelunterkünften widerspreche der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Der Ständerat hat die Aargauer Standesinitiative bereits mit 24 zu 12 Stimmen gutgeheissen. (NLZ/BUND/BZ/BAZ/TA/24H/TEMPS, 1.7.00)
- Die Schweiz, Österreich und Liechtenstein unterzeichnen ein trilaterales Abkommen, welches die Länder zur Rückübernahme illegal eingereister eigener Staatsangehöriger sowie Angehöriger von Drittstaaten verpflichtet. Analoge Abkommen mit Italien und Frankreich, welche Zwangsausschaffung erleichtern, sind bereits in Kraft. (NZZ/BZ/BAZ/TDG/TEMPS, 4.7. 2000)



- Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement eröffnet das Vernehmlassungsverfahren für ein neues Ausländergesetz. Der Begriff «Überfremdung» findet sich nicht mehr im Gesetz. Für Zuwanderer von ausserhalb der EU sind restriktivere Zulassungsbedingungen vorgesehen als für jene aus der EU. Das Saisonnierstatut wird durch das Kurzaufenthalterstatut ersetzt. (NZZ/BLICK/TA/BAZ/BUND/BZ/NLZ/TEMPS/24H, 6.7.00)
- ▶ Der Initiant der 18%-Initiative, Philipp Müller, verwahrt sich gegen den Vorwurf, er sei rassistisch oder fremdenfeindlich. In verschiedenen Publikationen polemisiert er zu Einbürgerungsvorlagen und Ausländerkriminalität. (SoZ, 23.7.00; TDG, 24.7.00)
- ▶ Im Aargau zirkulieren Flugblätter für die 18%-Initiative, mit denen gleichzeitig zu Spenden für «radikale Randgruppen» aufgerufen wird. Das Komitee der 18%-Initiative habe nichts mit dem angegebenen Spendenkonto bei der UBS zu tun, teilte der FDP-Grossrat mit. (REUSSBOTE, 12.9.00)
- besuch von Deutsch- und Integrationskursen obligatorisch erklärt wird. Sozialleistungen und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung sollen vom erfolgreichen Besuch dieser Kurse abhängig gemacht werden. Integration bedeute «Einfügung in unseren Kulturkreis». Die SVP lehnt das Integrationsleitbild der Basler Regierung in vielen Punkten ab. (BAZ, 14./17.10.00)
- ▶ Das Bundesgericht erachtet die Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung für einen Saisonnier aus Kosovo, der nach einer Gehirnblutung invalid und infolgedessen arbeitslos und fürsorgeabhängig wurde, als zulässig und nicht diskriminierend. (NZZ, 3.11.00)
- ▶ Die SVP reicht ihre Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» ein. Gemäss der Initiative kann in der Schweiz kein Asylgesuch mehr stellen, wer über einen sicheren Drittstaat einreist und dort ein

Asylgesuch hätte stellen können. (NZZ/TA/Bund/BZ/BAZ/TEMPS/TDG, 14.11.00)

### **Schule und Rassismus**

- Im St.-Karli-Schulhaus in der Stadt Luzern besteht eine Ausländerklasse. Die Eltern einer Schülerin reichen eine Verwaltungsbeschwerde ein, da ihr Umteilungsgesuch abgelehnt wurde. Die Deutschkenntnisse des Mädchens spanischer Muttersprache seien nicht berücksichtigt worden, sondern nur der Pass. Der Luzerner Gewerkschaftsbund unterstützt die Beschwerde der Familie, weil er bezweifelt, dass «rein fremdsprachige beziehungsweise Ausländerklassen auf Dauer zulässig seien». (NLZ, 28.7.00) [Der neue Schuldirektor der Stadt Luzern, Urs W. Studer hat bekannt gegeben, dass er dem Gesuch um Umteilung des Mädchens in eine gemischte Klasse nachkommen wolle und dass es unter seiner Direktion keine reinen Ausländerklassen mehr werde. Damit wird die noch hängige Verwaltungsgerichtsbeschwerde hinfällig.]
- ▶ Eine im Auftrag des Nationalfonds durchgeführte Untersuchung des Heilpädagogischen Instituts der Universität Freiburg kommt zum Schluss, dass die Entwicklung von Schweizer Schülern durch die Präsenz ausländischer Kinder nicht gebremst wird. (BZ, BUND, NLZ, 5.10.00)

### Einbürgerungen

Das Bundesamt für Statistik und das Forum für Migrationsstudien der Universität Neuenburg stellen in einer Analyse des statistischen Materials zu erfolgten Einbürgerungen fest, dass zwischen Gemeinden, Kantonen und Nationalitäten markante Unterschiede bestehen, die sich teilweise nur mit einer diskriminierenden Praxis erklären liessen. (NZZ/TA/BUND/BZ/BAZ/NLZ/TEMPS/TDG/MATIN, 7.11.00)

- Der Gemeinderat der Luzerner Gemeinde Wauwil gibt ein Merkblatt für Einbürgerungswillige mit einer brisanten Passage heraus: «Im Umfeld des Gesuchstellers (zu Hause, Freizeit usw.) sollte mehrheitlich deutsch gesprochen werden». (NLZ, 1.12.00)
- Georg Kreis, Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), fordert an einer Tagung in Neuenburg die Respektierung des Diskriminierungs- und Willkürverbots bei Einbürgerungen. Entscheide müssten schriftlich begründet und rekursfähig sein. Kurzporträts in Abstimmungsbroschüren verletzten Menschenwürde und Privatsphäre der Einbürgerungswilligen. (NLZ/TA/BUND, 2.12.00)

#### Rechtsextremismus

- Die Neonazi-Gruppe «Patriotischer Ost-Flügel» organisiert ein Skinhead-Treffen bei Müllheim (TG) auf einer Wiese im Weiler Langenhart. Am gleichen Wochenende findet ein Treffen von Rechtsextremisten in Oberrüti (AG) statt. Die Bundespolizei erlässt eine Einreisesperre gegen den Deutschen Stephan Göbeke-Teichert, der im Auftrag der Nationaldemokratischen Partei (NPD) Mitglieder in der Schweiz rekrutieren soll. Nach seinen Angaben zählt die NPD in der Schweiz 800 Sympathisanten. Göbeke-Teichert ist ein enger Vertrauter von Roger Wüthrich, dem Leiter des Avalon-Zirkels. (WW, 6.7.00; SoB/SoZ, 9.7.00; BAZ/BZ/BUND, 10.7.00)
- Die Berner Polizei verhaftet einen 22-jährigen Mann, der kurz zuvor aus einem Sturmgewehr Serienfeuer auf das von Linksaktivisten bewohnte Haus «Solterpolter» im Berner Marzili-Quartier abgegeben hat. Die Bewohner blieben unversehrt. Der Schütze und zwei weitere gefasste Mittäter gehören zur rechtsextremen Szene. (BZ, 11./12.7.00; BUND, 17.7.00)
- In einem Festzelt in Glattfelden (ZH) kommt es zu einer Schlägerei zwischen Skinheads und zwei Tür-



- ken. Diese und ein ihnen zu Hilfe eilender Italiener erleiden Verletzungen. Die Opfer erstatten Strafanzeige. (TA/NZZ/BAZ, 18.7.00)
- Ein Brandanschlag auf ein Asylheim im aargauischen Möhlin wird vereitelt. Bewohner werden nachts aufmerksam durch starken Benzingeruch. Zwei Maskierte, welche Ku-Klux-Klan-Kapuzen trugen, ergriffen die Flucht. Anfang August verhaftet die Polizei die 19-jährige Täterin. Sie hat Kontakte zu rechtsextremen Kreisen. (BLICK/NLZ/BAZ/TA/BZ/TEMPS, 19.7.00; NLZ, 8.8.00)
- ▶ 200 Skinheads, die zu einem grossen Teil aus Deutschland angereist sind, versammeln sich in der Mehrzweckhalle von Kestenholz (SO). (NZZ/TA/BAZ/BUND, 24.7.00)
- Die Gemeinde Kestenholz vermietet keine Räumlichkeiten mehr an rechtsextreme Kreise. (BERNER RUNDSCHAU, 12.9.00)
- ▶ 20 bis 30 rechtsextreme Skinheads greifen ein besetztes Haus in Winterthur an. (TA, 24.7.00)
- Eine Gruppe von Rechtsextremen, die auf der Rütli-Wiese aufmarschiert sind, stören die 1.-August-Rede Bundesrat Villigers mit Fahnen und Sprechchören. Unter ihnen befinden sich führende Köpfe der Schweizer Neonazi-Szene wie Pascal Lobsiger, der wegen eines Überfalls von Skinheads auf Jugendliche in Hochfelden verurteilt worden ist. Die Urner Polizei verzichtet auf Kontrollen und Massnahmen, um die Rechtsradikalen von der Rütli-Wiese fern zu halten. Die Kantonspolizei habe keine Verstösse gegen das Anti-Rassismus-Gesetz feststellen können. Ständerat Franz Wicky (CVP) fordert hingegen eine Verstärkung des Staatsschutzes und griffigere Bestimmungen im Antirassismus-Gesetz. (NEUE URNER ZEITUNG, 3.8.00; SoZ/Dimanche.ch, 6.8.00; Bote DER URSCHWEIZ/NLZ, 7.8.00; BLICK, 8.8.00)
- ▶ Am Openair in Altendorf (SZ) marschiert eine Gruppe von Skinheads mit rassistischen und Nazi-Emblemen auf. (SÜDOST-SCHWEIZ, 8.8.00)

- ▶ Urs von Daeniken, Chef der Bundespolizei, tritt in einem Interview für das Verbot von Kundgebungen von Neonazis, eine Verschärfung der Gesetzgebung und einen Ausbau des Staatsschutzes ein. (NLZ, 8.8.00)
- Aufgrund sich häufender rechtsextremer Vorfälle und Gewalttaten lässt Bundesrätin Ruth Metzler überprüfen, «ob die Antirassismus-Strafnorm im Kampf gegen den Rechtsradikalismus noch ausreicht», wie sie in einem Interview erklärt. (BLICK, 9.8.00)
- Politiker und Medien führen eine Diskussion über die Zweckmässigkeit von verstärkten Polizeimassnahmen und eines Verbots von rechtsextremen Organisationen. (NZZ/WW/TEMPS, 10.8.00)
- Eine Gruppe von 20 Skinheads zieht durch die Strassen Liestals. Flugblätter rassistischen Inhalts werden mitgeführt, und ein Journalist wird verbal bedroht. Die Rechtsextremisten treffen sich anlässlich des Todestages von Rudolf Hess. Regierungsrat Andreas Koellreuter, Vorsteher der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion, kritisiert das Verhalten der Polizei, welche keine Gründe zum Eingreifen gesehen hat. Die Beurteilung der Polizei sei «nicht in Ordnung» gewesen. (BLICK/NZZ/BAZ, 19.8. 2000)
- In Liestal nehmen 1000 Personen an einer Kundgebung gegen Rassismus und Rechtsextremismus teil. Sie wird organisiert vom Komitee «Liestal schweigt nicht», das sich infolge des Aufmarsches von Skinheads vom 17. August gebildet hat. Am Rand der Kundgebung kommt es zu einem Zwischenfall zwischen Linksautonomen und der Polizei. (BAZ/SOZ/NZZ, 11.9.00)
- ▶ Rechtsextreme Hammerskins mieten unter falschen Angaben ein Pfadfinderheim in Andwil (SG). (SGT, 19.8.00)
- In einem Gutachten, das der Kanton Basel-Stadt zu «rechtsextremistischen Tendenzen unter Schweizer Jugendlichen in Basel» in Auftrag gegeben hat, kommt der Autor Franz Kohler zum

- Schluss, dass kein dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Präventive Anstrengungen sind aber notwendig, denn das Potenzial sei gross. (BASELLANDSCHAFTLICHE ZEITUNG, 19.8.00)
- Nationalrätin Cécile Bühlmann, Vizepräsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), schlägt vor, Interventionen gegen zunehmende rechtsextreme Übergriffe zu vernetzen. Das jährliche Budget der Anti-Rassismus-Kommission von 150000 Franken sei ungenügend. Eine nationale Präventions- und Informationskampagne erfordere öffentliche Gelder. SP und CVP unterstützen diese Ideen, FDP und SVP lehnen sie ab. Der Bundesrat hat einen Beitrag zur Prävention von 10 Millionen Franken in Aussicht gestellt. Ein Antrag zum Einsatz dieser Mittel wird dem Bundesrat bis Anfang 2001 vorgelegt werden, erklärt Michele Galizia vom Eidgenössischen Departement des Innern. (SoB, 20.8.00)
- Die Berner Polizei stellt in den Wohnungen zweier Neonazis, Mitglieder der *Nationalen Front*, 20 selbst gefertigte Sprengkörper sicher. Ausserdem findet die Polizei Gewehre, Pistolen, Schlagringe, Munition sowie rassistisches Propagandamaterial. (BLICK, 23.8. 2000)
- Der Bundesrat befasst sich mit rechtsextremistischen Tendenzen und zeigt sich besorgt über die Ereignisse der letzten Wochen. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Chefs der Bundespolizei soll bis Mitte September Entscheidungsgrundlagen liefern. Allein mit polizeilicher Repression sei dem Phänomen nicht beizukommen, sagt Bundesrätin Metzler. Die Bundespolizei befürchtet insbesondere, dass die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) für den Fall ihres Verbotes ihre Aktivitäten in die Schweiz verlegt. (BAZ/BLICK, 24.8.00)
- Die Staatsanwaltschaft Graubünden eröffnet gegen den Rechtsextremisten Robert Walser eine Strafuntersuchung. Im Internet ruft Walser zu Gewalt gegen



- «Linksextremisten» und «Verräterschweine der Schweiz» auf. (SÜDOSTSCHWEIZ, 25.8.00)
- ▶ Eltern von Mitgliedern der Rheinfront gründen im Sarganserland eine Selbsthilfegruppe, um ihre Söhne aus der rechtsextremen Szene herauszuholen. (SARGANSER-LÄNDER, 25.8.00)
- Die Luzerner Polizeidirektorin Margrit Fischer ruft dazu auf, Rechtsextremen keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. (NLZ, 26.8.00)
- Der Gemeinderat von Malters verweigert die Bewilligung zu einer Demonstration gegen Rechtsextremismus mit der Begründung, es seien Ausschreitungen zu befürchten. Eine Woche später veranstalten die Ortsparteien zusammen mit dem Gemeinderat eine Kundgebung, an der 400 Personen teilnehmen. (NLZ, 26.8.00; NLZ/TA/NZZ, 4.9.00)
  - Die Ortsparteien, ausgenommen die SVP, fordern Liegenschaftsbesitzer Josef Albisser auf, das Mietsverhältnis mit einer rechtsextremen Gruppierung aufzulösen. (NLZ, 28.8.00)
  - Die Polizei schliesst den Neonazi-Treff in der betreffenden Liegenschaft aus feuerpolizeilichen Gründen. Die FDP schliesst Albisser von der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen aus. (NLZ, 8.9. 2000)
- ▶ Roger Wüthrich, rechtsextreme Integrationsfigur, fordert Freiraum für rassistisches Denken und Handeln. Die rechte Szene soll sich ungestört versammeln und ihre Propaganda vertreiben können. Im Gegenzug würde sie auf Gewalt verzichten. (SoZ, 27.8.00)
- Georg Kreis, Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), und Ruedi Baumann, Präsident der Grünen, bezeichnen die SVP als mitschuldig an rechtsextremistischen Tendenzen. Die Politik der SVP hetze gegen Ausländer und sei menschenverachtend. SVP-Präsident Ueli Maurer verwahrt sich gegen diese Vorwürfe. (BZ/NZZ, 28.8.00)
- In St. Gallen kommt es vor einem Treffpunkt von Afrikanern zu einer

- gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Skinheads und Schwarzen. Vier Personen werden verletzt. An der Schlägerei beteiligten sich 50 Skinheads und 80 Schwarze. Die Polizei nimmt vorübergehend 36 Skinheads fest. Unter den Skinheads befinden sich bekannte Anführer wie Pascal Lobsiger und Robert Walser. Gemäss Schweizer Augenzeugen attackieren die Skinheads, was die Polizei nicht bestätigt. SP und weitere Gruppierungen rufen zu einer Protestkundgebung auf, an der 1500 Personen teilnehmen. (NZZ/SGT/TEMPS/ BLICK/TA, 28./29./30.8.00)
- ▶ Das St. Galler Stadtparlament führt im Zusammenhang mit den Zusammenstössen eine zweistündige Debatte über Rechtsextremismus. (SGT, 20.9.2000)
- Der Zürcher Gewerkschafter Mehmet Akyol und seine Frau erhalten per Fax eine Morddrohung von einer unbekannten «Patrioten Front Zürich». Der Gewerkschafter ist türkischer Herkunft und engagiert sich für politische Rechte der Ausländer. (BLICK, 9.9.00)
- In einem Dienstraum der Kantonspolizei in Biel entdeckt ein Besucher ein auf einem ausgestellten Bajonett eingraviertes Hakenkreuz. Die Kantonspolizei distanziert sich von der Auslage. Beim betreffenden Mitarbeiter handle es sich um einen Waffen- und Abzeichensammler. Es dürfe jedoch nicht auf eine rechtsextreme Gesinnung des Beamten geschlossen werden. (BUND, 13.9.00)
- Der Sekretär der SVP-Ortspartei Silenen (UR) gibt seinen Parteiaustritt bekannt. Der 20-jährige Skinhead ist zuvor als Teilnehmer an der Störaktion von Neonazis auf dem Rütli vom 1. August entlarvt worden. Traxel baut im Urner Oberland eine rechtsextreme Gruppierung auf. Parteipräsident Ueli Maurer will sich zu diesem Fall nicht äussern. Georg Kreis, Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), betont, dass der Übergang zwischen fremdenfeindlichen Tönen und rechtsextremem Gedankengut fliessend sei. (SoZ, 17.9.00)

- Dominique Menu, ein Genfer Lehrer, wird aus dem Schuldienst entlassen, weil er wiederholt einen afrikanischen Schüler beleidigt hat. Der Lehrer ist aktives Mitglied der SVP und lässt sich vom Anwalt Pascal Junod, einem bekannten Rechtsextremisten, der ebenfalls der SVP angehört, vertreten. (DIMANCHE.CH, 17.9.00)
- Personen an einem Protestmarsch nach Luzern gegen die Diskriminierung von Ausländern und die 18%-Initiative teil. Eine Gruppe von Neonazis stört die Kundgebung. Rechtsradikale kündigen eine Demonstration in Liestal für den folgenden Samstag an. (SoZ, 17.9.00; NZZ, 18.9.00)
- Lukas Reimann, Vizepräsident der Jung-SVP St. Gallen verdankt eine Spende des Holocaust-Leugners Ernst Indlekofer und beglückwünscht ihn zur erfolgreichen Abonnentenwerbung für seine Zeitschrift. St. Galler SVP-Präsident und Nationalrat Toni Brunner äussert die Absicht, die jungen Mitglieder der SVP besser zu instruieren, wie sie sich gegenüber Vertretern extremer Gesinnung zu verhalten hätten. (SGT, 19.9.00)
- ▶ Der Burgdorfer Stadtrat beschliesst im Zusammenhang mit Vorkommnissen am Stadtfest «Solätte» eine von allen Parteien getragene Stellungnahme gegen Rechtsextremismus. (BZ, 20.9.00)
- An einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in Burgdorf nehmen 500 Personen teil. Trotz Befürchtungen kommt es zu keinen grösseren Ausschreitungen mit Skinhead-Gruppen. (BZ/BUND, 30.10.00)
- ▶ Skinheads und Punks liefern sich eine Schlägerei in Langenthal. In der gleichen Nacht ziehen Neonazis mit «Ausländer raus»-Sprechchören durch die Burgdorfer Oberstadt. (BUND, 20./21.11.00)
- In Basel findet eine Kundgebung gegen Rechtsextremismus mit 500 Personen statt, die von Gymnasiasten organisiert wird. (BLICK, 2.9.00)
- Die Nationalliga GmbH des Schweizerischen Eishockeyverbandes

▶ 102



- wendet sich gegen den Missbrauch des Eishockeys für rechtsextremistische Propaganda. Die Sicherheitsvorkehrungen und die Zusammenarbeit mit der Polizei werden intensiviert. (AARGAUER ZEI-TUNG, 4.9.00)
- ▶ Die GEWERBEZEITUNG erörtert die Möglichkeit der Anwendung arbeitsrechtlicher Sanktionen gegenüber politischen Extremisten. (GEWERBEZEITUNG, 22.9.00)
- Das Bezirksgericht Meilen verurteilt zwei Skinheads wegen eines Brandanschlags auf eine Küsnachter Asylbewerberunterkunft zu 18 Monaten Gefängnis. Das Verfahren gegen die 16-jährige Haupttäterin, welche ein Molotowcocktail in den Flur des Containers warf und dadurch das Leben von 20 Personen gefährdete, wird im Kanton Baselland fortgesetzt. Mit grossem Glück konnten Bewohner den Brand sofort löschen. (TA, 22.9.00)
- Im VBS wird ein Beamter entlassen, der als Fliegeroffizier bereits vor zwei Jahren wegen seiner Kontakte mit Neonazis bekannt geworden ist. Bundesrat Ogi ordnete damals eine Untersuchung an, die ihm kein strafrechtliches Vergehen nachweisen konnte. Nun haben Presseberichte aufgedeckt, dass der Offizier neuerdings bei der Gruppe Rüstung im VBS beschäftigt wird. (BUND, 23.9.00; BLICK, 26.9.00)
- In Olten kommt es zu Ausschreitungen zwischen Gruppen von Rechtsextremisten und Kosovo-Albanern. Die Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ein Rechtsradikaler verletzt wird, werden durch die Polizei beendet. (NZZ/TA/TEMPS/TDG, 23.10.00)
- Das Archiv Schnüffelstaat Schweiz (ASS) organisiert Veranstaltungen in verschiedenen Städten über Erfahrungen, die in einem Beratungsprojekt für ausstiegswillige Neonazis in Schweden gemacht werden. An der Diskussion mit Kent Lindahl, dem eingeladenen Experten aus Schweden, selber ehemaliger Neonazi, beteiligen sich unter anderem auch Neonazis, die sich im Publikum befinden. Das ASS tritt dafür ein, den Rechtsex-

- tremismus politisch und strafrechtlich zu bekämpfen, lehnt aber den Ausbau des Staatsschutzes ab. (BZ/BUND, 13.12.00; WOZ, 14.12.00; SGT, 16.12.00; BAZ, 18.12.00)
- Das Baselbieter Strafgericht verurteilt zwei Skinheads wegen Brandstiftung zu fünf bzw. acht Monaten Gefängnis bedingt. (BAZ, 14.12. 2000)
- ▶ Ein Neuenburger Skinhead wird wegen des Vertriebs von rassistischen und negationistischen CDs angeklagt. Die Polizei konfiszierte Tausende CDs. (14.12.00)

### Internet

- Die Bundespolizei schliesst 13 Internet-Sites deutscher und schweizerischer Neonazis und Skinheads. Der Spiegel hat bekannt gemacht, dass die 13 Gruppen unter Namen wie «Sturmtrupp Division 88» oder «Blutbad88» bei der Cablecom-Tochter Swissonline im «White Power Portal» auftraten. (Spiegel, 17.7.00; Temps, 20.7. 2000; SGT, 25.7.00)
- Diber einen amerikanischen Internet-Provider wird ein Mordaufruf gegen zwei Schweizer Linke und einen rechten «Verräter» verbreitet. Die Bundespolizei versucht die Urheber zu identifizieren und beim Provider die Schliessung der Website zu erreichen. (NZZ, 24.7.00; MATIN, 25.7.00)
- Die Bundespolizei zeigt einen 22-jährigen Neonazi aus Meilen wegen des Inhalts seiner Homepage an. Stephan W. verstosse gegen das Anti-Rassismus-Gesetz und rufe zu Gewalt auf. (TA, 10.8.00)
- Die Eidgenössische Zollverwaltung eröffnet ein Disziplinarverfahren gegen einen Beamten, der im Internet antisemitische Aussagen verbreitet. Die Bundespolizei überweist den Fall an den Kanton Schwyz zur Ermittlung wegen Verstosses gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm. Der Beamte wird entlassen. (BLICK, 20./21.9.00)
- Druck aus der Schweiz bewirkt die Schliessung von rassistischen

- Homepages in den USA. Auf Intervention der Aktion Kinder des Holocaust sperrt der Internetprovider Geocities den Zugang zu einer Homepage eines Basler Neonazis. Der Provider begründet die Sperrung durch die Nichteinhaltung der allgemeinen Geschäftsbedingungen. (TA, 22.11.00; BLICK, 9.12.00)
- Der Aargauer FDP-Ständerat Thomas Pfisterer fordert in einem Vorstoss den Bundesrat auf, die Erfassung von Straftaten im Internet wie Gewaltdarstellungen, Kinderpornografie und Rassendiskriminierung durch Anpassung des Medienstrafrechts zu ermöglichen. Die bestehende Rechtsunsicherheit müsse beseitigt werden. (AZ, 15.12.00)

### **Antirassismus-Strafnorm**

- Aufgrund einer Strafanzeige gegen die Mitglieder des Initiativkomitees der Asylmissbrauchsinitiative werden SVP-Prominente, unter ihnen Parteipräsident Ueli Maurer, polizeilich einvernommen. Die Initianten verwenden ein Plakat, das eine Karikatur eines Fremden darstellt, welcher eine Schweizer Fahne durchreisst. (NLZ, 22.7.00)
- Das Bundesgericht hebt einen Schuldspruch der Zürcher Justiz gegen den Holocaustleugner Arthur Vogt auf. Dieser hatte ein Buch antisemitischen Inhalts des Rassisten Jürgen Graf an sieben Personen in Deutschland verschickt. Dadurch sei der Tatbestand der öffentlichen Verbreitung jedoch nicht erfüllt, argumentiert das Bundesgericht. Hingegen bestätigt das Bundesgericht die Verurteilung Vogts bezüglich eines von ihm verfassten antisemitischen Zeitungsartikels. (TA, 25.7.00)
- Christoph Mörgeli, SVP-Nationalrat, nimmt in einer Zeitungskolumne die Satirefigur des Inders Rajiv aus Giacobbos «Viktors Spätprogramm» zum Vorwand, um für seinen Vorstoss zur Abschaffung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) zu werben. Er wirft der Kommission

vor, sie zensuriere harmlose Fasnachtsverse, schweige jedoch angesichts der Verunglimpfung der Inder am Schweizer Fernsehen. Michele Galizia, Sekretär der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), erklärt, die Kommission habe intern diskutiert, was als Satire gilt und inwiefern sie durch die Verwendung rassistischer Klischees rassistische Tendenz repräsentiert. Die SP-, CVP- und FDP-Vertreter, die zur Diskussion mit Christoph Mörgeli in der «Arena» des Schweizer Fernsehens zum Thema «Existenzberechtigung der EKR» eingeladen sind, sagen ihre Teilnahme ab; die Sendung platzt. (METROPOL, 30.8.00; SVP-Pressedienst, 4.9.00; Südost-SCHWEIZ, 27.9.00; NLZ, 28.9.00; SoZ, 1.10.00; NLZ, 6.10.00; AAR-GAUER ZEITUNG, 7.10.00)

- Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde des Schwyzer Rechtsextremisten Marcel Strebel nicht ein. Das Kantonsgericht Schwyz hat Strebel 1999 wegen einer Schiesserei mit Polizisten im Jahr 1994 zu 24 Monaten Zuchthaus verurteilt. (NLZ, 31.8.00)
- Der Zürcher Bezirksrichter Bruno Steiner zeigt Christoph Blocher an wegen Rassendiskriminierung. In einer Rede vom 1. März 1997 habe Blocher Verbrechen gegen die Menschlichkeit bagatellisiert und den Forderungen der jüdischen Gemeinschaft nach Wiedergutmachung in beleidigender Weise reine Bereicherungsabsicht unterstellt. Zur betreffenden brachte der Sonntags-Blick die Schlagzeile: «Blocher: Den Juden geht es nur ums Geld». Der Politiker klagte deshalb gegen den SONNTAGS-BLICK wegen Verunglimpfung als Antisemit. Das Zürcher Bezirksgericht sprach den damaligen Chefredaktor des SONN-TAGS-BLICKS jedoch frei und stellte fest, dass Blocher «in hemmungsloser Weise antisemitische Instinkte angesprochen habe». akzeptierte daraufhin Blocher einen Vergleich vor dem Zürcher Obergericht. Bevor eine Strafuntersuchung eröffnet werden kann, muss Blochers parlamentarische

- Immunität aufgehoben werden. (SÜDOSTSCHWEIZ, 6.9.00; TA/NZZ, 7.9.00)
- ▶ Ein Genfer Lehrer wird zu 500 Franken Busse verurteilt, weil er im Schulunterricht als Schimpfwort den Ausdruck «travail de nègres» verwendet hat. Er gilt als SVP-Sympathisant. Der Lehrer wird aus dem Schuldienst entlassen (MATIN/TDG, 3.10.00)
  - Der Bundesrat verzichtet auf ein Verbot von Neonazi-Gruppen und andere Sofortmassnahmen gegen Rechtsextremismus. Hingegen prüft er die Schaffung eines neuen Straftatbestands bezüglich rechtsextremistischer und rassistischer Propaganda und Symbolik, die Erweiterung der Aufgaben des Staatsschutzes auf Bekämpfung von ideologischem Extremismus, die Bestimmung von Rassendiskriminierung als Delikt im Post- und Fernmeldegesetz, die strafrechtliche Erfassung von Hooliganismus anlässlich von Sportveranstaltungen sowie die Aufhebung des Vorbehalts der Schweiz zur UNO-Konvention gegen Rassismus in Bezug auf Meinungsfreiheit. (SGT/ TA/BUND/NLZ, 3.10.00; NZZ, 4.10.00)
- Das Bundesgericht weist die Beschwerde des Buchhändlers Aldo Ferraglia ab. Er wurde von der Waadtländer Justiz zu 20 Tagen Gefängnis bedingt verurteilt, da er antisemitische Schriften, darunter das Buch von Roger Garaudy, «Les mythes fondateurs de la politique israélienne», verbreitet hatte. (ZÜRCHER OBERLÄNDER, 5.10.00)
- ▶ Ein Wirt in Reichenburg (SZ) wurde vor Jahresfrist zu einer Busse von 400 Franken verurteilt, da er mit einer Tafel am Eingang seines Lokals Ex-Jugoslawen und Albanern den Zutritt verwehrt hatte. Die Staatsanwaltschaft und und der Wirt legten Berufung ein. Die Staatsanwaltschaft fordert eine Erhöhung der Busse auf 1000 Franken. Das Urteil des Kantonsrichters steht aus. (NLZ, 2.11.00)
- Das Lausanner Kassationsgericht reduziert das Strafmass für Holocaust-Leugner Gaston-Armand Amaudruz von einem Jahr auf drei

- Monate und die Busse auf 1000 Franken. Der Generalstaatsanwalt des Kantons Waadt, der israelitische Gemeindebund, die LICRA (Ligue contre le racisme et l'antisémitisme) sowie Amaudruz selbst, dem die Strafmilderung nicht genügt, legen Beschwerde beim Bundesgericht ein. (BUND, 22.11. 2000; SoZ, 26.11.00; MATIN, 30.11.00)
- ▶ Holocaust-Leugner Jürgen Graf, zu 15 Monaten unbedingt verurteilt, ist untergetaucht. Gemäss Recherchen von LE TEMPS hält er sich im Iran oder in der Türkei auf. (TA, 30.11.00; TEMPS, 18.12.00)
- Ein Zürcher Bezirksanwalt fordert die Verurteilung der Geschäftsführerin eines Kleiderladens wegen Rassendiskriminierung zu einer Busse von 2000 Franken, weil sie eine aus Ghana gebürtige dunkelhäutige Schweizerin aus dem Laden gewiesen hat. Die Verteidigung vertritt den Standpunkt, dass der Tatbestand nicht erfüllt sei, weil die Geschäftsführerin die Leistungsverweigerung damit begründete, sie wolle keine Leute aus «ihrem Land». Das Gesetz beziehe sich nicht auf Land, sondern lediglich auf «Rasse, Ethnie und Religion». (NZZ, 9.12.00)

### Behörden, Verwaltung und Polizei

- Mit einem Postulat verlangt der St. Galler Stadtrat Max Lemmenmeier, dass «Schwarze, Asiaten und Mitglieder ausländischer Bevölkerungsgruppen ins Polizeikorps integriert werden». Der Vorstoss steht im Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Skinheads gegen Schwarze von Ende August. (SGT, 31.8.00)
- ▶ Die Berner Gewerbepolizei verbietet den Aushang von Plakaten der Nationalen Partei Schweiz (NPS). (BZ, 4.9.00)
- Das Zürcher Obergericht spricht einen wegen Gewalt gegen einen schwarzen Häftling von der Vorinstanz verurteilten Polizeibeamten frei. Durch Stichentscheid der Präsidentin entscheidet das Gericht trotz des vorliegenden Arztberichts



und «erheblichen Verdachts» wegen mangelnder Beweise zugunsten des Polizisten. (LIMMATTALER TAGBLATT, 6.9.00)

- Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) schlägt den Aufbau von Teams zur Konfliktintervention und Ausstiegshilfen für Mitläufer von Neonazis vor. Eine nationale Hotline soll diese vernetzen. (NZZ/BUND, 9.9.00)
- Die Tribune de Genève befragt Migranten, die den Eindruck haben, sie würden von den Polizeiorganen als potenzielle Kriminelle behandelt. Der befragte Polizeipsychologe Pascal Borgeat sagt demgegenüber, dass die Vorurteile der Polizisten durch bestimmte Erfahrungen mit ausländischen Delinquenten geprägt seien. Die

- Haltung der Polizisten sei jedoch nicht rassistischer als jene der übrigen Gesellschaft. (TDG, 20.11.00)
- Namo Aziz, kurdischer Schriftsteller mit deutschem Pass, beschreibt in einem Artikel, wie er bei der Einreise von einem Zollbeamten auf dem Flugplatz Belpmoos in rassistischer Weise gedemütigt wurde. Die Zollverwaltung hat eine interne Untersuchung eingeleitet. (WW, 23.11.00)
- Der Baselbieter Regierungsrat bestätigt das Verbot einer Kundgebung der «Partei national orientierter Schweizer» (Pnos) in Liestal. Das Verbot wird damit begründet, dass die Pnos eine Politik verfolge, die sich ausschliesslich gegen die ausländische Bevölkerung richte. Ihr rechtsextremistisches Gedan-

kengut und die Beteiligung von Skinheads gefährdeten die öffentliche Ordnung und Sicherheit. (BAZ, 20.12.00)

> PETER LEUENBERGER FORUM GEGEN RASSISMUS

#### Abkürzungen/Abréviations

AZAARGAUER ZEITUNG BAZ BASLER ZEITLING BZ. BERNER ZEITUNG CDG COURRIER DE GENÈVE

NLZ NEUE LUZERNER ZEITUNG NZZ NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

SoB SONNTAGSBLICK

SGT ST GALLER TAGBLATT SoZ Sonntagszeitung

TAGESÂNZEIGER

Tribune de Genève TDG WoZ Wochenzeitung

24H 24 HEURES



### Revue de presse sur le racisme

2E SEMESTRE 2000

### Antisémitisme/anti-islamisme

- Tom Hockenmeyer, le thérapeute adepte de la réincarnation plus connu sous le pseudonyme de «Trutz Hardo», anime régulièrement des cours dans un hôtel de Laax. Suite aux propos qu'il a tenus au sujet de l'holocauste, un tribunal allemand l'a reconnu coupable d'incitation à la haine, de calomnie et d'insultes à la mémoire des défunts. Son ouvrage «Jedem das Seine», qualifié par les juges de «grave banalisation du génocide de millions de Juifs pendant la Seconde Guerre mondiale», a été interdit en Allemagne. (SÜDOSTSCHWEIZ, 27.7.00)
- Dans le courrier des lecteurs de la DAVOSER ZEITUNG, on peut lire depuis plusieurs semaines des pro-

pos antisémites ainsi que les réactions qu'ils ont provoquées. Pour Frank Lübke, directeur du Zentrum gegen Antisemitismus und Verleumdung, la liberté d'expression invoquée par la rédaction pour justifier la publication de déclarations hostiles aux Juifs va à l'encontre des directives du Conseil suisse de la presse selon lesquelles le courrier des lecteurs est soumis à la même obligation de diligence journalistique que le reste de la publication. (DAVOSER ZEITUNG, 19.9.00)

Le Conseil communal de Pratteln a dénoncé un pamphlet dans lequel un groupuscule baptisé «Besorgte Christen Schweiz» appelle à combattre la naturalisation de personnes de religion islamique et en a informé les autorités judiciaires.

Une des conseillères communales a même autorisé la pose d'affiches à la préfecture de district dénonçant la violation de la norme sur la discrimination raciale. (BAZ/BZ, 17.11.00)

### **Discrimination raciale**

- Daniel Zurcher, vice-président de l'Association Suisse des Arbitres de l'ASF, compare, dans le journal de l'association, des joueurs de foot africains en liesse à des singes au zoo et insulte les joueurs de couleur en déclarant qu'ils jubilent comme sous l'effet de drogues ou d'une forte dose d'alcool. Les supérieurs de Daniel Zurcher refusent quant à eux de cautionner ces propos. (BAZ, 5.10.00; BLICK, 7.10.00)
- Six femmes noires se sont vu refuser l'entrée au night-club zurichois «Adagio». Le portier aurait déclaré «Vous êtes trop de noirs». (TA, 20.7.00)
- A la suite d'une dénonciation calomnieuse d'une cliente, une ven-

deuse de couleur de Rorschach a été licenciée. Le comportement de la police lors de la fouille de l'appartement de cette dame a été qualifié par l'avocat de cette dernière de tracassier et offensant. (ST. GALLER NACHRICHTEN, 14.9.00)

### Gitans/gens du voyage

- Le projet «Romeurope» visant à améliorer les conditions sociales et sanitaires des Tsiganes et des Roms en Europe a fait l'objet d'une présentation à l'université de Neuchâtel. Les Roms d'Europe orientale sont particulièrement touchés par la pauvreté. Ceux qui se sont réfugiés en Europe occidentale connaissent quant à eux une situation précaire. Les Tsiganes suisses ont lancé un débat sur les problèmes que suscitent leurs lieux de campement et l'obtention de patentes commerciales. (NZZ, 9.11.00)
- La Commission Indépendante d'Experts Suisse-Seconde Guerre mondiale a publié un rapport complémentaire relatif à la politique suisse à l'égard des gitans pendant la période nazie. Ce rapport explique la discrimination et l'oppression des gens du voyage par une longue tradition de mesures visant à les contraindre à l'assimilation et à leur fermer certaines frontières. Les Yéniches suisses vivant à l'étranger ont ainsi été empêchés de revenir au pays; pour les Sintés et les Roms, les frontières sont restées fermées jusqu'en 1972. Le Conseil fédéral a exprimé ses regrets à l'égard des communautés de Roms, de Sintés et de Yéniches. (TA/NZZ/International He-RALD TRIBUNE, 2.12.00)
- La ratification de la convention 169 de l'Organisation internationale du travail (OIT) relative aux peuples indigènes et tribaux traîne en longueur. Le secrétariat de l'Etat à l'économie (Seco) y fait obstruction en invoquant l'argument selon lequel les Yéniches pourraient faire valoir leurs droits en tant que peuples indigènes en application de ladite convention. (BUND, 18.12. 2000)

### Etrangers, réfugiés et requérants d'asile

- La Commission des institutions politiques du Conseil national rejette l'internement des étrangers et des requérants d'asile récalcitrants et délinquants sans autorisation de séjour. Leur installation dans des lieux d'hébergement collectifs constitue une violation de la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH). Le Conseil des Etats a d'ores et déjà approuvé l'initiative du canton d'Argovie à 24 voix contre 12. (NLZ/BUND/BZ/BAZ/TA/24H/TEMPS, 1.7.00)
- La Suisse, l'Autriche et le Liechtenstein ont signé un accord tripartite les contraignant à la réadmission de leurs propres citoyens ainsi que des citoyens d'Etats tiers entrés de manière illégale dans l'un des deux autres Etats. Des accords analogues avec l'Italie et la France visant à faciliter l'expulsion forcée sont déjà en vigueur. (NZZ/BZ/BAZ/TDG/ TEMPS, 4.7.00)
- Le Département fédéral de justice et police a ouvert la procédure de consultation pour une nouvelle loi sur les étrangers. La notion de «surpopulation étrangère» disparaît de la loi. Les ressortissants de pays autres que ceux de l'UE entrant en Suisse sont soumis à des conditions d'autorisation plus sévères que les ressortissants des pays de l'UE. Le statut de saisonnier est remplacé par le statut de séjour de courte durée. (NZZ/BLICK/TA/BAZ/BUND/BZ/NLZ/TEMPS/24H, 6.7.
- Philipp Müller, qui a lancé l'initiative du quota de 18%, rejette les qualificatifs de raciste et de xénophobe. Il polémique dans de nombreuses publications au sujet des procédures de naturalisation et de la criminalité imputable aux étrangers. (SoZ, 23.7.00; TDG, 24.7.00)
- En Argovie, des tracts de propagande pour l'initiative des 18% incitent la population à faire des dons à des groupuscules extrémistes. Selon un parlementaire cantonal radical, le comité de l'initiative des 18% n'aurait rien à voir avec le compte de collecte de fonds qui au-

- rait été ouvert auprès de l'UBS. (REUSSBOTE, 12.9.00)
- A Bâle-Ville, une initiative de l'UDC vise à contraindre les immigrés à suivre des cours d'allemand et des leçons d'intégration, les prestations sociales et le prolongement du permis de séjour dépendant des résultats obtenus dans ces cours. L'intégration se définirait donc comme «l'assimilation à notre culture». L'UDC conteste de nombreux points de la politique d'intégration du gouvernement bâlois. (BAZ, 14./17.10.00)
- Le Tribunal fédéral considère comme admissible et non discriminatoire le refus de prolonger le permis de séjour d'un saisonnier kosovar devenu invalide, et par conséquent sans emploi et dépendant de l'aide sociale, à la suite d'une hémorragie cérébrale. (NZZ, 3.11.00)
- L'UDC dépose une initiative «contre les abus dans le droit d'asile» selon laquelle une personne ayant transité par un pays tiers sûr dans lequel elle a déposé une demande d'asile n'est pas autorisée à faire une demande analogue en Suisse. (NZZ/TA/BUND/BZ/BAZ/TEMPS/TDG, 14.11.00)

### Ecole et racisme

Les parents d'une élève de l'école St.-Karli à Lucerne, un établissement qui possède une classe pour les étrangers, ont déposé un recours administratif suite au refus de leur demande de transfert. Seule la nationalité de la fillette d'origine espagnole aurait été prise en compte et non ses connaissances d'allemand. L'union syndicale lucernoise soutient la demande de la famille car elle doute de l'opportunité à long terme de classes exclusivement composées d'étrangers parlant d'autres langues que la langue locale. (NLZ, 28.7.00) (Urs W. Studer, nouveau directeur des écoles de la ville de Lucerne, a fait savoir qu'il avait l'intention d'accepter la demande de transfert de l'enfant dans une classe mixte et qu'il n'y aurait plus sous sa direc-



- tion de classes réservées aux étrangers. Le recours administratif encore en cours est ainsi devenu caduc.)
- Une enquête réalisée par l'institut de pédagogie curative de l'Université de Fribourg pour le compte du Fonds national conclut que la présence d'enfants étrangers n'entravait pas le développement des écoliers suisses. (BZ/BUND/NLZ, 5.10.00)

### **Naturalisations**

- En analysant les statistiques des demandes de naturalisations acceptées, l'Office fédéral de la statistique et le Forum suisse pour l'étude des migrations, rattaché à l'université de Neuchâtel, ont constaté selon les communes et les cantons, des disparités importantes dans la naturalisation de ressortissants de certaines nationalités, disparités qui ne s'expliquent que partiellement par des pratiques discriminatoires. (NZZ/TA/Bund/ BZ/BaZ/NLZ/Temps/TpG/Matin. 7.11.00)
- Le Conseil communal lucernois de Wauwil a publié une feuille d'information destinée aux candidats à la naturalisation comportant un passage explosif: «La langue la plus fréquemment utilisée dans l'environnement du candidat (à son domicile, dans ses activités de loisirs, etc.) doit être l'allemand.» (NLZ, 1.12.00)
- Lors d'un séminaire organisé à Neuchâtel, Georg Kreis, président de la Commission fédérale contre le racisme (CFR), a demandé que l'on respecte l'interdiction de discrimination et de traitement arbitraire dans la procédure de naturalisation. Il a par ailleurs précisé que les décisions devraient être justifiées par écrit et soumises au droit de recours. En outre, les portraits sommaires présentés dans les brochures de votation constitueraient une violation des droits de l'homme et de la sphère privée des candidats à la naturalisation. (NLZ/TA/Bund, 2.12.00)

### Extrémisme de droite

- Le groupe néo-nazi «Patriotischer Ost-Flügel» a organisé une rencontre de skinheads dans le hameau de Langenhart, près de Müllheim (TG). Le même week-end, des extrémistes de droite se sont retrouvés à Oberrüti (AG). La police a interdit l'entrée en Suisse à l'Allemand Stephan Göbeke-Teichert chargé par le parti national-démocratique allemand (NPD) de recruter de nouveaux membres en Suisse. Selon les dires de Stephan Göbeke, un confident de Roger Wüthrich, dirigeant du Cercle de l'Avalon, le NPD compterait quelque 800 sympathisants sur le territoire helvétique. (WW, 6.7.00; SoB/SzZ, 9.7.00; BAZ/BZ/BUND, 10.7.00)
- La police bernoise a écroué un homme de 22 ans qui venait d'utiliser son fusil d'assaut pour faire un carton sur le squat alternatif «Solterpolter», dans le quartier bernois de Marzili. Les occupants en sont sortis indemnes. Le tireur et deux complices eux aussi arrêtés appartiennent à la mouvance d'extrême droite. (BZ, 11./12.7.00; BUND, 17.7.00)
- Dans le cadre d'une fête organisée sous une tente à Glattfelden (ZH), des skinheads s'en sont pris à deux Turcs qui ont été blessés durant l'échauffourée de même qu'un Italien qui s'est porté à leur secours. Les victimes ont porté plainte. (TA/NZZ/BAZ, 18.7.00)
- La tentative d'incendie criminel d'un centre pour réfugiés à Möhlin en Argovie a été déjouée. Au cours de la nuit, les occupants ont été réveillés par une forte odeur d'essence. Deux personnes portant des capuches à la Ku-Klux-Klan ont pris la fuite. Au début du mois d'août, la police a interpellé un des incendiaires, une femme de 19 ans ayant des contacts avec des groupes d'extrême droite. (BLICK/NLZ/BAZ/TA/ BZ/TEMPS, 19.7.00; NLZ, 8.8.00)
- 200 skinheads, venus pour la plupart d'Allemagne, se sont réunis dans la salle polyvalente de Kestenholz (SO). (NZZ/TA/BAZ/BUND, 24.7.00)

- La commune de Kestenholz ne loue plus de locaux à des extrémistes de droite. (BERNER RUNDSCHAU, 12.9.00)
- Entre 20 et 30 skinheads d'extrême droite ont investi un squat à Winterthour. (TA, 24.7.00)
  - Un groupe d'extrême droite a perturbé le discours du 1er août du conseiller fédéral Kaspar Villiger sur le Rütli en agitant des drapeaux et en vociférant. Le groupe comptait notamment des leaders du mouvement néo-nazi en Suisse tels que Pascal Lobsiger, un skinhead condamné pour avoir participé à une agression perpétrée sur des jeunes à Hochfelden. N'ayant pas constaté d'infraction à la loi contre le racisme, la police uranaise a renoncé à prendre des mesures et à procéder à des contrôles pour tenir les extrémistes de droite à l'écart de la plaine du Rütli. En revanche, le conseiller aux Etats Franz Wicky (PDC) a demandé un renforcement de la protection de l'Etat et des dispositions plus radicales dans la loi contre le racisme. (NEUE URNER ZEITUNG, 3.8.00; SoZ/ DIMANCHE.CH, 6.8.00; BOTE DER URSCHWEIZ/NLZ, 7.8.00; BLICK, 8.8.00)
- Au cinéma Openair d'Altendorf (SZ), un groupe de skinheads a défilé avec des emblèmes racistes et nazi. (Südostschweiz, 8.8.00)
- Urs von Daeniken, chef de la Police fédérale, a préconisé dans une interview l'interdiction de toute manifestation néo-nazie, un renforcement de la législation et une augmentation de la protection de l'Etat. (NLZ, 8.8.00)
- Au vu de la multiplication des incidents et des actes de violence mêlant des personnes d'extrême droite, la conseillère fédérale Ruth Metzler a déclaré dans une interview qu'il convenait de vérifier «si les dispositions de la loi contre le racisme étaient encore suffisantes pour combattre efficacement l'extrémisme de droite». (BLICK, 9.8. 2000)
- Des hommes politiques et des représentants des médias parlent ouvertement de l'opportunité de renforcer les mesures policières et



- d'interdire les organisations d'extrême droite. (NZZ/WW/TEMPS, 10.8.00)
- Un groupe de 20 skinheads s'est promené dans les rues de Liestal en distribuant des tracts racistes et en proférant des menaces à l'égard d'un journaliste. Les extrémistes de droite se retrouvaient à l'occasion de l'anniversaire de la mort de Rudolf Hess. Le conseiller d'Etat Andreas Koellreuter, chef du Département de justice et police et des affaires militaires du canton de Bâle-Campagne, a critiqué l'attitude de la police, qui n'a pas trouvé de motif d'intervention. La police aurait fait une erreur de jugement. (BLICK/NZZ/BAZ, 19.8.00)
- A Liestal, 1000 personnes ont participé à une manifestation contre l'extrémisme de droite organisée par le comité «Liestal schweigt nicht» né à la suite du rassemblement de skinheads du 17 août. En marge de la manifestation, des autonomistes de gauche se sont heurtés aux forces de l'ordre. (BAZ/SOZ/NZZ, 11.9.00)
- Les Hammerskins, un mouvement d'extrême droite, ont donné de fausses informations pour louer une maison scout à Andwil (SG). (SGT, 19.8.00)
- Mandaté par le canton de Bâle-Ville pour analyser les tendances d'extrême droite dans la jeunesse bâloise, le chercheur Franz Kohler est parvenu à la conclusion qu'il n'y avait pas lieu de prendre des mesures immédiates. Il serait cependant utile de prendre des mesures préventives étant donné l'importance du risque potentiel. (BASEL-LANDSCHAFTLICHE ZEITUNG, 19.8.00)
- Bühlmann, vice-présidente de la Commission fédérale contre le racisme (CFR), propose une coordination des interventions contre les actions d'extrême droite. Elle estime que le budget annuel de 150000 francs de la Commission contre le racisme est insuffisant. Une campagne nationale de prévention et d'information permettrait d'obtenir un plus large soutien de la part de l'Etat. Cette proposition soutenue par le PS et le

- PDC a en revanche été rejetée par le PRD et l'UDC. Le Conseil fédéral envisage de débloquer 10 millions de francs destinés à la prévention. Michele Galizia, du Département fédéral de l'intérieur, précise qu'une motion concernant l'utilisation de ces fonds sera présentée au Conseil fédéral au début 2001. (SOB, 20.8.00)
- Dans l'appartement de deux néonazis membres du *Front national*, la police bernoise saisit 20 engins explosifs de fabrication artisanale ainsi que des fusils, des pistolets, des coups-de-poing américains, des munitions et du matériel de propagande raciste. (BLICK, 23.8.00)
- Le Conseil fédéral s'emploie à résoudre le problème de l'extrémisme de droite et se montre préoccupé par les événements de ces dernières semaines. Dans le but de faciliter les décisions, un groupe de travail dirigé par le chef de la Police fédérale est chargé de livrer ses conclusions d'ici mi-septembre. La seule répression policière ne suffit pas pour maîtriser ce phénomène, précise la conseillère fédérale Ruth Metzler. La Police fédérale craint notamment que le parti nationaldémocratique allemand (NPD) ne déplace ses activités en Suisse s'il est interdit sur le territoire allemand. (BAZ/BLICK, 24.8.00)
- Le ministère public des Grisons a ouvert une enquête pénale contre l'extrémiste de droite Robert Walser. Par le biais d'Internet, ce dernier appelle à la violence contre les «extrémistes de gauche» et contre les «cochons traîtres à la Suisse». (SÜDOSTSCHWEIZ, 25.8.00)
- Les parents de membres du *Rhein-Front* ont fondé dans le Sarganserland un groupe d'entraide pour essayer de sortir leurs fils de la mouvance d'extrême droite. (SAR-GANSERLÄNDER, 25.8.00)
- Margrit Fischer, chef de la police lucernoise, a invité la population à ne plus louer de locaux aux groupes d'extrême droite. (NLZ, 26.8.00)
- ▶ Le conseil communal de Malters a refusé de donner son aval à l'organisation d'une manifestation contre les extrémistes de droite par crainte de débordements. Une semaine

- plus tard, les partis locaux et le conseil communal ont organisé ensemble une manifestation qui a réuni 400 participants. (NLZ, 26.8.00; NLZ/TA/NZZ, 4.9.00) Les partis locaux, à l'exception de l'UDC, ont invité Josef Albisser, un propriétaire, à résilier le bail qu'il avait conclu avec un groupe d'extrême droite. (NLZ, 28.8.00) La police a interdit la rencontre néonazie dans le bâtiment en question en raison des risques d'incendie. Le PRD a interdit à Josef Albisser de participer à des manifestations publiques. (NLZ, 8.9.00)
- Roger Wüthrich, figure de proue du mouvement d'extrême droite, revendique la liberté d'expression et d'action pour les racistes. Ces derniers réclament le droit de se réunir et de diffuser leur propagande sans être inquiétés. En contrepartie, ils renonceraient à la violence. (SoZ, 27.8.00)
- Georg Kreis, président de la Commission fédérale contre le racisme (CFR), et Ruedi Baumann, président des Verts, déclarent que l'UDC est en partie responsable des dérives d'extrême droite. Sa politique d'incitation à la haine des étrangers est contraire à la dignité de l'homme. Ueli Maurer, le président de l'UDC, s'insurge contre ces reproches. (BZ/NZZ, 28.8.00)
- Dans le cadre d'un rassemblement de ressortissants africains à St-Gall, une violente bagarre a éclaté entre 50 skinheads et 80 noirs. Quatre personnes ont été blessées. La police a mis en détention provisoire 36 skinheads parmi lesquels se trouvaient des meneurs bien connus tels que Pascal Lobsiger et Robert Walser. Selon des témoins suisses, les skinheads auraient déclenché les hostilités; ces propos n'ont pas été confirmés par la police. Le PS et d'autres groupes ont organisé une manifestation de protestation qui a réuni 1500 personnes. (NZZ/SGT/TEMPS/BLICK/ TA, 28./29./30.8.00)
- ▶ A la suite de cet incident, le parlement saint-gallois a discuté pendant deux heures du problème de l'extrémisme de droite. (SGT, 20.9.00)

▶ 108

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■



- Le syndicaliste zurichois Mehmet Akyol et sa femme ont reçu par fax une menace de mort provenant d'un groupe qui se fait appeler «Patrioten Front Zürich». D'origine turque, Mehmet Akyol s'investit beaucoup pour défendre les droits politiques des étrangers. (BLICK, 9.9.00)
- Dans un des bureaux de la police cantonale biennoise, un visiteur a découvert une baïonnette gravée d'une croix gammée. La police cantonale décline toute responsabilité. Le collaborateur concerné serait simplement un collectionneur d'armes et d'insignes qu'on ne saurait automatiquement soupçonner de sympathies pour l'extrême droite. (BUND, 13.9.00)
- Le secrétaire de l'antenne locale de l'UDC à Silenen (UR) a annoncé qu'il quittait le parti. Ce skinhead de 20 ans a notamment participé à l'action néo-nazie qui a troublé la manifestation du Rütli le 1er août. Il a créé un groupe d'extrême droite dans l'Oberland uranais. Le président de l'UDC, Ueli Maurer, ne souhaite pas s'exprimer à ce sujet. Georg Kreis, président de la Commission fédérale contre le racisme, souligne que la frontière entre des propos xénophobes et des idées d'extrême droite est très mince. (SoZ, 17.9. 2000)
- Dominique Menu, un enseignant genevois, a été congédié pour avoir à maintes reprises injurié un étudiant africain. Membre actif de l'UDC, l'enseignant a été défendu par Pascal Junod, un avocat bien connu pour ses affinités avec l'extrême droite et lui aussi membre de l'UDC. (DIMANCHE.CH, 17.9.00)
- A Emmen, 2500 à 5000 personnes ont participé à une marche de protestation contre la discrimination des étrangers et l'initiative des 18%. La manifestation a été perturbée par un groupe de néo-nazis qui ont annoncé une manifestation à Liestal pour le samedi suivant. (SoZ, 17.9.00; NZZ, 18.9.00)
- Lukas Reimann, vice-président de la jeunesse UDC de St-Gall a remercié le révisionniste Ernst Indlekofer pour son don et lui a souhaité un franc succès dans sa recherche de

- nouveaux abonnés pour sa revue. Toni Brunner, conseiller national et président de l'UDC saint-galloise a déclaré qu'il s'efforcerait de mieux informer les jeunes membres du parti de l'attitude à adopter à l'égard de l'extrême droite. (SGT,
- A la suite de fâcheux incidents survenus lors d'une fête à Solätte, le conseil communal de Berthoud a rédigé une prise de position contre l'extrême droite. Tous les partis s'y sont associés. (BZ, 20.9.00)
- A Berthoud, 500 personnes ont participé à une démonstration contre l'extrême droite. craintes de débordements de la part de groupes de skinheads n'étaient heureusement pas fondées. (BZ/ BUND, 30.10.00)
- Des skinheads et des punks se sont battus à Langenthal. La même nuit, des néo-nazis ont scandé «les étrangers, dehors» sur les hauts de Berthoud. (BUND, 20./21.11.00)
- A Bâle, une manifestation contre l'extrémisme de droite organisée par des gymnasiens a réuni 500 personnes. (BLICK, 2.9.00)
- La Ligue suisse de hockey sur glace a protesté contre l'utilisation de l'image du hockey sur glace pour diffuser la propagande d'extrême droite. Les mesures de sécurité et la collaboration avec la police ont été intensifiées. (AARGAUER ZEITUNG, 4.9.00)
- La Gewerbezeitung a débattu de la possibilité de prendre des sanctions en matière de droit du travail à l'encontre des adeptes d'une politique extrémiste. (GEWERBEZEI-TUNG, 22.9.00)
- Le tribunal de district de Meilen a condamné deux skinheads à 18 mois d'emprisonnement pour avoir bouté le feu à un centre de requérants d'asile à Küsnacht. Par miracle, les occupants ont réussi à éteindre le feu immédiatement. La principale accusée, une adolescente de 16 ans qui avait lancé un cocktail Molotov dans le local des containers et ainsi mis en danger 20 personnes, a été déférée devant la justice du canton de Bâle-Campagne. (TA, 22.9.00)
- Un fonctionnaire du DDPS a été congédié. Il y a deux ans, il avait

- déjà été dénoncé pour avoir eu des contacts avec les néo-nazis en tant qu'officier de l'armée de l'air. L'enquête ordonnée par le conseiller fédéral Adolf Ogi n'avait alors pas débouché sur une procédure de droit pénal. Aujourd'hui, des journalistes ont découvert que l'officier avait récemment été employé par le groupement de l'armement du DDPS. (BUND, 23.9.00; BLICK, 26.9.00)
- A Olten, une bagarre a éclaté entre des groupes d'extrême droite et des Albanais kosovars. Un des extrémistes a été blessé. La police a dû intervenir pour séparer les combattants. (NZZ/TA/TEMPS/TDG, 23.10.00)
- Archiv Schnüffelstaat Schweiz (ASS) organise dans différentes villes des manifestations sur les expériences faites dans le cadre d'un projet de conseils prodigués à des personnes souhaitant quitter le mouvement néo-nazi en Suède. Des néo-nazis présents dans l'assemblée ont participé aux débats avec Kent Lindahl, un Suédois invité à titre d'expert en sa qualité d'ex-néo-nazi. Si l'ASS prône la lutte contre l'extrémisme de droite sur le plan politique et pénal, elle ne souhaite pas un renforcement de la protection de l'Etat. (BZ/BUND, 13.12.00; WoZ, 14.12.00; SGT, 16.12.00; BAZ,
- Le tribunal de répression de la région de Bâle a condamné deux skinheads à cinq et a huit mois d'emprisonnement pour incendie intentionnel. (BAZ, 14.12.00)
- Un skinhead neuchâtelois a été accusé de distribuer des CD racistes et négationnistes. La police a confisqué des milliers de CD. (14.12.00)

#### Internet

La police fédérale a fermé 13 sites Internet de néo-nazis suisses et allemands. Le Spiegel a révélé que les 13 groupes se trouvaient sur Swissonline, filiale de Cablecom, dans «White Power Portal», sous des noms tels que «Sturmtrupp Division 88» ou «Blutbad88».



- (SPIEGEL, 17.7.00; TEMPS, 20.7. 2000, SGT, 25.7.00)
- Un appel au meurtre contre deux gauchistes suisses et un «traître» de droite a été diffusé sur Internet par le biais d'un fournisseur américain. La police fédérale tente d'identifier l'auteur de cet appel et d'obtenir la fermeture du site concerné. (NZZ, 24.7.00; MATIN, 25.7.00)
- ▶ La Police fédérale a dénoncé Stéphan W., un jeune néo-nazi de Meilen âgé de 22 ans, pour le contenu de son site Internet dans lequel il violait la loi contre le racisme en incitant à la violence. (TA, 10.8.00)
- L'administration fédérale des douanes a engagé une procédure disciplinaire contre un fonctionnaire ayant diffusé des propos antisémites sur Internet. La police fédérale a transmis le cas au canton de Schwyz pour qu'il enquête sur la violation de la norme pénale sur la discrimination raciale. Le fonctionnaire a été renvoyé. (BLICK, 20./21.9.00)
- Des imprimés provenant de Suisse ont permis de fermer des sites racistes aux Etats-Unis: à la suite d'une intervention du groupe Aktion Kinder des Holocaust, le fournisseur Geocities a notamment bloqué l'accès au site d'un néo-nazi bâlois en invoquant le non-respect des conditions générales. (TA, 22.11.00; BLICK, 9.12.00)
- Le conseiller aux Etats argovien Thomas Pfisterer a présenté une intervention dans laquelle il demande au Conseil fédéral de permettre de punir les infractions sur Internet telles que les scènes de violence, la pornographie enfantine et la discrimination raciale par une adaptation du droit pénal des médias. Le flou juridique actuel en la matière doit impérativement disparaître. (AZ, 15.12.00)

#### Norme pénale sur la discrimination raciale

A la suite d'une dénonciation pénale des membres du comité d'organisation de l'initiative contre les abus dans le droit d'asile, des per-

- sonnalités de l'UDC, dont le président Ueli Maurer, ont été interrogées par la police. Ces personnes utilisaient une affiche représentant la caricature d'un étranger en train de déchirer un drapeau suisse. (NLZ, 22.7.00)
- Le Tribunal fédéral a levé une condamnation à une amende prononcée par la justice zurichoise à l'encontre du révisionniste Arthur Vogt. Ce dernier avait envoyé à sept personnes en Allemagne un ouvrage du raciste Jürgen Graf de contenu antisémite, en argumentant que les conditions de la diffusion publique n'étaient pas remplies. Le tribunal a en revanche confirmé la condamnation d'Arthur Vogt pour la rédaction d'un article antisémite publié dans un journal. (TA, 25.7.00)
  - Christoph Mörgeli, conseiller national UDC, a publié un article dans lequel il utilise le personnage satirique de l'Indien Rajiv dans «Viktors l'émission Spätprogramm» de Giacobbo pour promouvoir sa proposition de dissolution de la Commission fédérale contre le racisme (CFR). Il accuse ladite commission de censurer des slogans de carnaval inoffensifs mais de rester de marbre face à la représentation diffamatoire des Indiens à la télévision suisse. Michele Galizia, secrétaire de la CFR, précise que la commission a défini dans le cadre de débats internes la notion de satire et la mesure dans laquelle elle représente des clichés ou des tendances racistes. L'émission «Arena» qui devait être consacrée à la raison d'être de la CFR a été annulée car les représentants du PS, du PDC et du PRD invités à dialoguer avec Christoph Mörgeli ont décliné l'invitation. (METROPOL, 30.8.00; SVP Pressedienst, 4.9. 2000; SÜDOSTSCHWEIZ, 27.9.00; NLZ, 28.9.00; SoZ, 1.10.00; NLZ, 6.10.00; AARGAUER ZEI-TUNG, 7.10.00)
- ▶ Le Tribunal fédéral a refusé d'entrer en matière sur le recours de Marcel Strebel, extrémiste de droite schwyzois condamné en 1999 à 24 mois de réclusion par le tribunal cantonal schwyzois pour avoir fait

- feu sur des policiers. (NLZ, 31.8. 2000)
- Le juge de district zurichois Bruno Steiner a porté plainte contre Christoph Blocher pour discrimination raciale. Le 1er mars 1997, Christoph Blocher aurait banalisé dans un discours les crimes contre l'humanité et assimilé de manière injurieuse les demandes de réparation de la communauté juive à une simple volonté de s'enrichir. Au sujet de ce discours, le SONNTAGS-BLICK a titré: «Blocher: pour les Juifs, tout tourne autour de l'argent». Le tribun a donc porté plainte contre le SONNTAGS-BLICK pour diffamation. Le tribunal de district zurichois a néanmoins prononcé un non-lieu à l'égard du rédacteur en chef d'alors du SONNTAGS-BLICK et a retenu que Blocher «avait tenu des propos antisémites immodérés». Blocher a ensuite accepté une confrontation devant la cour suprême zurichoise. L'immunité parlementaire de Blocher doit toutefois être levée avant que l'on puisse ouvrir une enquête pénale. (SÜDOSTSCHWEIZ, 6.9.00; TA/NZZ, 7.9.00)
- Un enseignant genevois a été condamné à une amende de 500 francs pour avoir utilisé l'expression «travail de nègres» comme juron dans un de ces cours. Cet homme réputé pour être sympathisant de l'UDC a été licencié. (MATIN/TDG, 3.10. 2000)
- Le Conseil fédéral renonce à interdire les groupes de néo-nazis et à prendre d'autres mesures immédiates à l'égard des mouvements d'extrême droite. Il s'emploie en revanche à définir une nouvelle infraction relative à la propagande et au symbolisme racistes et d'extrême droite, à étendre le rôle de l'Etat dans la lutte contre l'extrémisme idéologique, à définir la discrimination raciale en tant que délit dans la loi sur la poste et la loi sur les télécommunications, à légiférer en matière de hooliganisme lors de manifestations sportives et à supprimer la réserve de la Suisse quant à la liberté d'expression contenue dans la Convention des Nations Unies sur l'élimination de toutes

**110** 



- les formes de discrimination raciale. (SGT/TA/BUND/NLZ, 3.10.00; NZZ, 4.10.00)
- Le Tribunal fédéral a rejeté le recours du libraire Aldo Ferraglia condamné par la justice vaudoise à 20 jours de prison pour avoir diffusé des documents antisémites, dont l'ouvrage de Roger Garaudy «Les mythes fondateurs de la politique israélienne». (ZÜRCHER OBER-LÄNDER, 5.10.00)
- Un hôtelier de Reichenburg (SZ) a été condamné il y a un an à une amende de 400 francs pour avoir refusé à des ex-Yougoslaves et à des Albanais le droit de s'asseoir sur un panneau placée devant son établissement. Le ministère public et l'hôtelier ont fait recours, le premier pour exiger une augmentation de la peine à 1000 francs. Le juge cantonal ne s'est pas encore prononcé sur cette affaire. (NLZ, 2.11.00)
- Le tribunal de cassation de Lausanne a réduit la peine de prison du révisionniste Gaston-Armand Amaudruz d'une année à trois mois et diminué son amende à 1000 francs. Un recours a été déposé auprès du Tribunal fédéral par l'avocat général du canton de Vaud, par la Fédération suisse des communautés israélites, par la LICRA (Ligue contre le racisme et l'antisémitisme) ainsi que par Gaston Amaudruz lui-même qui estime que l'allégement de sa peine est insuffisant. (BUND, 22.11.00; SoZ, 26.11.00; MATIN, 30.11.00)
- Le révisionniste Jürgen Graf, condamné à 15 mois de prison ferme, a disparu de la circulation. Selon une enquête du journal LE TEMPS, il se trouverait en Iran ou en Turquie. (TA, 30.11.00; TEMPS, 18.12.00)
- Un avocat de district zurichois demande que la gérante d'un magasin de confection soit condamnée à une peine de 2000 francs pour

discrimination raciale à l'égard d'une Suissesse originaire du Ghana qu'elle a renvoyée de son magasin. Selon la défense, il n'y aurait pas de violation de la loi dans la mesure ou celle-ci interdit toute discrimination fondée sur la race, l'ethnie et la religion mais qu'elle ne mentionne pas la discrimination fondée sur le pays d'origine, motif pour lequel la gérante a refusé de servir cette dame originaire du Ghana. (NZZ, 9.12.00)

### Autorités, administration et police

- Dans un postulat, le conseiller communal saint-gallois Max Lemmenmeier a demandé que «les noirs, les asiatiques et les membres de groupes de population étrangère soient intégrés aux forces de police». Cette demande est liée à des débordements de groupes de skinheads à l'égard de personnes de couleur à la fin du mois d'août. (SGT, 31.8.00)
- La police du commerce bernoise a interdit les affiches du Nationale Partei Schweiz (NPS). (BZ, 4.9.00)
- La Cour Suprême zurichoise a prononcé un non-lieu à l'égard d'un fonctionnaire de police condamné par un tribunal de première instance pour actes de violence sur un détenu noir. Grâce à la voix prépondérante de la présidente, le tribunal a tranché en faveur du policier par manque de preuves malgré le rapport médical et la présence de soupçons importants. (LIMMATTALER TAGBLATT, 6.9.00)
- La Commission fédérale contre le racisme (CFR) propose la mise sur pied d'équipes chargées d'intervenir en cas de conflit et de fournir une assistance aux personnes souhaitant quitter un groupe de néo-nazis. Un numéro d'appel unique en Suisse

- assurerait la coordination de cette assistance. (NZZ/BUND, 9.9.00)
- La Tribune de Genève a interviewé des émigrants qui ont eu l'impression d'être considérés par la police comme des criminels en puissance. Le psychologue de la police Pascal Borgeat leur a déclaré que les préjugés de la police seraient dus à certaines expériences avec des délinquants étrangers. L'attitude de la police ne serait pas plus raciste que celle du reste de la population. (TDG, 20.11.00)
- Namo Aziz, écrivain allemand d'origine kurde, décrit dans un article comment un douanier a eu un comportement raciste à son égard à l'aéroport de Belpmoos. L'administration des douanes a ouvert une enquête interne. (WW, 23.11.00)
- Le conseil exécutif de la région bâloise confirme l'interdiction de toute manifestation du «Partei national orientierter Schweizer» (Pnos) à Liestal. Cette décision est fondée sur le fait que le Pnos pratique une politique dont le seul but est de combattre la population étrangère. Ses arguments d'extrême droite et la participation de skinheads mettraient l'ordre et la sécurité publique en danger. (BAZ, 20.12.00)

PETER LEHENBERGER FORUM GEGEN RASSISMUS

#### Abkürzungen/Abréviations

AARGALIER ZEITLING A 7.

BAZ BASLER ZEITUNG

BERNER ZEITUNG COURRIER DE GENÈVE

NLZ NEUE LUZERNER ZEITUNG

NZZ NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

SoB SONNTAGSBLICK

SGT St. Galler Tagblatt

SoZ SONNTAGSZEITUNG

TA TAGESANZEIGER

TDG TRIBUNE DE GENÈVE

WoZ Wochenzeitung

24H 24 HEURES

### FORUM





### Botschaft des Bundesrates zum Beitritt der Schweiz

VON ERIKA SCHLÄPPI

Im Auftrag der Abteilung «Jugend, Familie und Prävention» des Justizdepartements des Kantons Basel-Stadt wurde von der Firma PMS Kohler – Projektmanagement im Sozialwesen ein Gutachten erstellt. Mit freundlicher Genehmigung des Autors fassen wir die wichtigsten Ergebnisse als Beitrag zur laufenden Debatte zusammen.

#### Ziele des Gutachtens

Das Gutachten soll klären, ob die in der Öffentlichkeit wahrgenommenen rechtsextremistischen Tendenzen unter schweizerischen Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt eine Gefährdung für das Gemeinwohl der Stadt Basel darstellen.

In einem zweiten Schritt geht es darum, einen allfälligen (dringenden) Handlungsbedarf zur Reduktion rechtsextremistischer Tendenzen unter schweizerischen Jugendlichen auszuloten und gegebenenfalls mögliche Massnahmen zu skizzieren.

Das Gutachten beleuchtet in erster Linie die sozialen Determinanten des Phänomens «rechtsextremistische Tendenzen unter schweizerischen Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt». Es geht nicht ein auf die geschichtlichen Hintergründe dieser Bewegung und sucht keine individualpsychologische Begründung für die Aktualität dieses Phänomens.

Im Bewusstsein, dass das Problem rechtsextremistischer Tendenzen auch bei ausländischen Jugendlichen festzustellen ist, konzentriert es sich ausschliesslich auf schweizerische Jugendliche.

Schweizerische Jugendliche begründen ihr Denken und ihr Handeln damit, dass in dieser Stadt für Ausländer sehr viel getan wird, sie selbst von der Stadt nichts erhalten und sich deshalb selbst zur Wehr setzen müssen.

#### **Der Begriff «Rechtsextremismus»**

Die wissenschaftliche Literatur liefert keine einheitliche Definition des Begriffs «Rechtsextremismus». U. Altermatt und H. Kriesi geben jedoch in ihrem Buch «Rechtsextremismus in der Schweiz» eine für unsere Zwecke geeignete, praktikable und konkrete Merkmalsbeschreibung (Altermatt/Kriesi 1995, S.16f.):

«Zusammenfassend kennzeichnen wir den Rechtsextremismus durch folgende Merkmale, die oft nur teilweise oder in unterschiedlicher Kombination und Ausprägung auftreten:

- Aggressiver Nationalismus und/ oder Ethnozentrismus, die sich in Xenophobie und Ausländerfeindlichkeit ausdrücken.
- Rassismus, der auf einer biologistischen Weltsicht aufbaut und/ oder eine ethnisch-kulturell diskriminierende Ausgrenzung anderer Menschen betreibt.
- Antisemitismus, der sich in offener oder versteckter Judenfeindlichkeit und in der Verharmlosung oder Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen äussert.
- Autoritarismus, der mit der Forderung nach einem starken Staat und einer Führerfigur verbunden ist.
- Antiegalitäres Gesellschaftsverständnis, das die natürlich-organische Gliederung und hierarchische Ordnung hervorhebt.
- ▶ Betonung der Volksgemeinschaft, die auf einer kulturellen, ethnischen und sozialen Homogenität aufbaut.

- Antipluralistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis, das den demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen misstraut.
- Gewaltakzeptanz, die in sozialen und politischen Konflikten zum Ausdruck kommt.
- Demagogischer Stil, der sich in aggressiver Sprache und der Verunglimpfung des Gegners zeigt.
- Absoluter Wahrheitsanspruch, der gesellschaftliche Toleranz verunmöglicht.»

Im Gutachten wird das Schwergewicht auf die Analyse der nationalistischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen gelegt. Was den Punkt «Gewaltbereitschaft» angeht, soll zwischen physischer und verbaler Gewalt differenziert, verbale Aggressivität aber auf jeden Fall unter dem Gewaltbegriff eingereiht werden.

### Quervergleiche aus den Zusammenfassungen der Interviews mit Experten/-innen

Die Experten/-innen wurden gefragt, wie sie die Entwicklungstendenz jugendlichen Rechtsextremismus im Vergleich zur Entwicklung in der Gesamtpopulation einschätzen und wie sie die Entwicklung von jugendlichem Rechtsextremismus im Vergleich zu anderen Formen jugendlichen Ausdrucks hinsichtlich seiner Auswirkungen auf das Gemeinwohl der Stadt Basel einschätzen.

Entwicklungstendenzen im Vergleich zur Gesamtpopulation

Die Experten/-innen sind sich alle



einig, dass rechtsextremistische Tendenzen nicht nur als Jugendphänomen betrachtet werden dürfen. Als Begründungen für diese Einschätzung werden angeführt: «Von der Gesinnung her denkt etwa jeder BLICK-Leser so», «Der Unmut ist in der ganzen Bevölkerung unüberhörbar», «Das Gedankengut bestimmter Parteien (das einem unaufgefordert in den Briefkasten flattert) bietet einen guten Nährboden für den Rechtsextremismus», «Die jüngsten Konflikte auf europäischem Boden haben zu einer Radikalisierung beigetragen. Rechtsextremismus gibt es auch unter den Volksgruppen der kriegführenden Länder, dies ist auch bei uns spürbar», «Es gibt auch kommerzielle Interessen, die das Phänomen schüren (Verkauf von Emblemen, Zeitschriften etc.)». Was Jugendliche vom Rest der Be-

Was Jugendliche vom Rest der Bevölkerung unterscheidet – darauf weisen mehrere Experten/-innen hin –, ist die Tatsache, dass sie sich getrauen, ihre Gesinnung in der Öffentlichkeit zu manifestieren. In der Verknüpfung mit dem jugendlichen Entwicklungsverhalten, über Provokation zur Identität zu gelangen, liegt nach Einschätzung von zwei Interviewpartnern/-innen ein Eskalationspotenzial, wenn diese Provokationen durch die Erwachsenengesellschaft nicht mittels Auseinandersetzung bzw. Kommunikation aufgenommen werden.

### Vergleich mit anderen Formen problematischer Entwicklung von Jugendlichen

Verglichen mit anderen Gruppierungen, die in Basel in Erscheinung treten oder getreten sind (Hip-Hop, Sprayen, Hooligans, Steinengangs, Ausländergruppierungen wie *Tiger Baba* etc.) sehen die meisten Experten/-innen die rechtsextremen Jugendlichen nicht als Mehrgefährdung für das Gemeinwohl der Stadt Basel.

Diese generelle Einschätzung wird, unter Berücksichtigung möglicher Reaktionen der erwachsenen Gesellschaft, durch folgende Aussagen der Experten/-innen relativiert:

- «Gefahr entsteht dann, wenn diese Gewalt von bestimmten Teilen der Bevölkerung akzeptiert – oder gar gefördert – wird. Dann kann sich bei diesen Jugendlichen kein Gewalt(problem)bewusstsein herausbilden.»
- Wenn gesellschaftliche Leitfiguren das Phänomen für sich vermarkten oder aufnehmen, dann wird's gefährlich!»
- «In Bezug auf die Inhalte ‹Die vergewaltigen unsere Frauen, die arbeiten nicht, die sind gewalttätig›, solidarisieren sich nicht nur Jugendliche, sondern auch Erwachsene mit rechtsradikalem Gedankengut. Die SVP heizt ein, die Jugendlichen und ihr Umfeld springen auf, entwickeln ihre eigenen Formen. Durch dieses Aufschaukeln kann eine breite Front entstehen und da liegt die Gefahr. Wenn ich die kurdische Radikalisierung betrachte, sehe ich ähnliche Gefährdungen.»
- ▶ «Diesem Phänomen soll nicht zu viel Gewicht beigemessen werden. Zuviel Aufmerksamkeit birgt ein Entwicklungspotenzial: Man kann den Rechtsradikalismus auch starkschreiben!»

### Vorstellungen über geeignete Massnahmen

Zum Schluss des Interviews wurden die Experten/-innen gefragt, welche Handlungsansätze sie sehen würden, welche die Entwicklung von rechtsextremistischen Tendenzen eindämmen bzw. dazu beitragen könnten, diese Jugendlichen in eine «gesellschaftliche Normalität» zu integrieren.

Auf Erfahrungswerten beruhende Massnahmen belegen, dass von zweierlei Seiten auf die Entwicklungstendenz eingewirkt werden kann:

▶ Repressive Instrumente: Die Erfahrung belegt, dass sich Jugendliche im Rahmen der Ermittlungsverfahren vom Rechtsextremismus wieder abwenden (Haas) oder, wenn ihnen die Anonymität durch

- Auseinandersetzung genommen wird, sich zurückhalten oder zurückziehen (Schaub).
- Jugendarbeit: Die Erfahrung belegt, dass Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen, einhergehend mit vorsichtigen Berührungen mit ausländischen Mitbewohnern, dazu beitragen, dass deren Fremdenhass relativiert sowie Selbstund Fremdbild ausdifferenziert werden können.

Die Ideen der Experten/-innen hinsichtlich möglicher Ansätze fallen sehr breit aus:

### Jugendarbeit

Sieben Experten/-innen nennen die Jugendarbeit als möglichen Ausgangspunkt für Massnahmen.

- In erster Linie werden qualitative Forderungen erhoben, indem akzeptierende Grundhaltungen auch gegenüber Rechtsextremen entwickelt werden müssen, um ressourcenorientiert zu deren Selbstwert beitragen zu können, damit der Einzelne «Andere» (die Abwertung Anderer; Anm. d. Verfassers) nicht mehr braucht, um aus sich selbst etwas zu machen».
- Die aufsuchende oder mobile Jugendarbeit wird von drei Experten/-innen als mögliche Methode angeführt.
- Aber auch die bestehenden Angebote sind nach Ansicht eines Experten auf ihre Aktualität hin zu überprüfen.
- ▶ Eine Expertin fordert eine Verstärkung der Jugendarbeit.

#### Schule

Die Schule als möglicher Ausgangspunkt für Massnahmen wird von zwei Experten/-innen genannt. Eine Expertin erwähnt die Schule nur unter dem Gesichtspunkt, dass Präventionsmassnahmen nicht wieder der Schule aufgebürdet werden sollen. Ein weiterer Experte führt an, dass lustbetonte, auf Begegnung ausgerichtete Massnahmen, wo die Schüler von den Ressourcen der Lebensausdrucksformen anderer profitieren können, die Situa-



tion entschärfen könnten.

#### Eltern

Ein Experte führt an, dass es sich bei diesen Jugendlichen nicht nur um Ausgegrenzte oder Schwache, sondern um Mittelstand mit Perspektiven handelt. Da ist das unmittelbare Umfeld gefordert. Ein anderer Experte weist darauf hin, dass ein jugendliches Sichabgrenzen von den Eltern normal ist. In einem bürgerlichen Umfeld, wo die Väter oft abwesend sind, gibt es kaum mehr andere Möglichkeiten, als sich über diese Provokation, «die Väter rechts zu überholen», abzugrenzen. Die Auseinandersetzung der Eltern, in erster Linie der Väter, mit ihren Söhnen ist gefordert.

#### Sport

Der Fussballclub Basel (FCB) wird von zwei Experten aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und dafür besorgt zu sein, dass die Spieler als Identifikationsfiguren sich in Auseinandersetzung bzw. Kommunikation mit diesen Jugendlichen begeben. Ein Experte schlägt auch vor, ein Fanprojekt, wie deutsche Fussballvereine sie kennen, zu lancieren, welches die Jugendlichen auch ausserhalb des Stadions in deren Freizeit begleitet. Nach Auskunft von Dieter Schaub ist ein erstes Treffen mit den Fanclubs des FCB bereits terminiert.

#### Politik

Es braucht von der Erwachsenenwelt ein überzeugendes Auftreten gegen die Legitimationsbasis, führt ein Experte an. Das heisst, es muss klar Stellung bezogen werden gegen populistische Äusserungen bestimmter Parteien.

### Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Im Kanton Basel-Stadt sind ca. 55

Jugendliche, die zur rechtsextremistischen Szene zu zählen sind, wohnhaft. Zählen wir die rechtsextremistischen Jugendlichen hinzu, die in Basel verkehren, so ist mit bis zu 200 Jugendlichen zu rechnen.

Die Hintergründe für den Rechtsextremismus dieser Jugendlichen lassen sich einerseits in Ohnmachtsgefühlen dieser Jugendlichen finden, die sich in Fremdenangst oder gar Fremdenhass entladen, andererseits sind die Gründe auch in der Herkunft dieser Jugendlichen zu suchen: Scheinbar fördert die räumliche Distanz zu Jugendlichen ausländischer Herkunft (geringer Ausländeranteil im Wohnviertel und an der besuchten Schul- bzw. Berufsbildungsstätte) die Fremdenangst und das rechtsextremistische Potenzial.

Legitimation für ihr rechtsextremistisches Denken und Handeln finden diese Jugendlichen im «unüberhörbaren Unmut der Bevölkerung über die Ausländerpolitik» und in der «populistischen Hetzkampagne der SVP», der sie sich nahe fühlen.

Als Hintergrundmotive ist weniger eine rechtsextremistische Ideologie, sondern das normale jugendliche Bedürfnis, die Erwachsenenwelt herauszufordern, mittels rechtsextremistischem Denken und Handeln zu provozieren, zu erkennen

Einwirken auf den Rechtsextremismus dieser Jugendlichen lässt sich sowohl durch repressive Mittel, wie die Erfahrungen der Jugendanwaltschaft und der Polizei belegen, als auch durch pädagogische Mittel, wie die mobile Jugendarbeit in Riehen belegt.

Lässt sich aus der obigen Aufstellung und der Einschätzung der Experten/-innen nun ableiten, dass kein (dringender) Handlungsbedarf gegeben ist?

#### Ist Handlungsbedarf gegeben?

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich jugendliche Schweizerinnen und Schweizer in Bezug auf Angebote der offenen Jugendarbeit und in Anbetracht der vielfältigen Integrationsmassnahmen für Migranten/-innen tatsächlich auch zu Recht als vernachlässigte Gruppe erleben und definieren!

Betrachten wir auch das von den Experten/-innen angeführte Gefahrenpotenzial, das entstehen kann, wenn «diese Form der Gewalt von bestimmten Teilen der Bevölkerung akzeptiert oder gar gefördert wird» oder «wenn Leitfiguren das Phänomen für sich vermarkten oder aufnehmen», dann dürfen wir nicht mehr von nicht gegebenem Handlungsbedarf sprechen.

Quintessenz: Das Phänomen des jugendlichen Rechtsextremismus ist ernst zu nehmen, aber nicht zu ernst, denn «man kann es auch starkschreiben».

#### Massnahmenempfehlungen

Welche Massnahmen sind nun geeignet, das Gefahrenpotenzial, das von rechtsextremistischen Tendenzen unter Jugendlichen ausgeht, zu reduzieren bzw. die davon ausgehenden Spaltungstendenzen integrativ zu bearbeiten?

Auf der Basis der Ergebnisse dieses Gutachtens und der Literatur lassen sich folgende Massnahmen skizzieren, die mit den jeweiligen Akteuren weiter auszudifferenzieren sind:

#### Politik

Es ist absolut notwendig, dass sich Politiker verschiedener Parteien klar und deutlich von tendenziell rechtsextremistischen Äusserungen abgrenzen. Auch Vertreter von Regierungsparteien dürfen es sich nicht erlauben, unwidersprochen mit populistischen Kampagnen (fremdenfeindlichen Aktionen und Voten) rechtsextremen Tendenzen Vorschub zu leisten. Sie sollen in die Verantwortung genommen und gezwungen werden, sich mit der Tatsache auseinander zu setzen,



dass von Politikern geäusserter Rassismus und von Politikern getragene Fremdenfeindlichkeit die Legitimationsbasis für Jugendliche mit rechtsextremistischen Tendenzen darstellen.

#### Jugendarbeit

Die Jugendarbeit muss sich auch mit schweizerischen Jugendlichen mit rechtsextremen Tendenzen befassen. Es wird aber nur mit grösstem Aufwand, wenn überhaupt, möglich sein, diese Jugendlichen mit dem Angebot der Jugendtreffpunkte, Jugendhäuser oder Jugendzentren zu erreichen. Diese sind zur Zeit weitgehend von Migranten/-innen besetzt und liegen zudem, zumindest was das Neubad anbelangt, weit ausserhalb der informellen Treffpunkte dieser Jugendlichen. Mobile Jugendarbeit könnte – wie die Erfahrungen in Riehen belegen - auch in Basel Jugendliche mit rechtsextremistischen Tendenzen im Neubad erreichen. Es ist an der Zeit, dass diese Methode endlich auch in Basel angewandt wird. In Riehen klappt dies vorzüglich, hier scheint kein weiterer Handlungsbedarf gegeben.

#### Sport

Die Arbeit mit rechtsextremistischen Jugendlichen und Hooligans im Stadion obliegt zur Zeit noch einzig der Polizei. Mit ergänzendem pädagogischem Angebot liesse sich die Wirkung dieser Arbeit verbessern. Die Ausgestaltung eines solchen Angebots müsste in enger Zusammenarbeit mit der Polizei, dem FCB, dem Sportamt und allenfalls den Fanclubs erfolgen. Gegenwärtig werden in der Diplomarbeit eines Studenten, der die Höhere Fachschule für Sozialpädagogik «agogis» absolviert, die Erfahrungen Deutscher Fanclubs auf die Rahmenbedingungen von FCB und GC übertragen.

#### Eltern

Es sind Angebote einzurichten, welche vor allem Väter in ihrem Be-

mühen unterstützen, auf die Provokationen ihrer Söhne mit Kommunikation bzw. Auseinandersetzung zu reagieren. Nachhaltige Grundlagen können in einer Kooperation zwischen Schule und Elternhaus (S+E), der Familien- und Erziehungsberatung, dem Bereich Gewaltprävention der Abteilung Jugend, Familie und Prävention (AJFP) und dem Männerbüro ent-

wickelt werden.

Schule

Konsequente und wirksame Massnahmen sind in Zusammenarbeit zwischen dem Ressort Schulen des ED, der AJFP und S+E zu entwickeln. Der Ausbau der Schulsozialarbeit ist mit allen Mitteln zu



### Race&Gender, Zürich

EDITH TSCHOPP

#### **Gender und Women's Studies**

Übersicht: Kursprogramm und Forschung

In «die Andere Galerie – the Other Gallery: Race & Gender» stellt die transdisziplinär arbeitende Soziologin und Kunstschaffende Edith Tschopp eine Querverbindung zwischen Forschung, Fort- und Weiterbildung, Bildungsplanung, interkulturellen Ereignissen sowie Kunst her.

Forschungsschwerpunkte sind:

- der kulturelle, politische und sozialgeschichtliche Kontext der Wissenschaft, speziell das «verbiologisierte» Gesellschaftsverständnis
- 2. Begriffsbestimmungen von Gender, Rasse, Ethnizität, Identität.

Das Forschungsinteresse gilt sowohl der Frauen- und Genderforschung als auch den Bereichen Rassismus, Ethnozentrismus, verinnerlichter Kolonialismus und praxisorientierte Theoriebildung. Im Kursprogramm werden Prozesse thematisiert, bei denen Gender als analytische und relationale Kategorie die Verbindung im Forschungsgebiet «Rasse, Ethnizität, Klasse und Identität(en)» herstellt. Es wird spezifischen Fragen nachgegangen, wie sich diese Prozesse in der interkulturellen Forschung positionieren. Zu diesen Fragen liegt eine Kurzfassung im Rahmen des Studienganges Forschung und Beratung in interkulturellen Feldern vor unter dem Titel «Gender: Brisanz in der interkulturellen Forschung». (Copyright: Uni LU/IKF 2000)

Im Weiteren wird:

- der NDK Gender und Women's Studies an der Hochschule für Soziale Arbeit Zürich (www.hssaz.ch; wf@hssaz.ch) durch Edith Tschopp vom 26. März bis 22. Oktober 2001 angeboten,
- im Rahmen des Nachdiplomstudienganges Interkulturelle Kommunikation der Universität Luzern der oben erwähnte NDK als praxisorientiertes Modul Gender und Women's Studies in interkulturellen Feldern anerkannt.

Das Race&Gender-Kursprogramm ist abrufbar unter: tschowe@active.ch; www.genderstudies.ch.

### **\$**

#### Gender, Rasse, Ethnizität, Identität(en)

Work in Progress bei Race & Gender

Aus der Forschungsarbeit zum Manuskript «The Cultural Context of Sciences: Supremacism in the Conceptualization of African-Americans» (Tschopp, Edith, Graduate Faculty of Political and Social Science at the New School for Social Research und Macquarie University Sydney Australia: 1989-1995) entwickelte sich ein weiteres Projekt mit dem Arbeitstitel «Gender, Rasse, Ethnizität, Identität(en)». Dabei geht es um die Frage, ob eine Begriffsbestimmung von «Rasse» als analytische und relationale Kategorie formuliert werden kann. Wird eine Definition von Rasse als gesellschaftliche/r Position/Status ermöglichen, Dimensionen Rassismus zu erfassen und zu verstehen? Wird eine solche Begriffsbestimmung erlauben, Rassismus und Sexismus als interdisziplinäre und thematische Forschungsschnittstellen zwischen Sozialund Humanwissenschaften herzustellen? Wie werden sie sich thematisch beeinflussen, überlappen und fragmentieren? Wenn durch die analytische und relationale Kategorie «Rasse/Gender» Überlappungen, Vernetzungen und Brüche erfasst werden können, wie und wo müssen diese situiert werden? Wo und wie sind diese in der Forschung zu strukturieren?

Das Ziel dieser Arbeit ist es, eine Theorie der Interventionspraxis von Rassismus und Sexismus zu formulieren.

Forschungsbeginn: 1.11.2000 Zwischenbericht: 1. 6. 2001 Forschungsabschluss: 1.11.2003

«Race&Gender», Edith Tschopp, Steinhaldenstrasse 54, 8002 Zürich-Enge, Tel. 01-280 36 80, Fax 01-280 36 81, tschowe@active.ch; www.genderstudies.ch



### Das schwedische EXIT-Projekt

KENT LINDAHL

Die Organisation EXIT in Schweden unterstützt Jugendliche darin, einen Weg aus dem rechtsextremen Umfeld zu finden, und versucht das Anwerben von Jugendlichen durch die Szene zu verhindern. Einige, die bei EXIT arbeiten, haben selber Erfahrungen aus erster Hand mit rechtsextremen Organisationen, was den Zugang zu den Jugendlichen in der Szene erheblich vereinfacht. Es ist auch einfacher für jemanden, der aussteigen möchte, sich an eine Person zu wenden, die selber schon die gleichen Erfahrungen gemacht hat (und ausgestiegen ist).

Die Mitarbeitenden von EXIT führen selbst keine ideologischen Diskussionen mit den von ihnen betreuten Jugendlichen, da dies sehr schnell in einer Sackgasse enden würde. Die Chance, Jugendliche auf diese Art zu «konvertieren», ist äusserst gering. Zudem sind die rechtsextremen Jugendlichen genau an solche ideologischen Auseinandersetzungen gewohnt; sie fühlen sich sehr schnell in die Defensive gedrängt, was sie meist mit aggressivem Verhalten und hartnäckigem Verteidigen ihrer Ideologie kompensieren.

EXIT konzentriert sich daher auf die negativen persönlichen Konsequenzen, die das Mitmachen in rechtsextremen Bewegungen mit sich bringt. Probleme mit der Polizei, den Sozialbehörden, Bussen, evtl. sogar Gefängnis, Probleme am Arbeitsplatz, Probleme mit der Wohnsituation u.a.m. Dies alles kann eine Person über längere Zeit hin verfolgen. Die Auseinandersetzung über soziale Werte und Ideologien muss aber zu einem späteren Zeitpunkt individuell stattfinden.

EXIT hat ein Fünfstufenmodell entwickelt, welches auf den Erfah-

rungen der letzten zwei Jahre basiert und in jedem individuellen Fall angewendet wird. Es ist ein ähnliches Modell wie das bei den anonymen Alkoholikern verwendete.

In der präventiven Jugendarbeit lässt sich feststellen, dass viele Jugendliche fremdenfeindliche Gefühle und eine diffuse Angst vor Ausländern haben; sie haben nicht in erster Linie unbedingt Sympathien gegenüber Neonazis und ihren rassistischen Ideologien, könnten aber - je nachdem, wie sie behandelt werden – leicht dort enden. Es ist deshalb äusserst wichtig, die Diskussionen über die Asyl- und Flüchtlingspolitik zu führen, auch wenn dies sehr schwierig sein mag. Die offenbar vorhandene Angst vor dieser Diskussion öffnet den rechtsextremen Gruppierungen für ihre Lügen und Halbwahrheiten ein weites Feld.

Generell sind sich alle einig, dass Veränderungen bei Jugendlichen Zeit brauchen. Dieses Verständnis bringt die Gesellschaft vor allem dann auf, wenn es sich um gesellschaftlich halbwegs akzeptierte Lebensstile und Lebensinhalte bei Jugendlichen handelt. Nicht so bei Jugendlichen, die an rassistische Werte glauben. Von ihnen wird ein sofortiges Umdenken verlangt, was aber selten erfolgreich ist. Es ist zuerst einmal wichtig, herauszufinden, weshalb die Jugendlichen sich für die rechtsextreme Sicht und Ideologie entschieden haben und weshalb sie sich einer solchen Gruppierung angeschlossen haben.

In der Arbeit von EXIT gibt es vier Schwerpunkte:

▶ 116

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■



- Wiedereingliederung/-aufnahme der so gefährdeten Jugendlichen in die Gesellschaft,
- Präventive Arbeit mit Jugendlichen, die bereits gefährdet sind (oder sich dem rechtsextremen Umfeld annähern),
- 3. Ausbau eines Netzwerkes für Eltern.
- 4. Gezielte Aus- und Weiterbildung von Profis und Freiwilligen.

Gefährdete Jugendliche können sich ein Umdenken und Aussteigen nur dann vorstellen, wenn ein neues/anderes soziales Umfeld reell vorhanden ist respektive angeboten werden kann. So hat sich z.B. die Teilnahme an körperlich orientierten Aktivitäten als hilfreich erwiesen, die Durchführung von verschiedenen «Action Weekends» hat bei den Teilnehmenden durchaus positive Resultate gezeigt. Solche Aktionen müssen weiterentwickelt werden. Dabei ist es unabdingbar, dass jüngere Teilnehmende mit Erwachsenen zusammenkommen, die eine Art Vorbildfunktion einnehmen (Jugendarbeiter, Polizisten, gehörige des Militärs oder ganz einfach engagierte Freiwillige).

Wer ein extremes Umfeld verlassen will, insbesondere rassistische oder Neonaziorganisationen, sieht sich oft massiv unter Druck gesetzt oder wird von der Szene sogar bedroht. Es ist daher für einzelne Jugendliche notwendig, die Schule wechseln zu können, eine neue Arbeit oder eine neue Wohnung zu bekommen oder gar in einen anderen Landesteil umziehen zu können. Solch radikale Veränderungen benötigen meist eine individuelle und intensive Betreuung.

Als Folge des Ausstiegs sind die meisten Jugendlichen mit einer grossen Leere konfrontiert. Sie haben keine Funktion mehr in einem sozialen Netzwerk. Einmal abgesehen von der ideologischen Ausrichtung rechtsextremer Gruppierungen, bieten sie ihren Anhängern/-innen eine Kameradschaft an und eine Identität, die

nach dem Ausstieg nicht einfach so ersetzt werden kann. Das Gefühl, nirgendwo mehr dazuzugehören, kann dazu führen, wieder in die Gruppe zurückzukehren. Diese Angst vor dem Alleinsein hält umgekehrt viele davon ab, den Schritt zum Ausstieg zu wagen. Es braucht sehr viel Hilfe, um in ein «normales» Leben zurückzufinden.

Die Eltern von solchen Jugendlichen haben sehr oft ein grosses Bedürfnis, über ihre Situation zu sprechen, trauen sich aber kaum, das Thema in ihrem Umfeld anzugehen. Ein anonymes, inoffizielles Netzwerk mit anderen Eltern, die in derselben Situation sind, würde ihnen einiges einfacher machen. Die Eltern könnten sich so auch gegenseitig unterstützen, Erfahrungen austauschen, dieselben elterlichen Massnahmen besprechen und versuchen durchzusetzen (z.B. bezüglich der Kleidung ihrer Kinder).

Auch unter Professionellen ist das Wissen um extreme Umfelder oft ungenügend und oberflächlich, was zu falschen oder gar keinen Aktionen und Massnahmen führen kann. Es ist entscheidend, zwischen den Behörden, den Eltern und anderen Involvierten einen Dialog aufzubauen und zu unterhalten, ihnen allen das Wissen und die Mittel, die Methoden im Umgang mit den rechtsextremen Jugendlichen weiterzugeben. Nur bei genauer Kenntnis darüber, wie die Gruppen funktionieren, welche Ideologien sie haben, welche Musik, welche Kleidung denn genau was aussagt, kann nachhaltige Arbeit geleistet und die notwendige Glaubwürdigkeit gegenüber den Jugendlichen aufgebaut werden.

Dieses Lebensumfeld zu verlassen ist nicht einfach, es verlangt grosse Veränderungen, einen totalen Neuanfang des eigenen Lebens. Es braucht Zeit, und längst nicht jeder ist fähig, die alleine zu schaffen.

#### **Erfahrungen**

Seit der Gründung von EXIT 1998 haben wir ca. 80 jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 26 Jahren beim Ausstieg geholfen. Ein zufriedenstellendes Resultat, wenn man bedenkt, dass wir nur drei volle Stellen zur Verfügung haben und dass wir versuchen, im ganzen Land tätig zu sein. Wir hätten dies nie erreichen können ohne eine enge Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten, der Polizei, der Justiz, anderen Organisationen und den Schulen. Diese Zusammenarbeit ist absolut notwendig, um Resultate zu erzielen. EXIT kann und will diese Institutionen nicht ersetzen, wir verfügen jedoch über den Zugang zur Szene, der den staatlichen Institutionen verwehrt ist, sodass der Austausch von Informationen für beide Seiten von enormem Wert ist. Zudem braucht es ein grosses Wissen über die «Neonaziwelt» und deren Funktionsweise.

Wir versuchen dasselbe anzubieten, was die Jugendlichen in der rechtsextremen Szene zu finden glauben: «Action», Zugehörigkeitsgefühl, ein neues soziales Netzwerk usw. Der Unterschied besteht darin, dass wir versuchen, eine positivere und kreativere Zukunft in Aussicht zu stellen. Um dies zu ermöglichen, bedarf es einer Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit und der Wirtschaft: Arbeitsstellen müssen genauso angeboten werden können wie Bildungs- und Schulungsmöglichkeiten.

Genauso wichtig ist die juristische Seite. Die Reaktionen der Öffentlichkeit müssen deutlich und klar sein (Verbot von Konzerten, Demonstrationen, Arrest und Verurteilung etc.), und sie müssen vor allem schnell und konsequent erfolgen. Diejenigen Jugendlichen, die sich vom Neonazitum angesprochen fühlen, müssen realisieren, dass ihre Wahl mit teils harten Konsequenzen verbunden ist.



Damit dies alles funktioniert, braucht es eine klare politische Linie, sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene. Nur so entsteht eine solide Basis für eine Langzeitarbeit mit den betreffenden Gruppen. Diese Nachhaltigkeit ist entscheidend. Die Gruppen und Ideologien existieren seit 1920 und früher – sie werden nicht in-

nerhalb eines Jahres verschwinden. Beides, sowohl die Prävention als auch die Arbeit mit den rechtsextremen Aktivisten/-innen braucht Zeit. Resultate können nicht von heute auf morgen erzielt werden, es braucht Geduld und Durchhaltewillen. Auf kurze Zeit (1 bis 2 Jahre) befristete Projekte haben kaum Aussicht auf Erfolg.



### Rassismus erkennen, um Rassismus zu bekämpfen

DANIEL ALTENBACH

Bericht über eine Lizenziatsarbeit am Pädagogischen Institut der Universität Zürich

Die Psychologie gilt unter den Sozialwissenschaften gemeinhin als individuumszentriert und «strukturblind», biologische Anthropologie hat den Ruf, die kulturellen Eigenschaften des Menschen nicht würdigen zu können, und die Soziologen plagen sich vor lauter Theorie vergeblich ab, bis zur Praxis vorzudringen. Bei so viel Vorurteilen zwischen diesen wissenschaftlichen Disziplinen war es umso reizvoller, alle beizuziehen, um ein vollständigeres Gesamtbild über den Charakter von Rassismus zu erhalten und danach Perspektiven für den Kampf gegen Rassismus zu klären.

In neuerer Zeit ist es zur fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Soziobiologie und Sozialwissenschaften gekommen: Die natürlichen Verhaltensdispositionen konnten im Kontext ihrer kulturellen Variabilität gesehen werden. Sind nicht Gehirn und Hände unabdingbare biologische Voraussetzungen für die Entwicklung aller

irdischen Kulturformen? Die biologischen Gegebenheiten von Körper und Psyche beschränken unser Entwicklungsvermögen quantitativ. Aber auch das Sozialverhalten gehört zum Erbe aus 100000 Jahren Menschheitsgeschichte.

Die Soziobiologie konstatiert, dass selbstlose Hilfsbereitschaft gegenüber (genetisch nahen) Verwandten zur besseren Verbreitung der individuellen Gene beitrage. Hilfe auf der Basis langfristiger Gegenseitigkeit in der Gruppe begünstigt die eigenen Gene ebenfalls, indem sie sich auf das wirtschaftliche Überleben vorteilhaft auswirkt. Nun sind diese Verhaltensbereitschaften zwar genetisch überliefert, die Gene sagen uns aber nicht, wem Hilfe und Vertrauen zukommen sollen. Das regeln die sozialen Merkmale «Nähe» und «Vertrautheit» sowie äusserliche Ähnlichkeit. Die Identifikation mit der eigenen Nationalität ist so mit einer biologischen und psychologischen Bereitschaft, das Eigene zu schützen, verbunden. Das Spiegelbild dazu ist nun der Ethnozentrismus, der neben psychologischen und soziologischen Ursachen jetzt auch eine biologische Ursache hat.

Aus soziologischer Sicht bedeutet Rassismus die Verbindung von Ethnozentrismus mit Macht. Kolonialismus und die Herausbildung der Nationalstaaten haben den Rassismus seit 1492 zu einem spezifisch westlichen Phänomen gemacht. Scheinbare Erklärungen für die realen Unterschiede zwischen «uns» und «den anderen» wurden zuerst in der Annahme der «Unterentwicklung» und in biologisierenden Hypothesen gefunden, in den letzten zwanzig Jahren im Schlagwort der «kulturellen Unverträglichkeit». Andersartigkeit und Gleichheit wurden damit zu einem zentralen Dilemma der westlichen Welt: Ob Gleichheit vor Gott oder später republikanische «égalité»: Aufgrund realer Machtverhältnisse dauert die Andersartigkeit der Fremden an (die nicht die gleiche Bildung erhalten und sowohl in der Politik als auch in der Ökonomie nicht über dieselben Möglichkeiten verfügen). Dies musste und muss mit rassistischen Erklärungen gerechtfertigt werden. Die einzige Alternative wäre, innerhalb unserer Staaten konsequent die Gleichheit aller Einwohner durchzusetzen, dies mit grundsätzlichen Konsequenzen für politische Integrationspolitik, Rechte, Bildung und Arbeitsmarkt. Nicht nur Arbeitsmigranten/-innen, sondern auch «einheimische» Randgruppen müssten davon profitieren.

sozialpsychologischen klärungen, wie Einstellungen und Verhalten entstehen und verändert werden können oder wie sich Konflikte in und zwischen Gruppen unterscheiden, tragen sowohl zum Verständnis rassistischer Mechanismen bei als sie auch wichtiges Grundlagenwissen zur Prävention und Verhaltensbeeinflussung darstellen. Denken in Gruppenkategorien ist für unsere Psychohygiene und Selbstwertempfindung zentral. Automatisch bewerten wir das Ähnliche höher als das Fremde. Konfliktbearbeitung Abbau der Gruppengrenzen, Vertrauensbildung, Umbewertung,

▶ 118

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■



ohne selbst verletzt zu werden, und ein «politisches Bewusstsein» erforderlich bzw. das Bewusstsein, dass andere Menschen denselben strukturellen Zwängen unterworfen sind wie man selber.

Die Sozialarbeit, die besonders in Deutschland mit rechtsextremen Jugendcliquen verdienstvolle Erfahrungen gesammelt hat, ist in der Praxis zu demselben Schluss gelangt, wie ihn die Theorie hier aufzwingt: Um mit gesellschaftlich isolierten und stigmatisierten Gruppen arbeiten zu können, ist eine menschenfreundliche Grundhaltung nötig, die auf den bösen Zeigefinger verzichtet. Die «akzeptierende Sozialarbeit» interpre-

tiert Gewalt und Menschenverachtung als individuelle, untaugliche Bewältigungsversuche. Die Betreffenden müssen freiwillig in einem verbesserten Milieu sozial umlernen. Dabei könnte die Sozialpsychologie der bisherigen Praxis noch mehr Möglichkeiten bringen.

Zusammengefasst ist zentral:

- Ethnozentrismus ist eine natürliche Tendenz, deren kulturelle Bewältigung permanente Anstrengung erfordert.
- Nationalstaaten sind das moderne Surrogat für Sippe und Dorfgemeinschaft. Die Benachteiligung Zugewanderter in Arbeit, Bildung und Bürgerrechten ist die institutionelle Variante und die struktu-

- relle Voraussetzung des alltäglichen Rassismus.
- Solange sich daran nicht sehr viel geändert hat, benötigen wir präventive Jugendarbeit gegen Gewalt, Diskriminierung und Fremdenhass, also mehr als einen Fünfjahresplan.

Daniel Altenbach, Studium der Pädagogik, Afrikanistik und Publizistikwissenschaft. Gegenwärtig entwickelt er eine Unterrichtseinheit «Interkulturelle Kommunikation»

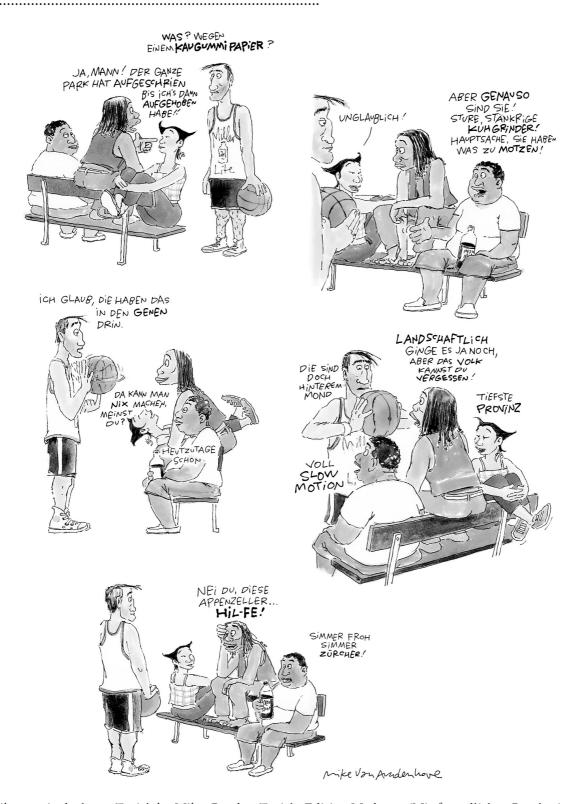
Die Arbeit kann bestellt werden bei: Daniel Altenbach, Brühlstr. 93, 8400 Winterthur

# SCHLUSSPUNKT/POINT FINAL





©MIKE VAN AUDENHOVE



Mike van Audenhove: Zürich by Mike, Band 2. Zürich: Edition Moderne. (Mit freundlicher Genehmigung des Autors)

# **AKTUELLES/ACTUALITÉ**





### Erste Tagung schwarzer Gemeinschaften der Schweiz gegen Rassismus

Schwarzafrikaner, Afroamerikaner, Afroasiaten, Afrokaribier, Afroeuropäer, Afroschweizer: Gemeinsam ist ihnen allen ihre schwarzafrikanische Herkunft oder einfach ihre relativ dunkle Hautfarbe. Sie lassen sich unter dem Sammelbegriff «Schwarze» erfassen. Im Übrigen kommen hinzu gewisse Asiaten (z.B. schwarze Inder, schwarze Araber etc.) oder Ozeanier (z.B. australische Aborigines). Sie alle, seien sie Arbeitslose, Studenten, internationale Funktionäre, Ärzte oder Arbeiter, haben bereits zum einen oder andern Zeitpunkt ihres Aufenthaltes in diesem Land ihre direkten oder

indirekten Erfahrungen mit dem antischwarzen Rassismus macht. Das Ziel der Tagung ist daher die Begegnung und der Austausch ihrer Erfahrungen sowie die Diskussion bestimmter Strategien und Aktionen, die umzusetzen sind. Ob Schweizer, Eingebürgerte oder Fremde, die Schwarzen in der Schweiz haben die Aufgabe, sich im Kampf gegen den Rassismus gegen Schwarze einzusetzen, eine Erscheinung, welche einen schweren Angriff auf die Rechte schwarzer Menschen und ihre Würde sowie eine Bedrohung des sozialen Friedens darstellt.

SAMSTAG, 9. JUNI 2001, 9–18.30 UHR, BERN

Die Tagung wird organisiert von der Gruppe Rassismus gegen Schwarze in Partnerschaft mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Forum gegen Rassismus.

Programm/Anmeldung:
Forum gegen Rassismus,
Postfach 6145,
3001 Bern,
Tel. 031-311 51 53,
forum.against.racism@freesurf.ch



### Premières assises contre le racisme des communautés noires de Suisse

.....

### Premières assises contre le racisme des communautés noires de Suisse

Ils vivent en Suisse. Ils sont négroafricains, afro-américains, afroasiatiques, afro-caribéens, afro-européens, afro-suisses. Ces hommes et ces femmes ont tous comme point commun leur origine négroafricaine ou simplement la couleur relativement foncée de leur peau, ce qui les assimile au terme générique «Noirs». A à ces personnes se peuvent ajouter certains Asiatiques (par ex. Indiens noirs, Arabes noirs, etc.) ou Océaniens (par ex. aborigènes d'Australie) vivant en Suisse. D'une manière générale, qu'ils soient chômeurs, étudiants, fonctionnaires internationaux, mé-

decins ou ouvriers, tous ont déjà fait l'expérience du racisme antinoir, directement ou indirectement, à un moment ou un autre de leur existence dans ce pays. Ils ne peuvent que partager le même intérêt pour une rencontre qui peut leur permettre d'échanger leurs expériences et de discuter des stratégies et actions à mettre en place. Car, qu'ils soient Suisses, naturalisés ou étrangers, les Noirs de Suisse se doivent de s'impliquer dans la lutte et dans la sensibilisation contre le racisme antinoir, phénomène qui constitue une atteinte grave aux droits de l'Homme noir, à sa dignité, autant qu'une menace pour la paix sociale.

*SAMEDI, 9 JUIN 2001,* 9*H–18H 30, BERNE* 

Les assises sont organisées par le Groupe d'action et de réflexion contre le racisme anti-noir (GRAN), en partenariat avec la Commission fédérale contre le racisme (CFR) et en collaboration avec le Forum suisse contre le Racisme.

Programme/inscriptions:
Forum contre le Racisme,
Case postale 6145,
3001 Berne,
tél. 031-311 51 53,
forum.against.racism@freesurf.ch





### Grenzen der Meinungsäusserungsfreiheit?

.....

Seminar vom 20. April 2001 In Bern

Vormittag: 9.30-13.00 Uhr

Dr. iur. Markus Schefer, Institut für öffentliches Recht der Universität Bern Legitimationen zur Einschränkung von Grundfreiheiten anschl. Diskussion

Prof. M. A. Niggli, Seminar für Strafrecht, Universität Fribourg Verletzung der Menschenwürde als Grenze für die Meinungsäusserungsfreiheit anschl. Diskussion

Rolf Probala, Journalist, Mitglied der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR Informationsmanagement als Filter für Themen- und Meinungsvielfalt (Arbeitstitel) anschl. Diskussion

Nachmittag: 14.30-16.30 Uhr

Podiumsdiskussion Podium: Angefochtene Meinungsäusserungsfreiheit Zum Dokumentarfilm Skin or die von Daniel Schweizer

Die Seminare des *Netzwerks Menschenrechtsbildung* richten sich an Lehrpersonen aus allen Bildungsbereichen sowie an weitere interessierte Personen aus NGOs, der öffentlichen Verwaltung etc.

#### Kosten:

Für die Teilnehmenden am *Netzwerk Menschenrechtsbildung* und für die Mitglieder im Verein *Menschenrechte Schweiz* (MERS):
Unkostenbeitrag von Fr. 30.–
Für die übrigen Teilnehmenden:
Tagungsbeitrag von Fr. 80.–

Das Mittagessen geht auf eigene Kosten.

Unterlagen:

Die angemeldeten Personen erhalten im April ausführliche Unterlagen.

Tagungsort: Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern

Anmeldung:
Bis spätestens 1. April 2001
per E-mail an
info@humanrights.ch
oder an Menschenrechte Schweiz
(MERS), Netzwerk Menschenrechtsbildung,
Gesellschaftsstrasse 45,
CH-3012 Bern,
Fax 031-302 00 62;
www.humanrights.ch



### Weltkonferenz Conférence mondiale

### Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und die damit verbundene Intoleranz

Die Konferenz verfolgt folgende Ziele: Untersuchung der Fortschritte im Kampf gegen Rassismus und rassistische Diskriminierung, gegen Fremdenfeindlichkeit und die damit verbundene Intoleranz; Evaluation der Hindernisse, die sich Fortschritten auf diesen Gebieten entgegenstellen; Implementierung der bereits existierenden Normen und der bestehenden Instrumente und Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Schliesslich sollen Massnahmen gegen alle Formen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz formuliert werden. (Resolution 52/111)

31. August – 7. September 2001 Durban, Südafrika

Palais des Nations, 1211 Genf 10 Tel. 022-917 39 55; Fax 022-917 00 99; http://www.unhchr.ch

### Conférence mondiale contre le racisme, la discrimination raciale, la xénophobie et l'intolérance qui y est associée

Les objectifs de la conférence seront les suivants: examiner les progrès de la lutte contre le racisme, la discrimination raciale, la xénophobie et l'intolérance qui y est associée, et réévaluer les obstacles qui s'opposent à de nouveaux progrès; étudier les moyens de mieux garantir le respect des normes en vigueur et des instruments mis en place pour combattre le racisme, la discrimination raciale, la xénophobie et l'intolérance qui y est associée; sensibiliser l'opinion publique; et formuler des recommandations pour l'adoption de mesures visant à combattre toutes les formes de racisme, de discrimination raciale, de xénophobie et d'intolérance (résolution 52/111).

31 AOÛT – 7 SEPTEMBRE 2001 Durban, Afrique du Sud

> Palais des Nations, 1211 Genève 10 tél. 022-917 39 55; fax 022-917 00 99; http://www.unhchr.ch

**122** 





# Internationaler Handlungsplan gegen Rassismus

Am 29./30. Januar 2001 fand in Stockholm das zweite internationale Forum gegen Rassismus und Intoleranz statt. Delegationen aus 45 Ländern, angeführt von rund 30 Ministern, wurden persönlich begrüsst von UNO-Generalsekretär Kofi Annan. Er kritisierte ausdrücklich die europäischen Staaten, weil diese ihre Pflicht, Flüchtlinge gemäss internationalem Recht zu schützen, vernachlässigen.

Experten diskutierten über Massnahmen gegen Rassismus im Internet, in der Bildung, den Medien, über die Gesetze gegen Rassismus und Diskriminierung. Besondere Beachtung fand die Situation der Gemeinden («local communities»), die am unmittelbarsten von rassistischer Gewalt bedroht sind und in denen konkrete Massnahmen erst zum Zuge kommen können.

Der am Schluss der Konferenz verabschiedete Handlungsplan bildet zwar einen Kompromiss der weit auseinander liegenden Interessen der teilnehmenden Staaten, ist aber doch konkret genug, um auch in der Schweiz wesentliche Impulse geben zu können. (Da die Konferenz gleichzeitig mit dem Redaktionsschluss von Tangram zu Ende ging, liegt die Deklaration erst in englischer Fassung vor.)

## Declaration of the Stockholm International Forum: Combating Intolerance

Recalling the Universal Declaration on Human Rights and all other related international conventions and recalling the Declaration of the Stockholm International Forum on the Holocaust, its commitments to plant the seeds of a better future through education and remembrance, and its pledge to fight the evils of genocide, ethnic cleansing, racism, antisemitism and xenophobia; in support of the preparations for the Durban World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance; and also in support of the United Nations Secretary General's Global Compact, we, representatives of governments at the Stockholm International Forum: Combating Intolerance, condemn intolerance in all its aspects and declare that:

- 1. Racism, racial discrimination, antisemitism, islamophobia, xenophobia, discrimination, violence and murder because of sexual orientation, and all other forms of intolerance, violate basic human values and threaten democratic society. All crimes against humanity, genocide such as the Holocaust, and atrocities such as slavery and apartheid serve as grim reminders of where intolerance can lead if permitted to flourish and of the absolute necessity that it be stopped. We recognize the need and will take steps to protect the weak and vulnerable in our societies, including immigrants and asylum seekers. We pledge to take steps at the national level, and to encourage and support action at the local, regional and international levels, to combat all manifestations of intolerance in our societies.
- 2. We will develop and encourage participation in networks including all states here assembled and others who wish to join, as well as relevant international organizations. The networks will exchange information about experiences with combating all forms of intolerance, with a focus on best practices and lessons learned, in such fields as education and training,

- legislation, community strategies, and media. We will draw on these networks in fulfilling our pledge to take action. We will improve existing systems for collecting and analyzing information and monitoring intolerance at the local, regional, national and international levels. Such information is a prerequisite for combating intolerance and establishing inclusive societies.
- 3. We call on parliamentarians, educators, religious communities, youth associations, corporations, commissions, foundations, employers, unions, local, municipal and regional authorities, and parents in our societies to instill in our youth respect and appreciation for diversity and the conviction that intolerance is an evil that must be fought. We will support education and research to this end, as keys to combating intolerance. We commend and support all efforts directed toward combating intolerance and promoting respect through education. We will support the creation of a research process linking academics and policy makers working to understand and combat intolerance, and will consider the establishment of regional research centers.
- 4. We will further develop, and where absent consider establishing, legislative measures, including antidiscrimination legislation, in national, regional and international contexts to deny intolerance a place in our societies. We will seek recommendations from the networks formed here on using legislation to further the aims of this declaration. We will enforce with determination our laws in these fields.
- 5. In order to provide an infrastructure in the fight against intolerance, we undertake to strengthen, or where necessary establish, independent national, local and municipal specialized bodies to combat intolerance in cooperation with governmental authorities, organizations of civil society and the pri-



- vate sector. We will promote coordination between these bodies and the networks, education and training efforts, legislative measures, and public-private partnerships.
- 6. Recognizing that respect for freedom of expression and opinion is essential to a democratic society, we invite media in our societies to develop training programs for journalists, editors and producers to positively approach the notion of inclusive societies and to guard against media becoming a platform for those who preach hatred and intolerance. We will commend, publicize and support those who establish such programs.
- 7. We underline the positive contribution that the Internet can have in combating intolerance. However, we are concerned by its use in the service of the promoters of intolerance. We support international cooperation in the establishment of a voluntary Internet Code of Conduct Against Intolerance and will

- encourage participation by Internet providers in our countries. In the code's development, we urge Internet providers to draw on recommendations of the networks formed here. We take note of legal instruments restricting the use of the Internet to spread messages of intolerance being considered in a number of countries.
- 8. We will work to find ways to reach out to those advocating intolerance and will engage them in the building of our inclusive societies.
- 9. We reaffirm our support for other international contributions on the subject (including the UN Declaration on the Elimination of All Forms of Intolerance, the Final Report of the UN Year for Tolerance, the OSCE's Copenhagen Document, the Political Declaration of the European Conference Against Racism, and the European Union's Council of Ministers for Youth Document on Combating Racism, the Council of Europe's Vienna

- Declaration on Racism, Intolerance and Antisemitism, among others), and offer this declaration and the proceedings of this Forum for consideration at the Durban World Conference Against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance.
- 10. As we begin the new Millennium, we offer our support to those affected by and vulnerable to all forms of intolerance. The memory of those killed by violent racism, antisemitism, islamophobia, xenophobia, homophobia and other forms of intolerance will remain vivid in our minds as we make a world where intolerance has no place, where all human beings are respected and equal in dignity, and where all societies are inclusive. In the name of justice, humanity and respect for human dignity we pledge to continue combating all forms of intolerance and to do all we can to bring about a world of inclusive societies speedily in our

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■





### Neue Publikationen zu den Einbürgerungsverfahren

Im Rahmen der Forschung zu den schweizerischen Einbürgerungsverfahren sind drei neue Publikationen erhältlich:

### Überblick über die formellen Bestimmungen und Verfahren auf Kantonsebene:

BARBARA BONER:

Die kantonalen Verfahren zur ordentlichen Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern. EKR, EKA, BFA 2000 (dreisprachig).

Les procédures cantonales de naturalisation ordinaire des étrangers. CFR, CFE, OFE 2000 (trilingue).

Le procedure cantonali di concessione ordinaria della nazionalità a stranieri (in tre lingue).

Vertrieb/Diffusion/Diffusione: BBL-EDMZ, 3003 Bern (Art.-Nr. 301.312.dfi; Fr. 13.-)

### Vertiefte Analyse vorhandener statistischer Daten:

ETIENNE PIGUET, PHILIPPE WANNER:

Die Einbürgerungen in der Schweiz. Unterschiede zwischen Nationalitäten, Kantonen und Gemeinden, 1981–1998. BFS 2000, 86 Seiten, ISBN 3-303-01125-7 (Bestell-Nr. 398-9800; Fr. 12.–)

Les naturalisations en Suisse. Différences entre nationalités, cantons et communes, 1981–1998. BFS 2000, 86 pages, ISBN 3-303-01122-2 (nº de commande 397-9800, Fr. 12.–)

Vertrieb/Diffusion: Bundesamt für Statistik, 2010 Neuchâtel; Tel. 032-713 60 60; Fax 032-713 60 61 Pilotstudie zum Forschungsprojekt «Diskriminierung und Einbürgerung»:

PASCALE STEINER UND HANS-RUDOLF WICKER:

Einbürgerungen auf der Ebene der Gemeinden. Pilotstudie zum Forschungsprojekt «Diskriminierung und Einbürgerung», durchgeführt vom Institut für Ethnologie, Universität Bern. EKR 2000.

Etude pilote à caractère sociologique sur les procédures de naturalisation dans cinq communes sélectionnées. (D, avec résumé en français)

Vertrieb/Diffusion: BBL-EDMZ, 3003 Bern (Art.-Nr. 301.313, Fr. 13.40)

### **Impressum**

TANGRAM – BULLETIN DER EIDGENÖSSISCHEN KOMMISSION GEGEN RASSISMUS TANGRAM – BULLETIN DE LA COMMISSION FÉDÉRALE CONTRE LE RACISME TANGRAM – BOLLETTINO DELLA COMMISSIONE FEDERALE CONTRO IL RAZZISMO TANGRAM – BULLETIN DA LA CUMISSIUN FEDERALA CUNTER IL RAZZISSEM

Nr. 10, März/mars/marzo 2001

Herausgeberin/Editeur/Editore: Eidgenössische Kommission gegen Rassismus/Commission fédérale contre le racisme/Commissione federale contro il razzismo

Redaktion/Rédaction/Redazione: Sekretariat der EKR, GS-EDI, 3003 Bern;

Tel.: 031-324 13 31; Fax: 031-322 44 37; E-Mail: michele.galizia@gs-edi.admin.ch

Verantwortlich/Responsable/Responsabile: Michele Galizia

Redaktion dieser Nummer/rédaction de ce numéro/redazione per questo numero:

Claudia Meier, Michele Galizia

Erscheint zweimal jährlich/Paraît deux fois par année/Pubblicazione semestrale

Auflage/Tirage/Tiratura: 10000

© EKR/CFR

Nachdruck von Beiträgen mit Quellenangabe erwünscht; Belegexemplar an die EKR

Reproduction autorisée avec mention de la source; copie à la CFR

Riproduzione autorizzata con menzione della fonte; copia alla CFR

Vertrieb/Diffusion/Diffusione, Abonnement/Abonnements/Abbonamenti: EDMZ, 3000 Bern

(Art. Nr. 301.300.10/01)

Preis/Prix/Prezzo: Gratis/Gratuit/Gratuito

Layout: Eleganti & Keller, Typo · Graphic · Design, Luzern

Korrektorat: Textkorrektur Terminus, Luzern

Die Meinung, die in den Beiträgen vertreten wird, muss nicht jener der EKR entsprechen

L'opinion émise dans les textes ne reflète pas forcément celle de la CFR

L'opinione espressa negli articoli non riflette necessariamente quella della CFRG

▶ 126

TANGRAM Nr. 10 März 2001 ■

### TANGRAM



### Bestellung Commande Ordinazione

TANGRAM erscheint zweimal im Jahr, jeweils im März und im September.

Es richtet sich an jene, die mit der Umsetzung antirassistischer Massnahmen zu tun haben, aber auch an alle weiteren interessierten Personen und Organisationen.

Mit sachbezogenen Artikeln zu Schwerpunktthemen will TANGRAM zur Diskussion und zur Meinungsbildung beitragen und Informationen im weiteren Umfeld des Themas Antirassismus bereitstellen.

Bitte *senden* Sie TANGRAM regelmässig an die folgende Adresse: **TANGRAM** paraît deux fois par an, en mars et en septembre.

Il s'adresse non seulement à tous ceux qui ont affaire à la mise en œuvre de mesures antiracistes, mais aussi à toutes les personnes et organisations intéressées.

Par le biais d'articles spécialisés sur des thèmes spécifiques, TANGRAM souhaite contribuer à la discussion et à la formation d'opinion, et fournir des informations allant au-delà de l'antiracisme proprement dit.

Veuillez *envoyer* régulièrement TANGRAM à l'adresse ci-dessous: **TANGRAM** appare semestralmente, a marzo e a settembre.

Si rivolge a coloro che si occupano di mettere in atto provvedimenti antirazzistici, ma anche a tutte le persone e le organizzazioni che si interessano del problema.

Con la pubblicazione di articoli sugli argomenti più cruciali, TANGRAM intende contribuire alla discussione e alla formazione dell'opinione pubblica, nonché a fornire informazioni sull'ampia tematica dell'antirazzismo.

Vi prego di *inviare* TANGRAM regolarmente al seguente indirizzo:

Name, Vorname/Nom, prénom/	Cognome, nome:		
Strasse/Rue/Via:			
PLZ, Ort/NPA, localité/CAP, lo	ocalità:		
Bitte streichen Sie	Veuillez biffer l'adresse	Vi prego di cancellare	
die folgende Adresse	suivante de la liste	il seguente indirizzo	
aus Ihrem Verteiler:	de distribution:	dall'elenco dei destinatari:	
Name, Vorname/Nom, prénom/	Cognome, nome:		
Strasse/Rue/Via:			
PLZ, Ort/NPA, localité/CAP, lo	ocalità:		
Adressänderung:	Changement d'adresse:	Cambiamento d'indirizzo:	
	<u>c</u>		
Name, Vorname/Nom, prénom/	Cognome, nome:		
	,		
Strasse/Rue/Via:			
PLZ Ort/NPA localité/CAP lo	ocalità.		





### Publikationen der EKR Publications de la CFR Pubblicazioni della CFR

Bulletin Tangram (dreisprachig/trilingue)			
Antirassismus-Strafnorm / L'article sur la discrimination raciale	1996	gratis	D/F/I
Medien und Rassismus / Médias et racisme	1997	gratis	D/F/I
Zigeuner / Tsiganes	1997	gratis	D/F/I
Lässt sich Rassismus beobachten? (Forschung) / Est-ce qu'on peut observer le racisme? (Recherche)	1998	gratis	D/F/I
Kinder- und Jugendbücher / Livres pour les enfants et les jeunes	1998	gratis	D/F/I
Religion und Esoterik / Religion et ésotérisme	1999	gratis	D/F/I
Muslime in der Schweiz / Les musulmans en Suisse	1999	gratis	D/F/I
Farbige in der Schweiz / La Suisse de couleur	2000	gratis	D/F/I
Antirassismus / Antiracisme	2000	gratis	D/F/I
Rassismus und Geschlecht / Femmes et hommes face au racisme	2001	gratis	D/F/I
Arbeitswelt / Le monde du travail	2001	gratis	D/F/I
Kampagne «Der schöne Schein» / Campagne «Les belles ap	parence	s»	
Plakate / Affiches (22 x 47 cm, Set à 7 Sujets) (D, F, I)		gratis	
Postkarten / Cartes postales (Set à 7 Sujets) (D, F, I)		gratis	
Videospots / Vidéoclip (D, F, I)		15	
SPOCK – Zeitung für junge Arbeitnehmer in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern (deutsch)/ Journal pour les employés jeunes en collaboration avec les partenaires sociaux (français/italien)	1997/98	gratis	
Berichte / Rapports			1
Antisemitismus in der Schweiz. L'antisémitisme en Suisse. (D, F, I, E)	1998	10	
Diskriminierungsverbot und Familiennachzug. Eine Studie zur Frage der Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern im schweizerischen Recht (nur auf Deutsch)	1998	12.80	D
Präsentation des ersten Berichts der Schweiz vor dem UNO-Ausschuss zur Beseitigung der Rassendiskriminierung / Présentation du rapport initial de la Suisse devant le comité de l'ONU pour l'élimination de la discrimination raciale (D, F)	1998	gratis	
Getrennte Klassen? Ein Dossier zu den politischen Forderungen nach Segregation fremdsprachiger Kinder in der Schule Des classes séparées? Dossier sur les demandes politiques de ségrégation des enfants parlant une langue étrangère à l'école (D, F, I)	1999	gratis	
Die kantonalen Verfahren zur ordentlichen Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern (zusammen mit BFA und EKA) (dreisprachig) Les procédures cantonales de naturalisation ordinaire des étrangers (en commun avec la CFE, OFE) (trilingue)	2000	13	D/F/I
Einbürgerung auf der Ebene der Gemeinden / Naruralisation au niveau communal (D, avec résumé en français)	2000	13.40	D

Geben Sie bitte Anzahl und die gewünschte Sprache an / Indiquez le nombre et la langue desirée:

٦	Jame	Vorn	me/Nom	prénom/	Cognome.	nome:
1	vanne.	v Oi iii	4111C/ INOHI	· DICHOIII/	COSHOHIC.	HOHIE.

Strasse/Rue/Via:

PLZ, Ort/NPA, localité/CAP, località:



### TANGRAM 10

Rassismus und Geschlecht Femmes et hommes face au racisme Donne e uomini in fronte al razzismo



SIMONE PRODOLLIET

Liens entre le racisme et le fait d'être femme ou homme

BIRGIT ROMMELSPACHER

Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus

EDGAR J. FORSTER

Die Beweglichkeit des Rassismus

MIRYAM ESER DAVOLIO

Rechtsextreme Einstellungen: der Faktor «Geschlecht»

MARITZA LE BRETON, URSULA FIECHTER

Frauenhandel und gesellschaftliche Machtverhältnisse

BRIGIT ZUPPINGER, CHRISTINE KOPP



HIV/Aids-Prävention bei der afrikanischen Bevölkerung in der Schweiz

ANNEMARIE SANCAR, RANIA BAHNAN BÜECHI

Antirassistische feministische Öffentlichkeitsarbeit

STEFANIE BRANDER

«Women and Human development»: Martha Nussbaum

CHRISTINE RINDERKNECHT

Musiktheater für Jugendliche zum Thema «Gewalt»



ANNEMARIE KÄPPELI

La reine de Saba

